

RICHARD LIPINSKI

11-E-139/1

DIE
SOZIAL
DEMOKRATIE

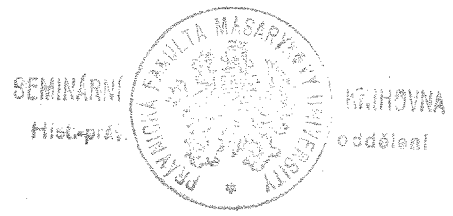
VON IHREN ANFÄNGEN BIS
ZUR GEGENWART

I. BAND

11-E-139/1

16

11/11



R I C H A R D L I P I N S K I

842
Die Sozialdemokratie

von ihren Anfängen
bis zur Gegenwart

Eine gedränate Darstellung
für
Funktionäre und Lernende



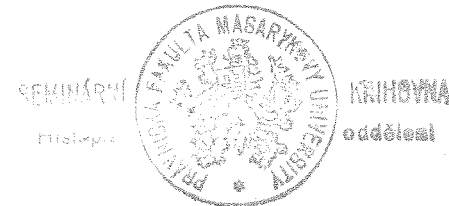
VERLAG J. H. W. DIETZ NACHF. BERLIN

1 9 2 7

E R S T E R B A N D

46-D-268

Die Jugendzeit
der sozialistischen Bewegung in Deutschland
bis zur Gründung
der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands
1875 in Gotha



VERLAG J. H. W. DIETZ NACHF. BERLIN

1 9 2 7

Dr. LUDWIG CZECH
ADVOCAT
BRNO, BŘEZNOVA 21

Koupi od	~
Darem od	geb.
za Kčs	
Inv. No.	38. 043
Sign	

ÚSTŘEDNÍ KNIHOVNA
PRÁVNICKÉ FAKULTY U. . .
STARÝ FOND
C. inv.: 0801P

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Geliebtwort	7
Die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Deutsch- lands am Anfang des 19. Jahrhunderts	13
Reformen	16
Anderer Reformen	20
Zerstörte Hoffnungen	22
Die Reaktion	23
Die deutsche Philosophie	25
Die erste sozialistische Propaganda in Deutschland	29
Die Wirkung der Julirevolution auf Deutschland	30
Georg Büchners sozialistische Agitation	33
Der Bund der Geächteten	35
Das junge Deutschland	37
Der Bund der Gerechten	39
Wilhelm Weitling	40
Die kommunistische Propaganda in der Schweiz	43
Der Grüttli-Verein	45
Der philosophische Sozialismus	46
Das revolutionäre Bürgertum	51
Das Werden des wissenschaftlichen Sozialismus. Karl Marx Friedrich Engels	58
Gemeinsame Arbeit. Der historische Materialismus	62
Das Kommunistische Manifest	65
Die Revolution von 1848	66
Die soziale und politische Einstellung der Arbeiter	69
Stephan Born	78
Die Arbeiterverbrüderung	82
Die ersten zentralen Fachverbände	85
Totale Fachvereine	100
Bewaffnung der Arbeiter	104
Der Polizeikampf gegen die Verbrüderung	105
Die Gegenrevolution	107
Der Kommunistenbund	108
Der Kölner Kommunistenprozeß	113
Neues Leben	120
Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein. Seine Vorgeschichte Ferdinand Lassalle	122
Die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins	124
Das offene Antwortschreiben	135
Das Statut des Allg. Deutschen Arbeitervereins	139
Lassalles Beziehungen zu Bismarck	142
	153
	161

	Seite
Lassalle und die dänische Frage	161
Die Internationale Arbeiterassoziation	166
Die Generalstatuten der Internationalen Arbeiterassoziation	170
Die Entwicklung des Allg. Deutschen Arbeitervereins	172
Die Wandlung der Bildungsvereine	184
Der preußisch-österreichische Krieg 1866	191
Die Sächsische Volkspartei	197
Das Programm des Allg. Deutschen Arbeitervereins	199
Der Bruderzwist und seine Auswirkung	201
Von der Demokratie zum Sozialismus	209
Die Gewerkschaften	213
In den Schlingen der Vereinsgesetze	221
Anklage gegen Schweizers Staatsstreich	223
Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei	226
Der deutsch-französische Krieg 1870/71	230
Puttschismus oder sozialistischer Klassenkampf	239
Der Gothaer Vereinigungskongreß	244
Literaturnachweis	253

Geleitwort.

Erst der Fall des Sozialistengesetzes am 30. September 1890 und der Wegfall der reaktionären Vereinsgesetze der deutschen Bundesstaaten aus den 50 er Jahren nach dem Erlaß des Reichsvereinsgesetzes im Jahre 1908 gab die Bahn für die volle Entfaltung der deutschen Sozialdemokratie frei; sie wurde Millionenpartei. Je mehr aber die Partei sich ausdehnte, neue Kämpfer aufnahm, je ferner standen die neuen Mitglieder dem Werden der Partei und ihren Grundsätzen. Letztere wurden durch die Erweiterung der Aufgaben der Partei und die Tageskämpfe verwischt und in den Hintergrund gedrängt.

Die Partei mußte deshalb dafür sorgen, daß ihre Grundsätze Gemeingut der Mitglieder wurden, daß die ihr zufließenden neuen Mitkämpfer kennen lernten und sich bewußt wurden, daß der Arbeiterklasse nichts mühelos in den Schoß fällt, sondern das Wachstum und die Größe der Partei, jeder Fußbreit des Fortschritts im zähen, unermüdlichen Kampfe der Staatsgewalt und ihren Organen, der Bureaukratie, der Polizei, den Gerichten und der Bourgeoisie unter unendlich schweren Opfern abgerungen und das Sozialistengesetz überwunden werden mußte.

Die Partei konnte nur zu der Bedeutung, dem Einfluß und der Größe gelangen, indem sie die Arbeiterklasse von der bürgerlichen Ideologie und ihren Organisationen loslöste, sie zur selbständigen Klassenpartei erzog und im rastlosen Kampfe Staat

und Bourgeoisie zwang, die soziale Frage und den Sozialismus als geistige Macht anzuerkennen.

Vor dem Kriege suchte die Partei durch Errichtung der Parteischule und planmäßige politische Bildungsarbeit in den einzelnen Orten sowie durch den Neudruck der Parteischriften und durch Mehrings Geschichte der Sozialdemokratie die Wissenslücken der Mitglieder auszufüllen. Zwar wurde nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Mitglieder erfaßt, es waren aber doch erfreuliche und vielversprechende Anfänge.

Der Ausbruch des Weltkrieges führte zur Einstellung jeder Bildungsarbeit in der Partei. Das war ein großer Nachteil. Viele geschulte Mitglieder und Funktionäre wurden zum Kriegsdienst eingezogen und fielen auf dem Schlachtfelde. Der Tod riß große Lücken in die erprobte Kämpferschar der Partei. Der Krieg erzeugte eine kritiklose, nationalistische Stimmung. Dies nutzte die Heeresleitung aus und förderte durch Literatur und Darbietungen im Felde und in der Etappe diese nationalistische Stimmung. Bei dem langwierigen Stellungskrieg nahmen die Soldaten diese Abwechslung nicht ungern entgegen. Das ganze politische Leben wurde durch die Militärzensur und die Kriegslügen verseucht. Durch das Zusammenwirken all dieser Umstände wurde eine politische Verwirrung sondergleichen angerichtet.

Der Krieg spaltete die Sozialdemokratische Partei. Viele Mitglieder sahen in der Unterstützung des Krieges eine Preisgabe sozialistischer Grundsätze und internationaler Beschlüsse; sie fanden sich schließlich in der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei zusammen. Die alte Sozialdemokratische Partei sah den Krieg als Verteidigungskrieg an, den man unterstützen müsse.

Für die Beamten und Arbeiter des Reiches, der Länder und Gemeinden fielen die Organisationsfesseln

erst während der letzten Kriegsjahre und nach Ausbruch der Revolution. Sie strömten politisch ungeschult, des Klassenkampfes ungewohnt, mit den Ideen und Anschauungen des Proletariats nicht vertraut, in die Partei.

Nach dem militärisch-monarchistischen Zusammenbruch fand die Republik keine einheitliche, vom sozialistischen Willen beseelte, klassenbewußte Arbeitermasse vor, sondern ein Gemisch gegeneinanderwirkender Anschauungen und Kräfte. Das ist eine der Ursachen, daß die Revolution in den Anfängen bürgerlicher Demokratie stecken blieb. Viele wandten sich enttäuscht wieder von der Sozialdemokratischen Partei ab, sie sahen nicht in dem verlorenen Krieg die Ursache ihres Elends, sondern machten die Revolution und die Sozialdemokratie dafür verantwortlich. Das Heer der Verdrossenen, der Indifferenten vermehrte sich und verhalf der Bourgeoisie wieder völlig zur politischen Macht und förderte die Konterrevolution.

Allmählich kehrt die Selbstbesinnung in der Arbeiterklasse zurück, die Gleichgültigkeit, die Verdrossenheit weicht, die Klassenscheidung tritt schärfer hervor, und die Kämpferscharen formieren sich neu, um die verlorene Kampfposition zurückzuerobern und den Endsieg zu erringen.

Jetzt ist es höchste Zeit, das Werden und die Kämpfe der Partei wieder in Erinnerung zu bringen, weil die Erfahrung der beste Anschauungsunterricht für die Methoden des neuen Kampfes ist. Diese Aufgabe soll diese Schrift lösen. Mehrings Werk über die Geschichte der Sozialdemokratie ist vergriffen; sie reichte auch nur bis zum Ende des Sozialistengesetzes. Sie wird neu bearbeitet und ergänzt.

Diese Schrift soll nur eine gedrängte Darstellung des Werdens und der Kämpfe der Partei geben, die eine schnelle Orientierung in dem kaleidoskopartigen

Tageskämpfe der Partei ermöglicht und dem Arbeiter noch Gelegenheit gibt, seine karge Freizeit zu nützen, einen Blick in die Vergangenheit zu werfen. Es mußte aber die geschichtliche Entwicklung vom Beginn des neunzehnten Jahrhunderts in Deutschland dargelegt werden, weil die ökonomische, politische und staatliche Entwicklung jener Zeit erst den Schlüssel zum Verständnis für die Bildung von Parteien, ihre Forderungen nach Freiheit und nach einem einigen Deutschland gibt und den Boden für die Sozialdemokratie bereitere. Dennoch durfte nur das Wichtigste herausgegriffen werden, denn es soll ja keine allgemeine deutsche Geschichte, sondern nur eine begrenzte Geschichte der Sozialdemokratischen Partei gegeben werden.

Zum Verständnis des Gebotenen sei hervorgehoben, daß Sozialismus und Kommunismus als Einheit aufgefaßt werden; denn beide haben als Endziel die Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Wenn also vom Kommunismus als Gesellschaftswissenschaft gesprochen wird, so ist der Sozialismus gemeint und umgekehrt. Wenn aber von der Kommunistischen Partei der Gegenwart gesprochen wird, so handelt es sich um die Unterschiede in Prinzip und Taktik zur Sozialdemokratischen Partei.

Ich habe aus einem reichen, zum Teil noch nicht ausgenutzten Quellenmaterial und der im Literaturverzeichnis aufgeführten Schriften geschöpft.

Um das Werk weiten Arbeiterkreisen zugänglich zu machen, wird es in zwei Bändchen erscheinen, und zwar umfassend: 1. die Jugendzeit der sozialistischen Bewegung in Deutschland bis zur Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, 1875 in Gotha; 2. Vom Sozialistengesetz bis zur Gegenwart.

Möge das Werk vielen willkommen sein, zur Erkenntnis vergangener Kämpfe beitragen und die

Möglichkeit schaffen, aus der Vergangenheit zu lernen, um bei neuen Kämpfen Fehler zu vermeiden. Die Stürmer, denen es nie schnell genug vorwärts geht, mögen aus der Geschichte lernen, daß auch die Arbeiterklasse und ihre Kampforganisationen geistige, politische und wirtschaftliche Hemmungen überwinden muß und den Entwicklungsgesetzen unterworfen ist. Die jungen Kämpfer mögen an den Opfern und Mühen der Alten, die Bahnbrecher des Sozialismus sind, und aus der Geschichte der Arbeiterklasse den Mut, die Tatkraft und Zuversicht zu neuen Kämpfen, zum endlichen Siege des Sozialismus und zur Befreiung der Arbeiterklasse und der ganzen Menschheit schöpfen!

September 1926.

Der Verfasser.

Die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands am Anfang des 19. Jahrhunderts.

Die moderne Arbeiterbewegung erwuchs aus dem industriellen Proletariat, das wiederum erst durch die Einführung der Arbeits- und Dampfmaschine für die Warenproduktion und das hierdurch bedingte Aufkommen industrieller Großbetriebe entstehen konnte. Hierfür fehlten in Deutschland bis etwa zum Jahre 1825 alle Vorbedingungen, denn die Manufakturperiode hatte sich erst allmählich aus dem Handwerk herausgebildet.

Die große französische Revolution von 1789 brach in Frankreich den Absolutismus, die Feudalherrschaft und die Pfaffenwirtschaft und bahnte der kapitalistischen Entwicklung den Weg. In England war die Auseinandersetzung zwischen Absolutismus und Bourgeoisie schon früher erfolgt. In Deutschland mußte erst der Absolutismus und die Kleinstaaterei überwunden werden, um den Weg zu einer, wenn auch unvollkommenen Einheit, zu bürgerlicher Gleichberechtigung, zu wirtschaftlicher Freiheit und zum Aufstieg der bürgerlichen Klasse freizumachen.

Deutschlands absolute Herrscher, besorgt um ihr Gottesgnadentum, suchten im Verein mit England die französische Monarchie zu retten und führten 1792 bis 1795 Krieg gegen das revolutionäre Frankreich. Die Folge war die Zerstörung des französischen Thrones, die Hinrichtung Ludwigs XVI., die Annexion Belgiens und des linken Rheinufers durch Frankreich und die Zerstörung des damaligen Deut-

ischen Reichs. 1795 trat Preußen das linke Rheinufer an Frankreich ab. Die Rheinstaaten schlossen sich zum Rheinbund zusammen und sagten sich vom Deutschen Reiche los. Am 6. August 1806 erklärte der deutsche Kaiser Franz, indem er sich gleichzeitig als österreichischer Kaiser proklamierte, das „reichsoberhauptliche Amt“ für erloschen.

In den Kriegen gegen Deutschland hatte Napoleon mit den Thronen einer Reihe Zwergdespoten aufgeräumt, seine Vasallen aber zu Königen erhoben, so in Bayern, Sachsen, Württemberg. Nach seinem Sturze wurde auf dem Wiener Kongreß 1814-15 der deutsche Fürstenbund gegründet, um dem einzelnen Despoten die Hausmacht zu sichern und einen neuen Länderausgleich herbeizuführen. Immerhin verblieben noch 39 Kleinstaaten, und das linke Rheinufer fiel wieder an Preußen.

Jeder dieser Kleinstaaten hatte seine eigenen Zoll- und Wegeschränken, eigenes Münz-, Gewichts- und Längenmaß, wodurch der Binnenverkehr innerhalb Deutschlands außerordentlich erschwert wurde. In jedem dieser Staaten herrschte der Despot souverän. Es bestand weder Glaubens-, Gewissens-, Vereins- noch Versammlungsfreiheit; Despotie, Polizeiwillkür, Zensur herrschten unbeschränkt. Es fehlte jede Rechtssicherheit; die letzten Reste städtischer Selbstverwaltung wurden aufgehoben.

Der Zunftzwang und die Monopolstellung der Zünfte hemmten die kapitalistische Entwicklung. Deshalb der Ruf nach einem einigen freien Deutschland.

Von einer selbständigen Arbeiterorganisation war kaum eine Spur vorhanden. Die Gesellenverbände des 15. Jahrhunderts, die den Innungen und Städten Achtung abgerungen hatten, waren längst machtlos. Durch Reichsbeschluß von 1731 waren alle selbständigen Gesellenverbände, Arbeitseinstellungen,

das Feiern des „blauen Montags“ verboten worden. Dafür wurde die Frauenarbeit und die Verlängerung der Arbeitszeit zugelassen. Die Kinderarbeit nahm zu.

Die Zünfte hatten noch Monopolstellung. Die Zahl der Gesellen, die jährlich Meister werden konnten, war beschränkt; nur nach langen Lehrlings-, Gesellen-, Wander-, Sitz- oder Mutjahren konnte ein Geselle Meister werden. Meistersöhne, welchen der Vater das Gewerbe abtrat, Gesellen, die eine Meisterswitwe oder eine Meisterstochter heirateten, hatten den Vorrang vor anderen, Bürgerstöhne Vorrechte vor solchen, deren Eltern nicht das Bürgerrecht der Stadt hatten. Meist mußte der Geselle, der Meister werden wollte, ein größeres Vermögen nachweisen. Die Lehrzeit war lang. In Hamburg und Hannover sollte die Lehrzeit nicht mehr als fünf Jahre betragen. Das Wandern der Gesellen war gesetzlich geregelt. Meist mußte er drei Jahre wandern, um die Vermehrung der Zunftberechtigten hintanzuhalten. Nur in einzelnen Staaten (Hamburg, Sachsen) durften die Gesellen heiraten, wenn sie genügend Subsistenzmittel nachwiesen. Die Arbeitszeit war lang, der Lohn karg.

Für die Arbeiter und Gesellen bestanden Koalitionsverbote und Verbote, mehr an Lohn zu verlangen und anzunehmen, als die Obrigkeit festgesetzt hatte. Die Meister aber wurden vom Staate aufgefordert, sich zu koalieren, um die Löhne der Arbeiter hinabzudrücken.

Die nicht geförderten und die verheirateten Gesellen, die nicht Meister werden konnten, siedelten sich außerhalb der Bannmeile der Zunftstadt an, wurden Heimarbeiter und lieferten später das Menschenmaterial für den Manufakturbetrieb.

Haus- und Manufakturindustrie bestand in Sachsen, Schlesien, Thüringen und im Schwarzwald. Preußen zählte 1816 186 612 Fabrikarbeiter, 170 020 Handwerksgefelln und 840 401 Handarbeiter.

Sachsen war das fortgeschrittenste Industrie-land. Es besaß Baumwollen-, Kattun-, Musselin- und Leinenindustrie. 1806 hatte es 13 200 Baumwollspindeln, 1812 aber bereits 250 000 Spindeln. Davon wurden 58 v. H. mit Wasserkraft, 29 v. H. durch Zugtiere und 13 v. H. durch Menschenhand betrieben. Chemnitz beschäftigte in Kattunfabriken, Kattundruckereien und Baumwollspinnereien 4200 Arbeiter und Arbeiterinnen.

In Schlesien waren die Weber meist gutsuntertänig; sie mußten dem Gutsherrn den Weberzins entrichten, feudale Abgaben und Dienste leisten. Um 1773 herum verdiente ein schlesischer Weber 20 bis 60 Pfennig den Tag.

Reformen.

Napoleon führte in den unterjochten Ländern, so auch im Rheinland, das freiere französische Recht ein. In den zwanzig Jahren französischer Herrschaft im Rheinland wurde der Feudaladel zerstört, die Adelsrechte wurden aufgehoben, der feudale und kirchliche Besitz ging in bauerliche Hände über, und der Bauer wurde freier Gutsbesitzer. Da auch die französischen bürgerlichen Freiheiten galten, so kam das linksrheinische Land in schroffen politischen und wirtschaftlichen Gegensatz zu Preußen und den übrigen deutschen Staaten. Die Niederlage Preußens 1806—1807 zwang den König von Preußen nach dem Tilsiter Frieden zu Reformen. Er kündete eine Reform der Staatsverwaltung, der Finanz-

verwaltung, der Polizei, der Gerichtsbarkeit und der Provinzialbehörden an und versprach Gewerbe-freiheit und Bauernbefreiung.

Das preußische Edikt vom 8. Oktober 1807 besagte: Jeder Edelmann ist ohne allen Nachteil seines Standes befugt, bürgerliche Gewerbe zu treiben, und jeder Bürger oder Bauer ist berechtigt, aus dem Bauern- in den Bürger- und aus dem Bürger- in den Bauernstand zu treten. (§ 2.)

Mit der Publikation dieses Edikts hört das bisherige Untertänigkeitsverhältnis derjenigen Untertanen und ihrer Weiber und Kinder, welche ihre Bauerngüter erblich oder eigentümlich, oder erbzinsweise, oder erbpächflich besitzen, wechselseitig gänzlich auf. (§ 11.)

Mit dem Martinstage 1810 hört alle Gutsuntertänigkeit in unseren sämtlichen Staaten auf, nach diesem Tage gibt es nur freie Leute. (§ 12.)

Am 29. Oktober 1807 wurde die Leibeigenschaft, Erbuntertänigkeit und Gutspflichtigkeit der Domäneninsassen aufgehoben.

In einem Edikt vom 27. Juli 1808 wurde die erste Verordnung dahin ausgelegt, daß die Gewährung des vollen uneingeschränkten Eigentums an den Grundstücken die Beleihungsmöglichkeit gebe und das Recht, es zu veräußern, zu vererben und zu verpfänden. Es sollte die Kreditfähigkeit der Junker gehoben werden.

Für die Bauern aber hieß es: Scharwerks- und andere Dienste, im gleichen die Naturalleistungen sollen gegen angemessene Geldabgaben verwandelt werden. Darüber hieß es:

Die gegenwärtige Verordnung begreift die sogenannten Hochzinsler, Scharwerksfreie, Scharwerksbauern, Zinsbauern usw. ein.

Den Zeitpachtbauern, Zeitemphyten und übrigen Domäneninsassen, welche noch kein volles Eigentum an ihren Grundstücken haben, beabsichtigen wir solches gleichfalls zu verleihen.

Zu den Naturalleistungen gehören z. B. die Scharwerksdienste, die Getreide- und Holzfuhrn, die Burg- und Frondienste.

Was unter der Aufhebung der Leibeigenschaft verstanden werden sollte, kündet ein Edikt vom 8. April 1809 an¹⁾.

Durch das Regulierungsedikt von 1811 wurde der Landbesitz des freigewordenen Bauern gegenüber den Ansprüchen des Gutsherrn so geregelt: Erbliche Laßbauern sollten zwei Drittel, unerbliche Laßbauern und Zeitpächter ein Drittel ihrer Scholle zu freiem Eigentum erhalten. Die Zivil- und Polizeigerichtbarkeit und das Gesindezuchtigungsrecht des Gutsherrn blieb bestehen.

¹⁾ Für völlig aufgehoben gelten die dem Gutsherrn zustehenden Rechte: für die Loslassung aus der Erbuntertänigkeit persönliche und dingliche Loslassungsgelder zu fordern.

Daß alle Kinder zeitheriger Untertanen drei Jahre lang gegen den Zwangsgefindelohn auf dem herrschaftlichen Gute dienen müssen.

Von den Untertanenkindern eine Geldentschädigung zu verlangen, welche die Zwangsgefindendienste nicht in Person geleistet haben.

Die Kinder der zeitherigen Untertanen und Schutzverwandten auch nach beendigtem dreijährigen Zwangsdienste zu nötigen, gegen den sogenannten Fremdenlohn fernerhin zwangsweise dienen zu müssen.

Von den auswärts dienenden Untertanen für die Erlaubnis, außerhalb des Dorfes den Unterhalt zu suchen, ein bestimmtes Schutzgeld zu fordern.

Von den Schutzuntertanen noch gewisse observanzmäßige Dienste zu fordern und zu verlangen, daß sie der Gutsherrschaft vorzugsweise dienen müssen.

Durch die Deklaration von 1816 verloren alle Bauern nicht spannfähiger und nicht katastrierter Güter ihre Eigentumsrechte. Dadurch entstanden in Schlesien, Pommern, Brandenburg und Ostpreußen statt der 1811 erwarteten 161 000 nur etwa 46 000 bäuerliche Besitzer. 115 000 Bauern hatten ihr Besitztum verloren und 1533000 Morgen Land eingebüßt.

Die Ablösungsverordnung von 1825 setzte die Entschädigungsansprüche der Gutsherrn für Hand- und Spanndienste und Abgaben fest. Ablösbare Bauern zahlten durchschnittlich den 25fachen Betrag der abzulösenden Leistungen.

1821 wurde in den meisten deutschen Staaten die Allmende (Gemeindeeigentum an Wasser, Wald und Weide) in das Privateigentum übergeführt.

Jedweden Untertanen nach zurückgelegtem 24. Jahre zur Annahme einer dienstpflchtigen Stelle im Dorfe zu nötigen. Welches unter mehreren Kindern die von den Eltern nachgelassene bäuerliche Stelle in der Erbfolge übernehmen soll.

Auf Ermäßigung des, von dem Erblasser eines robotpflichtigen Grundstücks in seinem letzten Willen, angeblich zu hoch veranschlagten Werts der Stelle anzutragen.

Zur Veräußerung, Verpfändung eines erb- und eigentümlich erbpacht- oder erbzinsweise besitzenden Grundstücks bedarf der bäuerliche Grundbesitzer des gutsherrlichen Konsenses weiter nicht.

Zur Verheiratung und Erlernung eines bürgerlichen Gewerbes ist nicht mehr die herrschaftliche Genehmigung nachzusuchen.

Und als die schlesischen Weber gegen die Forderungen der Gutsherrn sich auflehnten, heißt es in der Verordnung vom 24. Oktober 1810:

Spann-, Hand-, Fronen- und Scharwerksdienste und Roboten bleiben unweigerlich bestehen, bis sich die Gutsherrn und Bauern wegen Aufhebung gegen angemessene Entschädigung in Geld, Körner oder Land vereinigen.

Der Erfolg der sogenannten Bauernbefreiung war eine starke Vermehrung des Grundbesitzes der Gutsherrn und die Enteignung und Vertreibung der Bauern. Die enteigneten Bauern wurden Hofgänger, Instleute oder Feuerlinge, d. h. Gutsarbeiter mit kleinem Häuschen, einem Morgen Land und Druschdeputat. Die kein Unterkommen fanden, stellten die Reservearmee an Industriearbeitern für die aufstrebende kapitalistische Gesellschaft.

Andere Reformen.

Die Steinsche Städteordnung vom 19. November 1808 brachte den Städten die Selbstverwaltung. Die Staatsaufsicht wurde außerordentlich eingeschränkt. Im Dezember 1808 wurde die veränderte Verfassung der obersten Staatsbehörden und die Verordnung über die verbesserte Einrichtung der Provinzial-, Polizei- und Finanzbehörden veröffentlicht. Im gleichen Jahre wurde der Zunftzwang und das Verkaufsmonopol der Zünfte aufgehoben. Nach dieser Verordnung soll eine gesetzliche Lehrzeit, Ein- und Ausschreiben der Lehrlinge nicht mehr stattfinden. Alle Gewerbsgebräuche, welche den Lohn, die Beköstigung und Behandlung der Gesellen, die Dienstzeit, die Kündigung ihrer Dienste und die Wanderjahre betreffen, sind nicht mehr verbindlich. Alles wird der freien Vertragsregelung überlassen.

In der Geschäftsinstruktion für die Regierungen in allen Provinzen vom 26. Dezember 1808 heißt es:

Niemanden in dem Genuß seines Eigentums, seiner bürgerlichen Gerechtfame und Freiheit weiter einzuschränken, als zum allgemeinen Wohle nötig ist, einem jeden innerhalb der gesetzlichen Schranken die möglichst freie Entwicklung und Anwendung seiner Anlagen, Fähigkeiten und Kräfte in moralischer und physischer Hinsicht zu gestatten, und alle dagegen noch obwaltenden Hindernisse baldmöglichst auf eine legale Weise hinwegzuräumen. (§ 34.)

Neben der Unbeschränktheit bei Erzeugung und Verfeinerung der Produkte ist die Leichtigkeit des Verkehrs und Freiheit des Handels, sowohl im Innern als im Auslande, ein notwendiges Erfordernis, wenn Industrie, Gewerbefleiß und Wohlstand gedeihen sollen. (§ 50.)

Die Einführung der Gewerbefreiheit (28. Oktober 1810) hatte einen sehr metallischen Beigeschmack. Es zeugt von der außerordentlichen finanziellen Bedrängnis des preussischen Staates. Nach der Verordnung war jeder verpflichtet, für sein Gewerbe, es bestehe in Handel, Fabriken oder Handwerk, einen Gewerbeschein zu lösen. Die einzelnen Berufe waren in sechs Klassen eingeteilt, die für den Gewerbeschein einen bis zweihundert Taler entrichten mußten. Für damalige Zeiten sehr erhebliche Summen.

Durch die Verordnung vom 7. September 1811 wurde die Gewerbefreiheit dahin deklariert:

Gleichheit vor dem Gesetz, Eigentum des Grund und Bodens, freie Benutzung desselben und Dispositionen über solchen, Gewerbefreiheit, Aufhören der Zwangs- und Banngerechtigkeiten und Monopole, Tragung der Abgaben nach gleichen Grundfähen von jedermann, Vereinfachung derselben und ihrer Erhebung.

Die Gesindeordnung wurde am 8. November 1810 geändert, und am 11. März 1812 wurden die Juden den Christen in religiöser, wirtschaftlicher und politischer Beziehung gleichgestellt, sie wurden aber verpflichtet, fest bestimmte Familiennamen zu führen.

Alles in allem für einen feudalen absolutistischen Staat zweifellos Fortschritte, die aber aus der damaligen Not geboren wurden.

Auf den Schneefeldern Rußlands endete der Siegeszug Napoleons gegen die europäischen Staaten. Die von Napoleon bekriegten Staaten schlossen ein Bündnis und führten die „Befreiungskriege“ (1813—1815) bis zur endgültigen Niederlage und Absetzung Napoleons.

Zu diesem Befreiungskriege bedurften die Monarchen die Hilfe und Unterstützung des Volkes. Am 17. März 1815 erklärte der König von Preußen in einer Proklamation an Heer und Volk den Krieg als einen heiligen Krieg, bei dem alles gewagt werden müsse, weil alles auf dem Spiele stehe. Als Preis der vom Volke erwarteten Anstrengungen wurde im Namen des Königs allen Ständen Freiheit verheißen nebst der Berechtigung, in Staatsangelegenheiten eine Stimme zu haben. Am 22. Mai 1815 sagte Friedrich Wilhelm III. Verfassung und Volksvertretung zu; er hat aber dies Versprechen nicht gehalten. Als Ersatz berief er die Provinziallandtage, die in der Politik nichts zu sagen hatten. Daraus entstand für Preußen der Verfassungsfreieit.

Zerstörte Hoffnungen.

In unendlicher Begeisterung war das deutsche Volk in den „Freiheitskrieg“ gezogen. Doch seine Hoffnungen nach einem politisch freien Deutschland wurden enttäuscht, das Volk fühlte sich belogen und betrogen. Diese Stimmung löste den Kampf für ein freies, einiges Deutschland aus. Die Jugend organi-

sierte sich unter Führung Jahns, die Studenten sammelten sich in den Burschenschaften. Auf dem Wartburgfest bei Eisenach, 18. Oktober 1817, verbrüderten sich Professoren und Studenten für Deutschlands Einheit und Freiheit, und die Burschenschaften vereinigten sich zu einem über die deutschen Universitätsstädte reichenden Verbands.

Die Reaktion.

Die Despoten fühlten sich durch die französische Revolution und die in den deutschen Staaten entflammende Freiheitsbewegung in ihrer Existenz bedroht. Am 26. September 1815 schlossen die Monarchen von Rußland, Preußen und Oesterreich zu Paris die Heilige Allianz, um die Freiheit der Völker niederzuhalten.

Um dem Drängen nach einem einigen Deutschland zu begegnen und um die Hausmacht der einzelnen Despoten zu erhalten, wurde durch die Bundesakte vom 8. Juni 1815 der föderative Deutsche Bund von den Fürsten gegründet.

Nach Artikel 13 der Bundesakte sollten alle Bundesstaaten eine landständische Verfassung erhalten. Den Untertanen wurden die Rechte garantiert: in anderen Bundesstaaten Grundeigentum zu erwerben; freier Abzug aus einem Bundesstaate in den anderen, falls dieser den Abziehenden aufnehmen wollte; freier Eintritt in den Zivil- und Militärdienst eines anderen Bundesstaates, sobald keine Militärpflicht gegen das Geburtsland daran hinderte; Befreiung von der Abzugssteuer beim Uebergang des Vermögens aus einem Bundesstaate in den anderen; und das Recht der Auswanderung aus dem Gebiete des Deutschen Bundes selbst. Die drei christlichen Religionsparteien (nicht auch die

griechisch-katholischen) wurden gleichgestellt. Den durch Napoleon mediatisierten reichsunmittelbaren Fürsten, Grafen und Herren wurden nach Art. 14 neben einer Menge von Privilegien noch die niedere landesherrliche Gewalt über ihre Besitzungen und deren Bewohner zuerkannt. Damit suchten sich die Fürsten die ältesten und festesten Stützen der hohen Adelskaste zu sichern, um sich damit einen Damm gegen das aus der Revolution hervorgegangene demokratische Element zu schaffen.

In der Tätigkeit der Burschenschaften, der Ermordung des russischen Staatsrats Kozebue (23. März 1819) durch den Studenten Sand, der Judenverfolgung in einigen Städten, in der Gärung und Opposition in einzelnen Staaten glaubten die Regierungen den Anmarsch der deutschen Revolution zu sehen. Die Bundesversammlung raffte sich auf, um die „demagogischen Umtriebe“ auszurotten. Preußen hatte bereits Maßregeln ergriffen. Die in Köpenick eingesetzte Immediat-Untersuchungskommission suchte auf inquisitorischem Wege und durch Verhaftungen und Hausdurchsuchungen die Fäden der geargwohnten großen Verschwörung aufzuspüren und zu verfolgen. Das Turnen wurde in Preußen bei strengen Strafen verboten, obgleich man die Leibesübungen beim Heere eingeführt hatte. Sämtliche Turnanstalten wurden geschlossen, alle Reden und Schriften über das Turnen verboten. Preußen und Oesterreich veranlaßten im August 1819 einen Ministerkongreß der größeren deutschen Staaten nach Karlsbad in Böhmen. Dieser Kongreß ist durch die **Karlsbader Beschlüsse** berüchtigt geworden.

Diese Beschlüsse, von der Bundesversammlung in Frankfurt am 20. September 1819 verkündet, gingen dahin:

Der Artikel 13 der Bundesakte, die Einführung der landständigen Verfassungen betr., soll von den Regierungen nur im monarchischen Sinne ausgelegt und verwirklicht werden.

Anstellung von Regierungsbevollmächtigten an den Universitäten zur Ueberwachung der Lehren ihrer Professoren und des Benehmens der Studenten.

Einführung einer strengen Zensur für Schriften unter 20 Bogen.

Einführung einer Zentral-Untersuchungskommission für Deutschland zu Mainz zur Leitung der Untersuchung über die demagogischen Umtriebe in sämtlichen deutschen Staaten.

Diese Beschlüsse lösten die größte Empörung in Deutschland aus. Trotz jahrelanger Untersuchung und Einkerkelungen konnte die Mainzer Kommission keine Tathaten entdecken, die sich als Hochverrat ausprägen ließen. Eine Reihe Professoren wurden des Amtes entsetzt. Die Karlsbader Beschlüsse vernichteten alles aufkeimende geistige und politische Leben. Tiefste Reaktion herrschte in Deutschland und zwang die Revolutionäre zur Flucht nach dem Auslande. Doch die Despoten konnten zwar die politische und wirtschaftliche Entwicklung hemmen, jedoch nicht verhindern.

Die deutsche Philosophie.

Die politische Unterdrückung in Deutschland führte zur Flucht in Träume des Jenseits, zur Verstärkung der Macht der Kirche. Despotismus und kirchliches Dogma berühren sich in gleichen Interessen. Nach dem Dogma der Kirche ist die Welt von Gott er-

schaffen, wird sie und die Menschheit von ihm regiert und geleitet. Alle Unbill ist Schicksals Fügung, von Gott gewollt, ist also kritiklos hinzunehmen. Daher Demut und Unterwerfung unter Gottes Gebot. In das Irdische überetzt, ist der Despot, ist die Obrigkeit von Gottes Gnaden eingesetzt, ihr muß man untertan und gehorjam sein. So wurden in der Kirche und in der Despotie die Menschen willenlose Werkzeuge der göttlichen und weltlichen Obrigkeit.

Der Kirche entstand aber in der Philosophie ein entschiedener Widersacher. Denn ein Ausgangspunkt der Philosophie war der Streit zwischen Idealismus und Materialismus, war der Streit, ob Gott die Welt geschaffen habe oder ob die Welt von Ewigkeit da sei.

Der Königsberger Professor Immanuel Kant (1724—1804) knüpfte an Kopernikus, Galilei, Kepler, Newton und Hume an und führte das Prinzip der Entwicklung in der Natur ein. Er löste die ewige Dauer des Sonnensystems auf, indem er die Entstehung der Sonne aus rotierenden Nebelmassen erklärte. Er sprach das Hervorgehen des Menschen aus dem Tierreich aus, eine Anschauung, die Darwin ein halbes Jahrhundert später als richtig nachgewiesen hat. Er setzte also an die Stelle der Schöpfung die Entwicklung der Gestirne. Daraus zog er in seinem Entwurf zum ewigen Frieden die Folgerung: Der Staat ist keine Habe wie der Boden, auf dem er seinen Sitz hat; er ist eine Gesellschaft von Menschen, über die niemand anderes als sie selbst zu gebieten und zu disponieren haben. Daraus ergebe sich, daß die Verfassung des Staates republikanisch sein solle. In seiner Kritik der reinen Vernunft stellte er den Satz auf: Alles, was einen Widerspruch enthält, ist unmöglich.

Johann Gottlieb Fichte (1762—1814) richtete das durch Kant umgestürzte menschliche Bewußtsein wieder auf. Ihm war der Mensch als Gattung das wirkliche Ding an sich, das menschliche Bewußtsein nicht der Spiegel, sondern der Schöpfer der gegenständlichen Welt.

Hegel aber zog folgende Schlußfolgerung: Mit dem Begriff des Seins ist auch der Begriff des Nichts gegeben, und aus dem Kampfe beider entsteht der höhere Begriff des Werdens. Im Gegensatz zu Kant erklärte Hegel: Was überhaupt die Welt bewegt, ist der Widerspruch.

Damit wurde durch die Philosophie das Entwicklungsgesetz für die menschliche Gesellschaft, die Wirtschaft und den Staat aufgestellt. Nichts ist unabänderlich. Daher der unversöhnliche Kampf zwischen Glauben und Wissen, zwischen Religion und Fortschritt.

In Deutschland war die Arbeiterklasse noch gar nicht, die bürgerliche Klasse aber zu wenig entwickelt, um aus der philosophischen Erkenntnis praktische Schlüsse zu ziehen²⁾.

²⁾ In anderen wirtschaftlich höher entwickelten Staaten England, Frankreich und Italien setzte schon frühzeitig die Sozialkritik ein und entwickelte sich eine utopistische sozialistische Literatur. Da diese Literatur zweifellos auch auf die sozialistischen Ideen in Deutschland eingewirkt hat, so seien aus den Sozialkritiken und Utopien die wesentlichen hervorgehoben.

England: Thomas Morus (1478—1535) Utopia. Francis Bacon, bekannt unter dem Namen Lord Bacon (1560 bis 1626) Neue Atlantis. Winstanley, geb. 1609. Gesetze der Freiheit. 1649 erschien John Bellers Schrift: Der Advokat des armen Mannes.

Robert Owen, geb. 1771, Sozialkritiker und Reformator, Begründer des Genossenschaftswesens und Gründer kommunistischer Kolonien. Mit ihm beginnt die Geschichte des modernen Sozialismus in England. Charles Hall (1740 bis

Welche Nutzenanwendung der wissenschaftliche Sozialismus aus der Entwicklungslehre zog, wird später auseinandergesetzt werden.

Die erste sozialistische Propaganda in Deutschland.

Ludwig Gall und sein Wirken.

Regierungsekretär Ludwig Gall (1791—1863) in Trier versuchte 1818 einen Verein zu gründen, um dem darbenenden deutschen Manne Arbeit, Verdienst, genügend Wohnung und Besitz zu verschaffen.

Der Verein erhielt keine behördliche Genehmigung. Nur in Erfurt wurde ein Verein „gegen jede Not des Mangels und des Ueberflusses“ gegründet.

1820) Sozialkritiker. Er erkennt als erster den Klassenkampf zwischen Kapitalisten und Arbeiter. In seiner Schrift „Wirkung der Zivilisation“ führt er aus:

Der Vertrag zwischen beiden Parteien (Arbeiter und Kapitalisten) ist nicht freiwillig. Die Armen haben keine Wahl; sie müssen die Bedingungen der Kapitalbesitzer annehmen oder aber verhungern. Es herrscht absoluter Zwang auf Seiten des Besitzers und absolute Notwendigkeit auf Seiten des Arbeiters. Besitzende und Nichtbesitzende, Kapitalisten und Arbeiter stehen im direkten Gegensatz zueinander.

Frankreich: Denis Dairasse, geb. 1675, ließ 1711 in Amsterdam in englischer Sprache die utopische Schilderung: Die Geschichte der Sevaramben erscheinen, die auch ins Französische und Holländische übersetzt wurde. In dieser Schrift stellt er zum ersten Male die Forderung des Achtstundentages auf. In der Schrift führt er aus: Gütergemeinschaft verlangt allgemeine Arbeitspflicht. Sevamis führte sie ein und bestimmte, daß der Tag in drei Teile geteilt würde: acht Stunden Arbeit, acht Stunden Erholung, acht Stunden Schlaf. Nur Greise, Schwangere, Kranke und Kinder sind von der Arbeit befreit.

Ein Deutscher, Lange aus Kehl, kam mit 16 Jahren nach Paris und war 1793 als Gemeindebeamter in Lyon tätig. Er ist als der geistige Vater Fouriers bezeichnet worden. In seiner Schrift „Quatre Mouvemens“ forderte er 1808 Arbeiterbauge nossenschaften mit Staatshilfe.

1828 gab Gall die „Menschenfreundlichen Blätter“ heraus, die bald eingingen. Gall erklärte die Arbeit für die Quelle aller Güter. Die Arbeiter seien es, welche den gesamten Nationalreichtum hervorbrächten. Und doch seien sie dem schlimmsten Elend preisgegeben. Das liege aber nicht daran, daß zu wenig produziert würde, sondern nur daran, daß Millionen nichts hätten als ihre Arbeitsfähigkeit, die im Verhältnis zu dem allherrschenden Gelde wertlos sei. Hierin liege die Ursache der Not der Proletariat.

Die Geldprivilegierten und die arbeitenden Klassen stehen sich, durch einander

Italien: Thomas Campanella (1568—1639) veröffentlichte die Utopie „Der Sonnenstaat“.

Durch die französische Aufklärungsliteratur hervorgerufen, erschienen in Deutschland im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts Schriften mit sozialistischen Gedankengängen.

Heinse, „Laidion“ (1774) gegen das Privateigentum. Heinse, „Ardinghello“, 1787, Utopie mit Güter- und Weibergemeinschaft.

Klinger, „Reisen durch die Sündflut“, 1795, Geißlung der Geldherrschaft.

Anonym 1795 „Moralpolitik“, Kommunismus als Ziel der Kultur.

Johann Gottlieb Fichte, Beiträge zur Berichtigung der Urteile des Publikums über die französische Revolution 1793, Grundlage des Naturrechts nach Prinzipien der Wissenschaftslehre 1796, Der geschlossene Handelsstaat 1800.

Fichte bezeichnete die heutige Wirtschaftsgestaltung als „Anarchie“, den Gewinn der Reichen als „Raub“, und verlangte für den Arbeiter das gesamte Arbeitsprodukt ohne Abzug, die planvolle Leitung der Produktion, die Garantie des Absatzes und die Abschaffung des Metallgeldes.

Diese Autoren nehmen ihren Ausgang nicht von der kapitalistischen Produktionsweise, nicht vom Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat, denn diese Gegensätze bestanden damals noch nicht. Sie gingen aus von dem Unterschied zwischen arm und reich. Sie besaßen nicht die Einsicht in die Bewegungssätze des wirtschaftlichen Organismus

widerstrebende Interessen scharf geschieden, feindlich gegenüber; die Lage der ersteren verbessere sich in demselben Verhältnis, wie jene der letzteren sich immer mehr verschlimmere, kümmerlicher, elender werde.

Zur Reform des Bestehenden verlangte Gall, daß die Gesellschaft einem jeden das Recht auf Arbeit und ein menschenwürdiges Dasein gewähren sollte.

Die Lahmlegung des Großkapitals hoffte er durch Assoziationen der kleinen Eigentümer mit den Arbeitern zu bewirken.

Die Wirkung der Julirevolution auf Deutschland.

In der Julirevolution 1830 eroberte die französische Bourgeoisie die politische Macht; nicht lange darauf, in der Reformbill 1832, gelang der englischen Mittelklasse das gleiche. In beiden Ländern prellte das Bürgertum das mit ihm bis dahin verbündete Proletariat um seinen Anteil an dem gemeinsamen Siege. Es war eine entscheidende Wendung. Sie öffnete der modernen Arbeiterklasse die Bahn zum weltgeschichtlichen Kampfe.

Die Wellen der französischen Revolution schlugen auch nach Deutschland. Während Preußen unberührt blieb, entstanden in den Kleinstaaten Unruhen. Die einzelnen Regierungen machten Zugeständnisse. Hannover erhielt (26. September 1833) eine demokratische Verfassung. Nach dem Tumult am 2. und 4. September 1830 in Leipzig und am 9. September in Dresden schufen sich die Städte Sachsen bewaffnete Schutzwachen, die Komunalgarden. Erst nun forderten sie eine Verfassung, die am 4. September 1831 gewährt wurde. Sachsen-Altenburg erhielt am 29. April 1831

eine neue Landständeordnung. In Hessen, den sächsischen Herzogtümern und Mecklenburg wurden die Aufstände mit militärischer Gewalt unterdrückt.

Am 25. November 1830 erließ die Bundesversammlung in Frankfurt neue Verordnungen, in denen sie die Karlsbader Beschlüsse, besonders über die Presse, einschärfte und vor unzeitiger, gefährlicher Nachgiebigkeit der Regierungen gegen ihre revolutionären Völker warnte.

Die Warnung kam zu spät, denn die Unruhen waren vorüber. Nur in Baden und Württemberg, wo bereits konstitutionelle Zustände bestanden, hielten Redner in den Parlamenten den Geist der Revolution wach.

In Bayern blieb alles beim alten, doch in dem freigesinnten Rheinbayeren wurde in den Journalen die Kammeropposition gegen die Bundesbeschlüsse stark unterstützt. Nun erließ die Bundesversammlung am 27. Oktober 1831 ein Petitionsverbot, am 10. November 1831 wurden den Regierungen nochmals die Karlsbader Beschlüsse über die Presse eingeschärft, und endlich ergingen einzelne Dekrete zur Unterdrückung verschiedener freigesinnter Journale Deutschlands. Gegen diese Verbote wendete sich der Rheinbayerische Presseverein. Um diesem Verein und seinen Bestrebungen mehr Nachdruck zu geben, erließen die rheinbayerischen Blätter unter Führung von Wirth an alle deutschen Vaterlandsfreunde für den 27. Mai 1832 die Einladung zu einem patriotischen Feste auf der Schloßruine von Hambach in Rheinbayern. Das Hambacher Fest kam auch unter Teilnahme von etwa 30 000 Menschen zustande.

Diese Demonstration gegen die Bundesversammlung gab ihr den Vorwand, mit neuen Maßregeln

gegen den revolutionären Geist hervorzutreten. Es erschienen vom 5. Juli bis 27. Oktober 1832 eine Reihe bundestaglicher Dekrete: Die Zensur soll den Karlsbader Beschlüssen zufolge überall, wo sie aufgehoben ist, wieder eingeführt werden. Damit fiel die badische Pressfreiheit. Alle politischen Vereine und Versammlungen sollen verboten sein, ebenso außerordentliche Volksversammlungen und Volksfeste. Bei erlaubten Versammlungen und Volksfesten dürfen keine politischen Reden gehalten werden. Adressen oder Beschlüsse dürfen nicht angeschlagen werden, Unterschriftensammlungen sind verboten. „Das öffentliche Tragen von Abzeichen und Bändern, Kokarden, nicht autorisiertes Aufstecken von Fahnen und Flaggen, das Errichten von Freiheitsbäumen und dergleichen Aufrufszeichen ist unnachsichtlich zu bestrafen.“

„Professoren und andere öffentliche Lehrer, die durch Verbreitung verderblicher, der öffentlichen Ordnung und Ruhe feindseliger oder die Grundlagen der bestehenden Staatseinrichtungen untergrabender Lehren unfähig zur Verwaltung ihres Amtes sind, sind vom Amte zu entfernen.“

Der Gemahregelte dürfe in keinem anderen Bundesstaate bei irgendeinem öffentlichen Lehrinstitut wieder angestellt werden.

Die Bundesregierungen wurden verpflichtet, diese Vorschriften durchzuführen und dem Bunde anzuzeigen. Polizeimaßnahmen mußten unter den Ländern ausgetauscht werden. Flüchtlinge seien auszuliefern, Fremde auszuweisen.

Alle gegen die Bundesversammlung gerichteten Protestaktionen, Adressen und Petitionen sollen als Verbrechen betrachtet und bestraft werden.

Preußen erließ am 7. Januar 1838 noch eine besondere Verordnung: „Alle Studentenverbindungen, ohne Unterschied der dabei gebrauchten Benennungen als Orden, Landsmannschaft, Burschenschaft usw., sind verboten. Stifter, Vorsteher, Beamte solcher Verbände sind zu bestrafen. Verbindungsmänner mit anderen Universitäten sind zu relegieren.“

Jetzt begann ein Wüten gegen alle verdächtigen Liberalen. Wer sich nicht durch Flucht ins Ausland retten konnte, verfiel den härtesten Kerkerstrafen, die oft wegen der unbedeutendsten Dinge auf vieljährige Haft ausgedehnt wurde.

Aus dem aufgelösten Preßverein entstand im geheimen der Vaterlandsverein, der kein geringeres Ziel hatte als die Gründung einer großen deutschen Republik. Der organisierte Frankfurter Wachensturm, 3. April 1833, mißlang. Er hatte zur Folge, daß die Mainzer Untersuchungskommission wieder eingesetzt wurde und eine Menge harter Verurteilungen gegen Kompromittierte ergingen, soweit sie nicht nach Frankreich und der Schweiz geflüchtet waren. Insgesamt veranlaßte der Ausschuß 1800 Untersuchungen und verurteilte 204 Studenten.

Damit war die deutsche revolutionäre Bewegung der dreißiger Jahre vorläufig erledigt.

Georg Büchners sozialistische Agitation.

(17. Oktober 1813 bis 10. Februar 1837. Student in Gießen.)

Neujahr 1834 schloß er sich der vom Pfarrer Weidig geleiteten hessischen revolutionären Agitation an.

Während Weidig für ein deutsches Kaiserthum schwärmte, war sein Ziel die durch die Revolution erstrebte Republik.

Er gründete den Geheimbund „Die Gesellschaft der Menschenrechte“ in Gießen. Die Statuten verpflichteten die Mitglieder zum Eintreten für Revolution und Republik.

Eine rein politische Revolution in Deutschland sei ein Ding der Unmöglichkeit. „Das Verhältnis zwischen Armen und Reichen ist das einzige revolutionäre Element in der Welt; der Hunger allein kann die Freiheitsgöttin werden. Man müsse die Bauern, und die Revolution bekommt die Apoplexie.“

Seine Stellung zu den bestehenden Einrichtungen war eine im Sinne des Sozialismus kritische.

„Der jetzige gesellschaftliche Zustand macht die große Masse der Staatsbürger zum ironischen Vieh, um die unnatürlichen Bedürfnisse einer unbedeutenden und verdorbenen Minderzahl zu befriedigen. Und das Gesetz ist eine ewige, rohe Gewalt, angetan dem Recht und der gesunden Vernunft.“

Er gab als Flugblatt den „Hessischen Landboten“ heraus. Da dieser in der Geheimdruckerei in Offenbach gedruckt wurde, die unter dem Einfluß Weidigs stand, so konnte er ohne dessen Zustimmung den Landboten nicht gedruckt erhalten. Weidig spickte den Inhalt reichlich mit biblischen Zutatzen und milderte den übrigen Text.

Trotzdem war der Inhalt aufreizend.

Der Anfang lautete: Friede den Hütten! Krieg den Palästen! Im Jahre 1834 sieht es aus, als würde die Bibel Lügen gestraft. Es sieht aus, als hätte Gott die Bauern und Handwerker am fünften und die Fürsten und Vornehmen am sechsten gemacht und als hätte der Herr zu diesen gesagt: Herrschet über alles Getier, das auf Erden kriecht! und hätte die Bauern und Bürger zum Gewürm gezählt. Das Leben der Vornehmen ist ein langer Sonntag, sie wohnen in schönen Häusern, sie tragen herrliche Kleider, sie haben feiste Gesichter und reden eine

eigene Sprache; das Volk aber liegt vor ihnen wie Dünger auf dem Acker. Der Bauer geht hinter dem Pflug, der Vornehme aber geht hinter ihm und dem Pflug und treibt ihn mit dem Ochsen am Pflug, er nimmt das Korn und läßt ihm die Stoppeln. Das Leben des Bauern ist ein langer Werktag, Fremde verzehren seine Aecker vor seinen Augen, sein Leib ist eine Schwiele, sein Schweiß ist das Salz auf dem Tische des Vornehmen.“

Mitte 1834 im Großherzogtum Hessen verbreitet, hatte das Flugblatt wenig Erfolg, weil die Polizei es konfiszierte und die Bauern es aus freiem Antriebe der Obrigkeit abliefern.

Die polizeilichen Nachforschungen zwangen Büchner, Gießen zu verlassen und zu seinen Eltern nach Darmstadt zu gehen. Nachdem er hier einen gleichen Geheimbund gegründet, mußte er entweichen. Er ging nach Straßburg, 1836 nach Zürich, wo er 1837 als Privatdozent starb.

Die Gesellschaft der Menschenrechte wurde polizeilich gesprengt, einzelne Mitglieder verhaftet und zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt.

Der Bund der Geächteten.

Nach der Julirevolution 1830 war 1832 unter den Deutschen in Paris auf Aufforderung der „Tribüne“ (redigiert von Wirth) und des „Westboten“ (redigiert von Siebenpfeiffer) in Erinnerung des verbotenen Pressereins der Rheinpfalz ein „Pressverein“ gegründet worden, der auf gesetzmäßigem Wege Deutschland zu einem Einheitsstaate mit demokratischer Verfassung zu gestalten trachtete.

Diesem Verein, der den Namen „Deutscher Volksverein“ annahm und etwa 100 Mitglieder zählte, traten auch deutsche Arbeiter bei, die auf Wanderschaft sich in Paris aufhielten.

Durch Einschreiten der französischen Regierung löste sich der Volksverein Ende 1833 auf.

Seine gesinnungstüchtigen Mitglieder gründeten sofort den Geheimbund, den „**Deutschen Bund der Geächteten**“. Nach seinen Statuten erstrebte der Bund:

Die Befreiung und Wiedergeburt Deutschlands und Verwirklichung der in der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte ausgesprochenen Grundsätze.

Näher wurden die Ziele in den nur für Eingeweihte (Berg) bestimmten Artikeln dargelegt. Dort heißt es:

Der Zweck des Bundes der Geächteten ist die Befreiung Deutschlands von dem Joche schimpflicher Knechtschaft und Begründung eines Zustandes, der, soviel als Menschenvorsicht vermag, den Rückfall in Knechtschaft verhindert. Die Erreichung dieses Hauptzweckes ist nur möglich bei Begründung und Erhaltung der sozialen und politischen Gleichheit, Freiheit, Bürgertugend und Volkseinheit, zunächst in den der deutschen Sprache und Sitte angehörenden Ländergebieten, sodann aber auch bei allen übrigen Völkern des Erdbodens.

Der bei der Aufnahme in den Bund zu leistende Schwur lautete:

„Ich gelobe bei meiner Ehre: Verschwiegenheit über das Bestehen des Bundes und treuen, aufopfernden Eifer für seinen erhabenen Zweck. Mich treffe Ehrlosigkeit und Tod, wenn ich wortbrüchig werde.“

Diesem Bunde schlossen sich bald 200 deutsche Arbeiter in Paris an, die nach erfolgter Rückwanderung in ihre Heimat auch dort unter den Handwerkern die radikalen Grundsätze weiterverbreiteten und an manchen Orten Zweigvereine — „Hütten“ oder „Zelte“ — gründeten.

Der Verein wurde zunächst von dem aus Deutschland vertriebenen Schriftsteller Jacob Venedey mit zwei Gelehrten, German Mäurer und Dr. Wilhelm Schuster, einem ehemaligen Göttinger Privatdozenten, geleitet.

Sie gaben eine Monatschrift „**Die Geächteten**“ heraus, die bis Mitte der 30er Jahre erschien.

In der Zeitschrift wurden die Grundsätze der unterschiedenen Demokratie verkündet. Die sozialen Forderungen beschränkten sich auf die Aufhebung der das Volk drückenden Abgaben und auf die Einführung einer progressiven Einkommensteuer.

Venedey trat aus dem Bunde aus, weil er mit seiner Ansicht nicht durchdrang, den Bund aus einer geheimen Verschwörung in eine öffentliche Propagandagesellschaft umzuwandeln.

Nunmehr ging die Leitung auf Schuster über, der mehr kommunistische Ziele aufstellte, so die gleiche Verteilung der Güter.

Schuster organisierte eine Kolportage von Schriften nach Deutschland. So die Flugblätter: „**Aufruf eines Geächteten**“; „**Das Glaubensbekenntnis eines Geächteten**“ und „**Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte**“.

Ferner wurden Emiffäre des Bundes nach Deutschland zur Agitation für den Bund gesandt.

Die deutsche Polizei kam den „**Geächteten**“ zuerst im Jahre 1840 in Bremen auf die Spur. Nach und nach wurden noch „**Zelte**“ in Berlin, Frankfurt a. M., Mainz und Nassau aufgespürt; sie bestanden meist aus Arbeitern und Kleinbürgern. Die angeklagten Mitglieder wurden zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt. Nur in Mainz wurden 30 Angeklagte freigesprochen.

Das junge Deutschland.

Mitte der 30er Jahre wurden Arbeiter in der Schweiz von der republikanischen Idee erfaßt.

Dort hatte der Geheimbund „**Das junge Deutschland**“ seinen Hauptsitz. Das junge

Deutschland war eine Sektion des internationalen Geheimbundes „Das junge Europa“, dessen Zentralkomitee (Universalvorstand) in Paris saß.

Der Zweck des Jungen Europa war die Errichtung einer europäischen Republik. Man dachte dies Ziel durch einen Einfall in das Heimatland, wo gleichzeitig eine Revolution hervorgerufen werden sollte, durchzusetzen.

Die Mitglieder, meist exilierte deutsche Burschschafter, welche, getreu den Traditionen der Unbedingten, der alten Burschenschaft von 1818 folgten, hielten den Königsmord für etwas sittlich Gerechtigtetes.

Die Agitation des Bundes wandte sich an die deutschen Arbeiter in der Schweiz, damit die Handwerksburschen, in die Heimat zurückgekehrt, die oppositionelle Partei verstärken sollten.

Der ehemalige Gymnasiallehrer Schüler aus Darmstadt zog mit Vorliebe zu seinem 1833 in Wien gegründeten Leseverein Arbeiter heran.

Als Schüler 1834 Präsident des Geheimbundes wurde, empfahl er allen Sektionen, Arbeiter-Lese- oder Arbeiter-Krankenvereine zu gründen. Bald waren in 20 Orten in der Schweiz und in 5 Orten in Frankreich Sektionen gebildet. Die Mehrheit der Schweizer, 300 Mitglieder, setzte sich aus Proletariern zusammen. Dem Zentralkomitee in Wien gehörten 1836 von 5 Mitgliedern 3 Schriftsetzer und 1 Bürstenbinder an.

1836 ließ der Bund die republikanisch-revolutionäre Monatschrift „Das junge Deutschland“ erscheinen.

Am 15. Januar 1835 hatte die deutsche Bundesregierung den Handwerksgefellendass Wandern nach der Schweiz

unter sagt. Die Verordnung wurde erst im Mai 1848 aufgehoben.

Der Deutsche Bund wurde bei der Eidgenossenschaft gegen die extreme Agitation vorstellig und erreichte 1836, daß 36 notorische Jungdeutsche aus der Schweiz ausgewiesen wurden.

Damit war das junge Deutschland bis auf kleine Reste unter den Handwerkern des Jura geschlagen.

Der Bund der Gerechten.

In Paris gingen die deutschen Arbeiter in das extrem-sozialistische Lager über und gründeten 1836 den geheimen „Bund der Gerechten“, der sich aus dem „Bunde der Geächteten“ entwickelt hatte.

Der Bund gliederte sich in Gemeinde, Kreis, leitenden Kreis und mündete in der Spitze, der Zentralbehörde.

Dem Bund gehörten ausschließlich Arbeiter an.

Sein Ziel war der Umsturz der deutschen Verfassung zum Zweck der Errichtung einer kommunistischen Republik.

Leiter des Bundes waren Dr. Hermann Ewerbeck und Karl Schapper. Letzterer war Mitglied des Büchnerschen Geheimbundes der Gesellschaft der Menschenrechte in Gießen gewesen und geflüchtet.

Neben der geheimen Organisation bestanden öffentliche Arbeiterbildungsvereine, aus deren energischsten Mitgliedern der Bund sich ergänzte und erweiterte. In diesen Vereinen fand der Bund Spielraum für die öffentliche Propaganda seiner Ideen; sie waren der Mittelpunkt des geselligen Lebens. Bei dem Wanderleben der Handwerksgefellens breitete sich der Bund schnell aus.

Mitglieder des Bundes nahmen am 12. Mai 1839 an einer Emeute der Babeuiften teil. Schapper

wurde verhaftet, freigelassen und aus Frankreich ausgewiesen. Er ging nach London. Dort gelang es ihm, einen Zweig des Bundes, und am 7. Februar 1840 einen öffentlichen Arbeiterverein zu gründen. Im selben Jahre wurde auch die Zentralkommission des Bundes von Paris nach London verlegt.

Wilhelm Weitling

(5. Oktober 1808 bis 25. Januar 1871)

In Magdeburg geboren, hatte er in frühester Kindheit Not und Sorge durchkostet und eine harte Lehrzeit durchgemacht. Als Schneidergeselle kam er auf seiner Wanderschaft nach Paris. Dort schloß er sich dem Kommunistenbunde an und lernte die Schriften von Babeuf, St. Simon, Fouriers und Cabet kennen. Im Auftrage des Bundes verfaßte er 1838 die Broschüre: Die Welt, wie sie ist und wie sie sein soll. In ihr untersuchte er die Möglichkeit und Notwendigkeit der Abschaffung des Geldes und der gleichmäßigen Verteilung der Arbeit. Er empfahl die Gütergemeinschaft als einziges Rettungsmittel und entwickelte den Plan zur Ueberführung der bestehenden Gesellschaftsordnung in einen idealen Zustand. Anknüpfend an die Bibel führt er aus:

Das Geld bewirkt die Korruption, den Betrug, die Fälschung, den Diebstahl. Die, welche Geld haben, laden und richten die Batterien der Gesetze und Strafen gegen die, welche es nicht haben. Der Starke beraubt den Schwachen öffentlich und gibt der Beraubung einen gesetzlich nicht strafbaren Namen, wie Kontribution, Steuern, Eigentum, Spekulation, Zins, Pfändung, Prozeßkosten, Lohnkürzung, Wucher usw.

Er führt alles auf die Begierden zurück:

1. Begierde des Erwerbs,
2. Begierde des Genusses,
3. Begierde des Wissens.

Er stellt die Begierde des Wissens als Haupttriebfeder des gesellschaftlichen Organismus dar. Hier müsse der Ausgleich einsetzen, deshalb stellt Weitling die Trennung des persönlichen Interesses von der Wissenschaft und die Trennung dieser von den Individuen als oberstes Prinzip auf. Deshalb dürfe die Verwaltung des Staates weder an einen Fürsten, noch an einen Diktator, noch an eine republikanische Wahlmehrheit übergehen.

Die Aufgabe der Verwaltung ist die gleiche Verteilung der Arbeit und Genüsse.

Mitte 1840 unternahm Weitling im Auftrage des Kommunistenbundes von Paris aus eine Agitationsreise nach Genf. In dem dortigen Arbeiterbildungsverein wurden die republikanischen Ideen des jungen Deutschlands gefeiert. Weitling suchte im Verein für seine Ideen zu werben, stieß aber auf energischen Widerstand. Sein einziger Gewinn war Aug. Becker, der schon als Gießener Student von Büchner für den Sozialismus gewonnen worden war.

Im Jahre 1841 siedelte Weitling dauernd nach der Schweiz über. In Genf gründete er die Monatschrift „Hilferuf der deutschen Jugend“, die 1842 unter dem Titel „Die junge Generation“ in Bern, Vevey, Langenthal und Zürich erschien. Der häufige Wechsel des Druckortes war eine Folge der Schwierigkeiten, die ihm die Kantonsregierungen bereiteten.

In der Monatschrift vertrat er entschieden die Gleichberechtigung des „vierten Standes“.

In Genf kam es zwischen den Demokraten und Kommunisten zu Differenzen. Die Kommunisten

trennten sich und gründeten einen eigenen Verein. Der Kommunismus gewann in den wichtigsten Orten der Schweiz Anhang. Die Mitglieder rekrutierten sich aus den besser bezahlten Arbeiterschichten.

Im Jahre 1842 gab Weitling sein Hauptwerk, „Die Garantien der Harmonie und Freiheit“ heraus. In unhistorischer Weise sucht Weitling die Entstehung des Eigentums, des beweglichen und unbeweglichen, zu erklären. Er wiederholt die Gedanken der französischen Sozialisten, kleidet sie aber in eigene Form. Seine Sprache ist beredt, oft hinreißend. — Die Druckkosten der Schrift brachten die Arbeiter auf. Die Schrift vertiefte und wiederholte die Gedankengänge seiner ersten Schrift, die Welt, wie sie ist und sein sollte.

Weitling wurde der erste Theoretiker des Kommunismus, doch waren seine Darlegungen ein Mittelding zwischen utopistischem und proletarischem Sozialismus. Kleinbürgerlich veranlagt, wußte er noch nichts von der geschichtlichen Bedeutung des Proletariats.

Die Grundlage seiner Theorie ist die Gleichheit. Seine glänzende Kritik der bürgerlichen Gesellschaft steht ganz auf dem moralischen Standpunkt der Utopisten.

Er fordert Assoziations-, Preß- und Wahlfreiheit, doch findet er, daß damit unter der Herrschaft des Geldsacks nichts anzufangen ist. Er entwirft die Organisation und Verwaltung der kommunistischen Gesellschaft, die er den großen Familienbund nennt. Nur der Fähige bestimmt und leitet. An der Spitze steht ein Dreimännerrat aus Philosophen, der von der Zentralmeisterkompagnie gewählt wird.

Seine Schriften wurden stark verbreitet und kamen zum Teil auch nach Deutschland.

Die kommunistische Propaganda in der Schweiz.

Neben Weitling waren Aug. Becker, Sebastian Seiler und Albrecht, der „Prophet“, für die kommunistische Agitation tätig. Albrecht, aus Altenburg stammend, saß wegen demagogischer Umtriebe sechs Jahre in deutschen Gefängnissen, wo man ihm als einzige Lektüre die Bibel ließ. Er war 1841 nach der Schweiz gekommen und war für den Kommunismus gewonnen worden. Er hat eine Reihe Broschüren geschrieben. Diese, wie seine Reden, waren in alttestamentarischer Sprache verfaßt.

Becker war in Gießen als Student der Theologie intimster Freund Büchners gewesen. Nach Entdeckung des Geheimbundes „Gesellschaft der Menschenrechte“ wurde er wegen politischer Umtriebe verhaftet und nach jahrelanger Untersuchungshaft 1839 zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Bald amnestiert, ging er nach Genf. Er schloß sich Weitling an und verfaßte die Schriften „Volksphilosophie unserer Tage“ (1843) und „Was wollen die Kommunisten?“ (1844). Er war Korrespondent der von Marx redigierten „Rheinischen Zeitung“ (1843) und des Pariser „Vorwärts“. Gestorben ist er 1875 in Cincinnati (Ohio).

Die Kommunisten versuchten durch Lancierung von Artikeln in die bürgerliche Presse in Deutschland und durch Einschuggeln von Schriften für ihre Ideen in Deutschland zu werben.

Weitling übersiedelte nach Zürich. In der Nacht des 9. Juni 1843 wurde in der Druckerei seine Schrift „Das Evangelium des armen Sünder“ beschlagnahmt, er selbst auf der Straße verhaftet.

Die Mitglieder des Züricher Gesellenvereins, in dem Weitling agitiert hatte, wurden, soweit sie nicht Kantonbürger waren, ausgewiesen. Weitling wurde

wegen Aufreizung zum Aufruhr zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt und nach Verbüßung der Strafe gefesselt nach der Grenze gebracht, aus der Schweiz ausgewiesen und an Preußen ausgeliefert. Preußen gab ihm Reisegeld und Zehrpennig und schob ihn nach Hamburg ab. Von dort ging Weitling Ende August 1844 nach London. Insgesamt hat Weitling 14 Monate Kerkerhaft erdulden müssen.

Am 22. September 1844 veranstalteten englische, deutsche und französische Arbeiter in London ein großes Meeting, auf dem Weitling als „der mutvolle und talentierte Führer der deutschen Kommunisten“ begrüßt wurde.

Weitling starb am 25. Januar 1871 in New York.

Die „Junge Generation“ ging ein. Die Massen- ausweisung deutscher Arbeiter aus der Schweiz legte zwar die Organisation, nicht aber die Agitation lahm. Während Weitlings Haft wurde die Agitation fortgesetzt und vom Pariser „Vorwärts“ unterstützt, der Abonnenten in der Schweiz hatte. Eine Reihe Schriften wurden herausgegeben und verbreitet. So das beschlagnahmte „Evangelium eines armen Sünders“. Weiter erschienen die Broschüren: Der Schriftsteller Wilhelm Weitling und die Kommunisten in Zürich, eine Verteidigungsschrift; Brief eines Herrn Pfarrers in Basel an einen Kommunisten in Lausanne, nebst Antwort darauf; Dießsch, Das tausendjährige Reich (diese Schrift erlebte drei Auflagen) und die Vorrede für Bildungsvereine.

Im Jahre 1845 gab Becker in Lausanne ein neues Blatt, „Die fröhliche Volksgesellschaft“, heraus. Das Blatt stellte als Ziel die freie Gemeinschaft auf. Dieselbe sollte auf zwei miteinander in Einklang gebrachten Prinzipien beruhen, nämlich einmal auf dem Grundsatz, daß die Erde und ihre Güter allen Menschen gehören und daß daher jeder, der genießen

wolle, arbeiten müsse; und andererseits sollte jeder Mensch frei sein und niemandem als seinem eigenen Willen gehorchen.

Die neue Organisation wurde von der Kantonsregierung in Neuchâtel verboten. Andere Kantone folgten diesem Beispiel.

Nun ging Becker nach Zürich und gewann den Redakteur des demokratischen Blattes „Boten vom Ufer“, Treichler, für den Kommunismus. Das Blatt erschien bald als „Allgemeines Not- und Hilfsblatt“, und unter gleichem Namen wurde ein Bildungsverein gegründet.

In einem Manifest forderte Treichler: Unterstützung industrieller wie agrarischer Arbeiterassoziationen, Gründung einer Kanton-Leihbank, Wahl aller Mitglieder des großen Rates durch direkte Volksabstimmung und jederzeitige Abberufungsmöglichkeit, sowie Vetorecht des Volkes gegen alle Gesetze.

Treichler entschuldigte sich gegenüber Weitling wegen der Mäßigung, die den Zeitumständen geschuldet sei. Er betrieb offene Propaganda für den Kommunismus in seinem Blatte und in Versammlungen.

Im März beschloß der Große Rat ein *Ausnahmengesetz* gegen den Kommunismus. Das Blatt mußte sein Erscheinen einstellen, und die extreme Arbeiteragitation wurde in der Schweiz vollständig lahmgelegt.

Der Grütli-Verein.

1838 gründete Weizel, der Organisator der Deutschen Gemeinde, in Genf einen Arbeiterbildungsverein, der bald von dem Jungdeutschen Geheimbund ins Schlepptau genommen wurde. Weizel trat mit der Minderheit aus und gründete einen Allgemeinen

Schweizer Arbeiterverein, der sich Grütli-Verein nannte. Ihn beherrschte demokratischer Geist.

Nachdem Gymnasialprofessor Albrecht Galeer 1841 Präsident geworden war, verpflanzte sich der Verein nach anderen Orten der Schweiz und nach Paris. 1845 zählte der Verein insgesamt 370 Mitglieder.

Der philosophische Sozialismus.

Die bisherigen sozialistischen Bewegungen waren von der Idee des französischen Sozialismus beeinflusst. Der utopische Sozialismus ging von der Moral aus und sah in dem Unterschied zwischen arm und reich die Quelle des Elends. Er appellierte an den Edelmuth der Menschen und suchte durch Einzelunternehmen (Phalanstere Fouriers, Ikarien Cabet's) das Elend zu mildern und in der Theorie abzuschaffen. Der kommunistische Sozialismus gab zwar eine glänzende Kritik der bürgerlichen Gesellschaft, doch war er sich der historischen Mission des Proletariats noch nicht bewußt. Er ging aber über den utopischen Sozialismus hinaus, forderte die Gesamtumstellung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und verlangte das Gemeineigentum an den irdischen und geistigen Gütern, um dadurch das Elend aller Proletarier zu beseitigen. Die deutsche Philosophie (vgl. den Artikel auf S. 26) setzte an Stelle der Moral die Erkenntnis, daß alles, also auch die menschliche Gesellschaft und der Staat, den Entwicklungsgesetzen unterworfen, nichts unabänderlich sei. Die folgende sozialistische Bewegung knüpfte zwar an die Ideen des französischen Sozialismus an, sie bekam aber durch die deutsche Philosophie ihre eigentümliche Wendung.

Anknüpfend an die Hegelsche Philosophie gab Strauss seine Schrift „Das Leben Jesu“ heraus, die großes Aufsehen machte. Hegel hatte erklärt, was

das bloß Geschichtliche, Endliche, Aeußerliche betreffe, so seien die heiligen Geschichten wie profane zu betrachten, den Glauben ginge das Wissen gemeiner, wirklicher Geschichten nichts an. Aber auf der Wirklichkeit dieser Geschichten fußte die romantische Reaktion; mit ihr stand und fiel sie. Hier mußte der Zusammenstoß zwischen Philosophie und Romantik erfolgen. Strauss trat dafür ein, daß die Prüfung der evangelischen Geschichte durchaus der historischen Kritik freizulassen sei. Er übte diese Kritik mit einer Gründlichkeit, die den guten Glauben an die historische Wahrheit der Evangelien ein- für allemal unmöglich machte. Ihm waren die Evangelien nicht Geschichte, sondern Mythe, Volks Sage, unbewußt geschaffenes Erzeugniß der christlichen Gemeinde.

Die Kritik von Strauss war noch theologisch, denn sie lief auf die Frage hinaus, ob die Evangelien vom Heiligen Geist diktiert oder von der christlichen Gemeinde geschaffen sein sollten. Bruno Bauer wies in den „Deutschen Jahrbüchern“ nach, daß die Evangelien literarische Erzeugnisse bestimmter Verfasser seien, denen bei ihrer Schriftstellerei an bestimmten Zwecken gelegen gewesen wäre. Diese Auffassung Bauers entthob ihn allen Respekts vor den Evangelisten, und er führte mit der Theologie den Krieg auf Leben und Tod.

Ludwig Feuerbach setzte in seiner Schrift „Ueber das Wesen des Christentums“ den wirklichen Menschen wieder in seine Rechte ein. Er wachse aus dem Boden der Natur, die unabhängig von aller Philosophie besteht, ist der Mensch dem Menschen das höchste Wesen. Es gibt nichts außer dem Menschen und der Natur; die himmlischen Wesen,

welch die religiöse Phantasie erschuf, sind phantastische Rückspiegelungen des menschlichen Wesens. Und wie der Mensch dem Menschen das höchste Wesen ist, so ist das höchste Gesetz die Liebe des Menschen zum Menschen.

Die Religion wird nur durch das Wesen der Menschen bestimmt; die religiöse Entwicklung ist demnach nur die Geschichte der Entwicklung der menschlichen Seele. Im Katholizismus erschafft das Herz den heiligen Dienst, im Protestantismus kämpft der Verstand gegen die Illusionen des Herzens an. Daher ist das Wesen des Christentums nur das Wesen des Menschen, aber des sich selbst nicht ganz begreifenden Menschen, des Menschen, dem sein Wesen noch selbst ein Geheimnis ist, des entäußerten Menschen.

Demnach ist alle metaphysische Erkenntnis nur die Enthüllung des dem Menschen eigentümlichen Wesens; mithin sind auch die Begriffe der älteren Metaphysik von Gott wesentliche Begriffe, die aus dem Wesen der älteren Menschheit herfließen. Es ist also alle Theologie nichts weiter als Anthropologie (Naturlehre des Menschen).

Man braucht nur, so meinten deutsche Sozialisten, den Humanismus Feuerbachs auf das Sozialleben anzuwenden, um zum Sozialismus zu gelangen.

Hauptvertreter des philosophischen Sozialismus war Moses Hess. Geboren am 21. Januar 1812 zu Bonn als Sohn eines wohlhabenden Kaufmanns, bezog er 1830 die Universität, beteiligte sich bald an demokratischen Bestrebungen und veröffentlichte eine ausführliche Begründung des Sozialismus. Darauf zog der Vater seine Hand von ihm zurück. Er ging ins Ausland und schlug sich kümmerlich durch. Später söhnte er sich mit seinem Vater aus. Als er dennoch die

sozialistischen Ideen weiter verfolgte und eine Christin, Sibylle Pasch, heiratete, wurde er von neuem verstoßen. Inzwischen gab Hess anonym die „Heilige Geschichte der Menschheit“ (1837) und die „Europäische Triarchie“ heraus, ging dann nach Paris und arbeitete an der „Rheinischen Zeitung“ mit.

Im Jahre 1843 schrieb er für die von Herwegh herausgegebenen „Einundzwanzig Bogen“ aus der Schweiz die kommunistischen Aufsätze: „Sozialismus und Kommunismus“ und „Philosophie der Tat“. Der Grundgedanke seiner Schriften ist folgender:

Der Mensch hat bisher seine Schöpfung für seinen Schöpfer gehalten, er hat sich den Werken seiner Hände und seines Hirnschädels unterworfen, als ob es höhere, übermenschliche Wesen oder Mächte waren. So ist er ein Opfer bald seiner Gottesgelahrtheit, bald seiner Staatskunst, endlich aller seiner intellektuellen und materiellen Reichtümer geworden. Der Schöpfer hat sich seinen Kreaturen als Diener unterworfen. Die Entwicklung seiner Macht hat ihn nur ohnmächtiger gemacht, und es ist dahin gekommen, daß zuletzt all sein Vermögen einem einzigen, allmächtigen und allgegenwärtigen Gotte, dem Gelde, zugefallen ist. Der einzelne mußte von dem beschränkt individuellen Standpunkt aus, auf dem er sich befand, das von ihm als Gattungswesen Mitgeschaffene als das Werk eines jenseitigen Wesens betrachten und sich von diesem ihm fremden Wesen, von dieser ihm verborgenen Macht beherrschen lassen. Das von der Gesellschaft Geschaffene war bisher für das Individuum ein mystisches, jenseitiges Wesen, das ihm im politischen Leben als Staatsmacht, im religiösen als himmlische Macht, theoretisch als Gott, praktisch als Geschlecht gegenüberstand. Von dieser Herrschaft wird den Menschen der Sozialismus befreien, d. i. die

Wissenschaft und Kunst vom organisierten Zusammenwirken aller physischen und geistigen Kräfte.

Im Jahre 1844 war Heß Mitarbeiter an den „Deutsch-französischen Jahrbüchern“, am Pariser „Vorwärts“, am Weseler „Sprecher“ und an der Bielefelder „Monatsschrift“. Von Paris ging er nach Brüssel und nach kurzem Aufenthalt in Derviers nach Elberfeld. Dort gab er 1845 den „Gesellschaftsspiegel“ heraus, der den Mittelpunkt der rheinisch-sozialistischen Bewegung bildete.

Nach einjährigem Bestehen schritt die preußische Polizei ein. Das Blatt mußte sein Erscheinen einstellen. Nun ging er nach Brüssel, beteiligte sich 1849 am süddeutschen Aufstand, wurde in contumaciam zum Tode verurteilt, flüchtete nach der Schweiz, später nach Paris.

Später unterstützte er die Lassallesche Agitation und die Internationale Arbeiter-Association. Gestorben: 6. April 1875.

Dr. Karl Grün, geboren am 30. September 1813 in Lüdenscheid, studierte in Bonn, war Professor der deutschen und englischen Sprache in Colmar, gründete 1842 die „Mannheimer Abendzeitung“. Es war das bedeutendste vormärzlich radikale Blatt, das unter Zensur erschien. Von Baden ausgewiesen, redigierte er von Köln aus den Weseler „Sprecher“. Seit 1844 wurde er Anhänger des philosophischen sozialistischen Humanismus. Seine erste Arbeit war das Sendschreiben an die Osnabrücker Freunde. Ihm folgten die Broschüre „Ueber wahre Bildung“, 1845 „Die Judenfrage“, eine Streitschrift gegen Bruno Bauer, „Neue Anekdoten“, eine Schilderung der Zensurleiden. Seine Reisen führten ihn mit Considérant, Cabet und Proudhon zusammen. Seine Schriften sind im Sinne Heß' abgefaßt.

An den Arbeiterbestrebungen hat er sich nicht beteiligt. 1849 wurde Grün von Trier in die zweite preußische Kammer gewählt. Dann wegen Teilnahme an dem Zeughaussturm zu Prüm verhaftet, aber freigesprochen ging er nach Brüssel.

Der philosophische Sozialismus wurde durch den wissenschaftlichen Sozialismus abgelöst.

Das revolutionäre Bürgertum.

Seit 1825 hatte sich das Wirtschaftsleben in Deutschland völlig verändert. Die exakten Wissenschaften nahmen einen ungeheuren Aufschwung. Die Naturwissenschaft wurde auf die Technik angewandt. Wichtige Entdeckungen wurden gemacht. Es wurden erfunden die Elektrodynamik (1826), der Telegraph (1833), 1839 wurde die erste elektrische Drahtleitung verlegt, die Photographie entstand (1839). Entdeckt wurden die Anilinfarben im Steinkohlenteer (1837), die Klimakunde wurde begründet (1829). Eingeführt wurden das Eisen-Puddelverfahren (1815) und die Koksofen im Rheinland (1847). Im Jahre 1835 wurde die erste Eisenbahn Nürnberg—Fürth, 1839 Dresden—Leipzig erbaut.

Am 3. November 1838 wurde das preußische Gesetz über die Eisenbahn-Unternehmungen veröffentlicht, das die Finanzgrundlage der Eisenbahn-Aktiengesellschaften und die Enteignung des für die Eisenbahn benötigten Grund und Bodens regelte. Die Folge dieses Gesetzes waren die schnell aufeinander folgenden Gründungen von Eisenbahngesellschaften zur Erbauung neuer Eisenbahnlinien. Daneben wetteiferten die Provinzialbehörden und Gemeinden in der Gründung von Genossenschaften zum Bau neuer Landstraßen. Auch entstanden einige Kanäle als Verkehrswasserstraßen.

So wurden die Vorbedingungen für die industrielle Entwicklung und den schnelleren Transport der Güter und den leichteren Warenaustausch geschaffen, Bedingungen, die das Ausblühen der Industrie beflügeln mußten. Der bürgerliche Wohlstand stieg. Die „befreiten Bauern“ stellten die Industriearbeiter.

Namentlich im Rheinland wuchs die Industrie schnell empor.

1837 besaß Preußen 7000 Pferdekkräfte, 1855 62 000 Pferdekkräfte in Dampfmaschinen, 1850 gehörten 75 v. H. der Bevölkerung der Landwirtschaft und 12 v. H. der Industrie an.

In der Industrie fand bei 14- bis 16stündiger Arbeitszeit eine schutzlose Ausbeutung der Arbeitskraft statt, nahm die Frauen- und Kinderarbeit in Fabriken, Berg- und Hüttenwerken zu.

Im Jahre 1828 wies der Generalleutnant von Horn in einem Bericht an Friedrich Wilhelm III. darauf hin, daß er im Rheinland in Folge der Ausbeutung der jugendlichen Arbeiter und der dadurch verursachten körperlichen Entartung der Bevölkerung nicht mehr das erforderliche Truppenkontingent aufbringen könne. Erst elf Jahre später, 1839, wurde für Preußen ein Regulativ erlassen, das die regelmäßige Arbeit in Berg-, Hütten- und Pochwerken sowie in Fabriken vor dem neunten Lebensjahr verbot. Die Zulassung zu solcher Arbeit vor dem sechzehnten Lebensjahr wurde von der Zurücklegung eines dreijährigen Schulunterrichts abhängig gemacht. Die Arbeitszeit bis zu diesem Alter sollte zehn Stunden nicht überschreiten.

Da dieses Regulativ die erste Arbeitschutzbestimmung in Deutschland darstellt, die sozialen und kulturellen damaligen Zustände scharf beleuchtet, möge es im Wortlaut folgen.

Regulativ über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Fabriken.

9. März 1839.

§ 1. Vor zurückgelegtem neunten Lebensjahr darf niemand in einer Fabrik oder bei Berg-, Hütten- und Pochwerken zu einer regelmäßigen Beschäftigung angenommen werden.

§ 2. Wer noch nicht einen dreijährigen regelmäßigen Schulunterricht genossen hat oder durch ein Zeugnis des Schullehrers nachweist, daß er seine Muttersprache geläufig lesen kann und einen Anfang im Schreiben gemacht hat, darf vor zurückgelegtem sechzehnten Jahre zu einer solchen Beschäftigung in den genannten Anstalten nicht angenommen werden.

Eine Ausnahme hiervon ist nur da gestattet, wo die Fabrikherren durch Einrichtung und Unterhaltung von Fabriksschulen den Unterricht der jungen Arbeiter sichern. Die Beurteilung, ob eine solche Schule genüge, gebührt den Regierungen, welche in diesem Falle auch das Verhältnis zwischen Lern- und Arbeitszeit zu bestimmen haben.

§ 3. Junge Leute, welche das sechzehnte Lebensjahr noch nicht zurückgelegt haben, dürfen in diesen Anstalten nicht über zehn Stunden täglich beschäftigt werden.

Die Ortspolizeibehörde ist befugt, eine vorübergehende Verlängerung dieser Arbeitszeit zu gestatten, wenn durch Naturereignisse oder Unglücksfälle der regelmäßige Geschäftsbetrieb in den genannten Anstalten unterbrochen und ein vermehrtes Arbeitsbedürfnis dadurch herbeigeführt worden ist.

Die Verlängerung darf täglich nur eine Stunde betragen und darf höchstens für die Dauer von vier Wochen gestattet werden.

§ 4. Zwischen den im vorigen Paragraphen bestimmten Arbeitsstunden ist den genannten Arbeitern vor- und nachmittags eine Ruhe von einer Viertelstunde und mittags eine ganze Freistunde, und zwar jedesmal auch Bewegung in freier Luft zu gewähren.

§ 5. Die Beschäftigung solcher jungen Leute vor 5 Uhr morgens und nach 9 Uhr abends sowie an Sonn- und Feiertagen ist gänzlich untersagt.

§ 6. Christliche Arbeiter, welche noch nicht zur heiligen Kommunion angenommen sind, dürfen in denjenigen Stunden, welche ihr ordentlicher Seelsorger für ihren Katechumenen- und

Konfirmandenunterricht bestimmt hat, nicht in den genannten Anstalten beschäftigt werden.

§ 7. Die Eigentümer der bezeichneten Anstalten, welche junge Leute in denselben beschäftigen, sind verpflichtet, eine genaue und vollständige Liste, die deren Namen, Alter, Wohnort, Eltern, Eintritt in die Fabrik enthalten, zu führen, dieselbe in dem Arbeitslokal aufzubewahren und den Polizei- und Schulbehörden auf Verlangen vorzulegen.

§ 8. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung sollen gegen die Fabrikherren oder deren mit Vollmacht versehenen Vertreter durch Strafen von 1 bis 5 Taler für jedes vorchriftswidrig beschäftigte Kind geahndet werden.

Die unterlassene Anfertigung oder Fortführung der im § 7 vorgeschriebenen tabellarischen Liste wird zum ersten Male mit einer Strafe von 1 bis 5 Taler geahndet; die zweite Verletzung dieser Vorschrift wird mit einer Strafe von 5 bis 10 Taler belegt. Auch ist die Ortspolizeibehörde befugt, die Liste zu jeder Zeit anfertigen oder vervollständigen zu lassen. Es geschieht dies auf Kosten des Kontravenienten, welche zwangsweise im administrativen Wege beigetrieben werden können.

§ 9. Durch vorstehende Verordnung werden die gesetzlichen Bestimmungen über die Verpflichtung zum Schulbesuch nicht geändert. Jedoch werden die Regierungen da, wo die Verhältnisse die Beschäftigung schulpflichtiger Kinder in den Fabriken nötig machen, solche Einrichtungen treffen, daß die Wahl der Unterrichtsstunden den Betrieb derselben so wenig als möglich störe.

§ 10. Den Ministern der Medizinalangelegenheiten, der Polizei und der Finanzen bleibt es vorbehalten, diejenigen besonderen sanitäts-, bau- und sittenpolizeilichen Anordnungen zu erlassen, welche sie zur Erhaltung der Gesundheit und Moralität der Fabrikarbeiter für erforderlich halten. Die hierbei anzudrohenden Strafen dürfen 50 Taler Geld- oder eine diesem Betrag entsprechende Gefängnisstrafe nicht übersteigen.

Die nationalen, sozialen und Verfassungsfragen hatten in den meisten deutschen Staaten keine Lösung gefunden. In allen Klassen der Bevölkerung fehlten klare Vorstellungen und Ziele für die Lösung dieser Fragen, noch gab es keine Parteien mit bestimmten Programmforderungen. Und doch drängte die industrielle Entwicklung, die Erweiterung des Weltverkehrs, die Ausdehnung des Handels, der Ausbau

und die Schaffung neuer Verkehrswege auch nach dem Auslande, die beginnende Umschichtung der Bevölkerung zur Lösung der nationalen und weltwirtschaftlichen Probleme.

Die Forderungen der Einheit Deutschlands, des Wegfalls der Zollschranken, gleichen Maßes und Gewichts wie eines einheitlichen Münzsystems, einheitlichen Rechts, Rechtssicherheit, politischer und wirtschaftlicher Freiheit harteten noch der Verwirklichung. Die zunehmenden Bedürfnisse und die Finanzwirtschaft des Staates zwang dringend zur Mitverantwortung des Volkes, zur parlamentarischen Staatsform, zum allgemeinen Wahlrecht. Von alledem waren noch nicht einmal Ansätze zu finden.

Der erste Versuch auf wirtschaftlichem Gebiet war der deutsche Zollverein. Er trat am 1. Januar 1834 in Kraft und erstreckte sich bis Ende der 30er Jahre auf zirka 30 Millionen Einwohner.

Der Artikel 14 des deutschen Zollvereinsvertrags sah die Schaffung eines einheitlichen Maß-, Münz- und Gewichtssystems vor. Die Vorarbeiten wurden erst nach 35 Jahren, 1868 im Norddeutschen Reichstag, 1872 im Deutschen Reichstag, abgeschlossen.

Erst am 17. Januar 1845 wurde für Preußen die „Allgemeine Gewerbeordnung“ veröffentlicht, die das Vorbild für die spätere Reichsgewerbeordnung wurde. In dieser Gewerbeordnung wurden auch die Verhältnisse der Lehrlinge und Gesellen neu geordnet. Der Arbeitsvertrag wurde der freien Uebereinkunft überlassen. Eine Verpflichtung der Gesellen zum Wandern findet nicht mehr statt; ein Anspruch auf Geschenke fällt weg. Die Unterstützungskassen können die Gesellen beibehalten.

Die wirtschaftlichen und politischen Zustände drängten die Bourgeoisie zur klaren politischen Stel-

lungnahme. Die Bourgeoisie brauchte Freiheit zur Entwicklung und lehnte sich gegen die Zwangsmaßnahmen der despotischen Herrschaft in den einzelnen Staaten auf. Sie suchte sich ihre eigenen national-ökonomischen Grundsätze zu schaffen und fand Kräfte, die diese Grundsätze formulierten und dem Volke mundgerecht machten.

In Frankreich nahmen die Physiokraten Ende des 18. Jahrhunderts an, daß es eine natürliche Ordnung der Gesellschaft gibt, die das Wirtschaftsleben reguliert und deshalb der staatlichen Einmischung und Gesetzgebung nicht bedarf. Die Grundlagen dieser natürlichen Ordnung seien: Eigentum, Sicherheit und Freiheit, und diese drei Grundlagen betrachteten sie als unverletzliche Menschenrechte. Die beste Politik sei daher: „Laissez faire, laissez aller!“, das heißt, den Eigentümern, Unternehmern, Händlern die volle Freiheit des Schaltens und Waltens zu lassen. Das Interesse des Einzelmenschen werde sich schon mit dem Interesse der Allgemeinheit decken. Le monde va de lui-même: Die Welt bewegt sich von selbst und bedarf keiner staatlichen Einmischung.

In England war Adam Smith der Bahnbrecher der Nationalökonomie. Er untersuchte die Zusammenhänge der Produktion und Wirtschaft und wendete sich gegen die blöde Vielregiererei des bürokratischen Polizeistaates und kam in Anlehnung an die Physiokraten zu dem Ergebnis, daß der Staat sich nicht in den freien wirtschaftlichen Verkehr und Erwerb einzumischen habe. Der Staat solle sich nicht in das Wirtschaftsleben mischen, sondern das Selbstinteresse und die natürliche Freiheit walten lassen. Arbeit, Kapital und Freiheit sind die Bedingungen

der Wirtschaftsblüte. Der Staat sollte sich darauf beschränken, das Eigentum zu schützen.

„Wie das Eigentum, das jedermann an seiner eigenen Arbeit hat, die ursprüngliche Grundlage alles anderen Eigentums ist, so ist es das heiligste und unverletzliche. Das Erbteil eines armen Mannes liegt in der Kraft und Geschicklichkeit seiner Hände; und ihn daran hindern zu wollen, diese Kraft und Geschicklichkeit so anzuwenden, wie er es, ohne seinen Nächsten zu kränken, passend findet, ist geradezu eine Verletzung dieses heiligen Eigentums. Es ist ein offener Eingriff in die rechtmäßige Freiheit des Arbeiters sowohl als derer, die geneigt sind, den zu beschäftigen, der ihnen recht erscheint. Das Urteil darüber, ob er sich dazu eignet, beschäftigt zu werden, kann sicher den Arbeitgebern, deren Interesse es so sehr betrifft, überlassen werden. Die affektierte Mänglichkeit des Gesetzgebers, daß sie einen ungeeigneten Menschen beschäftigen könnten, ist offenbar ebenso unerschämmt wie bedrückend.“

Die Schrift Smiths wendete sich gegen den damaligen englischen Polizeistaat, insbesondere gegen die sogenannten Lehrlingsgesetze der Königin Elisabeth. Im übrigen vertrat er, wie später David Ricardo, die Produktionsweise seiner Zeit; sie waren die Theoretiker der Manufakturperiode und der beginnenden großen Industrie.

In Manchester wurden diese Lehren politisch für den Liberalismus umgemünzt. Die Manchesterlehre von der unbedingten Freiheit wurde von der deutschen Bourgeoisie übernommen, sie gab den Freihändlern den Vorwand, alle Schranken des kapitalistischen Konkurrenzkampfes niederzuwerfen und das Proletariat hemmungslos auszuheuten. Dem Staat blieb nach ihrer Auffassung nur die Aufgabe, als Nachwächter das Privateigentum zu hüten.

Das Werden des wissenschaftlichen Sozialismus.

Karl Marx.

Geboren 5. Mai 1818 in Trier, gestorben 14. März 1883 in London.

Sein Vater Hirschel Marx wie dessen Frau Henriette entstammten alten Rabbinersfamilien. Er war Justizrat in Trier, ließ sich 1824 als Heinrich Marx taufen und starb 1838. Karl Marx studierte in Bonn und Berlin Rechtswissenschaft und Philosophie und vertiefte sich in die Hegelsche Dialektik, promovierte 1841 in Jena zum Doktor der Philosophie und gedachte sich in Bonn als Privatdozent zu habilitieren, sah die Unmöglichkeit ein, wurde Schriftsteller und arbeitete an den von Ruge herausgegebenen „Deutschen Jahrbüchern“ mit. Am 1. Januar 1842 erschien die „Rheinische Zeitung“, anfänglich ein regierungsfreundliches Organ als Konkurrent der allmächtigen damals ultramontanen „Kölnischen Zeitung“. Das Blatt wurde von zwei Junghegelianern redigiert, die Gesinnungsfreunde, darunter auch Marx, zur Mitarbeit herangezogen. Die Arbeiten von Marx müssen Anklang gefunden haben, denn Oktober 1842 wurde ihm die Leitung des Blattes übertragen. Marx machte das Blatt zu einem Kampfblatt gegen die Reaktion. Er erinnerte an das 1815 gegebene königliche Versprechungsversprechen, nahm die Verhandlungen des Provinziallandtages unter die kritische Lupe, kritisierte den Gesetzentwurf über den Holzdiebstahl, der den Eigentumsbegriff so überspannte, daß das Holzlesen als Diebstahl verfolgt werden sollte, und nahm Stellung gegen das Privateigentum und für das Proletariat. Im Blatte behandelte er die Not der Moselbauern und brachte in fünf Artikeln urkundliche Beweise dafür, daß die Regierung die Notschreie der Moselbauern mit grausamer Härte unterdrückt hatte. Das Blatt hatte sich da-

durch den Haß der Regierung zugezogen, die Zensur wurde verschärft. Am 21. Januar 1843 wurde vom Ministerrat im Beisein des Königs die Unterdrückung des Blattes beschlossen. Mit Rücksicht auf die Aktionäre des Blattes wurde das Erscheinen bis Ende März gestattet, aber unter Doppelzensur gestellt. Müde der Zensurschikanen und angewidert von der Dummheit, entschloß sich Marx am 2. März, die Verbindung mit der „Rheinischen Zeitung“ zu lösen und nach dem Ausland zu gehen.

Die Tätigkeit an dieser Zeitung hatte ihn gezwungen, sich mit volkswirtschaftlichen Problemen zu befassen, und diese Tätigkeit dürfte seine Entwicklung zum Sozialismus stark beeinflusst haben. Die Schrift Feuerbachs hat nach seinen Angaben auf sein Denken stark eingewirkt.

Neben der „Rheinischen Zeitung“ wurden auch die „Deutschen Jahrbücher“ verboten. Ruge entschloß sich daher, sie in Paris mit Unterstützung von Fröbel in Zürich als „Deutsch-französische Jahrbücher“ herauszugeben. Marx wurde ihr Redakteur. Es ist im Februar 1844 nur ein Doppelheft erschienen, die Fortsetzung scheiterte an dem Mangel an Geld und der Abneigung Ruges gegen den Handwerkerkommunismus. Allein der Inhalt dieses einen Doppelhefts reichte aus, um die preußische Regierung in helle Wut zu bringen. Sie versuchte, auf den französischen Minister Guizot einzuwirken, gegen die Mitarbeiter der Jahrbücher einzuschreiten. Als dies mißlang, wies sie am 18. April 1844 die Oberpräsidenten Preußens an, da der Inhalt der Jahrbücher den Tatbestand des versuchten Hochverrats und der Majestätsbeleidigung enthalte, Ruge, Marx, Heine und Bernays, sobald sie preußischen Boden beträten, unter Beschlagnahme ihrer Papiere

zu verhaften. Außerdem wurde an der Grenze nach den Jahrbüchern gefahndet und 300 Exemplare beschlagnahmt.

Für Fröbel hatte die Verbindung mit den „Deutsch-französischen Jahrbüchern“ zur Folge, daß Preußen am 8. Februar 1846 das Vertriebsverbot der Schriften des vormaligen literarischen Kontors zu Zürich und Wintertur, jetzt Fröbel & Co. in Zürich, für die preußische Monarchie erließ.

Der nur einjährige Aufenthalt Marx' in Paris war die bedeutendste Zeit seiner Lehr- und Wanderjahre. Hier studierte er den französischen Sozialismus und kam mit den entschiedensten Vertretern, wie Leroux und Proudhon, in persönliche Beziehung. Beide waren Schriftsetzer und von der deutschen Philosophie beeinflusst. Er drang in die Geschichte der großen französischen Revolution von 1789 ein und erkannte das geschichtliche Wesen der Klassen und ihrer Kämpfe, insbesondere, daß die Klassen an bestimmte historische Entwicklungskämpfe der Produktion gebunden sind, daß der Klassenkampf notwendig zur Diktatur des Proletariats führt und daß diese Diktatur selbst einen Uebergang zur Aufhebung aller Klassen und zu einer klassenlosen Gesellschaft bilde. Marx wurde vertraut mit der materialistischen Philosophie und erfaßte die Anatomie (Zergliederung) der bürgerlichen Gesellschaft durch bürgerliche Nationalökonomien, wie Ricardo. Marx selbst hat auch stark auf andere, wie Heinrich Heine, eingewirkt; Heines „Wintermärchen“ und das im Anschluß an den Hungeraufstand der schlesischen Weber 1844 entstandene „Weberlied“ sind mit von Marx aus der Taufe gehoben worden.

Durch seine Pariser Freunde wurde Marx auf Friedrich Engels aufmerksam, der ihn im September 1844 besuchte und mit dem er sich im zehntägigen

Verkehr in geistiger Uebereinstimmung zusammenfand. So war sein Aufenthalt in Paris reich an Anregungen und Erfahrungen, reicher durch den Gewinn eines Waffengefährten, den er, je länger, je notwendiger brauchte, um das große Werk seines Lebens zu vollbringen.

Sein Wegzug von Paris war folgenden Umständen geschuldet. Seit Neujahr 1844 erschien zweimal wöchentlich der „Vorwärts“. Das Blatt war als Reklameblatt von Börnstein gegründet und wurde von v. Bornstädt, einem ehemaligen preußischen Offizier, redigiert. Bornstädt war politischer Agent Oesterreichs und Preußens und wurde von beiden Regierungen finanziell unterstützt. Das Blatt wurde das Sprachrohr der Auslandsdeutschen und wurde für Preußen verboten. Bernays wurde die Redaktion übertragen, und fortan nahm das Blatt scharf gegen Preußen Stellung.

Ruge veröffentlichte im „Vorwärts“ gegen die preußische Dynastie zwei Klatschartikel, zeichnete sie aber nicht mit seinem Namen — er war Dresdener Stadtverordneter —, sondern unterzeichnete sie mit: Ein Preuße. Da unter den führenden deutschen Schriftstellern in Paris nur Marx Preuße war, so wurde er als der Verfasser angesehen. Hiergegen wandte sich Marx in dem einzigen Artikel, den er für den „Vorwärts“ geschrieben hat.

Die zündenden Pfeile, die das Blatt nach Berlin sandte, verschnupften die preußische Regierung, und sie wurde bei Guizot in Paris vorstellig. Er lehnte ein Einschreiten gegen den „Vorwärts“ ab. Als aber der „Vorwärts“ einen „verruchten Artikel“ über das Attentat des Bürgermeisters Tschek auf Friedrich Wilhelm IV. veröffentlicht hatte, entschloß sich Guizot auf erneute preußische Vorstellung einzu-

schreiten. Er tat dies wegen mangelnder Kautionleistung und wegen Aufforderung zum Königsmord. In der Erwartung, daß wegen des letzteren Delikts die Geschworenen auf Freisprechung erkennen würden, wollte Preußen von dem Prozeß nichts wissen; er unterblieb. Wegen mangelnder Kautionstellung wurde Barnays zu 2 Monaten Gefängnis und 300 Francs Geldstrafe verurteilt. Der Schlag wurde pariert, da der „Vorwärts“ als Monatsblatt erscheinen sollte, für das eine Kaution nicht zu stellen notwendig war. Es kam nicht dazu. Die Mitarbeiter am „Vorwärts“, darunter auch Marx, wurden ausgewiesen. Nach Angriffen auf Guizot in der französischen Kammer wurde die Ausweisung nicht ausgeführt, doch ging Marx am 11. April 1845 nach Brüssel. Dort mußte er sich den Behörden gegenüber verpflichten, nichts über Tagespolitik in Belgien drucken zu lassen. Das tat er, denn er hatte weder die Absicht noch die Möglichkeit dazu. Dem fortgesetzten Drängen der preußischen Regierung, daß die belgische Regierung Marx ausweisen möchte, machte er durch sein Ausscheiden aus dem preußischen Staatsverbande am 1. Dezember 1845 ein Ende.

Friedrich Engels.

Geboren 28. November 1820 in Barmen, gestorben 6. August 1895.

Sein Vater war ein wohlhabender Fabrikant von konservativer, orthodoxer Gesinnung; in religiöser Beziehung hat Engels mehr zu überwinden gehabt als Marx. Nach Absolvierung des Gymnasiums trat Engels in das Kontor des Konsuls Leupold in Bremen als Kaufmannslehrling ein. Vom orthodoxen Vaterhause kam er in das pietistische Bremen. Durch Kenntnis der Schriften Schleiermachers und David Strauß' überwand er seine religiöse Auf-

fassung und wurde Junghegelianer. Schon als Handelsbessler sandte er Artikel an Zeitungen, so schrieb er für Guzkows „Telegraph“ von Bremen aus Briefe aus dem Wuppertal. Von Oktober 1841 bis Oktober 1842 diente er sein Freiwilligenjahr bei der Gardeartillerie in Berlin ab. Auch während der Militärzeit war er schriftstellerisch tätig, verkehrte mit Junghegelianern und erkor sich die Militärwissenschaften zu seinem Lieblingsstudium.

Im April 1842 erschien anonym in einem Leipziger Verlag seine kleine Schrift: „Schelling und die Offenbarung“, in der er den neuen Reaktionsversuch gegen die freie Philosophie kritisierte.

Nach Ablauf seiner Militärzeit kehrte Engels in sein Vaterhaus zurück und ging zwei Monate später nach Manchester als Kommiss der Großspinnerei Erven & Engels, deren Teilhaber sein Vater war.

Einundzwanzig Monate hat Engels in England verlebt, und diese Zeit hat für ihn eine ähnliche Bedeutung gehabt wie für Marx das Pariser Jahr. Beide kamen aus der Schule der deutschen Philosophie, von der aus sie im Ausland zu gleichen Ergebnissen kamen. In England hatte die große Industrie in einem fast handgreiflichen Entwicklungsprozesse alte Klassen vernichtet und neue Klassen geschaffen. Die innere Struktur der modernen bürgerlichen Gesellschaft war in England viel durchsichtiger als in Frankreich. Hier schoß der Gedanke des Klassenkampfes aus frischer Wurzel empor. Das Studium dieser Entwicklung führte Engels auf das ökonomische Gebiet. In den „Deutsch-französischen Jahrbüchern“ begann er mit einer Kritik der Nationalökonomie, wie Marx mit einer Kritik der Rechtsphilosophie begonnen hatte. In diesem Aufsatz „Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie“ versuchte Engels alle Widersprüche der bürgerlichen

Oekonomie aus ihrer wirklichen Quelle, dem Privateigentum als solchem, abzuleiten. Was Engels über die entmenschenden Wirkungen der kapitalistischen Konkurrenz zu sagen hatte, über die Bevölkerungstheorie von Malthus, über die immer steigende Fieberhitze der kapitalistischen Produktion, über die Handelskrisen, das Lohngesetz, über die Fortschritte der Wissenschaft, die unter der Herrschaft des Privateigentums aus Mitteln zur Befreiung der Menschheit vielmehr Mittel zur immer stärkeren Knechtung der Arbeiterklasse wurden, das enthielt die fruchtbaren Wurzeln des wissenschaftlichen Kommunismus nach der ökonomischen Seite, die Engels in der Tat zuerst als solche entdeckt hat.

Im Sommer 1845 erschien bei Wiegand in Leipzig seine Schrift: „Die Lage der arbeitenden Klassen in England“. Engels schildert die Zustände der englischen Arbeiterklasse in ihrer grauenerregenden, aber für die Herrschaft der Bourgeoisie typischen Wirklichkeit.

Das historisch Bedeutendste an der Schrift war die Schärfe, womit der 24jährige Verfasser den Geist der kapitalistischen Produktionsweise begriff und aus ihm nicht nur den Aufstieg, sondern auch den Verfall der Bourgeoisie, nicht nur das Elend, sondern auch die Rettung des Proletariats zu erklären verstand. Der Kern der Schrift war, zu zeigen, wie die große Industrie die moderne Arbeiterklasse schafft, als eine entmenschte, intellektuell und moralisch zur Bestialität herabgewürdigte, körperlich zerrüttete Rasse, aber wie die moderne Arbeiterklasse sich kraft einer historischen Dialektik, deren Gesetze im einzelnen aufgezeigt werden, zum Sturze ihres Schöpfers entwickelt und entwickeln muß.

Gemeinsame Arbeit.

Der historische Materialismus.

Die „Heilige Familie“ war die erste gemeinsame Arbeit von Marx und Engels. Sie war die Abrechnung mit ihrem philosophischen Gewissen, und sie kleidete sich in eine Polemik gegen die allgemeine Literaturzeitung, die Bruno Bauer mit seinen Brüdern Edgar und Egbert seit Dezember 1843 in Charlottenburg herausgab.

Weitling war im Handwerksburschen-Kommunismus stecken geblieben, Proudhon aber blieb Kleinbürger. Zwischen ihnen und Marx kam es zum Bruch.

Proudhon hatte seinem Buche den Titel gegeben: „Das System der ökonomischen Widersprüche“ und den Nebentitel: „Die Philosophie des Elends“.

Auf diese Schrift antworteten Marx und Engels in der Schrift: „Das Elend der Philosophie“. An ihr hat zweifellos Marx den größeren Anteil, mindestens an der klassischen Formgebung des Grundgedankens.

In der Schrift entwickelt Marx zum erstenmal wissenschaftlich die entscheidenden Gesichtspunkte des historischen Materialismus. Der Grundgedanke des historischen Materialismus wurde dahin erklärt, daß die ökonomische Produktion und die aus ihr mit Notwendigkeit folgende gesellschaftliche Gliederung einer jeden Geschichtsperiode die Grundlage bilde für die politische und intellektuelle Geschichte dieser Periode; daß demgemäß die ganze Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen gewesen sei, Kämpfen zwischen ausgebeuteten und ausbeutenden, beherrschten und beherrschenden Klassen auf verschiedenen Stufen der gesellschaftlichen Entwicklung, daß dieser Kampf aber jetzt eine Stufe erreicht habe, wo die

ausgebeutete und unterdrückte Klasse, das Proletariat, sich nicht mehr von der sie ausbeutenden und unterdrückenden Klasse, der Bourgeoisie, befreien könne, ohne zugleich die ganze Gesellschaft für immer von Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien.

Das kommunistische Manifest.

Nachdem Marx 1845 nach Brüssel übersiedelt war, hatte er mit Engels, W. Wolff (dem Verfasser der schlesischen Milliarde) und anderen in Brüssel einen kommunistischen deutschen Arbeiterbildungsverein gegründet. Hier wurde zu den kommunistischen Problemen Stellung genommen.

Die Lehre des Bundes der Gerechten durchlief nach Marx' Erzählung sämtliche Wandlungen des französischen und englischen Sozialismus und Kommunismus, wie ihrer deutschen Spielarten. Darum übte Marx an dieser Lehre Kritik. Er selbst äußerte sich über seine Stellung zum Bunde dahin:

Wir veröffentlichten gleichzeitig eine Reihe teils gedruckter, teils lithographierter Flugblätter, worin das Gemisch vom französisch-englischen Sozialismus oder Kommunismus und von deutscher Philosophie, was damals die Geheimlehre des Bundes bildete, einer unbarmherzigen Kritik unterworfen, statt dessen die wissenschaftliche Einsicht in die ökonomische Struktur der bürgerlichen Gesellschaft als einzig haltbare theoretische Grundlage aufgestellt und endlich in populärer Form auseinandergesetzt ward, wie es sich nicht um Durchführung irgendeines Systems handle, sondern um selbstbewußte Teilnahme an dem unter unseren Augen vor sich gehenden geschichtlichen Umwälzungsprozeß der Gesellschaft.

Im Weltverkehr Londons, im Verkehr mit Flüchtlingen aus aller Herren Ländern hatte der Bund internationalen Charakter und Ansichten erhalten, die weit über handwerksmäßige Vorstellungen hinausgingen.

Der Bund schickte Moll zu Marx nach Brüssel und zu Engels nach Paris und forderte sie auf, für den zu berufenden Bundeskongreß die von Marx und Engels geltend gemachten kritischen Ansichten in einem öffentlichen Manifest als Bundeslehre aufzustellen. Jedoch mußten Marx und Engels den veralteten und widerstrebenden Elementen gegenüber mitwirken und zu diesem Zwecke in den Bund eintreten. Sie entschlossen sich dazu.

Auf dem im Sommer 1847 stattfindenden Bundeskongreß wurden nur die Statuten beraten und beschlossen, eine neue Bundeslehre auszuarbeiten. Die Beschlüsse wurden in den Gemeinden debattiert und auf dem zweiten Kongreß im Dezember 1847 angenommen. Damit wurde der „Bund der Kommunisten“ geschaffen. Die Hauptaufgabe des Kongresses war die Feststellung der neuen Bundeslehre in Form eines Manifestes. Der Entwurf von Marx und Engels wurde in zehn Tagen diskutiert und einstimmig angenommen. An die Stelle des Lösungswortes „Alle Menschen sind Brüder“ wurde der Kampftruf gesetzt:

Proletarier aller Länder vereinigt
euch!

Das Manifest erschien im Februar 1848.

In seiner Vorrede zur neuen Ausgabe des kommunistischen Manifests (1890) setzt Engels auseinander, weshalb sie das Manifest nicht „sozialistisches“ nennen durften, und führt aus:

Unter Sozialisten verstand man 1847 zweierlei Art von Leuten. Einerseits die Anhänger der verschiedenen utopistischen Systeme, speziell die Owenisten in England und die Fourieristen in Frankreich, die beide schon damals zu bloßen, allmählich austerbenden Sekten zusammengeschrunpft waren. Andererseits die mannigfaltigsten sozialen Quacksalber, die mit ihren verschiedenen Allerweltsheilmitteln und mit jeder Art von Flickarbeit die ge-

gesellschaftlichen Mißstände beseitigen wollten, ohne dem Kapital und dem Profit im geringsten wehe zu tun. In beiden Fällen: Leute, die außerhalb der Arbeiterbewegung standen und die vielmehr Unterstützung suchten bei den „gebildeten“ Klassen. Derjenige Teil der Arbeiter dagegen, der, von der Unzulänglichkeit bloßer politischer Umwälzung überzeugt, eine gründliche Umgestaltung der Gesellschaft forderte, der Teil nannte sich damals kommunistisch. Er war ein nur im Rauhen gearbeiteter, nur instinktiver, manchmal etwas roher Kommunismus; aber er war mächtig genug, um zwei Systeme des utopischen Kommunismus zu erzeugen, in Frankreich den „Fourierschen“ Cabets, in Deutschland den von Weitling. Sozialismus bedeutete 1847 eine Bourgeoisiebewegung, Kommunismus eine Arbeiterbewegung. Der Sozialismus war, auf dem Kontinent wenigstens, salonsfähig, der Kommunismus war das gerade Gegenteil. Und da wir schon damals sehr entschieden der Ansicht waren, daß „die Emanzipation (Befreiung) der Arbeiter das Werk der Arbeiterklasse selbst sein muß,“ so konnten wir keinen Augenblick im Zweifel sein, welchen der beiden Namen zu wählen.

Es gehört also die Behauptung der kommunistischen Partei, daß wissenschaftlicher Sozialismus und Kommunismus grundsätzlich verschiedene Begriffe seien, in das Gebiet der Fabeln.

Das Manifest enthält keinen Gedanken, den Marx oder Engels nicht schon in ihren bisherigen Schriften geäußert hatten. Es war keine neue Offenbarung; es faßte nur die neue Weltanschauung seiner Verfasser klar zusammen.

Das Manifest gibt eine Schilderung des Werdens der Menschheit und weist nach, daß es ein ununterbrochener Kampf der Klassen gegeneinander war, daß die jeweiligen wirtschaftlichen Bedingungen auch den Stand der Produktion bestimmen haben, die Erschließung des Weltmarktes, das Steigen des Warenbedarfs, die engen Fesseln des Handwerks und der Manufaktur gesprengt haben, um der Industrie Platz zu machen. Daß eine ständige Revolution die Machtverhältnisse geändert habe und daß die moderne Bourgeoisie selbst das Produkt eines langen

Entwicklungsganges, einer Reihe von Umwälzungen in der Produktions- und Verkehrsweise ist. Der Aufstieg der Bourgeoisie, die Zusammenballung des Kapitals in wenigen Händen gehe aber über die Zerstörung der kleinen und mittleren Existenzen und führe zu einem ausgebeuteten, unterdrückten Massenproletariat. Alles beruhe aber darauf, daß die Bourgeoisie sich das Privateigentum an Produktionsmitteln angeeignet habe. Die Ausbeutung und das Elend könne nur durch die Aufhebung des Privateigentums und die Vergesellschaftung der Warenproduktion schwinden. Deshalb dürfe sich die Arbeiterklasse nicht in kleinen lokalen Kämpfen verzetteln, sondern müsse sich selbst zu einer Macht organisieren. Nach der Kritik der einzelnen sozialistischen Systeme kommt das Manifest zu dem Schluß, daß die Arbeiterklasse sich in der kommunistischen Partei aller Länder zusammenfinden müsse. Deshalb: Proletarier aller Länder vereinigt euch!

Das kommunistische Manifest ist Gemeingut der Weltliteratur geworden, es ist in alle Welt Sprachen übersetzt, in allen Kulturländern verbreitet worden. Es war der Wegbereiter für die deutsche Arbeiterbewegung von der Arbeiterverbrüderung an bis zur Gründung der Sozialdemokratischen Partei.

Das Manifest ist in seinem ökonomischen Teil ein Vorläufer des wissenschaftlichen Sozialismus, den Marx durch sein späteres Werk „Das Kapital“ fundamentierte hat.

Die Revolution von 1848.

Am 24. Februar 1848 wurde in Frankreich die Dynastie der Orleans gestürzt und in Paris die Republik ausgerufen. Der revolutionäre Westwind legte in Deutschland eine Masse alten Gerümpels

fort. Am 13. März stürzte in Oesterreich das Metternichsche Regiment, und am 18. März wurde in Berlin das Schicksal der absoluten Monarchie entschieden. In den Klein- und Mittelstaaten wankten die Throne. Ihre Inhaber beeilten sich, ihre Position durch Einsetzung liberaler Ministerien zu stützen. Es hatte sich auch eine Menge Zündstoff angehäuft, der zur Entladung kam. Friedrich Wilhelm IV., der 1840 zur Regierung kam, suchte das absolutistische Regiment seines Vaters fortzusetzen und wollte von einer Verfassung nichts wissen. „Kein Blatt Papier“, so erklärte er, „soll sich zwischen mich und mein Volk drängen“. Der aufstrebenden Bourgeoisie genügte der Norddeutsche Zollverein nicht, sie wollte weitergehende Bewegungsfreiheit, ein einiges Deutschland und das Recht der Mitbestimmung im Staate. Um sie zu beruhigen und den Finanznöten des Staates abzuhelpen, berief der König am 3. Februar 1847 die acht Provinziallandtage zu einem Vereinigten Landtag zusammen. Dadurch glaubte der König das von seinem Vater gegebene Versfassungsversprechen eingelöst zu haben. Der Vereinigte Landtag sollte nur von Fall zu Fall berufen werden, Anleihen und Steuern bewilligen, an der Staatsschuldenverwaltung mitwirken und das Petitionsrecht haben. Die Mitglieder der acht Provinziallandtage wurden in zwei Kurien geteilt: eine Herrenkurie, die aus 72 Mitgliedern des hohen Adels bestand, und eine Dreiklassenkurie, in der die Ritterschaft 231, die Städte 182 und die Bauern 120 Vertreter zählten.

Der Bourgeoisie fiel es nicht ein, diese Sorte Verfassung abzulehnen.

Vereint mit verbürgerlichten Elementen des Adels, die durch ihre agrarisch-industrielle Warenproduktion in die großbürgerliche Interessensphäre gedrängt wurden und hinter sich viele der Groß- und Mittel-

bauern hatten, die in dieser ständigen Körperschaft die bäuerliche Klasse vertraten, bildete die Bourgeoisie die liberale Opposition auf dem Vereinigten Landtage. Der Landtag wollte nicht bloß eine Pumpstation für den bankrotten Absolutismus sein, und erklärte sich für unzuständig, die geforderte Anleihe von einigen zwanzig Millionen Talern für den Bau der Ostbahn zu bewilligen, ehe seine periodische Wiederkehr gesichert und seine Rechte erweitert würden. Dadurch kam er in Unfrieden mit der Krone auseinander.

In diese preußische Idylle brauste nun aber ein Sturm der Weltgeschichte. Schon im Jahre 1844 war es unter den schlesischen Webern in den Weberdörfern Peterswaldau und Langenbielau zu Hungeraufständen gekommen, die mit Militär niedergeschlagen, mit langen Freiheitsstrafen an den Hungernden geahndet wurden. Die Weber reimten sich selbst ihr Kampfeslied. Heinrich Heine schleuderte seinen dreifachen Fluch „Die Weber“ in die Welt und Freiligrath sein düster grollendes Gedicht vom Rübezahl. Hinter dem Weberaufstand, der nichts mit Politik zu tun hatte, witterte die preußische Regierung kommunistische Umtriebe und machte dem Tischlermeister Wurm in Warmbrunn wegen Geheimbündelei einen Prozeß, und das Kammergericht verurteilte ihn wegen Hochverrats zum Tode. Zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt, wurde er mit seinen Leidensgefährten erst durch die Revolution in Freiheit gesetzt. Der Bundestag aber beschloß am 6. August 1846, daß kommunistische Vereine unter die Bestimmungen des § 2 der Beschlüsse vom 5. Juli 1832 zu subsummieren seien und daß Urheber, Häupter und Teilnehmer solcher Vereine Strafe des Hochverrats zugewärtigen hätten.

Das Jahr 1847 brachte eine Reihe von Missernten und die große Handelskrise, die erst recht die politische Atmosphäre mit Zündstoff sättigte. Unbekümmert um das nahende Gewitter forderte der Bundestag am 1. März 1848 die einzelnen Länder auf, für die Sicherheit des Eigentums und die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung besorgt zu sein. Er wurde aber bald hellhöriger, denn am 3. März stellte er es jedem Bundesstaate frei, die Zensur aufzuheben und Pressefreiheit zu gewähren. Am 8. März erkannte er die Notwendigkeit einer Revision der Bundesverfassung auf zeitgemäßer und nationaler Grundlage an. Die Revolution überhob ihn dieser Arbeit.

Gegen die steigende Not der Arbeiter tat die preußische Regierung nichts. Die Stadtverordneten Berlins beschlossen die Eröffnung eines Arbeitsnachweises, bei dem sich sofort 7000 Arbeitslose meldeten, aber keine offene Arbeitsstelle vorfanden. Hierdurch stieg die Erbitterung der Arbeiter.

Der König dachte gar nicht daran, auf einen Teil seiner Machtbefugnisse zu verzichten und die Ansprüche der Bourgeoisie zu befriedigen. Er stützte sich auf sein Heer und seine sonstigen Machtmittel. Sonst glaubte die Krone die bürgerliche Opposition dadurch zu beschwichtigen, daß sie dem Vereinigten Landtage die periodische Berufung gewährte und ihn für den 27. April berief. Das Bürgertum bejubelte dieses „Entgegenkommen“ der Krone, das Berliner Proletariat ließ sich aber mit derartigen Albernheiten nicht abspeisen. Unentwickelt und unreif, wie es als Klasse war, gab es dennoch die treibende Kraft zu großen Volksversammlungen, die vor den Toren der Stadt abgehalten wurden und neben Press-, Vereins- und sonstiger bürgerlicher Freiheit schon Garantie der Arbeit und ein Arbeitsministerium verlangten.

Die Krone bildete sich ein, auch mit dieser Opposition fertig zu werden. Sie ließ die anfangs geduldeten Volksversammlungen mit Waffengewalt sprengen, die heimkehrenden Massen zusammenhauen oder zusammenschießen, überhaupt die Straßen der Stadt mit Militär überschwemmen. Die Garde war vorher in den Kasernen durch Ansprachen des Prinzen von Preußen so fanatisiert worden, daß sie schließlich die harmlosesten Menschen niedersäbelte, die sich auf der Straße sehen ließen. Diese Mezeleien wiederholten sich am 13., 14., 15. und 16. März. Anfangs sah ihnen die bürgerliche Klasse gleichmütig zu und verschloß sogar die Haustüren vor den flüchtenden Opfern der militärischen Wut. Als aber ohne Unterschied auch die „ruhigsten Bürger“ über die Klinge springen mußten, da fing sie an, rebellisch zu werden. In diesen sich häufenden Zündstoff fiel wie ein Feuerfunke die Nachricht vom Sturze des bis dahin in Deutschland allmächtigen Metternich.

Nun dämmerte es auch dem preußischen Könige, daß es auf diesem Wege nicht weiter gehe. Am 17. März erließ er eine Verordnung, die Pressefreiheit mit Kautionen verhielt. Am 18. März erschien unter Führung des rheinischen Oberpräsidenten eine große Deputation aus Köln, die dem Könige andeutete, daß er, wenn er sich nicht sofort zu Reformen entschliesse, auf den Abfall der Rheinlande gefaßt sein könne. Nun erließ der König sofort eine weitere Verordnung, die den Vereinigten Landtag für den 2. April berief. Der Landtag sollte darüber beraten, welche Vorschläge dem Bundestag für die Reorganisation Deutschlands gemacht werden sollten. Als solche wurden angeführt: eine auf die konstitutionellen Verfassungen aller Staaten gegründete Bundesrepräsentation, Verwandlung des deutschen Staatenbundes in einen deutschen Bundesstaat, Wehrver-

fassung, Bundesgericht, Freizügigkeit und Heimatsrecht, Pressfreiheit, allgemeiner Zollverein mit gleicher Münze, gleichem Maße und gleichem Gewichte, deutsches Handelsrecht.

Diese Verordnung gab keine Gewähr für die Reorganisation Preußens, befriedigte also nicht. Die Berliner wollten sich von der siegreichen Wiener Revolution nicht beschämen lassen. Gerade die friedfertigsten Elemente, die „Schutzbürger“, die ein paar Tage vorher von den städtischen Behörden eingesetzt worden waren, um die „Ruhestörer“ zur Ruhe zu verweisen, beschloßen, zum Mittag des 18. März eine friedliche Massenkundgebung vor dem Schlosse zu veranstalten, um von dem Könige zu beanspruchen: Zurückziehung des Militärs, Organisation der bewaffneten Bürgergarde, Gewährung unbedingter Pressfreiheit und schnelle Einberufung des Vereinigten Landtages. Die Bürgergarde sollte sich nicht gegen das Heer wenden, sondern nur die freiwillige Gendarmerie gegen das unruhige Volk bilden. Die letzten Forderungen waren durch die beiden Verordnungen halb erledigt, die anderen lehnte der König ab. Die Menge wurde unruhig, die Rufe nach Zurückziehung des Militärs wurden lauter, sie schwoilen zum Sturme an, als von der Stechbahn her eine Schwadron Dragoner und aus dem Schlosse eine Kompagnie Infanterie vorbrach, um den Platz von Menschen zu säubern. Zwei Schüsse fielen aus den Reihen der Infanterie und gaben das Signal zum Straßenkampfe. Nach dreizehnstündigem Kampfe zog die Krone am Vormittag des 19. März das Militär aus der Stadt zurück, und das alte Preußen brach rettungslos zusammen. 14 000 Soldaten und 36 Geschütze waren gegen die schlecht bewaffneten Barrikadenkämpfer aufgeboten worden, und früh um 5 Uhr mußten die militärischen Befehls-

haber den erschöpften Soldaten, die grausam gewütet hatten, die Einstellung des Kampfes befehlen. Die Hauptlast des Barrikadenkampfes hatte auf dem Proletariat geruht, denn unter den 183 Toten befand sich nur ein Referendar und ein Student. Die meisten waren Handwerker, einige Meister, sonst Gesellen, Arbeitsmänner, Maschinenbauer, Handlungsgehilfen.

Das Heer zog ergrimmt unter dem Spiel von Trauerchorälen ab. Der Prinz von Preußen, nachmalig Kaiser Wilhelm I., floh, als Postkutschler Lehmann verkleidet, nach London. Er behielt im Volke auch später den Namen „Der alte Lehmann“. Auch die reaktionären Minister flohen aus der Stadt, mit ihnen eine Masse der oberen Zehntausend. Die Barrikadenkämpfer aber trugen die Opfer in den Schloßhof und zwangen den König, vor den Toten die Mütze abzunehmen. Am Vormittag des 21. März ritt der König, angetan mit schwarzrotgoldener Armbinde, gefolgt von den Ministern und Prinzen, die sämtlich mit der Reichsflagge geschmückt waren, durch die Hauptstraßen Berlins. Voran trug ein Bürgermann die schwarzrotgoldene Fahne. Der König verkündete, daß er die deutsche Einheit und Freiheit retten, sich an die Spitze des konstitutionellen Deutschlands stellen wolle.

Das neue Ministerium war aus Rednern der Opposition im Vereinigten Landtag, aus Graf von Arnim, Graf von Schwerin, von Auerzswald, Bornemann und Camphausen gebildet worden und suchte die Früchte der Revolution für die Bourgeoisie zu pflücken, die Arbeiter aber zu pressen. Es wurde aber von außen vorwärts gedrängt. Am 22. März erschien eine von einem früheren Polizeipräsidenten geführte Deputation aus Breslau und Liegnitz. Sie drohte mit dem Abfall Schlesiens, wenn nicht statt des Vereinigten Landtags eine auf Urwahlen ge-

gründete Volksvertretung, vollständige Sicherheit der Person, Schwurgerichte, namentlich für politische Vergehen, allgemeine Volksbewaffnung mit freier Wahl der Führer, Unabsetzbarkeit des Richterstandes, Abschaffung aller feudalen Gerichtsbarkeit und Polizei, Ministerverantwortlichkeit und Vereidigung des Heeres auf die Verfassung gesichert würden. Die Krone und das Ministerium mußte wohl oder übel nachgeben. In einer sofort veröffentlichten Kabinettsordre an die schlesische Deputation versprach der König „eine konstitutionelle Verfassung auf der breitesten Grundlage“ und ein volkstümliches Wahlgesetz, das eine auf Urwahlen begründete, alle Interessen des Volkes umfassende Vertretung zu schaffen geeignet sei. Diese Versammlung sollte über die einzelnen Forderungen der schlesischen Deputation beschließen. Die Minister hielten daran fest, daß der Vereinigte Landtag das Wahlgesetz zu beraten und die Grundzüge der neuen Verfassung zu entwerfen habe. In dem Gesetze vom 6. April wurden die Grundzüge der neuen Verfassung festgelegt: Freiheit der Presse ohne Kaution, Staatsverbrechen sollen von ordentlichen Gerichten abgeurteilt werden, im Bezirk Köln politische und Preßvergehen durch die Schwurgerichte, Unabhängigkeit des Richterstandes und Beseitigung des über ihn verhängten Disziplinargesetzes, freies Vereins- und Versammlungsrecht, Genuß der staatsbürgerlichen Rechte ohne Rücksicht auf das religiöse Bekenntnis. Als Krone des Ganzen wurde die Zusicherung gegeben, daß der Erlaß aller Gesetze, die Feststellung des Etats und die Erhebung der Steuern von der Zustimmung der künftigen Volksvertretung abhängig sein sollte. Dazu verlieh das Gesetz vom 8. April das allgemeine und geheime gleiche, aber indirekte Wahlrecht für eine Versammlung, die berufen sein sollte, die künftige

Staatssverfassung durch Vereinbarung mit der Krone festzustellen. Jeder Preuße, der das 24. Lebensjahr vollendet, sechs Monate in der Gemeinde wohnte, war stimmberechtigter Urwähler. Die Urwähler wählten auf 500 Seelen einen Wahlmann. Wählbar war, wer das 30. Lebensjahr vollendet hatte. Die „Vereinbarung“ wurde der Vorwand für spätere Rechtsbrüche der Krone. Die Bildung der Bürgerwehr war schon am 18. März zugesichert worden.

Die Bourgeoisie verriet sofort die Arbeiterklasse, indem sie der Regierung fünfzehn Millionen Taler für die Rüstung des Heeres und fünfundzwanzig Millionen Taler bewilligte, damit dem Handel und der Industrie flüssiges Kapital zugeführt werden könne. Ueber diesen Weg wollte man die Arbeitslosigkeit mindern. Das Ministerium, in ihm Camphausen und Hansemann, forderte diesen Kredit von demselben Landtag, der sich namentlich auf ihr Betreiben ein Jahr vorher für unzuständig erklärt hatte.

Der Bundestag in Frankfurt hatte schon in den ersten Märztagen vor der Revolution kapituliert und zog als amtliches Banner Deutschlands die schwarz-rotgoldene Fahne auf. Dieselbe Fahne, die er so oft beschimpft und verhöhnt hatte und um deren willen er Hunderte und Tausende blühender Menschenleben vernichtet hatte.

Am 5. März beschlossen in Heidelberg 51 vornehmlich süddeutsche Liberale, Männer des öffentlichen Vertrauens aus allen Teilen Deutschlands nach Frankfurt a. M. zusammenzuberufen, die „dem Vaterlande wie den Regierungen ihre Mitwirkung anbieten sollten“ für die möglichst rasche Einberufung eines deutschen Parlaments. Das Vorparlament kam zustande und tagte in Frankfurt. Bei der Zerrissenheit Deutschlands in viele Kleinstaaten drängte sich

von vornherein die Bildung eines einheitlichen deutschen Reiches auf. Das konnte nur mit Erfolg auf dem Boden der Republik geschehen. Aber im Vorparlament standen 370 monarchistische gegen 150 republikanische Stimmen. Das Parlament lehnte es ab, sich selbst und die Revolution in Permanenz zu erklären. Es setzte einen Fünzigerausschuß nieder, der gemeinsam mit dem gereinigten Bundestage eine deutsche Volksvertretung auf Grund des allgemeinen Wahlrechts einberufen sollte, wobei den einzelnen Staaten überlassen blieb, ob sie direkt oder indirekt wählen lassen wollten. Das Ministerium Camphausen hatte die Absicht, die Abgeordneten von dem Vereinigten Landtag wählen zu lassen, mußte aber diese reaktionäre Absicht auf Einspruch des Fünzigerausschusses aufgeben. Die Nationalversammlung sollte „einzig und allein“ die künftige Verfassung Deutschlands feststellen, aber ihre Souveränität sollte sich auch auf die Frage erstrecken, ob sie sich mit den Regierungen einigen wolle oder nicht.

Die soziale und politische Einstellung der Arbeiter.

Eine Klassenscheidung und Parteibildung hatte sich im Bürgertum noch nicht vollzogen. Nur in den Bundesstaaten, in denen schon seit der Julirevolution ein parlamentarisches System entstanden war, entwickelte sich allmählich eine Scheidung nach Parteien. Erst die Parlamentskämpfe der nachrevolutionären Zeit ließen das Parteiwesen schärfer hervortreten. Der vormärzliche Liberalismus war eine Auflehnung gegen die Zerrissenheit Deutschlands, die den wirtschaftlichen Aufschwung hemmte, gegen den Absolutismus, die Zwangsmaßnahmen, das Polizeiregiment und die ständische Bindung. Innerhalb dieses Liberalismus waren die einander widerstrebendsten Ele-

mente wirksam. Organisatorisch war er nur wenig zusammengefaßt. 1839 wurde zwar der Versuch gemacht, alle oppositionellen Elemente in Deutschland zusammenzufassen, aber dieser Versuch blieb ohne Erfolg. Im Herbst 1840 gründete Robert Blum in Leipzig den Schillerverein, um jährlich am 9. November eine Schillerfeier abzuhalten. Er verstand es, dieser Feier durch eine künstliche Mischung des politischen mit dem poetischen Element einen immer frischen Reiz und eine nicht unwichtige Einwirkung auf den niederen Bürgerstand zu geben. Diesem Verein war eine Rednerschule angegliedert. Am 12. Februar 1847 gründete Blum in Leipzig die freireligiöse Gemeinde, die großen Anhang gewann, und am 28. März 1848 gründeten die Leipziger Radikalen den „Vaterlandsverein“, der nach wenigen Monaten 40 Vereine mit 11 579 Mitgliedern umfaßte.

Befand sich die bürgerliche politische Bewegung noch in den Anfängen, so konnte man nicht mehr von den Arbeitern verlangen. Die Gesellen waren noch völlig im Junftbann und die Industriearbeiter sich über ihre Klassenlage nicht klar. Sie unterstützten die Liberalen in ihrem Kampfe gegen den Absolutismus, von einer selbständigen Arbeiterbewegung war nicht die Rede.

Die Handwerksmeister sehnten sich nach den alten Junftmonopolen und rebellierten gegen den wirtschaftlichen Liberalismus, gegen die liberale Gewerbe- und Handelsfreiheit. Am 22. April 1848 erließen 22 Obermeister der Leipziger Innungen einen offenen Brief an alle Innungsgenossen Deutschlands, worin diese aufgefordert wurden, am Innungswesen festzuhalten als an dem Kleinode, ohne das die Arbeitsfrage niemals gelöst werden könne, ohne das Deutschland überhaupt nie wieder gute Tage sehen

werde. Eine am 2. Juni von 200 Abgeordneten besuchte Versammlung des norddeutschen Handwerker- und Gewerbestandes in Hamburg entschied sich für die alleinseligmachende Zunft.

Für das Arbeitsverhältnis der Gesellen herrschte in Deutschland noch eine Art patriarchalisches Verhältnis. Der Unternehmer betrachtete sich in der Regel dem Gesellen gegenüber als Wohltäter, dem dieser sein Brot verdanke und der ein himmelschreiendes Unrecht begehe, wenn er sich soweit vergesse, mit Forderungen hervorzutreten. Die Gesellen selbst betrachteten ihr Verhältnis zum „Prinzipal“ gewissermaßen als Untertanenverhältnis. Dieses Glaubensbekenntnis wurde im Sturm des Jahres 1848 mit einem Schlage vernichtet. Im Jahre 1848 trat die Arbeiterklasse erst in die politische Welt ein. Demgemäß waren ihre sozialen und politischen Anschauungen völlig unklar.

Die Arbeiter der vormärzlichen Zeit erkannten noch nicht die Ursachen ihrer wirtschaftlichen Misere, namentlich waren sie sich darüber nicht klar, daß ihre Notlage eine Folge der kapitalistischen Produktionsweise war. Dazu kam, daß ein Gegensatz zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern, zwischen Handwerksgehilfen und Fabrikarbeitern bestand und die Gesellen mit den Fabrikarbeitern nichts gemein haben wollten.

Nach den Märzereignissen gährte und brodelte es an allen Ecken und Enden, um Wege und Mittel zur Abhilfe ausfindig zu machen. Noch lag die Arbeiterschaft so sehr im Zunftbann, daß die meisten Vorschläge darauf hinausliefen, die einzelne Arbeiterkategorie gegen die andere im Wettbewerb zu schützen, von sozialem Erkennen kaum eine Spur. Am besten spiegeln sich die Anschauungen in den *P e f i t i o n e n* an die Nationalversammlung in Frankfurt

und in den Verhandlungen des volkswirtschaftlichen Ausschusses jener Körperschaft wieder. Die Gesellen beklagten sich über die anmaßende Bevormundung durch die Meister und daß sie durch das brutale Vorgehen derselben von einem Stückchen Erde zum anderen gejagt würden.

Die Weber und Spinner verlangten Verbot der Maschinen oder so hohe Besteuerung derselben, daß die Menschenkraft damit konkurrieren könne, hohe Eingangszölle auf Maschinenprodukte, Verbot, die Eisenbahnen zu vermehren, Wiedereinführung des Spinnrockens. Die Tuchmacher verlangten hohe Besteuerung der Maschinenwebstühle, Eingangszoll auf ausländische Tuche. Die Rattendrucker Deutschlands verlangten Beschränkung der Arbeitsdauer der *M a s c h i n e n* auf täglich 10 Stunden, Festsetzung der gleichen Arbeitsdauer für Drucker und Formstecher, Verbot der Sonntagsarbeit, Beschäftigung von nur wirklichen Rattendruckern, dann wandte man sich gegen Lohnabzüge, verlangte wöchentliche Lohnzahlung und Anschlag der vereinbarten Löhne in den Fabriksälen.

In den Polizeikämpfen gegen die Arbeiter und kommunistischen Geheimbünde waren kaum spärliche Reste vereinzelt als Bildungsvereine übrig geblieben. Im wesentlichen erhalten geblieben waren nur die Wanderunterstützungs-, Kranken- und Invalidenkassen der Handwerksgehilfen. Diese wurden auch das Rekrutierungsfeld für die in den Märztagen entstehenden gewerblichen Vereine, wie auch später der politischen Arbeiterorganisation.

Sozialdemokratische oder kommunistische Anschauungen waren unter den Arbeitern wenig verbreitet, zum großen Teil standen die Arbeiter den sozialistischen Anschauungen feindlich gegenüber. Als Weikling im Juli 1848 nach Berlin kam, fand er

wenig Beachtung, seine Zeitschrift „Der Urwähler“ ging bald ein. Erst als nach den Märztagen die Vereinsfesseln fielen, die Presse frei erstehen und schreiben konnte, fand der sozialistische Gedanke Verbreitung, unterstützt durch die von Marx und Engels redigierte „Neue Rheinische Zeitung“. Die wenigen aber, die mit den Ideen von Marx und Engels in Deutschland sowie mit dem kommunistischen Manifest vertraut waren, stellten sich in den Dienst der Arbeiterklasse und der Freiheitskämpfe.

Stephan Born.

(Geb. 23. Dezember 1824 zu Lissa, gest. 4. Mai 1898 zu Basel.)

Born besuchte das Gymnasium seiner Vaterstadt, mußte es aber verlassen, weil seine Eltern nicht die Mittel besaßen, um zwei Söhne studieren zu lassen. Sein Bruder studierte an der Universität Berlin Medizin. Born trat 1840 in eine Berliner Druckerei als Schriftsetzer in die Lehre. Sein Bruder riet ihm, als Hospitant Vorlesungen an der Universität anzuhören. Er befolgte diesen Rat und hörte in den Mittagspausen und nach Feierabend bei Magnus Physik, bei Werder Psychologie und bei Ranke Geschichte. Durch seinen Bruder und den Besuch der Vorlesungen kam er mit den damals noch liberal und freiheitlich gesinnten Studenten zusammen. Als Lehrling schrieb er zeitweilig gegen Freibillet Besprechungen über Theater Vorstellungen für die von v. Sommerfeld herausgegebene Theaterzeitung und lernte so die Bühnenwerke kennen. Im Verlag von Wigand in Leipzig erschien von ihm (von einem Handwerker) eine Broschüre sozialen Inhalts. Nach seinen Angaben hatte er gelesen: Lorenz' und Steins Buch: Der Sozialismus und Kommunismus in Frankreich und Friedrich Engels' Buch: Die Lage der

arbeitenden Klassen in England. Beide Werke gaben ihm Anregung zur Verfolgung sozialer Ideen.

Nach Beendigung seiner Lehrzeit im Jahre 1845 trat er in den 1843 gegründeten Berliner Handwerkerverein als Mitglied ein, der eine Bildungsstätte für heranwachsende Revolutionäre wurde. Durch den Schuhmacher Hegel wurde Born mit dem Schneidergesellen Christian Friedrich Mentel bekannt, der ihn und andere Mitglieder des Handwerkervereins insgeheim mit den kommunistischen Ideen (nicht Weitlingscher Art) vertraut machte. 1847 wurde Mentel deshalb der Prozeß gemacht. Außerdem trat Born in den Kreis von Literaten und Künstlern, den „Küttli“, ein. Aus dieser Kreise bekam er für seine Reise nach Paris Empfehlungen an Robert Blum in Leipzig und Friedrich Engels in Paris. Vom Januar bis Herbst 1847 war Engels in Paris fast sein einziger persönlicher Umgang. Auf den gemeinsamen Spaziergängen entwickelte ihm Engels die Grundzüge der Nationalökonomie und führte ihn in den Kommunistenbund ein. Hier lernte er den Marx-Engelschen Kommunismus kennen. Er war ein aufnahmefähiger Schüler.

Im Oktober 1847 erhielt Born von der Zentralbehörde des Kommunistenbundes in London den Auftrag, die Gemeinden in Lyon und in der Schweiz zu besuchen, sie durch Vorträge in die neue Phase der sozialen Entwicklung einzuführen und sie auf die kommenden Ereignisse vorzubereiten. Unterwegs Arbeit nehmend, besuchte er die kommunistischen Gemeinden in Lyon, Genf, Chaux-de-Fonds, Neuchâtel und Bern und reiste dann nach Brüssel. Hier wurde er von Marx in seiner Familie freundlich aufgenommen, der über das Ergebnis seiner Agitationsreise sehr erfreut war. Born fand in seinem Berufe Arbeit und trat dem

deutschen kommunistischen Arbeiterverein bei. Auf Vorschlag von Marx hielt er bei der im Rathhaus zu Brüssel veranstalteten Jahresgedenkefeier der polnischen Revolution am 29. November 1847 für die Deutschen die Ansprache. Zweifellos erhielt er in Brüssel auch Kenntnis vom Kommunistischen Manifest.

Der Ausbruch der dritten französischen Revolution und die Ausrufung der Republik am 24. Februar 1848 in Paris fand auch in Brüssel Widerhall. Die belgische Regierung sah im Kommunistischen Verein und in Marx die treibende Kraft, verhaftete Marx in der Nacht und wies ihn später aus. Seine Frau, geängstigt um sein Schicksal, erkundigte sich nachts bei einem Polizeibeamten, der bei der Hausdurchsuchung und der Verhaftung von Marx zugegen war, nach dem Verbleib ihres Mannes. Sie wurde von der Polizei zu Dirnen ins Gefängnis gesteckt. Interpelliert, erklärte der Minister in der Kammer diesen brutalen Akt gegen eine schutzlose Frau als „einen bedauerlichen Irrtum“. Marx mußte seinen Aufenthalt in Brüssel aufgeben; er siedelte nach Paris über. Born geleitete Frau Marx und ihre Kinder nach Paris. Dann reiste er nach Berlin, wo er einige Tage nach dem 18. März eintraf. An den Barrikadenkämpfen konnte er nicht teilnehmen — sie waren beendet.

Bald wurde Born — ein guter Redner — der Führer der erstehenden Arbeiterbewegung, Redakteur der Zeitung „Das Volk“, später „Der Verbrüderung“ und arbeitete an der Neuen Rheinischen Zeitung mit. Seit der zweiten Pariser Reise hatte er den Winkelhaken beiseite gelegt und sich ganz der Journalistik zugewendet. Im April 1848 leitete er in Berlin den ersten erfolgreichen Buchdruckerstreik und sollte deshalb ausgewiesen werden. Später wurde er Mitglied des Zentralausschusses der Arbeiter-

verbrüderung und verlegte seinen Aufenthalt nach Leipzig.

Ende April 1849 wurde Born vom Leipziger Arbeiterverein als Vertreter einer von der sächsischen Regierung nach Dresden berufenen Versammlung von Vertrauensleuten aus Industrie- und Handwerkerkreisen entsandt, die die Gewerbs- und Arbeitsverhältnisse erörtern sollte. Die Beratungen kamen über die erste Sitzung nicht hinaus, der Maiaufstand machte ihnen ein Ende. Der Aufstand brach aus, weil der König von Sachsen die Anerkennung der Frankfurter Reichsverfassung verweigerte, obgleich er erst deren Anerkennung zugesagt hatte. Zu den Barrikadenkämpfen kam es, weil das Militär aus dem Zeughaus auf die anstürmende Volksmenge schoß und Tote auf dem Platze blieben. Born kommandierte die Barrikade in der Schloßgasse und übernahm das Oberkommando. Der Straßenkampf dauerte sechs Tage, 300 Revolutionäre ließen dabei ihr Leben.

Mit Hilfe der preussischen Garde wurde der Aufstand niedergeschlagen. Im Zuchthaus zu Waldheim büßten 286 Maigefangene, darunter 148 Arbeiter, die Folgen des königlichen Wortbruchs.

Born floh, steckbrieflich verfolgt, nach der Schweiz, die seine zweite Heimat wurde. Er war seit 1879 außerordentlicher Professor an der Universität Basel und zugleich Redakteur der Basler Nachrichten. Er starb, 74 Jahre alt, fern der Arbeiterbewegung.

Die Arbeiterverbrüderung.

Nach den Märztagen fanden sich die Gesellen und Fabrikarbeiter in Berlin bald zu Berufsorganisationen zusammen. Die Buchdrucker und Maschinenbauer waren tonangebend. Es entstanden auch einige radikale Blätter, so die Volksstimme für Arbeiter,

die Arbeiterzeitung (mit einem Redaktionskomitee aus dem Handwerkerverein) und der Volksfreund von Schöffel. Blätter, im Ton derb gehalten, doch in ökonomischen Fragen unwissend. (Born in einem Briefe an Karl Marx vom 11. Mai 1848⁹⁾.)

Am 6. April 1848 fand die erste Arbeiterversammlung unter Borns Leitung statt. Born war auch Hauptredner. Ueber sein Ziel gibt er selbst an:

„Das Ziel — und darin war ich ganz Margianer und ein zuverlässiger Schüler — ging darauf hin, die auf den Sieg des liberalen Bürgertums gerichteten Anstrengungen, d. h. dessen Bestrebungen, um seine in Deutschland erst zu schaffende Herrschaft im Staate nach Kräften zu unterstützen und dabei zunächst auf eine zu erlangende Organisation des arbeitenden Volkes als Vorbedingung der aus ihr sich zu gestaltenden Arbeiterpartei hinzuwirken.“

Born wurde allseitig als guter vermittelnder Redner mit Talent, persönlichem Mut und Energie begabt, geschildert. In dem erwähnten Briefe an Marx schreibt er selbst:

Das Proletariat ist durch und durch revolutionär. Ich halte dasselbe, wo es nur möglich ist, von unnützen Krawallen ab, organisiere aber überall die zerstreuten Kräfte zu einer starken Macht. Ich stehe hier so ziemlich an der Spitze der Arbeiterbewegung.

Born trat zunächst für eine friedliche, aber durchgreifende soziale Reform ein. Er hielt diese nur für möglich, wenn die Arbeiter sich als Klasse organisieren und hierdurch eine Macht würden, deren berechtigten Interessen jede Regierung Rechnung zu tragen gezwungen sei.

⁹⁾ Vorwärts, Berlin, 25. März 1926.

Die Organisation sollte sich nach Borns Ansicht auf sachgewerblicher Grundlage aufbauen. In jedem Orte sollten sich Arbeiter jedes Gewerks als Verein zur Wahrung ihrer besonderen Interessen konstituieren; je ein Verein sollte dann drei Deputierte erwählen, so daß die Deputiertenversammlungen die Interessen der Arbeiter des betreffenden Ortes überhaupt vertreten. (Vorschläge, die nach dem Fall des Sozialistengesetzes in den Gewerkschaftskartellen, jetzt Ortsausschüssen der Gewerkschaften, verwirklicht worden sind.)

Die verschiedenen lokalen Deputiertenversammlungen sollten dann miteinander in Verbindung treten und einen großen nationalen Verband bilden, dessen Komitee den deutschen Arbeiterstand vor den Staatsbehörden zu repräsentieren und seine Wünsche zu formulieren hatte. (Jetzt verwirklicht in dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund.)

Diese Wünsche sollten in der Richtung einer Verkürzung der Arbeitszeit und einer gesetzlichen Erhöhung des Arbeitslohnes liegen, denn es sei unmöglich, die Lage der Arbeiter zu bessern, solange das System der freien Konkurrenz herrsche; denn unter diesem könne der Arbeitslohn notwendigerweise nicht mehr betragen, als gerade zur Fristung des Lebensbedarfs notwendig sei. Daher maß er den Fragen — Schutzzoll und Freihandel — ausdrücklich nur sekundäre Bedeutung für die Arbeiterklasse bei.

Arbeiterversammlungen fanden kurz nacheinander statt. Arbeiter verschiedener Gewerke hatten ihre Vertreter ernannt, und alsbald wurden die Deputiertenversammlungen der Arbeiter eröffnet. Auf Borns Antrag wurde ein Zentralkomitee der Ar-

beiter zur Berufung des ersten deutschen Arbeiterkongresses unter dem Vorsitz Borns gebildet, das einen Ausschuß von fünf Mann zur Ausarbeitung von Vorlagen einsetzte. Erst die vom Zentralkomitee genehmigten Vorlagen sollten an die Deputiertenversammlung und von dieser an die einzelnen Gewerke und Arbeiterklubs gehen.

Der Versuch des Geheimrats Lette, die Arbeiter zu überreden, die Organisation gemeinsam mit den Unternehmern zu bilden, wurde abgewiesen. In einer Deputiertenversammlung wies Born darauf hin, daß eine Verständigung mit den Unternehmern nur möglich sei, wenn die Arbeiter zuvor ihre Interessen beraten hätten, da sonst der Einfluß der Unternehmer zu groß sei.

An den Wahlen für die preußische, verfassunggebende Versammlung und den Frankfurter Reichstag beteiligten sich die Arbeiter. Sie gingen Hand in Hand mit der äußersten Demokratie. Gewählt als Stellvertreter für die preußische Kammer wurde nur der Vergolder Bisky, Vizepräsident des Berliner Zentralkomitees.

Vom 1. Juni 1848 erschien die Zeitung „Das Volk“, redigiert von Born. Als ihr Programm führte Born in der ersten Nummer folgendes an:

„Das Volk“ habe den Zweck, einerseits das Bürgertum zu unterstützen im Widerstand gegen die Aristokratie, im Kampfe gegen die noch aufrecht gebliebenen Institutionen des Mittelalters, gegen die Mächte von Gottes Gnaden, andererseits den kleinen Gewerbetreibenden wie dem Arbeiter beizustehen gegen die Macht des Kapitals und immer voranzuschreiten, wo es gelte, dem Volke ein irgend noch vorenthaltenes Recht zu erkämpfen, damit es die Mittel erhalte, sich die soziale Freiheit, die unabhängige Existenz um so schneller zu erringen.

Born beschränkte sich auf das zunächst Erreichbare. Gegen den Vorwurf Engels:

„In den Veröffentlichungen der von Born begründeten Organisation seien die Auffassungen des kommunistischen Manifestes mit Zunftwünschen und Zunftwünschen, Abfällen von Louis Blanc und Proudhon, Schuzzöllneri usw. durcheinander geworfen.“

verteidigt sich Born in seinen Erinnerungen wie folgt:

„Weber im „Volk“ noch in der „Verbrüderung“, die ich herausgab und über deren Inhalt ich allein zu bestimmen hatte, findet sich jedoch eine Zeile mit wirtschaftlich reaktiver Tendenz. Engels, der es mir nicht verzeihen konnte, daß ich arbeitete, ohne vorher bei ihm, dem päpstlichen Staatssekretär in Köln, Verhaltensbefehle einzuholen, hat mich zu jener Zeit ruhig gewähren lassen, nicht mit einem Wink mir ein Zeichen seines Mißfallens kundgegeben. Erst viele Jahre später, als die persönlichen Verbindungen aufgehört hatten, rückte er mit dem weiteren Vorwurf heraus: „ich habe es mit meiner Verwandlung in eine politische Größe etwas zu eilig gehabt und mich mit den verschiedensten Krethi und Pleki verbündet, um nur einen Haufen zusammen zu bekommen.““

Mit Recht nimmt Mehring Born in seinem Buche: „Die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“) in Schutz, in dem er ausführte:

„Wollte Born die Arbeiter als Klasse organisieren, so mußte er mit dem Gedankentriebe rechnen, in dem sie sich vorläufig erst bewegen konnte, und er hat es wenigstens nicht an Eifer fehlen lassen, sie über ihren Horizont hinauszuführen... Entschieden trat Born aller Zünftelei entgegen; er sagte, es sei keinem Staat, der einmal die Großindustrie eingeführt habe, mehr möglich, zu einer schon niedergegangenen Produktionsweise zurückzukehren, ohne sich zu ruinieren oder eine ganz untergeordnete Stellung in der Reihe der europäischen Staaten einzunehmen.“

Auch Dr. Georg Adler bemerkt, daß Born mit Feuereifer für seine Ideen eingetreten sei. Wenn er sein Ziel nicht in genügender Weise erreicht hat, so ist die Schuld wahrlich nicht ihm zuzuschreiben, sondern der Grund lag in den sozialen Verhältnissen und

*) 1. Bd. Seite 354/355.

in der dadurch bedingten Ohnmacht der Arbeiterklasse überhaupt und in der weiteren politischen Entwicklung, die sich höchst ungünstig für die proletarische Reformbewegung gestaltete.

Das Zentralkomitee erließ in anderen Städten Aufrufe zur Bildung von Arbeitervereinen und Gewerkschaften. Nur in Hamburg und Leipzig wurden lokale Zentralkomitees gebildet, während in den anderen Städten Arbeitervereine ohne gewerkschaftliche Grundlage gebildet wurden. Ganz besonderen Anklang fand der Sozialismus in der zweitgrößten Stadt Preußens, in Breslau. Der dortige Arbeiterverein zählte bald 1200 Mitglieder. Sein Organ war der „Volkspiegel“, von Behrend redigiert, der auch die „Fliegenden Blätter“ herausgab. Auf die Haltung dieser Zeitung übte der greise Universitätsprofessor Nees von Esenbeck einen besonderen Einfluß aus. Esenbeck vertrat die Beteiligung der Arbeiter am Unternehmergewinn, während die Fliegenden Blätter mit der Revolution drohten, wenn die sozialen Forderungen der Arbeiter nicht erfüllt würden. Breslau entsandte Nees von Esenbeck und den Schriftseher Brill in die preussische, verfassunggebende Versammlung als demokratisch radikale Abgeordnete und den Sozialisten Wilhelm Wolff als Stellvertreter in das Frankfurter Parlament.

Ein Teil der Breslauer Arbeiter hielt den Arbeiterverein für zu mäßig und gründete einen eigenen „sozialdemokratischen Arbeiterverein“, der aber keine Bedeutung erlangte und sich später wieder mit dem Arbeiterverein verschmolz.

Am 23. August 1848 fand in Berlin der erste deutsche Arbeiterkongreß statt. Es waren erschienen: eine Gesellendeputation aus Frankfurt am Main, Vertreter der drei Zentralkomitees von Berlin, Hamburg und Leipzig und 29 Arbeitervereine

meist aus den östlichen Provinzen. Außerdem waren von 9 Arbeitervereinen Zuschriften, unter ihnen auch vom Deutsch-sozialistischen Klub in Brüssel, eingegangen. Nees von Esenbeck wurde Präsident, Born Stellvertreter und Bisky Protokollführer. Der Kongreß dauerte zehn Tage und endete am 3. September. Die eigenartige Zusammensetzung des Kongresses brachte eine gewisse Zerfahrenheit in die Beschlüsse, die sich schwer in ein System bringen ließen.

Es wurde folgende Organisation beschlossen:

In jedem Orte sollten die verschiedenen Arbeitergewerke, je nach dem Verhältnis ihrer Mitgliederzahl, Vertreter in ein „Lokalkomitee für Arbeiter“ wählen. Dieses hatte die Verpflichtung, regelmäßige Versammlungen der Arbeiter zu berufen, die Bedürfnisse und Uebelstände des Proletariats in ihren Orten genau zu erforschen und auf Abhilfsmittel zu dringen.

Eine Reihe von Lokalkomitees sollte zu einem Bezirkskomitee zusammentreten, welches die gemeinsamen Angelegenheiten der Lokalkomitees besorgte, ihre Interessen miteinander vermittelte und Bezirksversammlungen, bestehend aus Abgeordneten der Lokalkomitees, einberief.

An der Spitze der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands sollte dann ein Zentralkomitee stehen, das die Interessen der Arbeiter und ihrer verschiedenen Komitees untereinander zu vermitteln, ihnen einen einheitlichen Ausdruck zu geben und eine Repräsentation vor den Staatsbehörden zu schaffen hatte. Das Zentralkomitee sollte neue Organisationen ins Leben rufen und begonnene unterstützen; es war der alljährlich zu berufenden Generalversammlung verantwortlich, die

sich aus den von den Lokalkomitees zu sendenden Abgeordneten zusammensetzen sollte.

Die Organisation wurde Arbeiter-Verbrüderung genannt. Der Sitz des Zentralkomitees wurde nach Leipzig verlegt. Es bestand aus Born, dem Geometer Schwenninger und Rick. Die Zeitung „Das Volk“ stellte am 29. August ihr Erscheinen ein, vom 1. Oktober bis Anfang Mai 1849 erschien, von Born redigiert, zweimal wöchentlich „Die Verbrüderung“, erst von Brockhaus, vom 1. Januar 1849 in der Assoziations-Druckerei gedruckt.

Als nächste Aufgabe der Lokalkomitees waren bezeichnet: Leitung des Arbeitsnachweises, Festsetzung der Lohnhöhe, Uebernahme der Auszahlung des Lohnes, die Verwaltung alles von den Arbeitern Ersparten und die Verwendung zum Zwecke von Darlehen an die Arbeiter selbst.

Der Lohnsatz sollte unter dem Vorstize des Lokalkomitees durch Vereinbarungen der Unternehmer mit ihren Angestellten so festgestellt werden, daß er für jede Art der Arbeit im ganzen Ort gleich war und nur für besondere Fähigkeiten höher. Jedenfalls sollte der geringste Lohnsatz zur Befriedigung der notwendigsten Lebensbedürfnisse hinreichend sein.

Die Auszahlung des Lohnes sollte durch die Hand des Lokalkomitees gehen. Von dem Lohne sollten 7—10 Proz. für eine Assoziationskasse abgezogen werden, aus deren Bestände eine Kreditbank geschaffen, Darlehen für Rohstoffbeschaffung gewährt und Assoziationen gegründet werden sollten. Diese Aufgaben wollte man durch Selbsthilfe lösen, doch verlangte man auch grundsätzlich die Mithilfe des Staates.

Als politische Forderungen wurden aufgestellt: allgemeines, gleiches Wahl-

recht für Reichstag, Landtag und Kommune; Festsetzung der militärischen Dienstzeit auf höchstens ein Jahr. Anerkennung der von den Arbeitern auf dem Wege der Selbsthilfe getanen Schritte, Gleichheit der Maße für ganz Deutschland, zunächst nur für Manufakturwaren; Freizügigkeit; Wegfall des Vermögensnachweises beim Eingehen einer Ehe; Aufhebung der Majorate und Parzellierung der Latifundien und Domänen; Fortfall aller Binnen- und Ausfuhrzölle auf Waren, welche in der inländischen Industrie benötigt werden; Herabsetzung der Zölle auf Kolonialwaren und Erhebung der Warenzölle nach dem Wert; Beförderung der Industrien, welche den Verhältnissen des Landes angemessen sind, daher auch ausreichende Patenterteilung für industrielle Erfindungen und Schutz gegen Nachbildung neuer Warenmuster; Aufhören derjenigen Zucht hausarbeiten, welche zum Nachteile der inländischen Industrie konkurrieren; Erlernungsnachweis bei Uebernahme eines Geschäftes, das technische Fertigkeiten bedingt; öffentliche Prüfung eines jeden, der Meister werden will; möglichste Aufhebung der Konkurrenz unter den Meistern; Verbot übermäßigen Haltens von Lehrlingen von seiten ein und desselben Meisters; Abschaffung aller gegen den Arbeiter gerichteten Ausnahmegeetze, vor allem der über das Paßwesen; Aufhebung der indirekten Steuern, Einführung einer progressiven Einkommensteuer mit Steuerfreiheit aller derer, welche nur das zum Leben Notwendige haben; Wahl der Werkführer in Fabriken und Werkstätten unter Zuziehung der Arbeiter und Einführungen eines

zehnstündigen Normalarbeitstages für die Erwachsenen und gänzlich es Verbot der Verwendung der Kinder unter 14 Jahren in Fabriken oder zum Hausierhandel, in Werkstätten dagegen nur bei Einhaltung des regelmäßigen Schulbesuchs. Die Volksschule sollte von allen Kindern, ohne Unterschied des Standes und Besitzes der Eltern, unentgeltlich vom fünften bis vierzehnten Lebensjahre besucht werden; die unbemittelten Schüler sollten Bücher und sonstige Materialien, sowie Kleidung umsonst empfangen; der Religionsunterricht sei prinzipiell aus den Lehrgegenständen zu streichen; der Volksschule sollte für Lehrlinge ein obligatorischer Fortbildungsschulunterricht sich anschließen.

Engels hatte recht, als er dies Programm als ein Gemisch politischer, sozialer, zünftlerischer und mittelständlerischer Forderungen bezeichnete, aber hierfür konnte man Born allein nicht verantwortlich machen; es läßt deutlich den sozialistischen Einfluß erkennen.

Der Kongreß erließ noch ein Manifest und drei Adressen an die konstituierende Nationalversammlung in Frankfurt a. M. und einen Aufruf „An die deutschen Arbeiter“.

Die entscheidende Tat des Kongresses war, daß er die Arbeiter als Klasse zum selbständigen politischen Handeln organisatorisch zusammenfaßte. Darin liegt seine geschichtliche Bedeutung.

Die verschiedenen Arbeitervereine, auch die, die nicht auf dem Kongreß vertreten waren, schlossen sich der Arbeiterverbrüderung an. Eine rege Versamm-

lungstätigkeit begann in allen Teilen Deutschlands, und überall wurden Arbeiterbildungsvereine und Unterstützungskassen, auch eine Reiseunterstützungskasse geschaffen, die die Mitglieder in den Stand setzte, ohne „Klinken putzen“ zu müssen, zu reisen. Distriktkongresse wurden abgehalten, so am 27. September 1848 für Sachsen und die sächsischen Herzogtümer in Leipzig, am 28. und 29. Januar 1849 für Baden, Rheinheffen und Rheinpfalz in Heidelberg. Der Leipziger Distriktkongreß sandte eine Petition an den Sächsischen Landtag zur Erlangung des allgemeinen gleichen Wahlrechts und eine Petition an die Nationalversammlung um die Gewährung einer staatlichen Unterstützung für Produktiv-Assoziationen. Diese Unterstützung sollte für das Königreich Sachsen 4 Millionen Taler betragen.

Auf dem Heidelberger Distriktkongreß, der von Fröbel geleitet wurde und auf dem namentlich die Gesellen stark vertreten waren, kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Professor Winkelblech („Marlo“) aus Kassel und Born. Winkelblech räumte schnell das Feld, und dieser Kongreß trug viel zur Einigkeit der Arbeiter in Süddeutschland bei. Winkelblech wollte das Elend der Arbeiter durch Zusammenfassung des gesamten Wirtschaftslebens, Gewerke und Industrien in wirtschaftliche Gemeinschaften lösen. Den Kommunismus lehnte er ab. Das Frankfurter Arbeiterkomitee wurde mit dem Leipziger vereinigt, und das Organ „Die Verbrüderung“ wurde als Organ aller der zu Heidelberg vertretenen Arbeitervereine anerkannt.

Am 10. bis 14. Februar 1849 fand ein norddeutscher Bezirkskongreß in Hamburg statt. Er war von den Arbeitervereinen Holsteins und Mecklenburgs, Hannovers, Hamburgs, Bremens und

Lübeck beschied. Schwenninger vom Zentralkomitee präsidierte. Dieser Kongreß nahm die Beschlüsse des Leipziger Kongresses an und suchte auch auf die Landarbeiter Einfluß zu gewinnen, indem Abgesandten von zwei Gütern empfohlen wurde, sich zu assoziieren, und das Zentralkomitee beauftragt wurde, zugunsten der Landarbeiter eine Petition zu entwerfen. In der Petition wurde gewünscht: Abschaffung der Patrimonial-Gerichte und dafür Einführung von Geschworenen - Gerichten, Abschaffung der Kirchen-Patronatsrechte und dafür Einführung der freien Wahl der Prediger; Einführung von Gemeindeordnungen auf den ritterschaftlichen Gütern mit freier Wahl der Vorsteher; ein Gesetz zur Verkleinerung der Rittergüter mit der Bedingung, den dritten Teil eines jeden derselben der Gemeinde zum Ankauf zu stellen; Jagdrecht für jeden Grundbesitz usw.

Es wurden auch mehrere soziale Landarbeitervereine in Mecklenburg gegründet. Die gleiche Agitation wurde auch in Ostpreußen und Schlesien betrieben. Wilhelm Wolffs Artikel „Die schlesische Milliarde“ aus der „Neuen Rheinischen Zeitung“ wurde als Flugblatt unter den Landarbeitern verbreitet.

Der Altenburger Distriktkongreß, abgehalten am 11. und 12. Februar unter Leitung Borns, war von 14 Delegierten beschiedt. Neben den Leipziger Forderungen verlangte er auch die Einverleibung der thüringischen Herzogtümer in das Königreich Sachsen.

Auf einer Versammlung in Göppingen schlossen sich 11 württembergische Arbeitervereine der Arbeiterverbrüderung an, behielten aber eine gewisse Selbständigkeit und unterhielten ein eigenes Organ „Die Sonne“ in Ulm. Dieser Kongreß for-

derde eine nationale Arbeiterstatistik und die Bewaffnung der Arbeiter. Den Vereinen legte er ans Herz, sich in politischer Richtung mit dem demokratischen Verein zu einigen.

Endlich fand am 3. bis 4. April 1849 in Nürnberg ein Kongreß statt, auf dem 16 bayrische Arbeitervereine, ferner der Verband der württembergischen und das Bezirkskomitee der pfälzischen Vereine vertreten waren. Hier wurde ein engerer Verband bayrischer Arbeitervereine — eine große Mitgliedschaft — konstituiert, der die „Verbrüderung“ als Vereinsorgan anerkannte. Außer den bekannten Forderungen trat er ein für die Errichtung von Arbeiterwerkstätten, für staatliche Unterstützung des Volksschul- und Arbeiterbildungswesens, Bewaffnung der Arbeitervereine; Aufhebung aller Steuern auf Lebensmittel und Einführung progressiver Einkommensteuer; nationale Handelspolitik und in Verbindung hiermit Gründung eines Arbeiterministeriums; Errichtung von Gewerbekammern und Schiedsgerichten, deren Mitglieder je zur Hälfte von Arbeitnehmern und Unternehmern gewählt werden sollen; endlich Aufhebung aller Ausnahmebestimmungen für reisende Handwerker.

Ein unmittelbares praktisches Ergebnis dieses Kongresses war die Gründung einer bayrischen Arbeiter-Reiseunterstützungskasse.

Die Arbeitervereine wurden verpflichtet, die Agitation auf das Land zu tragen und die Bauern um das Banner der sozialen Befreiung zu scharen. Es kam auch zur Gründung einzelner Bauernvereine.

Die Arbeiter-Verbrüderung umfaßte bald alle Arbeitervereine Deutschlands.

Die praktische Tätigkeit der Arbeiter-Verbrüderung wendete sich der Gründung von Arbeiter-Assoziationen zu.

In Berlin scheiterte der Versuch, Hemden anzufertigen, weil die Leinwand von den schlesischen Webern nicht eintraf. Begründet wurde eine Assoziation für Stricken von Strümpfen, für Herstellung von Brot (es wurden täglich 10 Zentner Brot hergestellt). Als es sich um die Entscheidung zwischen Demokratie und Kontra-Revolution handelte, wurde auch eine Büchsenmacher-Genossenschaft gegründet.

In anderen Städten war man auch in dieser Richtung tätig. In Leipzig wurde eine Schuhmacher- und Schneider-Assoziation, in Kattsch (Oberschlesien) eine Weber-Genossenschaft, in Altenburg eine Genossenschaft zur Herstellung reiner Handgespinnstleinwand und Anfertigung von Kleidungsstücken, in Cy mö ll n eine Verkaufsgenossenschaft der Stuhlarbeiter und von den Arbeitern der Eisgießerei in Ober-Meiß en eine Gesellschaft zur gemeinsamen Beschaffung von Brot errichtet. Alle diese Genossenschaften gingen aus Mangel an Kapital ein.

Größere Bedeutung erhielt die Genossenschaft der „Gesundheitspflege-Verein“ in Berlin. Das Ziel war gemeinsame Beschaffung ärztlicher und wundärztlicher Hilfe, Medizin, Bäder usw. Am 1. Mai 1849 trat der Verein mit 327 Mitgliedern ins Leben. Durch Anschluß der Maler-, Messerschmiede-, Instrumentenmacher-, Vergolder-, Goldarbeiter- und Uhrmacher-Gewerke, der Krankenkassen der Dachdecker, Posamentierer, Mechaniker, Schuhmacher, Handschuhmacher, Schneider und Steinsetzer stieg bereits am 1. Juli die Mitgliederzahl auf 3440 Köpfe. Im August folgten die Buchdrucker, Seidenknopfmacher, Steinmehlen, Droschkenkutschler, Sei-

denwirker und Buchbinder mit insgesamt 937 Mitglieder. Durch weiteren Beitritt stieg die Mitgliederzahl des Vereins im September auf 5000, im April über 6000, Juni über 7000 und durch Aufnahme der Maschinenbauer mit 2500 Mitgliedern auf über 10 000 Teilnehmer. Das waren nur männliche Mitglieder. Seit Februar 1850 wurde auch den Arbeiterinnen der Beitritt gestattet, doch machten wenige von diesem Rechte Gebrauch. Die unter Aufsicht des Magistrats stehenden Gewerksärzte und der Magistrat bekämpften kurzfristig den Verein, wenn auch ohne Erfolg. Die anderen Ärzte und Apotheker unterstützten den Verein.

Es wurde der Versuch gemacht, nationale Wanderunterstützungskassen, Krankenkassen für jeden Berufszweig und eine nationale Invalidenkasse zu gründen, doch blieben die Versuche in den Anfängen stecken. Überall, wo es anging, griff das Zentralkomitee die soziale Frage auf, insbesondere bemühte es sich um die Schaffung der Arbeitsnachweise als mächtigste Waffe im wirtschaftlichen Kampfe der Arbeiter und wurde hierbei von den städtischen Behörden unterstützt.

War die „Arbeiter-Verbrüderung“ der Versuch, eine einheitliche politische und gewerkschaftliche Organisation für Deutschland und damit die Grundlage für eine selbständige Arbeiterpartei zu schaffen, so war doch die gestellte Aufgabe so gewaltig, der Boden zu wenig beackert und die verfügbaren Kräfte so gering, daß nicht alle Berufsfragen von ihr in Angriff genommen werden konnten. Deshalb bildeten sich unter dem geistigen Einfluß der Arbeiter-Verbrüderung Fachverbände neben dem Arbeiterbunde.

Die ersten zentralen Fachverbände.

Die Buchdrucker Berlins hatten sich zuerst organisiert und unter Borns Leitung im April 1848 den ersten Streik durchgeführt. Der Erfolg war der Abschluß eines Tarifs mit 25 Proz. Lohnerhöhung. Bis dahin betrug der Durchschnittswochenlohn eines Setzers oder Druckers $3\frac{1}{2}$ Taler, die Arbeitszeit dauerte 13 bis 14 Stunden, und die Zahl der Lehrlinge war viel größer als die der Gehilfen.

Bei diesem Streik kam der Klassengegensatz scharf zum Ausdruck. Die Arbeiter hatten sich bereit erklärt, am 1. Mai die Arbeit wieder aufzunehmen, weil von den Unternehmern und von dem Magistrat das Versprechen gegeben wurde, die Tarifverhandlungen bis zum 1. Juni zu beenden. Als die Gesellen am 1. Mai wieder in die Betriebe kamen, legten ihnen die Unternehmer einen Revers vor, auf dem sie durch Unterschrift das Bekenntnis ablegen sollten, daß sie den Schritt als übereilt bedauerten, und versprechen sollten, sich eines ähnlichen Auftretens für die Zukunft zu enthalten. Erneute Arbeitsniederlegung erzwang die Zurücknahme des Reverses.

Auch in anderen Städten hatten sich die Buchdrucker zusammengefunden. Im April kam von Frankfurt a. M. die Anregung zur Bildung einer Fachorganisation der deutschen Buchdrucker-Gesellen. Der Anregung wurde Folge gegeben, und vom 11. bis 14. Juni trat die erste deutsche Buchdrucker-Versammlung in der Gutenbergstadt Mainz zusammen, beschickt von Delegierten aus mehr denn 50 Städten. Es wurde ein „National-Buchdrucker-Verein Gutenberg“ mit dem Sitz in Frankfurt a. M. gegründet und die Verbandszeitung „Gutenberg“ geschaffen, die in Berlin erschien.

Nach den Mainzer Beschlüssen hatten die Buchdrucker jeder größeren Stadt zusammen mit den vereinigten Nachbarstädten je einen Ausschuß von vier Gehilfen und drei Prinzipalen zur Beilegung von Differenzen zu bilden. Diese Ausschüsse sollten auch den Arbeitsnachweis in die Hand nehmen.

Ferner war auf dem Mainzer Kongress ein Lohn-tarif ausgearbeitet worden, der höhere Lohnsätze und gleiche Preise für Maschinenarbeit wie für Handarbeit forderte. Solange eine Presse stillstand, sollten nur gelernte Drucker bei den Maschinen verwandt werden und sollte nur ausnahmsweise nachts gearbeitet werden.

An das Frankfurter Parlament wurden folgende Forderungen gestellt: Gründung eines aus den Wahlen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer hervorgehenden deutschen Arbeiter-Ministeriums; Abschaffung aller Ausnahme-gesetze gegen die Arbeiter, besonders der über das Wandern und das Niederlassen bestehenden; Verbot einer unverhältnismäßig großen Zahl von Lehrlingen bei einem und demselben Meister; staatliche Ueberwachung des Lehrlingswesens zum Schutze gegen Willkür und moralische Verderbnis; Beschränkung des Maschinenwesens, insofern durch dasselbe ohne allgemeinen Nutzen der Einzelne bereichert und nicht einmal die fremde Konkurrenz verhindert werde; gesetzliche Beschränkung des Geschäftsbetriebes auf solche, welche das Geschäft früher wirklich erlernt; Aufforderung an die geschäftsverwandten Arbeiter, Vereine zu bilden, um die Arbeitspreise festzustellen und mit Hilfe des Staates Kranken-, Invaliden-, Sterbe- und Witwenkassen zu errichten, und endlich Protest bei der Nationalversammlung gegen die Ausweisung und Verfolgung von Arbeitern wegen sozialpolitischer Agitation.

Der „Gutenberg“ hatte auf der baldigen Einführung des Lohntarifs bestanden und als Endtermin den 1. August 1848 bezeichnet. Von diesem Tage an sollte in allen Buchdruckereien, die sich nicht den Gesellenbeschlüssen gefügt hatten, der Streik proklamiert werden und alle Arbeiter, die trotzdem noch fortarbeiteten, mitsamt den Offizinen in Verruf erklärt werden. Born verfocht eifrig diese Beschlüsse.

Durch die ihnen drohende Gefahr erschreckt, schlossen sich die Buchdruckereibesitzer fest zusammen und hielten mehrere Kongresse ab. Auf dem Kongreß am 17. Juli 1848 in Leipzig wurden die Mainzer Beschlüsse abgelehnt, jedoch erklärte man sich bereit, den in Berlin abgeschlossenen Tarif nach Modifikation desselben nach den örtlichen Verhältnissen anzuerkennen.

Die Polizei kam den Unternehmern zu Hilfe, sie schritt wegen Vorbereitung zum Streik ein, und die allgemeine Arbeitseinstellung unterblieb. Nur in Berlin kam es zu einem ergebnislosen Teilstreik. Das Streikkomitee wurde dafür vom Berliner Kriminalgericht am 20. Januar 1849 zu je 14 Tagen Gefängnis verurteilt.

Die Buchdrucker ließen sich nicht entmutigen, am 27. und 28. August fand in Frankfurt a. M. ein weiterer Kongreß statt. Es wurde ein festerer Zusammenschluß erreicht, ein neues Zentralkomitee gewählt, der Sitz nach Berlin verlegt und Karl Frölich zum Präsidenten gewählt.

Beim Erstarken der Reaktion wurde der Verband polizeilich verfolgt. Als auf dem vom Zentralausschuß für den 30. September 1849 einberufenen Kongreß die Statuten beraten wurden, deren zweiter Paragraph lautete: „Als Hauptmittel zur Erreichung des Zwecks erkennt der Bund an: 1. die Begründung und Organisation einer innigen Verbrüderung der

Schriftgießer zu gegenseitigem Schutz gegen Unrecht und Not“ erblickte die Polizei hierin die Aufforderung zur unerlaubten Selbsthilfe und löste den Kongreß auf. Der Verband erlag schließlich der Reaktion.

In Verbindung mit der Arbeiter-Verbrüderung schufen die Zigarrenarbeiter auf dem Kongreß zu Berlin (23. August bis 3. September 1848) einen nationalen Unterstützungsverband und zur Vertretung ihrer Fachinteressen die Zeitung „Concordia“. Mit Hilfe des Berliner Zigarrenarbeiters Wenzel Kohlweck, der Agitationsreisen in die verschiedensten Städte unternahm, gelang es in kurzer Zeit, in 60 Städten Mitgliedschaften zu gründen.

Ein am 3. September 1849 in Leipzig tagender Kongreß war durch 21 Delegierte besetzt, die 77 Städte vertraten. Dieser Kongreß beschloß die Statuten für die „Assoziation“) der Zigarrenarbeiter Deutschlands“ und richtete eine Wanderunterstützungs- und Krankenkasse ein. Der Sitz wurde von Berlin nach Bremen verlegt und Kohlweck zum Präsidenten erwählt. Der Verband trat für Lohnerhöhung und Minderung der Beschäftigungslosigkeit ein und forderte die Beschränkung der Zahl der Lehrlinge und die Entfernung der Frauen aus den Fabriken. Nach vorübergehender Einstellung erschien die „Concordia“ im April 1850 wieder in Hannover. Ihr Redakteur Kohlweck wurde ausgewiesen, und der Tischler Stechan, Mitglied des Kommunistenbundes, übernahm die Redaktion. Seine radikale

*) Der damals gebräuchliche Ausdruck Assoziation bedeutet: Vereinigung, Verbindung, er wird besonders auf die Proletkriegenossenschaften angewandt.

Auffassung paßte dem Polizeipräsidium nicht, die „Concordia“ verlor an Abonnenten und ging schließlich ein.

Lokale Fachvereine

wurden später gegründet: der Maschinenbauer, Stuhlarbeiter in Berlin, der Garnweber, Seidenwirker in Bernau, der Sammet- und Seidenwirker in Köpenick, der Zimmerleute, Maurer, Schuster, Schneider, Packer, Barbiergesellen in Leipzig, der Schuhmacher-
gesellen in Bremen usw.

Arbeitseinstellungen hat die Arbeiter-Verbrüderung selbst nicht geführt, doch wurden in der „Verbrüderung“ die Streikenden durch Warnung vor Zuzug unterstützt. Streiks fanden mehrere in einzelnen Teilen statt.

Als die Aktiengesellschaft zu Erbauung der Chemnitz-Riesaer Eisenbahn mangels Mittel den Bau einstellen mußte und die sächsische Regierung die Herabgabe von Mitteln ablehnte, die Zahl der Arbeitslosen sehr groß war, kam es im September 1848 unter Führung des Technikers Kieselhausen in Chemnitz zum Aufstand. Der knickrigen sächsischen Regierung wurde vorgehalten, daß für andere Zwecke Mittel vorhanden seien, und in einem Flugblatt wurde folgendes Rechenexempel aufgestellt:

Wir haben uns die ärgerliche Mühe genommen, nach einem genealogischen Kalender die Zahl der fürstlichen Müßiggänger beiderlei Geschlechts aufzuzeichnen, welche das deutsche Volk füttert und anbetet, um sich von ihnen mit hohen, höchsten und allerhöchsten Fußtritten begnadigen zu lassen. Und das Resultat? Daß das deutsche Volk jährlich 1353 fürstliche Individuen zu seinem Nationalvergnügen füttere und dafür 70 Millionen Taler ausbebe, eine Summe, mit der ein Heer, doppelt so stark wie das preußische, erhalten werden könnte. Also 1353 fürstliche Individuen für ein einziges Volk! Ein fürstlicher Nationalreichtum ohnegleichen. Also auf je 30 000

Menschen ein fürstlicher Müßiggänger und auf jeden Untertanenlopf 1½ Taler bloß für fürstliche Mahlzeiten, Paläste, Matressen usw., und woher diese Müßiggänger? Wißt ihr, woher die Wegelagerer des Mittelalters stammten?

Als die Kontra-Revolution ihr Haupt erhob, forderte das Zentralkomitee in einem Rundschreiben an die Bezirks- und Lokalkomitees der Arbeiter-Verbrüderung schleunige

Bewaffnung der Arbeiter

zugunsten der Deutschen Nationalversammlung, und die Büchsenmacher-Assoziation in Berlin bot durch großes Inserat in der „Verbrüderung“ „alle Arten Büchsen, Jagdflinten und Hirschfänger“ zu billigen Preisen an. Das Rundschreiben lautet:

Brüder! An alle Bezirks- und Lokalkomitees der Arbeiter-
verbrüderung erlassen wir hiermit die dringende Aufforderung, alle ihre Kräfte und Mittel zur Bewaffnung der Arbeiter aufzubieten. Die schon gebildeten Assoziationskassen sind hiermit angewiesen, zur Anschaffung von Waffen mit Vorschüssen gegen billige Zinsen zu unterstützen. Die bewaffneten Arbeiter haben miteinander in Verbindung zu treten und den verräterischen Feind allerorten zu bekämpfen. An unsere Brüder in Preußen ergeht außerdem die Aufforderung, den Beschlüssen der Nationalversammlung nicht allein zu folgen, sondern ihr möglichst durch entschiedene Bewegung vorzuarbeiten. Es ist in Deutschland jetzt die Zeit, wo jede Stadt, wo jedes Dorf zur Feste werden muß gegen die Tyrannei. Laßt uns zeigen, daß wir der Freiheit würdig sind.

Leipzig, den 22. November 1848.

Das Zentralkomitee für die deutschen Arbeiter.
Schwenniger, Riß, Born.

In Sachsen, in Baden und in Rheinheffen beteiligten sich Mitgliedschaften der Verbrüderung an den Aufständen; Born war in Dresden Oberkommandant. In der Zeit der Reichsverfassungskampagne, des süddeutschen Aufstandes, erließ der Zentralausschuß der württembergischen Arbeitervereine einen Aufruf, in dem er es für die heiligste Pflicht eines

jeden Deutschen und insbesondere der Arbeiter erklärte, sich an diesem Kampfe zu beteiligen. In dem Aufruf hieß es weiter: „Die Stunde der Entscheidung naht immer mehr heran, wo es sich zeigen wird, ob das Deutsche Volk fähig ist, seine Freiheit zu erringen oder ob es in der ewigen Knechtschaft leben soll! Darum, Brüder, wollen wir, wenn es nötig ist, kämpfen, einer für alle und alle für einen.“

Während der ganzen Kontra-Revolution ging der gesamte Arbeiterbund ohne das geringste Zaudern mit der revolutionären Demokratie zusammen, ja er bildete eine ihrer festesten Stützen, ohne daß ein Widerspruch gegen diese Taktik von den Mitgliedern erhoben wurde.

Trotz der Reaktion gedieh die Verbrüderung weiter, sie umschloß jetzt alle deutschen Arbeitervereine. Auf einem Kongreß der nordwestdeutschen Arbeitervereine, die noch nicht der Verbrüderung angehörten, wurde am 20. bis 21. Oktober 1849 in Hannover eine „Norddeutsche Arbeitervereinigun^g“ gegründet, der sich 25 Vereine anschlossen.

Am 20. bis 26. Februar 1850 fand ein Kongreß der Reichsarbeiterverbrüderung in Leipzig statt, auf dem sich die Norddeutsche Arbeitervereinigung der Arbeiter-Verbrüderung anschloß. Nunmehr umfaßte die Arbeiter-Verbrüderung 250 Vereine in allen Gauen Deutschlands.

Die Aufgaben der Verbrüderung wurden mehr auf das fachgewerbliche Gebiet umgestellt. Die „Verbrüderung“ sollte ab 1. April nur einmal wöchentlich erscheinen. Das Zentralkomitee wurde in eine „Geschäftsstelle“ verwandelt. Das Unterstützungswesen sollte ausgebaut, die Konsum- und Produktiv-Assoziationen mehr gefördert werden. Die Umstellung

erfolgte, weil die Hoffnungen, die man auf die Arbeiten der verschiedenen Nationalversammlungen gesetzt hatte, sich als trügerisch erwiesen hatten.

Der Polizeikampf gegen die Verbrüderung.

Trotz der Umstellung wurde der Verbrüderung nicht einmal die Verfolgung der auf Selbsthilfe beruhenden Pläne gestattet. Die erste Maßregelung ging von Bayern aus. Der Bund wurde für ganz Bayern verboten. Am 4. Juli 1850 folgte das Verbot für Sachsen. Wegen Uebertretung des Verbots am 11. Mai 1850, wegen „in Verbindung treten von politischen Vereinen“, wurden in Preußen die Mitgliedschaften in Berlin, Breslau und Königsberg geschlossen, die Vorstände vor Gericht gestellt und verurteilt, worauf das Verbot auf Preußen ausgedehnt wurde. Ebenso wurden Produktiv- und Konsum-Assoziationen verboten.

Infolge der Sprengung des Verbandes stellte am 1. Juli 1850 die „Verbrüderung“ ihr Erscheinen ein. Die ehemaligen Mitglieder des Zentralkomitees Gangloff und Schwenninger gaben als Ersatz und zur Aufrechterhaltung der Verbindung unter den deutschen Arbeitern die Zeitschrift „Prometheus“ in Leipzig heraus, doch das Blatt hatte mit starken finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Der Redakteur Schwenninger wurde wegen Verdachts, am Dresdener Maiaufstand beteiligt gewesen zu sein, ein halbes Jahr in Untersuchungshaft gehalten, und trotzdem man ihm nichts Strafbares nachweisen konnte, aus Sachsen ausgewiesen. Gangloff wurde nach einjähriger Untersuchungshaft wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. So ging auch diese Zeitschrift, der Redakteure beraubt, ein.

Nur die „Norddeutsche Arbeitervereinigung“ konnte noch am 28. und 29. Mai 1850 in Bremen einen Kongreß abhalten. Die „Geschäftsstelle“ dieser Vereinigung wurde 1851 nach Hannover verlegt. Dort redigierte Stechan die wöchentlich erscheinende „Arbeiterhalle“, ein privates, in sozialistischem Geiste gehaltenes Unternehmen, das den Mitgliedern von der Geschäftsstelle durch Zirkular zur Unterstützung empfohlen wurde. Stechan wurde in die gegen den Kommunistenbund eröffnete Untersuchung gezogen, am 11. Juli 1851 verhaftet, und so ging auch die letzte Zeitung ein, die der Arbeiter-Verbrüderung diente. Diese Vereinigung erhielt sich am längsten, bis durch Bundesbeschluß vom 13. Juli 1854 alle Vereine der Arbeiter-Verbrüderung verboten wurden.

So erstarb der erste Versuch, eine selbständige politische und soziale Klassenorganisation der Arbeiter in Deutschland zu schaffen.

Die Gegenrevolution.

1848 bis 1850.

Die Hofpartei der Junker und Pfaffen Preußens sammelte sich zuerst zum Gegenstoß und gründete als Kampforgan die „Kreuzzeitung“. Die Bourgeoisie prellte die Arbeiterklasse um die Früchte der Revolution, war aber selbst zu unklar und uneinig, um sich der Krone gegenüber durchzusetzen. Als in der blutigen Pariser Junischlacht das Proletariat grausam niedergeworfen war, wurde seine Niederlage von der deutschen Bourgeoisie bejubelt. Die Reaktion erhielt Oberwasser. Am 7. Juli wurde in Sachsen die konservative Partei als „deutscher konstitutioneller Verein“ gegründet. In Wien erhob sich im Oktober das Volk zum zweiten Male gegen die Krone. Robert

Blum eilte mit drei Abgeordneten des Frankfurter Parlaments nach Wien, um den Bürgern für ihre mutige Haltung zu danken. Windischgrätz aber marschierte gegen Wien und stürmte es am 1. November. Robert Blum wurde am 4. November verhaftet und am 9. November früh auf der Brigittenau standrechtlich erschossen, weil er das Volk zum Widerstande ermuntert hatte. So achteten Oesterreichs Machtinhaber das Frankfurter Parlament.

Um Berlin hatte man das Militär herangezogen, das Ministerium wurde gestürzt und Generalleutnant v. Brandenburg am 8. November zum Ministerpräsidenten berufen. Am gleichen Tage zog General Wrangel mit den Truppen widerstandslos in Berlin ein. Einige Tage später wurde über Berlin der Belagerungszustand verhängt.

Vergeblich versuchte die preußische Nationalversammlung sich durch den Beschluß, das Volk solle die Zahlung der Steuern verweigern, gegen den Wortbruch der Krone aufzulehnen; sie wurde am 8. November nach Brandenburg verbannt, und als das Rumpfparlament in Berlin versuchte, weiter zu tagen, am 5. Dezember aufgelöst und auseinandergetrieben. Jetzt zeigte sich die Schwäche der vereinbarten Grundlinien für eine Verfassung. Nach den Grundlinien sollte nicht das Parlament die Verfassung beschließen, sondern sie sollte vom Parlament mit der Krone vereinbart werden. Die Regierung vertrat die Auffassung, daß eine Vereinbarung nicht zustande gekommen sei, und zwang am 5. Dezember dem Volke eine Verfassung auf. In dieser lebte der ehemalige Vereinigte Landtag wieder auf, denn die Vertreter der Provinzen, Bezirke und Kreise sollten eine erste Kammer wählen, während die zweite Kammer aus Urwahlen hervorgehen sollte. Wähler war, wer das 24. Lebensjahr vollendet hatte. Diese

wählten den Wahlmann, und die Wahlmänner wählten den Abgeordneten. Wählbar war, wer das 30. Lebensjahr vollendet hatte.

Die neugewählten Kammern trafen am 26. Februar 1849 zur Beratung zusammen. Bereits am 27. April löste die Regierung die zweite Kammer auf und verfatte die erste Kammer. Nun hatte die Regierung freies Spiel. Eine Verordnung, die die Aufreizung von Soldaten, den Befehlen der Vorgesetzten oder der Einberufung zum Heere nicht Folge zu leisten, mit schwerer Strafe bedrohte, wurde am 23. Mai erlassen. Die Vereine und Versammlungen wurden durch Verordnung vom 29. Juni unter Polizeiaufsicht gestellt. Die Vereine sollten der Polizei Statuten einreichen, Versammlungen 24 Stunden zuvor anmelden. Die Polizei erhielt das Recht, die Versammlungen zu überwachen und aufzulösen. Versammlungen unter freiem Himmel durften innerhalb zwei Meilen der jeweiligen Residenz des Königs nicht stattfinden. Eine weitere Verordnung stellte die Presse unter Polizeiaufsicht. Die entscheidenden Stellen dieser Verordnung lauteten:

§ 12. Für den Inhalt einer Druckschrift sind der Verfasser, der Herausgeber, der Verleger oder Kommissionär, der Drucker und der Verbreiter als solche verantwortlich, ohne daß es eines weiteren Nachweises der Mitschuld bedarf.

Aufforderung und Anreizung zur strafbaren Handlung.

§ 15. Als der Anreizung zur strafbaren Handlung schuldig wird mit Geldbuße von zwanzig bis zweihundert Taler oder Gefängnis von vier Wochen bis zwei Jahren bestraft:

1. wer Fahnen, Zeichen oder Symbole, welche geeignet sind, den Geist des Aufbruchs zu verbreiten oder den öffentlichen Frieden zu stören, an öffentlichen Orten oder in öffentlichen Zusammenkünften ausstellt oder wer sie verkauft oder sonst verbreitet;

2. wer äußere Verbindungs- oder Vereinigungszeichen, welche zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit von der Bezirksregierung verboten sind, an öffentlichen Orten oder in öffentlichen Zusammenkünften trägt;

3. wer in böswilliger Absicht die öffentlichen Zeichen der königlichen Autorität wegnimmt, zerstört oder beschädigt.

Als Ungehorsam gegen die Geseze wurde angesehen, wer den öffentlichen Frieden gefährdet, zum Hass und Verachtung auffordert, die Religionsgeseze, ihre Gebräuche und Lehren öffentlich herabsetzt, die Ehrfurcht vor dem Könige, Thronfolger oder Regenten verlegt, in öffentlichen Diensten stehende Personen oder Mitglieder beider Kammern beleidigt, endlich wer die Sittlichkeit verlegt.

Durch Verordnung vom 26. November 1849 wurde das Dreiklassenwahlrecht oktroyiert. Das Wahlalter wurde auf das 25. Lebensjahr heraufgesezt, die Wahlen waren indirekt und öffentlich. Der Landtag billigte später diese reaktionären Streiche der Regierung, ja die Bestimmungen des Vereinsgesezes wurden am 11. Mai 1850 noch dahin verschlechtert, daß den Frauen und Lehrlingen der Beitritt zu politischen Vereinen verboten wurde und politische Vereine miteinander nicht in Verbindung treten durften. Am 4. Juni 1851 wurde das Gesez über den Belagerungszustand erlassen. Die anderen Bundesstaaten beeilten sich, Preußen in der Reaktion zu folgen. Wie diese Maßnahmen gegen die Arbeitervereine angewandt wurden, ist im vorausgegangenen Abschnitt dargelegt worden.

In der Frankfurter Nationalversammlung strift man sich um die Grundrechte des Volkes; darum, ob ein Großdeutschland mit Oesterreich oder gegen Oesterreich mit preussischer Spitze entstehen sollte,

während sich in den einzelnen Staaten die Monarchien festigten. Schließlich bot man dem Könige von Preußen die deutsche Kaiserkrone an. Er lehnte sie ab, weil er vom Bürgertum keine Geschenke annehmen wollte und auf das Gottesgnadentum pochte. Das Volk setzte sich für die in Frankfurt beschlossene Reichsverfassung ein, während die Fürsten sie ablehnten und die einzelnen Volkskammern auflösten. Die Rechte der Frankfurter Nationalversammlung verließ das Parlament, während die Linke der Gewalt wich, nach Stuttgart übersiedelte und dort mit preußischen Bajonetten auseinandergetrieben wurde. Die Auflehnung der Fürsten gegen die Frankfurter Reichsverfassung, das heißt, gegen den Versuch, ein einiges Deutschland zu schaffen, führte zum Maiaufstand in Dresden und zu der Verfassungskampagne in Baden, die am 23. Juli 1849 mit der Kapitulation der Aufständigen in Rastatt endete.

Am 10. Mai 1850 nahm die Bundesversammlung der Regierungen Deutschlands ihre Tätigkeit wieder auf und begann ihre reaktionäre Arbeit. Am 23. August 1851 faßte sie folgenden Beschluß:

Die Bundesversammlung beauftragt den am 10. Juli niedergesetzten politischen Ausschuß, mit möglichster Beschleunigung allgemeine Bundesbestimmungen zur Verhinderung der Pressefreiheit in Vorschlag zu bringen, und fordert die höchsten und hohen Bundesregierungen auf, auch vor Erlassung dieser Vorschriften durch alle gesetzlichen Mittel die Unterdrückung der Zeitungen und Zeitschriften unter Bestrafung der Schuldigen herbeizuführen, welche atheistische, sozialistische oder kommunistische oder auf den Umsturz der Monarchie gerichtete Zwecke verfolgen, und insbesondere auch dafür Sorge zu tragen, daß es an ausreichenden gesetzlichen Mitteln hierzu in den einzelnen Bundesländern nicht fehle.

Preußen marschierte die Reaktion nicht schnell genug. Am 14. April 1853 forderte der preußische

Gesandte von Bismarck die Bundesversammlung auf, gemeinsame Maßnahmen gegen die Arbeitervereine zu ergreifen. Das Resultat war der Bundesbeschluß vom 13. Juli 1854. Dieser sah eine Beschränkung politischer Vereine vor, an denen Frauen und Lehrlinge sich nicht beteiligen durften. Den Vereinen wurde das Inverbindungtreten verboten. Versammlungen sollten polizeilich überwacht und aufgelöst werden, wenn die öffentliche Ordnung und Sicherheit es erfordere. Für die Vereine der Arbeiterklasse wurde noch eine Sonderbestimmung im § 8 getroffen. Sie lautete:

Im Interesse der gemeinsamen Sicherheit verpflichten sich sämtliche Bundesregierungen, die in ihren Gebieten etwa noch bestehenden Arbeitervereine und Verbindungen, welche politische, sozialistische oder kommunistische Zwecke verfolgen, binnen zwei Monaten aufzuheben und die Neubildung solcher Verbindungen bei Strafe zu verbieten.

Der Bundestag verlangte von den Bundesstaaten Bericht über die erfolgte Durchführung der Verordnung. Den letzten Bericht erstattete Luxemburg am 1. Dezember 1856.

Der deutsche Einheits- und Freiheitstraum war vorläufig ausgeträumt, doch restlos hatte der Absolutismus nicht gesiegt, er mußte für die Zukunft mit der Bourgeoisie paktieren.

Der Kommunistenbund.

Sofort nach Ausbruch der Februar-Revolution übertrug die Londoner Zentralbehörde des Bundes ihre Befugnisse auf die Brüsseler Kreisbehörde. Diese bildete eine neue Zentralbehörde, der Engels,

F. Fischer, Gigot, H. Steingens und Karl Marx angehörten. Die belgische Regierung befürchtete auch in Brüssel Volksereignisse und wies die leitenden Persönlichkeiten des Bundes aus Belgien aus. Karl Marx erhielt am 2. März den Ausweisungsbefehl. Da zu befürchten war, daß weitere Ausweisungen folgen würden, beschloß die Zentralbehörde am 3. März, den Sitz nach Paris, dem Zentrum der revolutionären Bewegung, zu verlegen. Sie erteilte Marx Vollmacht, nach eigenem Ermessen eine neue Zentralbehörde zu bilden. In Paris hatte Bornstedt den abenteuerlichen Plan ausgeheckt und auch Herwegh hierfür gewonnen, mit bewaffneter Hand nach Deutschland einzubrechen, um es zu revolutionieren. Die provisorische Regierung förderte diesen Plan, um einen Teil der Arbeitslosen loszuwerden. In einer Versammlung am 6. März widersetzte sich Marx diesem Plan. Tatsächlich erlitt der Einmarsch bei Niederdossenbach ein klägliches Ende.

Marx gründete mit Engels einen deutschen kommunistischen Klub, worin sie den deutschen Arbeitern rieten, einzeln nach Deutschland zurückzukehren und für die revolutionäre Bewegung zu wirken. Auf diese Weise gelangten die Bundesmitglieder nach Deutschland und waren an einzelnen Orten die treibende Kraft. So Schapper in Nassau, Wolff in Breslau, Stephan Born in Berlin usw.

Nachdem die Revolution am 13. März in Wien und am 18. März in Berlin gesiegt hatte, bildete Marx eine neue Zentralbehörde, die aus Marx, Engels, Wolff, Bauer, Moll und Schapper bestand. Sie erließ einen Aufruf, der siebzehn Forderungen „im Interesse des deutschen Proletariats, des kleinen Bürger- und Bauernstandes“ enthielt. Sie gingen dahin, das ganze Deutschland zu einer einigen und unteilbaren Republik

zu machen. Außerdem wurde gefordert: Allgemeine Volksbewaffnung, Verstaatlichung der fürstlichen und anderen feudalen Landgüter, Bergwerke, Gruben, Transportmittel, Errichtung von Nationalwerkstätten, allgemeine unentgeltliche Volkserziehung usw. Diese Forderungen der kommunistischen Propaganda sollten nur die allgemeinen Richtlinien vorzeichnen, die erst in einem langen revolutionären Entwicklungsgang verwirklicht werden konnten.

Der Kommunistenbund war als geschlossene Organisation viel zu schwach, um die revolutionäre Bewegung zu beschleunigen. In der Tat löste er sich auf, weil seine Mitglieder ihre Tätigkeit nach Deutschland verlegten, Marx und Engels in Köln tätig wurden.

In Köln wurde von Demokraten und Kommunisten die Herausgabe eines Tageblattes vorbereitet. Marx und Engels setzten es durch, daß ihnen die Leitung des Blattes übertragen wurde, das vom 1. Juni 1848 als „Neue Rheinische Zeitung“ erschien. Die Redakteure waren: Karl Marx, Friedrich Engels, Wilhelm Wolff, Ernst Dronke und für das Feuilleton Georg Weerth. Mitte Oktober trat noch der revolutionäre Dichter Ferdinand Freiligrath in die Redaktion ein. Die „Neue Rheinische Zeitung“ nannte sich zwar „Organ der Demokratie“, doch suchte sie im Geiste des kommunistischen Manifestes die revolutionäre Bewegung voranzutreiben. Deshalb griff sie die zögernde Haltung der Bourgeoisie an, nahm im Kampfe der preußischen Nationalversammlung gegen die Krone für die Nationalversammlung Partei, erklärte sie für souverän und unauflösbar, weil sie ihr Mandat nicht von der Krone, sondern vom Volke durch die Revolution erhalten habe. Aber selbst, wenn sie bloß „vereinbarende“ Versammlung wäre, dann stände sie als gleichberechtigter Kontrahent mit der Krone da. Darum bestritt sie der

Krone das Recht, die Nationalversammlung aufzulösen. In dem Konflikt zwischen der Krone und der Nationalversammlung verfocht sie die Beschlüsse der Nationalversammlung, und als sowohl der preußischen wie der Frankfurter Nationalversammlung die Gefahr drohte, mit Waffengewalt auseinander getrieben zu werden, forderte die „Neue Rheinische Zeitung“ das Volk zum Widerstande gegen die Krone und zur Revolution auf.

Außenpolitisch trat sie für die volle Selbständigkeit jeder Nationalität ein und verfocht die volle Selbständigkeit der Italiener, Magyaren und der Polen. Die Wiederherstellung Polens mußte mindestens den Besitzstand von 1772 und vor allem den Besitz der Mündung seiner Ströme sowie eines großen Küstenstrichs an der Ostsee ergeben. Freilich wurde dieser Vorschlag nur gemacht, um die Macht der Konterrevolution, die sich auf die russisch-preußisch-österreichische heilige Allianz stützte, zu brechen.

Als die preußische Regierung im Dezember 1848 eine Verordnung zur interimistischen Regulierung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse in der Provinz Schlesien erließ, griff die „Neue Rheinische Zeitung“ diese Maßnahme als im Interesse der Junker gelegen an, und Wilhelm Wolff rechnete in acht Artikeln: „Die schlesische Milliarde“ den Junkern vor, daß sie im Laufe der Jahre die Bauern um eine Milliarde Taler geprellt hätten.

Die „Neue Rheinische Zeitung“ war mit einem sehr beschränkten Aktienkapital, von dem nur wenig eingezahlt worden war, ins Leben gerufen worden. Die Inhaber der Aktien, meist demokratische Kleinbürger, waren mit der Haltung der Zeitung nicht einverstanden, und schon nach der Ausgabe der ersten Nummer trat die Hälfte der Aktionäre zurück. Und als die Pariser Junischlacht gegen die Arbeiter ge-

schlagen war, das Blatt aber die besiegten Pariser Arbeiter glorifizierte, trat auch die andere Hälfte der Aktionäre zurück. Dadurch kam das Unternehmen in Finanznöte. Dazu kamen weitere Schwierigkeiten. Am 25. September 1848 errichteten die Kölner Barrikaden, anderen Tags wurde der Belagerungszustand verhängt und am 27. September die „Neue Rheinische Zeitung“ suspendiert. Erst nach Aufhebung des Belagerungszustandes, am 12. Oktober, konnte sie wieder ausgegeben werden. Im September hatte sie 5000 Abonnenten. Jetzt mußte sie wieder von vorne anfangen und brachte es sehr bald auf 6000 Abonnenten.

Mehrfach wurde das Blatt auch mit Prozessen bedacht, und als im Mai 1849 die Konterrevolution immer mächtiger wurde, war es auch um die „Neue Rheinische Zeitung“ geschehen.

Um den Verfolgungen der preußischen Regierung zu entgehen, hatte Marx 1845 seine Entlassung aus dem preußischen Untertanenverbande genommen. Er war also staatenlos und erhielt am 16. Mai 1849 von der Kölner Polizeidirektion den Ausweisungsbefehl zugestellt. Da ein Teil der anderen Redakteure ebenfalls ausweisbar und der Rest derselben gerichtlich verfolgt war, so ließ man das Blatt eingehen. Am 19. Mai erschien seine letzte rot gedruckte Nummer.

Der Ausweisungsbefehl für Marx lautete:

„In ihren neuesten Stücken tritt die „Neue Rheinische Zeitung“ mit der Aufreizung zur Verachtung der bestehenden Regierung, zum gewaltsamen Umsturz und zur Einführung der sozialen Republik immer entschiedener hervor. Es ist daher ihrem Redakteur en chef, dem Dr. Karl Marx, das Gastrecht, welches er so schmählich verlegt, zu entziehen, und da derselbe eine Erlaubnis zum ferneren Aufenthalte in den hiesigen Staaten nicht erlangt hat, ihm aufzugeben, dieselben binnen 24 Stunden zu verlassen. Sollte er der an ihn ergehenden Aufforderung nicht

freiwillig Genüge leisten, so ist derselbe zwangsweise über die Grenze zu bringen.“

Karl Marx mußte die Schulden und Verpflichtungen des zerstörten Zeitungsunternehmens decken. Er opferte hierfür seinen eigenen Besitz, nur das Silberzeug seiner Frau behielt er für sich, das ins Pfandhaus zu Frankfurt wanderte, um einen Zehrpennig für die Familie zu haben. Von Frankfurt a. M. begaben sich Marx und Engels nach dem Schauplatz des badisch-pfälzischen Aufstandes. Auf der Rückreise wurden sie wegen Verdachts der Teilnahme am Aufstande von hessischen Truppen verhaftet, nach Frankfurt transportiert, aber dort freigelassen. Marx ging nach Paris, während Engels nach Kaiserslautern zurückkehrte, um als Adjutant in die Freischar einzutreten, die der ehemalige preußische Leutnant Willich gebildet hatte. Am 19. Juli ließ der Minister des Innern durch den Polizeipräfekten Marx anbefehlen, seinen Wohnsitz im Departement Morbihan zu nehmen. Er verlangte durch Berufung an das Ministerium eine Galgenstrafe. Am 23. August meldete er Engels, daß er Frankreich verlasse und nach London gehe. In bitterster Not ging Marx ins Exil.

Nach dem Scheitern des badisch-pfälzischen Aufstandes lebte Engels als Flüchtling in der Schweiz. Marx lud ihn ein, nach London zu kommen, um die „Neue Rheinische Zeitung“ als Monatsrevue fortzusetzen. Engels folgte dem Rufe, indem er die Fahrt von Genua aus mit einem Segelschiffe machte. Die Revue brachte es mangels Mittel und genügender Unterstützung bei der Verbreitung nur auf drei Nummern.

Im Spätsommer 1849 wurde die Zentralbehörde des Kommunistenbundes in London neu gebildet, sie erneuerte die Verbindung mit den wiederhergestellten

Kreisen des Bundes in Deutschland. Fast überall, in Deutschland, der Schweiz, Frankreich und Belgien, waren die Gemeinden des Landes versprengt. In Belgien war es den Mitgliedern besonders schlecht ergangen. Alle „Bundesbrüder“, die irgendwie hervorgetreten, waren zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt. Der Deutsche Arbeiterbildungsverein war aufgelöst und seine Mitglieder des Landes verwiesen.

Um die zerrissenen Fäden wieder anzuknüpfen, wurden Heinrich Bauer nach Deutschland und Adolf Maier nach der Schweiz gesandt. Beide hatten Erfolg.

In der Zentralbehörde kam es über die vom Bunde einzuschlagende **T a k t i k** zum Konflikt. Einige Mitglieder der Zentralbehörde, insbesondere Willich, waren der Ansicht, daß in nächster Zeit bereits eine proletarische Revolution in Deutschland eingeleitet werden müsse. Deshalb mußte man sich mit den demokratischen Emigranten verbinden und mit ihnen gemeinsame Sache machen. Marx dagegen war der Ueberzeugung, daß ein siegreicher Angriff auf die bestehenden deutschen Regierungen nicht zum Siege des Proletariats, sondern zur Herrschaft der Bourgeoisie führen würde. Es sei nicht die Aufgabe des Proletariats, für eine demokratische Revolution zu agitieren, zu konspirieren oder zu komplotieren. Marx glaubte nicht an eine proletarische Revolution, sondern an eine revolutionäre Entwicklung. Nur allmählich sich vollziehende Umänderung der wirtschaftlichen Verhältnisse, die Uebermacht des großen Kapitals, die Proletarisierung immer weiterer Volksschichten, die Konzentrierung der Massen in den großen Städten usw. könnten zur Herrschaft des Proletariats führen.

Es kam zum Bruch. Auf Antrag Marx' wurden Willich und Genossen aus dem Bunde ausgeschlossen.

Sie bildeten darauf einen besonderen Bund und setzten eine Zentralbehörde, bestehend aus Oswald, Dieß, Fränkel, Gebert, Lehmann, Schapper, Schärtmer und Willich, ein. Sie brachten auch die Mehrheit der drei Sektionen des Deutschen Arbeiterbildungsvereins auf ihre Seite, aus dem Marx mit seinen Anhängern Bauer, Engels, Eccarius, Liebknecht, Piper, Pfänder, Schramm, Seiler und Wolff am 17. September austraten. Diese verlegten dann den Sitz der Zentralbehörde nach Köln, wo seit lange der „leitende Kreis“ für Mittel- und Süddeutschland bestand und sich außer London das bedeutendste Zentrum intellektueller Kräfte vorfand.

Der Kölner Kommunistenprozeß.

Die Kölner Zentralbehörde (Becker, Bürgerz, Köser) entwarf neue Statuten, erließ einen Aufruf und schickte vier Emissäre nach Bayern und Sachsen, Nord- und Ostdeutschland und nach der Rheinprovinz, die wenig Tröstliches berichteten. Einer der Emissäre, der Schneidergeselle Nothjung, wurde am 10. Mai 1851 zufällig wegen Mangels an Legitimationspapieren in Leipzig verhaftet. Die Polizei fand bei ihm das kommunistische Manifest, die Statuten des Kommunistenbundes, die Ansprachen der Zentralbehörde vom März und Dezember 1850, Briefe von Becker und Bürgerz und eine Anzahl Adressen. Diese Spuren und das Geständnis des in Hamburg verhafteten Kommis Haupt führten zur Entdeckung der Kölner Zentralbehörde. Elf Mitglieder des Bundes wurden unter Anklage versuchten Hochverrats gestellt und in Untersuchungshaft genommen: Nothjung, Becker, Bürgerz, Köser, die Kommis Ehrhard und Reiff, der Schneidergeselle Lefner, der Chemiker Otto und die drei Aerzte Daniels, Jacoby und Klein.

Freiligrath, der gleichfalls angeklagt werden sollte, befand sich bereits in London und wurde steckbrieflich verfolgt. Die preussische Regierung versuchte aus dieser Untersuchung eine Haupt- und Staatsaktion zu machen. Das vorgefundene Material bewies aber nur, daß es sich um eine geheime Propagandagesellschaft handle, die nach dem Code nicht strafbar war. Im Oktober 1851 entschied denn auch der Anklagesenat des Kölner Appellhofes, daß kein objektiver Tatbestand für die Anklage vorliege und die Untersuchung von neuem beginnen müsse.

Nun suchte die Polizei Material herbeizuschaffen. Der Polizeirat Stieber war im Frühjahr 1851 zur Londoner Industrieausstellung entsandt worden, um die deutschen Flüchtlinge zu überwachen. Er erhielt den Auftrag, das Belastungsmaterial herbeizuschaffen. Er kam hinter das Dasein der Fraktion Willich-Schapper, die romantische Revolutionspolitik trieben, und suchte das von dieser Gruppe erbeutete Material gegen die Kölner Zentralbehörde auszunutzen, mit dem diese absolut nichts zu tun hatte. Nun ließ er durch die Spitzel Greif und Fleury ein angebliches Protokollbuch der Partei Marx fälschen, um Material zu erhalten. Nach eineinhalb Jahren Untersuchungshaft wurde der Prozeß eingeleitet. Die Schwurgerichtsverhandlungen dauerten vom 7. Oktober bis 12. November 1852. Die Geschworenen waren gestimmt. Durch Postsperrre verhinderte man die Herbeischaffung von Entlastungsmaterial, kurz man veranstaltete einen Tendenzprozeß schlimmster Sorte. Die Geschworenen sprachen sieben Angeklagte schuldig. Köser, Bürgerz und Nothjung wurden zu sechs, Reiff, Otto und Becker zu fünf, Lefner zu drei Jahren Festungshaft verurteilt. Das Urteil war ein Justizmord.

Kurze Zeit nach dem Prozeß löste sich der Kommunistenbund auf Antrag Marx' auf.

Im Mai 1851 wurde auch in Hannover gegen den Tischler Stechan die Untersuchung wegen versuchten Hochverrates eingeleitet. Stechan konnte aber im September entfliehen. 1853 verurteilte das Kammergericht Berlin den Schneidergesellen Tieß, der zur Gruppe Willig-Schapper gehörte, wegen versuchten Hochverrats zu drei Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust. In Hamburg erhielten einige Bundesbrüder geringe Strafen.

Anfang 1853 löste sich auch die Gruppe Willig-Schapper des Kommunistenbundes auf. Damit endete die seit 1836 betriebene kommunistische Propaganda.

Neues Leben.

Die Revolution war niedergeschlagen, die brutallste Reaktion wütete in den Ländern des Festlandes, die Arbeiterklasse war jeder wirtschaftlichen und politischen Organisation beraubt, das Muckertum gedieh, Pfaffen und Junker beherrschten den wahnsinnigen Preußenkönig Friedrich Wilhelm IV., und im Dreiklassenlandtag führte die Bourgeoisie einen zwieschlächtigen Kleinkrieg gegen die Krone. Alles schien hoffnungslos der Reaktion verfallen. Da rüttelte 1857 die europäische Handelskrise die Geister wach. Die Italiener lehnten sich gegen die Unterjochungspolitik Oesterreichs auf, und Oesterreich rüstete 1859 gegen Italien. Louis Bonaparte, im Innern Frankreichs bedrängt, suchte Ablenkung nach außen und eilte Italien zur Hilfe. Oesterreich suchte Unterstützung bei Preußen und erinnerte an das Zusammengehen Oesterreichs mit Preußen 1813. Die Teil-

nahme des französischen Heeres mahnte an die Gefahr des eventuellen Verlustes des Rheinlandes. Es entstand der Kampf um ein einiges Deutschland von neuem, nur gingen die Meinungen darüber auseinander, ob man ein Deutschland mit oder gegen Oesterreich erstreben sollte, ob mit Oesterreich gekämpft werden sollte oder ob man Oesterreich den Kampf allein ausfechten lassen sollte. Diese nationalistische Welle wurde innenpolitisch genützt, um die demokratischen Kräfte neu zu sammeln. Neußerlich geschah dies in der Vorbereitung für die Schillerfeier zum Gedenken des 100. Geburtstages des Dichters Friedrich Schiller. Im Herbst 1859 entstand der deutsche Nationalverein unter Führung des hannoverschen Liberalen von Bennigsen, der seine Stütze in der Bourgeoisie der Klein- und Mittelstaaten fand. Das Programm des Vereins war Förderung der deutschen Einheit mit preussischer Spitze im Sinne der Bourgeoisie.

Die bisherigen politischen Kämpfe hatten die Bourgeoisie gelehrt, daß sie allein zu schwach sei, um die Reaktion zu überrennen. Deshalb suchte sie Hilfstuppen in den Arbeiter- und Handwerkerkreisen. Da aber politische Arbeitervereine verboten waren, so gründete der Nationalverein in einer Reihe von Städten *Bildungsvereine*, in denen die Arbeiter Aufnahme fanden. Außerdem wurde in Koburg eine eigene Zeitung herausgegeben.

Im Jahre 1862 fand in London die Weltausstellung statt, zu der etwa 50 Arbeiter aus Deutschland entsandt wurden. Im kommunistischen Arbeiterverein in London kamen sie mit belgischen und französischen Arbeitern zusammen. Man erkannte die Notwendigkeit eines internationalen Bundes der Arbeiter gegen das Kapital und dessen Angriffe und seine Bedeutung, in Fällen eines Streiks den Zuzug

ausländischer Arbeiter abzuhalten. So wurde der Gedanke einer internationalen Verständigung geboren, der gestärkt wurde, als 1863 der polnische Aufstand die demokratischen Geister Europas aufrüttelte und allenthalben Demonstrationen gegen das barbarische Rußland entstanden. Zu einem in St. James Hall in London stattfindenden Polenmeeting wurde auch eine französische Arbeiterdeputation entsandt, um dem „ritterlichen“ Polenvolk Anerkennung zu zollen.

Die Londoner Zusammenkunft gab den Anstoß zur Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, der Internationalen Arbeiter-Association und der Sozialisten-Partei, der Eisenacher.

Als Gegengewicht schuf die katholische Kirche später den Katholischen Volksverein, und die evangelische Kirche rief die evangelischen Jünglingsvereine ins Leben.

Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein.

Seine Vorgeschichte.

Die im Jahre 1829 in Leipzig gegründete und vom König Anton genehmigte Polytechnische Gesellschaft suchte durch öffentliche Sitzungen, Bibliothek, Modellsammlung und Veranstaltung von Ausstellungen „den Techniker und Gewerbsmann auf den Standpunkt zu stellen, den er nach dem jetzigen Zustande des menschlichen Wissens und der geistigen Bildung einnehmen muß“. Die Gesellschaft unterhielt seit 1829 eine Sonntagsgewerbeschule.

Als die politischen Wellen in Deutschland höher gingen, wurde Leipzig das liberale und demokratische Zentrum. Hier versuchte die Bourgeoisie auch zuerst

sich einen Stützpunkt bei den Gesellen und Gehilfen zu schaffen. Die Mitglieder des Direktoriums der Polytechnischen Gesellschaft, Buchbindermeister Crussius und Tischlermeister Stück, beriefen für den 7. Februar 1859 nach Pragers Restaurant eine Versammlung zur Gründung eines Bildungsvereins. Dieser ersten Versammlung folgten weitere am 15. und 23. Februar im Wiener Saal, die von 150 bis 200 Gewerbsgehilfen besucht waren. Die letzte Versammlung wurde von der Polizei aufgelöst, weil sie nicht polizeilich angemeldet war. Am 1. März fand dann die Gründungsversammlung statt, auf der Professor Rossmäßler einen naturwissenschaftlichen Vortrag hielt. Rossmäßler war Abgeordneter des Frankfurter Parlaments gewesen und von der sächsischen Regierung wegen seines Eintretens für die Anerkennung der Frankfurter Verfassung als Professor der Forstakademie Tharandt gemafregelt worden. 1852 hatte ihn das Kriminalgericht wegen aufreizender Reden zu vier Wochen Gefängnis verurteilt.

Der „Bildungsverein für Gewerbsgehilfen der Polytechnischen Gesellschaft“ sollte unter dem Schutze und der Vermittlung der Polytechnischen Gesellschaft stehen, aber durch Wahl eines Ausschusses eine gewisse Selbständigkeit in der Führung der Geschäfte haben. Als Zweck des Vereins wurde angegeben: „Hebung des Gewerbestandes durch Beförderung sittlicher und wissenschaftlicher Bildung von dessen jüngeren Gliedern, wie deren gegenseitige freundliche Annäherung“.

Das Direktorium sollte die Statuten genehmigen, und dann sollte am 8. März die endgültige Konstituierung des Vereins erfolgen. Am Tage zuvor verbot aber die Polizei die Gründung des Vereins: „weil der Bildungsverein ein selbständiger Verein sei

und die Mitglieder dieses Vereins, welche Gesellen, Kunst- und Gewerbsgehilfen sein sollten, im Sinne § 22 des Vereinsgesetzes vom 22. November 1850 dispositionsfähig nicht zu erachten und auch zur Teilnahme an Vereinen als Mitglieder, soweit dies nicht in bezug auf Vereine zu wohltätigen Zwecken, z. B. Errichtung von Kranken- und ähnlichen Unterstützungskassen unter gewissen Bedingungen und Beschränkungen gestattet ist, nicht befähigt sind“.

Die Gesellschaft wollte bis zur Beseitigung der Hindernisse unter dem Namen: „Bildungsverein der Leipziger Polytechnischen Gesellschaft für Gewerbsgehilfen“ sich lediglich in den Grenzen ihres Statuts und in strenger Nachachtung des Vereinsgesetzes halten und die Bildungszwecke verfolgen.

Allein das Polizeiamt untersagte der königlich privilegierten Gesellschaft auch diesen Notbehelf.

Nunmehr wandte sich die Gesellschaft an das Ministerium des Innern, und dieses entschied fast nach Jahresfrist am 27. Februar 1860:

„Daß nach einer Verordnung des Ministeriums des Innern vom 20. Mai 1851 Handwerksgehilfen wegen ihrer Eigenschaft als Gesellen von der Mitgliedschaft bei Vereinen oder von dem Befugnisse, Vorsteher oder Beamte derselben zu werden, an sich nicht ausgeschlossen sind, wenn sie nur sonst die in § 22 des Vereinsgesetzes vorausgesetzten Eigenschaften besitzen.“

Auch gegen die Aufsicht durch Mitglieder der Polytechnischen Gesellschaft und der organischen Verbindung mit der Gesellschaft bestünden keine Bedenken,

„indem die hierzu erforderliche Bestätigung der Statuten und Verleihung der Korporationsrechte alsdann an Bedingungen geknüpft werden könnte, durch die jene nachteiligen Einflüsse Einzelner möglichst unschädlich gemacht werden.“

Damit wurde anerkannt, daß Gewerbsgehilfen berechtigt seien, Vereine zu bilden und zu leiten, und so wurde die Bahn für die Vereinsbildung frei.

Am 30. August 1860 reichte der Präsident der Polytechnischen Gesellschaft Dr. Hirzel der Polizei ein neues Statut für die „Abteilung II der Polytechnischen Gesellschaft“ ein, und am 21. Dezember 1860 genehmigte das Ministerium des Innern das Statut.

Am 19. Februar 1861 fand im Wiener Saal die feierliche Begründung des gewerblichen Bildungsvereins, mit Gesängen und Ansprachen, von Dr. Hirzel statt. Dies war die erste öffentliche Versammlung, an der August Bebel teilnahm. Hirzel wies darauf hin, daß man den Verein als Abteilung der Polytechnischen Gesellschaft bilden müsse, weil Arbeitervereine auf Grund des Bundesbeschlusses vom Juli 1854 in Sachsen nicht geduldet würden. Dagegen erhob sich Widerspruch. Professor Roszmäßler, Schuhmacher Vahlteich und Zigarrenmacher Frische verlangten volle Selbständigkeit des Vereins, der ein politischer sein müsse. Die Verfolgung von Unterrichtszwecken sei Sache der Schule, nicht eines Vereins für Erwachsene.

Der Verein wurde gegründet, und die Opposition trat ihm bei. Architekt Mothes wurde Vorsitzender des Ausschusses. Nun begann der Verein seine Tätigkeit, und in den Versammlungen im Wiener Saal hielten Professor Roszmäßler, Professor Wuttke und andere Vorträge. Als Wuttke am 19. März über die Bauernunruhen des 16. Jahrhunderts sprach, drohte die Kreisdirektion unter v. Burgsdorff mit Auflösung des Vereins, wenn Vorträge dieser Art wieder gehalten würden. Der Kreisdirektion schien das Verhalten des Polizeidirektors Dr. Rüder dem

Bildungsverein gegenüber noch zu liberal, denn die Kreisdirektion muß neben den die Versammlungen überwachenden Polizeibeamten noch Angeber in die Versammlungen entsandt haben, denn sie forderte aus eigenem Antriebe wiederholt von der Polizei Berichte über gehaltene Vorträge ein und gab der Polizei Anweisungen zum schärferen Vorgehen gegen den Verein.

Vom 1. April 1861 ab konnte der Verein im eigenen Lokal, dem „Leipziger Saal“, tagen. Auf dem Stiftungsfest am 22. Februar 1862 hielt der Schuhmacher Wahlteich einen Vortrag über die Lage der Arbeiter in früheren Jahrhunderten verglichen mit der des Arbeiterstandes der jetzigen Zeit, und forderte das Allgemeine Wahlrecht.

Daß Wahlteich die Festrede halten konnte, war ein Beweis, wie stark die Opposition im Verein sich schon durchgesetzt hatte. Bei der Neuwahl des Ausschusses am 2. April 1862 wurden von den Opponenten Professor Rossmäßler, Buchbindergehilfe Niederley, der Chemiker Dr. Dammer, Tischlergeselle Bitter, Zigarrenmacher Dörfel, Schlossergehülfe Seyffert, Schuhmachergehülfe Wahlteich und Zigarrenarbeiter Frißsche in den Ausschuß gewählt. Auch August Bebel, der nicht zur Opposition stand, wurde zum erstenmal in den Ausschuß gewählt.

Unter den Gewählten war neben Rossmäßler auch Frißsche politisch verdächtig. Denn gegen ihn war 1849 wegen versuchten Hochverrats und bewaffneten Aufstands eine Untersuchung anhängig gewesen, die durch die Amnestie eingestellt wurde.

Der Ausschuß hatte den Vereinsvorsitzenden zu wählen. Bei der Wahl rang die Opposition um den Vorsitz, für den sie Professor Rossmäßler vorgeschlagen hatte. Nach viermaliger Wahl siegte

Architekt Mothes mit einer Stimme Mehrheit, weil er sich selbst gewählt hatte. War hier die Opposition unterlegen, so setzte sie in der Generalversammlung am 18. April 1862 ihren Kampf fort. Sie vertrat ihre alte Forderung, den Verein zu einem politischen zu machen und den Unterricht aus ihm auszuschließen. Mothes machte der Opposition, zu der Professor Rossmäßler, Dr. med. Schildbach, Dr. Dammer, Eisengießereibesitzer Götz, Schuhmacher Wahlteich und Zigarrenmacher Frißsche gehörten, den Vorwurf, daß sie die Politik in den Verein tragen wollten und nach der Herrschaft im Verein strebten. Der Antrag, den Unterricht fallen zu lassen, fand bei den jüngeren Mitgliedern Widerspruch, weil sie meist an dem Unterricht teilnahmen. Der Verein zählte damals 500 Mitglieder. Gegen eine Dreiviertelmehrheit wurde der Antrag abgelehnt, die Opposition trat aus dem Verein aus und gründete den Verein „Vorwärts“.

Im Mai 1862 richtete der Redakteur des „Arbeitgebers“ Max Wirth in Frankfurt a. M. an sämtliche Gewerbe- und Arbeitervereine die Aufforderung zu einer Geldsammlung, um deutschen Arbeitern den Besuch der Londoner Industrieausstellung zu ermöglichen. Der Ertrag der Sammlung ermöglichte, etwa 50 Arbeiter nach London zur Ausstellung zu entsenden.

Bereits in der ersten Berliner Versammlung am 25. August 1862, in der die Londoner Delegierten über ihre Eindrücke in London berichteten, wurde beschlossen, die Einberufung eines Arbeiterkongresses in die Hand zu nehmen, und am 7. Oktober wurde, nachdem sechs Versammlungen in den verschiedenen Stadtteilen stattgefunden hatten, in einer Schlußversammlung ein Komitee mit dem Maler Eichler an der Spitze gebildet.

Fast zur gleichen Zeit war auch in Leipzig der Gedanke der Berufung eines Arbeiterkongresses entstanden, und es wurde ein Komitee aus folgenden Personen gebildet: Zigarrenmacher Frißsche, Modelltischler Bitter, Buchbinder Niederley, Schuhmacher Wahlteich, Former E. Friedrich, Modelltischler A. Friedrich, Schmied Chr. Meyer, Stellmacher Reinh. Schulz, Schmied Lüscher, Metallbreher B. Jacobi, Schriftsetzer Hecht, Frauendorf und Grefner, Schneider Paasche, Zigarrenmacher L. Dörfel und Drechsler August Bebel. Die Wahl nach Berufen läßt darauf schließen, daß für die Gesellen einzelner Gewerke in Leipzig Organisationen bestanden. Die Buchdrucker hatten am 28. Februar 1862 einen Fortbildungsverein für Buchdrucker gegründet, und die in den Ausschuß entsandten Mitglieder gehörten dem Vorstände des genannten Vereins an.

Am 2. Oktober 1862 nahm eine von etwa 500 Personen besuchte Versammlung im Wiener Saal zu der Frage Stellung. Wahlteich leitete die Versammlung. Es wurde beschlossen, sich darüber Gewißheit zu verschaffen, ob in Berlin ein Arbeiterkongreß stattfinden solle, und einleitende Schritte zu dessen Beschickung zu tun. Vom Nationalverein wurde die Herabsetzung der Beiträge verlangt und Stadtrat Bering ersucht, auf der am 7. und 8. Oktober in Koburg stattfindenden Ausschußsitzung des Nationalvereins diesen Antrag vorzubringen. Alle Redner der Versammlung sprachen sich dahin aus, daß bei der jetzigen politischen Bewegung in Deutschland die Arbeiter nicht teilnahmslos bleiben dürften, sich vielmehr mit allen Kräften beteiligen müßten, um endlich die einflußreiche Stellung zu erlangen,

die ihnen in Anbetracht ihres numerischen Uebergewichts als eigentlicher Kern des Volkes gebühre.

Die Idee der Berufung eines Arbeiterkongresses war außer in Leipzig und Berlin auch in Nürnberg entstanden.

Am 9. Oktober 1862 richtete ein Berliner Komitee, bestehend aus dem Maler Eichler, H. Schlügler, Niemann, F. Hagen, F. Speck, Hecht, Rüger, A. Bencker, Vanschandt, E. Hackauf, L. Wernicke, J. Stief und Kalersky an die sächsische Staatsregierung das Ersuchen, in Leipzig vom 18. bis 25. November einen allgemeinen deutschen Arbeiterkongreß mit folgender Tagesordnung abhalten zu dürfen: 1. Einführung der Gewerbefreiheit, 2. Einführung der Freizügigkeit, 3. Beratung und Feststellung von Grundstatuten für die Bildung von Assoziationen und Invalidenkassen für alte Arbeiter, 4. Die Arrangierung einer Weltindustrieausstellung zu Berlin in den nächsten Jahren, 5. Mitteilung der nach der Londoner Ausstellung gewesenen Arbeiter. Das Ministerium des Innern genehmigte die Abhaltung des Kongresses, und am 22. Oktober erschien der Aufruf des Berliner Komitees.

In Nürnberg war ein Arbeiterkongreß schon auf den 1. November angesetzt worden, mußte aber wegen polizeilicher Schwierigkeiten vertagt werden.

Am 25. Oktober sandte das Berliner Komitee Eichler nach Leipzig, um mit dem Leipziger Komitee wegen des Novemberkongresses zu verhandeln. Die Besprechung fand im Restaurant Joachimstal statt. Eichler machte geltend, daß die Arbeiter von der Fortschrittspartei und dem Nationalverein nichts zu erwarten hätten; er habe die Gewißheit, daß Bismarck für die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts zu haben sei und auch bereit wäre, die Mittel (60 000 bis 80 000 Taler) zur Grün-

dung einer Produktivgenossenschaft der Maschinenbauer herzugeben.

Durch den letzten Teil der Darlegungen entstand der Verdacht, daß Eichler ein Agent Bismarcks sei. Daß dieser Verdacht begründet war, bestätigte Bismarck in seiner Reichstagsrede am 17. September 1878. Er bestritt zwar, mit Eichler persönlich verhandelt und für Produktivgenossenschaften Mittel in Aussicht gestellt zu haben, das kann auch durch Mittelspersonen geschehen sein, gab aber auf die Angriffe Bebel's zu, daß Eichler an ihn Forderungen gestellt habe für Dienste, die er nicht geleistet, und daß Eichler im Dienste der Polizei gestanden und Berichte über den Nationalverein und die Fortschrittspartei geliefert habe.

Die Gründe Bismarcks, die Arbeiter mit dem allgemeinen Wahlrecht für sich zu gewinnen, lagen in den damaligen politischen Verhältnissen. Napoleon III. hatte nach dem Staatsstreich das allgemeine Wahlrecht in Frankreich eingeführt und hatte damit, unter dem nötigen staatlichen Druck, eine sichere Mehrheit im Parlament erhalten. Von den 600 Abgeordneten gehörten nur 7 zur Opposition. Anders in Preußen. Mit dem oktroyierten Dreiklassenwahlrecht hatte die Regierung eine Oppositionsmehrheit groß gezogen. Als Bismarck am 23. September 1862 in das preußische Ministerium eintrat, suchte er diese Schwierigkeiten dadurch zu überwinden, daß er den Fortschrittlern entgegenkam, aber auf der anderen Seite mit Hilfe der Konservativen die Arbeiter gegen die Fortschrittler auspielte.

In der Besprechung mit Eichler war von dem Leipziger Komitee verlangt worden, den Kongress auf den Januar 1863 zu verlegen. In der am 30. Oktober 1862 im Odeon (jetzt Sanssouci) stark besuchten Versammlung erstattete Frißsche über die Verhandlungen

Bericht. Es wurde beschlossen, Frißsche und Wahlreich nach Berlin zu senden, um die dortige Stimmung kennen zu lernen und das Berliner Komitee für die Vertagung des Kongresses zu gewinnen. Vom Instrumentenmacher Dolge wurde ihnen mit auf den Weg gegeben, nicht so luxuriös zu leben, wie Eichler es hier getan habe, denn er habe Austern gegessen und Champagner getrunken.

An Stelle des bisherigen Komitees wurde ein neues, mehr politisch orientiertes Komitee gewählt, und zwar: Modelltischler Bitter, Schuhmacher Wahlreich, Instrumentenmacher Dolge, Zigarrenmacher Frißsche, Instrumentenmacher Seifert, Klempner Hartwig, Dr. phil. Chemiker Dammmer, Metalldreher Jacoby, Buchbinder Niederley, Drechsler Teubner, Stellmacher Schulze und Zigarrenmacher Starke.

Unter den Ausgeschiedenen befand sich auch Bebel.

Als Vertrauensmänner zog das neue Komitee Professor Rossmäßler und die Advokaten Winter und Dr. Albrecht hinzu. Das Komitee sollte den im nächsten Jahr in Leipzig stattfindenden Deutschen Arbeitertag vorbereiten.

Die Aussprache in dieser Versammlung muß nicht besonders fortschrittsfreundlich gewesen sein, denn Professor Rossmäßler warnte vor unreifen Experimenten, vor Scheinfreunden und deren zum energischen Vorgehen anspornenden Ratschlägen, damit nicht die wohlhabende Bourgeoisie durch das Gespenst einer Arbeiterbewegung erschreckt werde. Er empfahl, von Schulze-Delitzsch zu lernen.

Die Einladung des Berliner Komitees zur Beschickung des Arbeiterkongresses hatte die Fortschrittler stark verschnupft. Schon bei der Veröffentlichung der Einladung hatte der Fortschrittler

Streckfuß in der „Volkszeitung“ sich dagegen ausgesprochen und damit Unwillen bei den Berliner Arbeitern ausgelöst. In einer am 25. Oktober 1862 abgehaltenen Berliner Wahlmännerversammlung kam es deshalb zwischen Arbeitern und Fortschrittlern zu lebhaften Auseinandersetzungen, doch wurde beschlossen, einer Volksversammlung die Entscheidung zu überlassen, die am 2. November 1862 in der Tonhalle stattfand.

Die Fortschrittler hatten ein Interesse daran, daß der Kongreß nicht stattfindet, weil sie ihn als Störung und Ablenkung von ihrem Verfassungskampfe empfanden. Ueberhaupt wurde in dieser Versammlung darüber debattiert, ob die Arbeiter sich politisch betätigen sollten oder nicht. Wahlteich und Fritzsche sprachen in der Versammlung und waren für ein Zusammengehen mit der Fortschrittspartei, um sie zu zwingen, die Interessen der Arbeiter zu den ihrigen zu machen. Mit dem Programm seien sie einverstanden, nur mit dem Punkt Berliner Weltausstellung nicht. Sie schlugen vor, den Kongreß Ende Januar 1863 in Leipzig abzuhalten. Das kam den Absichten der Fortschrittler entgegen, und Schulze-Delitzsch machte den Vorschlag, erst überall Vorträge über die einschlägigen Fragen halten zu lassen; er erklärte sich bereit, Vorträge über Kapital und Arbeit zu halten. Einstimmig wurde die Verlegung des Kongresses beschlossen und die Leipziger Arbeiter beauftragt, die Berufung des Kongresses nach Leipzig vorzubereiten. Damit schied das Berliner Komitee für die Berufung des Kongresses aus.

Bei ihrer Anwesenheit in Berlin wurden die Leipziger Delegierten von Ludwig Löwe auf Ferdinand Lassalle aufmerksam gemacht; sie trafen aber Lassalle nicht an, weil er außerhalb Berlins weilte.

Das Leipziger Komitee befolgte den Rat Schulze-Delitzschs und versuchte, ihn in Leipzig sprechen zu lassen. Schulze war aber am 11. März 1855 verboten worden, in Leipzig öffentlich zu sprechen. Um nun Schulze vor den Leipziger Arbeitern sprechen zu lassen, forderte Wahlteich in einer Eingabe vom 22. November 1862 an die Kreisdirektion die Aufhebung jenes Verbots. Das Ministerium hob das Verbot auf, verfügte aber:

„daß die Anherkunft des Schulze-Delitzsch nicht zu Demonstrationen irgendwelcher Art benützt werde. Das Polizeiamt wird zugleich veranlaßt, für den Fall, daß vernannter Schulze oder andere Ausländer in hiesigen Versammlungen als Sprecher auftreten sollten, die erforderliche Vigilanz anzuwenden und etwaigen Ausschreitungen derselben, da nötig, sofort nachdrücklich entgegenzutreten.“

Schulze scheint nicht in Leipzig gesprochen zu haben, und aus dem Arbeiterkongreß wurde nichts, weil die Nürnberger gegen seine Abhaltung Widerspruch erhoben hatten.

Ferdinand Lassalle.

Geboren 11. April 1825 in Breslau, gestorben 31. August 1864 in Genf.

Als Sohn des jüdischen Seidenhändlers Heymann Lassal in Breslau geboren, besuchte er dort das Gymnasium. Der Schulbesuch wurde ihm verleidet, deshalb entschloß sich sein Vater, ihn Kaufmann werden zu lassen, und sandte ihn auf die Handelsschule in Leipzig. Hier erkannte er, daß er sich zum Kaufmann nicht eigne, er entschloß sich, Schriftsteller zu werden. Vor Ablauf der Schulzeit verließ er im August 1841 die Handelsschule mit dem Voratz zu studieren. Zum Besuch der Universität fehlte ihm das Reisezeugnis des Gymnasiums. Erst auf eine Beschwerde an den Minister wurde er zur Reifeprüfung zugelassen, aber der Regierungskommissar Konfistorialrat und Professor der Theologie Dr. Schulz

setzte es durch, daß die Prüfung um ein Jahr zurückgestellt wurde. Erst am 21. April 1843 erhielt er das Reisezeugnis ausgestellt. Er studierte dann in Berlin und Breslau erst klassische Philologie und wandte sich dann Hegels Philosophie zu. Nach Vollendung seines Studiums ging Lassalle 1844 an den Rhein und Ende des Jahres nach Paris, um dort in den Bibliotheken zu arbeiten und um die Weltstadt als Zentrum des politischen Lebens kennen zu lernen. Hier gingen damals die Wogen der sozialistischen Bewegung sehr hoch, und dort scheint Lassalle sein sozialistisches Damaskus gefunden zu haben. Er lernte dort Heinrich Heine kennen, dem er beistand. In Paris französisierte Lassalle auch seinen Namen. Zurückgekehrt, lernte er in Berlin die Gräfin Haxfeld kennen, die von ihrem Manne mittellos verstoßen war. Mit Energie nahm er sich der verfolgten Frau an, studierte Recht und führte in acht Jahren vor 36 Gerichten den Prozeß gegen den Grafen Haxfeld mit dem Erfolg, daß er seinen Gegner zu Unterwerfung und Vergleich zwang, der seinem Schützling ein fürstliches Vermögen und ihm eine jährliche Rente von 7000 Talern sicherte, die ihm sorgenfreie Zeit für seine Studien gewährte. Lassalle wurde angeklagt, seine Freunde Assessor Oppenheim und Dr. Mendelsohn zu einem Kassettendiebstahl angestiftet zu haben, wurde aber freigesprochen. In der Kassette wurden Beweisstücke für den Haxfeldschen Prozeß vermutet.

Beim Ausbruch der Revolution war Lassalle tief in den Haxfeldschen Prozeß verwickelt, doch beteiligte er sich an der revolutionären Bewegung in Düsseldorf. In dieser Zeit lernte er auch Karl Marx kennen. Als im November 1848 die preussische Regierung durch einen Verfassungsbruch die Nationalversammlung für aufgelöst erklärte, forderte Lassalle das Volk zum bewaffneten Widerstande und zur

Steuerverweigerung auf. Wegen Aufreizung angeklagt, wurde er nach längerer Untersuchungshaft von den Geschworenen freigesprochen. Man hatte aber eine Eventualanklage vor dem Zuchtpolizeigericht wider ihn wegen Aufforderung zur Widerseßlichkeit gegen Regierungsbeamte erhoben, und die Berufsrichter verurteilten ihn zu sechs Monaten Gefängnis. Der Prozeß vor den Geschworenen wurde trotz seines geharnischten Protestes unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geführt. Lassalle verzichtete auf die Verteidigung, und seine veröffentlichte „Assisenrede“ blieb ungehalten. Nach Verbüßung seiner Strafe erhielt er durch Vermittlung Alexander von Humboldts von der preussischen Regierung 1857 die Erlaubnis, in Berlin seinen Wohnsitz zu nehmen. Er siedelte mit der Gräfin Haxfeld nach Berlin über, und noch im selben Jahr erschien das 1846 begonnene Werk: „Die Philosophie Herakleitos des Dunklen“, das Aufsehen auch in der Gelehrtenwelt erregte.

Neben anderen Werken erschien 1861 das zweite seiner Hauptwerke „Das System der erworbenen Rechte“, ein Riesenwerk menschlicher Arbeit, wie er es selbst nannte. In den Jahren 1860 und 1861 trug Lassalle sich mit dem Gedanken, in Berlin ein großes demokratisches Blatt unter Marx' und Engels' Mithilfe herauszugeben. Nach dem am 2. Januar 1861 erfolgten Tode Friedrich Wilhelms IV. erließ der neue König eine Amnestie, und Lassalle hoffte, daß nun die Rückkehr Marx' nach Deutschland möglich sei. Marx weilte auch vom 1. bis 12. April 1861 bei Lassalle als Gast, doch lehnte er letzten Endes ab, die Leitung des Blattes zu übernehmen.

Lassalle stellte die merkwürdige Bedingung, er solle in der Redaktion eine Stimme haben und Marx und Engels zusammen eine, denn sonst sei er ja stets in der Minorität. Das liberale Ministerium Schwerin

lehnte am 11. November 1861 ab, Marx zurzeit die Naturalisation zu erteilen.

Am 9. Juni 1861 veröffentlichte die neue liberale Partei, die sich „Deutsche Fortschrittspartei“ nannte, ihr Programm. Die Hauptsätze dieses Programms forderten Treue gegen den König und die Verfassung, feste Einigung Deutschlands mit starker Zentralgewalt und preußischer Spitze usw. Ueber demokratische Forderungen, wie das allgemeine Wahlrecht, Presse- und Vereinsfreiheit enthielt das Programm kein Wort. In einer Vorbesprechung war die Aufnahme dieser Forderungen abgelehnt worden.

Hatte der Nationalverein die Arbeiter verhöhnt, indem er ihre Forderung, den Jahresbeitrag in Monatsraten zahlen zu können, ablehnte und den Arbeitern anbot, als „Ehrenmitglieder“ dem Nationalverein beizutreten, und indem er die Forderung des allgemeinen Wahlrechts ablehnte, so mußte die Preisgabe der demokratischen Forderungen durch die Fortschrittspartei die Arbeiter noch mehr erbittern und die Auffassung entstehen, die Fortschrittspartei verrate die Arbeiter. Die Liberalen führten zwar gegen die Krone einen hartnäckigen Kampf um das Budgetrecht, blieben aber doch im übrigen in Halbheiten stecken.

Hier setzte Lassalle ein. Er förderte zwar ihren Kampf um die Verfassung, geißelte aber ihre Halbheiten. Mit Lothar Bucher zusammen verfaßte er das Werk „Julian Schmidt, der Literaturhistoriker mit Sehersehnen“, worin er die Leichtfertigkeit und Seichtheit des Genannten geißelte und zugleich die Preßkorrumpion der Liberalen abstrafte. Dann griff er mit seinem Werk über „Verfassungsfragen“ in den Kampf mit der Krone ein und wies darin nach, daß Verfassungsfragen Machtfragen sind, die durch Entgegenkommen gegen die Krone nicht gelöst werden.

In Anlehnung an das Kommunistische Manifest schrieb er sein Arbeiterprogramm unter dem Titel: „Der Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes“. In dem Arbeiterprogramm weist Lassalle nach, daß die Machtverhältnisse sich im Laufe der Geschichte verschoben, daß die Bourgeoisie durch die französische Revolution als dritter Stand die Macht errungen habe, daß der Arbeiterstand 1848 zum Bewußtsein seiner selbst gekommen sei und jetzt als Klasse dazu übergehen müsse, sich selbst als Klasse zu organisieren. Im Handwerkerverein und dem Verein der Maschinenbauer in Berlin hatte Lassalle über das Arbeiterprogramm gesprochen und wurde deshalb wegen Aufreizung der beschlossenen Klassen zu Haß und Verachtung gegen die Besitzenden angeklagt und am 16. Januar 1863 in erster Instanz zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Seine glänzende Verteidigungsschrift erschien unter dem Titel: „Die Wissenschaft und die Arbeiter“. In der Flugchrift „Macht und Recht“ vom 7. Februar 1863 rechnete er endgültig mit der Fortschrittspartei ab.

Die Gründung

des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins.

Dammer erhielt von seinem Freunde Ludwig Löwe das Arbeiterprogramm und die Verfassungsbroschüre zugesandt. Die drei Freunde (Wahlteich, Frißsche, Dammer) verschlangen sie. „Der Eindruck war ein gewaltiger,“ bekannte Wahlteich noch nach vierzig Jahren, „so etwas war eben noch nie gehört worden und kontrastierte zu vorteilhaft mit den Wassertsuppen, die bisher den Arbeitern geboten waren.“

Am 4. Dezember 1862 schrieben Dr. Dammer, Wahlteich und Frißsche an Lassalle. Dammer, der

den Brief verfaßt hat, sandte ihn an seinen Freund Ludwig Löwe mit dem Auftrag, ihn Lassalle nur zu übergeben, wenn er es für gut halte.

In dem Briefe sprechen sie Lassalle ihre Anerkennung über die Broschüre: „Ueber den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes“ aus und heben hervor, was er darin für den Arbeiterstand getan habe. Sie sprechen ihm festes Vertrauen aus, daß er auch in der Zukunft in diesem Sinne tätig sein werde. Dann aber heißt es in dem Briefe weiter:

„Die Arbeiterbewegung, welche mit unwiderstehlicher Gewalt sich geltend gemacht hat, welche durch Fehlgriffe beeinträchtigt, durch keine Macht aber unterdrückt werden kann, bedarf, wenn sie zu bedeutenden und befriedigenden Ergebnissen führen soll, der umsichtigsten und kräftigsten Leitung; sie bedarf der höchsten Intelligenz und eines durchaus mächtigen Geistes, in dem sich alles konzentriert und von dem alles ausgeht.

Wir drei unterzeichnete Freunde haben uns als Mitglieder des Komitees eingehend mit dieser Angelegenheit beschäftigt, und wir finden in Deutschland nur einen Mann, den wir an der Spitze einer so bedeutenden Bewegung sehen möchten, wir finden nur einen Mann, den wir so schwieriger Aufgabe fähig halten, nur einen Mann, dem wir so vollkommenes Vertrauen schenken, daß wir ihm als Führer der ganzen Bewegung uns unterordnen möchten, und dieser Mann sind Sie.

Sie haben durch Ihre Broschüre ein Recht sich erworben auf den Platz, den wir Sie einnehmen zu sehen wünschen, Sie haben durch Ihre Broschüre aber auch die Pflicht übernommen, nun vollkommen und treu zum Arbeiterstande zu halten, und wir bitten und fordern von Ihnen, daß Sie dieser Pflicht nachkommen.

Selbstverständlich sind diese Zeilen durchaus privater Natur und lediglich der Ausdruck unserer Gesinnung gegen Sie. Wir können nichts, als Sie bitten, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen und die Leitung derselben in die Hand zu nehmen. Das aber dürfen und müssen wir hinzufügen, daß so wie wir wohl der größte Teil von denen denkt, welche ihre Broschüre gelesen haben. So wie aber die Vorlesung derselben zu stürmischer Begeisterung hinriß, so wird sie auch die Arbeiter

in ganz Deutschland ergreifen, und alle werden in Ihnen den Führer mit Freude und Vertrauen anerkennen.“

Sie luden Lassalle ein, in Leipzig zu sprechen.

Lassalle antwortete am 13. Dezember, daß er im allgemeinen bereit sei die Forderungen zu erfüllen und die Führung der Arbeiterbewegung in seine Hände zu nehmen. Er lehnte mit Rücksicht auf den ihm bevorstehenden Prozeß ab, nach Leipzig zu kommen, wünschte aber, daß Schulze-Delitzsch vor ihm in Leipzig spreche.

Wie dargelegt durfte Schulze-Delitzsch in Leipzig nicht öffentlich sprechen. Am 17. Dezember dankt Dr. Dammer im Namen seiner Freunde Lassalle für sein Entgegenkommen und schlägt eine persönliche Aussprache vor. Mit Rücksicht auf die Fortschrittspartei und Professor Rossmäßler, die beide großen Anhang in der Arbeiterschaft hätten, dürfte er offiziell als Führer noch nicht hervortreten, sie wollten aber in seinem Sinne weiter arbeiten.

Dammer und Wahlreich waren, von Ludwig Löwe eingeführt, in Berlin bei Lassalle gewesen, um mit ihm die Einzelheiten zu verabreden.

Am 3. Februar berief das Komitee nach dem Odeon eine öffentliche Versammlung ein, in der Dr. Dammer über die Lage der Arbeiterklasse sprach. Die Rede war die wesentliche Wiedergabe der Verteidigungsrede Lassalles und löste starken Beifall aus. Dr. Dammer wurde aufgefordert, seine Rede drucken zu lassen. Er wies darauf hin, daß seine Rede bereits in Lassalles Verteidigungsrede im Druck vorliege. Sie wurde in der Versammlung stark gekauft.

Das Komitee beschloß am 10. Februar, sich offiziell an Lassalle mit der Bitte zu wenden, in irgendeiner ihm passend erscheinenden Form seine Ansichten über die Arbeiterbewegung und die Mittel, deren sie sich

zu bedienen habe, kundzutun, sich auch über den Wert der Assoziationen für die unbemittelte Volksklasse auszusprechen. Am anderen Tage ging das von Dammer verfaßte Schreiben an Lassalle ab, begleitet von einem Privatbriefe Dammers, in dem er Lassalle über die letzte Versammlung Bericht erstattete und bemerkte:

„Die Gründung eines einzigen deutschen Arbeitervereins wird auch auswärts viel empfohlen, nur dürfen Sie nicht auf 30 000 Mitglieder, wie wir annahmen, sondern auf viel mehr rechnen. Auch wird von mehreren Seiten eine andere Arbeiterzeitung gewünscht.“

Lassalle antwortete postwendend zustimmend.

In der Odeon-Versammlung am 23. Februar berichtete Wahlreich, daß der geplante Arbeiterkongreß endgültig gescheitert sei, während Dr. Dammer den Beschluß des Komitees und Lassalles zustimmende Antwort mitteilte, was mit Jubel aufgenommen wurde.

Am 1. März 1863 erschien

Das offene Antwortschreiben.

Dieses verlangt, daß die Arbeiter sich um die Politik kümmern sollten und nicht den selbstlosen Resonanzboden der Fortschrittspartei abgeben dürften. Die Fortschrittspartei sei nur insoweit zu unterstützen, als sie für die politische Freiheit eintrete. Der Arbeiterstand müsse sich als selbständige politische Partei konstituieren und das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zum prinzipiellen Lösungswort und Banner dieser Partei machen. Hierfür eine friedliche und gesetzliche Agitation mit allen gesetzlichen Mitteln eröffnen. Gewerbefreiheit und Freizügigkeit debattiere man nicht mehr, sondern dekretiere sie durch die gesetzgebende Versammlung. Zu den wirtschaftlichen Fragen übergehend, weist das Antwortschreiben dar-

auf hin, daß der Arbeiter zunächst als Produzent und erst in zweiter Linie als Konsument in Betracht käme. Alle die Einrichtungen, wie Spar-, Hilfs-, und Invalidenkassen können zwar das Loß des Individuums bessern, aber der Gesamtheit Hilfe zu bringen sind sie durchaus unfähig. Dasselbe ist bei den selbsthilferischen Assoziationen Schulze-Dehlfisch der Fall. Seine Kredit-, Vorschuß-, Rohstoff- und Konsumvereine sind in der Hauptsache nicht für den Arbeiter, sondern den kleinen Handwerkerstand berechnet, dessen notwendigen Todeskampf gegenüber der Großindustrie sie nutzlos und grausam verlängern. Auch die Konsumvereine, die einzigen, welche direkt in die Lage des Arbeiters bessernd eingzugreifen suchen, werden, wenn allgemein geworden, durch die Verwohlfeilung der Lebensmittel nur den Arbeitslohn erniedrigen. Denn dieser wird unter der heutigen Produktionsweise durch das eiserne und grausame Gesetz bestimmt, wonach unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage der durchschnittliche Arbeitslohn immer auf den notwendigen Lebensunterhalt reduziert bleibt, der in einem Volke gewohnheitsmäßig zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderlich ist. Die Folge dieses Gesetzes ist, daß von dem Ertrag der Arbeit dem Arbeiter nur die bare Notdurft am Arbeitslohn zukommt, der ganze Ueberschuß aber auf den Unternehmeranteil fällt. Durch Selbsthilfe der einzelnen Individuen so wenig, wie durch Selbsthilfe der in Assoziationen vereinigten Arbeiter wird es möglich sein, die Arbeiter aus ihrer Lage zu befreien. Er fordere deshalb die Gründung von Assoziationen mit Staatshilfe.

Das offene Antwortschreiben enthält nur Forderungen, die damals bereits von den Arbeitern seit 1848 erhoben worden waren, so die Forderung des

allgemeinen Wahlrechts und die Aufforderung, sich als Klasse selbständig zu organisieren. Auch die Forderung der Assoziationen mit Staatshilfe war von französischen und deutschen Sozialisten schon zuvor aufgestellt worden. Die Bedeutung des offenen Antwortschreibens liegt darin, daß Lassalle die Arbeiter, die in der Reaktionsperiode den fortschrittlichen Phrasen unterlegen waren und den Fortschrittlern nachliefen, von der fortschrittlichen Ideologie loslöste und sie anfeuernte, die Lösung ihrer Schicksalsfragen selbst in die Hand zu nehmen. Das war notwendig, denn die Arbeiter standen, wie im Aachener Bezirk, mit der Mütze in der Hand vor dem gestrengen Herrn Fabrikanten, der sie durch Hunger, und vor dem gestrengen Herrn Kaplan, der sie durch die Hölle zähmte.

Am 17. März lief das „Offene Antwortschreiben“ beim Leipziger Komitee ein, und es nahm das von Lassalle aufgestellte Programm an. Die Folge war, daß einige Mitglieder des Komitees und die Vertrauensleute Prof. Rossmäßler und Advokat Winter aus dem Komitee ausschieden. Das hatte um so weniger Bedeutung, als sich die Mehrheit der deutschen Arbeitervereine gegen die Abhaltung eines Arbeiterkongresses ausgesprochen hatte und durch den Ausfall des Kongresses das Mandat dieser Kommission erledigt war. Am 24. März 1863 fand unter Vorsitz Wahlteichs eine stark besuchte Versammlung im Odeon statt. Dr. Dammer trug den Inhalt des „Offenen Antwortschreibens“ wörtlich vor und empfahl, auf den Vorschlag Lassalles einzugehen, eine Deutsche Arbeiterpartei zu gründen, die mit der Deutschen Fortschrittspartei oder nach Befinden auch gegen sie, sofern sie den Wünschen der Arbeiter nicht gerecht werden wolle, agieren müsse, und zu dem Zwecke, einen Deutschen Arbeiterverein, in ähnlicher

Weise wie der Nationalverein, zu organisieren. In der Debatte wandten sich Bitter und Dolge gegen den Vorschlag, und Dr. med. Schildbach nahm Schulze-Delitzsch in Schutz. Ihre Ausführungen fanden lebhaften Widerspruch der Versammlung. Der Vorschlag Dr. Dammers wurde einstimmig angenommen. Am Eingang des Saales war eine vom Komitee vorbereitete gedruckte Vorschlagsliste für ein Komitee zur Begründung eines Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins verteilt worden. Auf Vorschlag Wahlteichs wurde die Vorschlagsliste en bloc angenommen. Es setzte sich dieses Komitee zusammen aus: Dr. Dammer, Senfert, Instrumentenmacher, Wahlteich, Schuhmacher, Jacoby, Metalldreher, Starke, Zigarrenmacher, Niederley, Buchbinder, Teubner, Drechsler, Hecht, Schriftsetzer, Dörfel, Zigarrenmacher, Dauthe, Buchbinder, Koch, Maschinenbauer, Rihschel, Maurer.

So ganz ohne Hindernisse sollte das Komitee aber nicht arbeiten. Das Ministerium des Innern erachtete die bisherigen Komitees als Vereine, und die Kreisdirektion gab der Polizeibehörde auf, die Komiteesitzungen gehörig zu überwachen, „und wenn sich in denselben Tendenzen der in dem Bundesbeschluss vom 13. Juli 1854 gedachten Art zutage legen sollten, sofort Anzeige anher zu erstatten“. Diese Verfügung vom 18. März traf dank dem Instanzenzuge der Behörden just an dem Tage bei der Polizeibehörde ein, an dem das Komitee sich gerade aufgelöst hatte. Aber die ministerielle Verordnung wurde sofort auf das neue Komitee angewendet und deren Sitzungen überwacht. Nur waren oftmals in diesem Falle die Mitglieder nicht in beschlußfähiger Anzahl erschienen. Wahlteich erhob am 7. April gegen diese Verfügung Beschwerde. Das Polizeiamt

Leipzig empfahl der Kreisdirektion, die Gründung des Vereins mit so entschieden ausgesprochenen politischen und sozialistischen Tendenzen schlechterdings zu verbieten.

In einer polizeilich überwachten Sitzung des Komitees am 6. April wurden die von Lassalle entworfenen Statuten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins gebilligt.

Im überfüllten Odeon in Leipzig sprach Lassalle am 16. April 1863 „Zur Arbeiterfrage“⁹⁾. Der Vorsitzende Wahlteich teilte mit, daß die Arbeitervereine zu Köln, Düsseldorf und Hamburg das Programm Lassalles angenommen hätten. In einer zweistündigen Rede wandte sich Lassalle gegen die wider das Offene Antwortschreiben erhobenen Angriffe, belegte seine Auffassung mit Zitaten berühmter Nationalökonomien und griff die Fortschrittspartei in Preußen wegen ihrer Energielosigkeit im Verfassungstreit an. Die Art des Auftretens Lassalles schildert Bebel als Versammlungsteilnehmer sehr anschaulich in seinem Werke: „Aus meinem Leben“. Kaufmann Salomon aus Berlin verteidigte die Fortschrittspartei, und Professor Rossmäßler legte Protest gegen die Art und Weise ein, wie Lassalle die Arbeiter von der Fortschrittspartei abspenstig mache und auf Bahnen führe, die nicht vorteilhaft für sie sein könnten. Lassalle widerstritt und meinte, Prof. Rossmäßler würde binnen wenigen Monaten mit ihm einer Meinung sein, denn er wäre gewiß ebenso demokratisch gesinnt wie die ganze heutige Versammlung und auch die Majorität der Fortschrittspartei. Diese werde sich in kürzester Frist spalten und eine kleine Partei unter Grabow und eine große demokratische

⁹⁾ Wortlaut der Rede bei Bernstein, Lassalles Reden und Schriften, 2. Bd., S. 463.

bilden. Lassalle schlug eine Abstimmung über seine und die gegnerische Ansicht über die Arbeiterfrage vor, und die Versammlung entschied sich mit 1350 gegen 2 Stimmen für Lassalle.

In der „Deutschen Allgem. Zeitung“, Leipzig, vom 29. April 1863 machte das Komitee folgendes bekannt:

In den Arbeiterversammlungen zu Leipzig, Hamburg, Düsseldorf, Solingen und Köln ist beschlossen worden, einen allgemeinen deutschen Arbeiterverein zu gründen, und zwar den Grundsätzen gemäß, welche F. Lassalle in seinem an uns gerichteten „Antwortschreiben“ ausgesprochen hat. Wir legen hiermit den Statutenentwurf zu diesem Verein vor und bitten, denselben der Beratung in Arbeiterversammlungen zu unterziehen. Wir werden dann in den nächsten Wochen eine Versammlung deutscher Arbeiter nach Leipzig einberufen, um von dieser die Statuten festsetzen und den Vorstand des Vereins wählen zu lassen.

Leipzig, 23. April 1863.

Für das Komitee zur Gründung eines allgemeinen deutschen Arbeitervereins

J. Wahlteich. Otto Dammmer.

Es folgt der Wortlaut des Statutenentwurfs.

Nun setzte eine lebhafte Versammlungstätigkeit ein. Die Arbeitervereine im Reich waren geteilter Meinung, der Nürnberger Arbeiterverein erklärte Lassalle als gedungenes Werkzeug der Regierung, andere Arbeitervereine traten dem „Offenen Antwortschreiben“ bei. Die Fortschrittspartei war wütend, die Unternehmer machten die Arbeitervereine gegen Lassalle mobil. In Frankfurt erfocht Lassalle einen glänzenden Sieg. Auf einer Tagung des Verbandes der Arbeitervereine in Rödelshausen am 19. April versuchte L. Sonnemann, der Herausgeber der „Frankfurter Zeitung“, einen Beschluß gegen die Beschickung der Gründungsversammlung in Leipzig und gegen Lassalle durchzusetzen. Dagegen protestierten Henmann, Schöppler und Baist, und sie beantragten, daß

Lassalles „Offenes Antwortschreiben“ erst verbreitet und studiert und Lassalle zur Begründung seiner Ansichten nach Frankfurt a. M. berufen werde. Der Antrag wurde angenommen.

Es wurde beschlossen, auf einem neuen Verbandstag Schulze-Delitzsch und Lassalle sprechen zu lassen. Am 17. und 19. Mai fanden die Versammlungen in Frankfurt a. M. statt. Schon organisatorisch suchte man gegen Lassalle zu wirken, denn im unteren Saale durften nur Mitglieder der Arbeitervereine Platz nehmen — die meisten Vereine hatten sich schon gegen Lassalle erklärt — und die übrigen Teilnehmer durften ohne Stimmrecht gegen 6 Kreuzer Eintritt auf der Galerie Platz nehmen. Außerdem hatten sich fünfzehn Redner vorher gegen Lassalle zum Wort gemeldet. Schulze-Delitzsch war nicht erschienen. Lassalle hielt unter immer mehr steigendem Interesse seine Rede, die als „Arbeiterlesebuch“ im Druck erschien. Als Lassalle vier Stunden gesprochen — die Versammlung erwärmte sich immer mehr für Lassalle —, da inszenierten seine Gegner einen Skandal, so daß Lassalle abbrechen mußte. Nach kurzer Rücksprache mit Lassalle erklärte Heymann von der Tribüne, daß Lassalle am 19. Mai seine Rede im Arbeiterbildungsverein beenden werde. Die zweite Versammlung entschied sich mit 400 Stimmen für Lassalle. Etwa 50 Teilnehmer hatten vorher den Saal verlassen. Den Erfolg brachten die politischen Stellen seiner Rede.

Am nächsten Tage sprach Lassalle mit gleichem Erfolg in Mainz, und damit war auch das Schicksal der Bewegung entschieden. Von den Fortschrittlern und Nationalvereinslern wendeten sich Max Wirth, Biedermann, L. Sonnemann u. a. gegen Lassalle, ebenso nahm die Presse ablehnend und entstellend gegen ihn Stellung. Er war demgegenüber wehrlos,

weil die Presse seine Berichtigungen nicht aufnahm. „Gegen ein Meer von Zweifeln und einen Sturm von Wut“, so bezeichnete Lassalle selbst seine Lage, „mußte ich ankämpfen“.

Am 23. Mai nachmittags tagte im Kolosseum in Leipzig die konstituierende Versammlung mit der Tagesordnung: Beratung der Statuten und Wahl des Ausschusses. Abends fand im gleichen Lokal die Gründungsfeier statt. Vertreten waren die Vereine der Städte Barmen, Dresden, Düsseldorf, Elberfeld, Frankfurt a. M., Hamburg, Harburg, Leipzig, Mainz und Solingen. Anwesend waren: Julius Wahlreich, Leipzig, als erster Vorsitzender; J. Schöppler, Mainz, als zweiter Vorsitzender; Otto Damer, Leipzig, als Schriftführer; Theodor Audorf, Hamburg; F. C. A. Perl, Hamburg; Wilhelm Heymann, Frankfurt a. M.; Hugo Hillmann, Elberfeld; Robert Lässig, Dresden; Gustav Lewy, Düsseldorf; Th. York, Hamburg.

Außerdem nahmen als Ehrengäste teil: Ferdinand Lassalle, Professor Wutke, Dr. Löwenthal, Dr. Bernhard Becker, Frankfurt, und Redakteur Bruhn aus Hamburg.

Die Statuten wurden mit geringen Änderungen angenommen und Lassalle auf fünf Jahre zum Präsidenten gewählt. Er nahm die Wahl unter zwei Bedingungen an: Erstens sollte die Wahl in den Städten, welche die konstituierende Versammlung beschickt hätten, durch eine nochmalige Abstimmung in einer zu berufenden Arbeiterversammlung durch Mehrheit bestätigt werden; zweitens sollte ihm die Befugnis eingeräumt werden, sich einen Vizepräsidenten nach eigenem Ermessen zu erwählen, der ihm einen Teil der Geschäftslast abzunehmen verpflichtet sei. Die Bedingungen wurden von der Versammlung angenommen und die Wahl Lassalles in

den örtlichen Versammlungen bestätigt. Außerdem wurden in den Vorstand gewählt: Wahlteich, Dr. Dammer und Niederley, Leipzig, und Schankwirt Hugo Hillmann, Elberfeld, F. C. A. Perl und Theodor Audorf, Hamburg, Friedrich Robert Lässig, Schuhmacher, Dresden, Franz Jakob Schöppler, Uhrmacher, und Ludwig Seegott, Eisenbahnangestellter, Mainz, die Schwertarbeiter Klings und Ed. Willms, Solingen, Joseph Schüller gen. Muschard, Vergolder, Köln, Gustav Lewy, Inhaber eines Agentur- und Kommissionsgeschäfts, Ferdinand Richniawny, Düsseldorf, Reinhold Waist, Buchdrucker, und Abraham Strauß, Zigarrenhändler, Frankfurt a. M.

Dr. Dammer wurde von Lassalle zum Vizepräsidenten, Wahlteich wurde zum Sekretär des Vereins ernannt. Die Gewählten waren politisch schon zum Teil hervorgetreten. Richniawny war der Vertraute Lassalles schon in Düsseldorf gewesen, ebenso hatte er mit Lewy im Verkehr gestanden. Beide kamen schon früher in den Verdacht kommunistischer Bestrebungen. Hillmann, früher Brauer, gehörte während der Abwehr der Konterrevolution 1849 in Elberfeld dem Sicherheitsausschuß an, der 9 Tage lang die Stadt beherrschte. Seiner Verhaftung entzog er sich durch die Flucht nach London und kam erst nach der Amnestie 1861 wieder nach Elberfeld. Man wollte ihn wegen Aufreizung zum Bürgerkriege als Hochverräter bestrafen. „Die bitteren Erfahrungen“, so schreibt der Oberbürgermeister von Elberfeld, „sind auf ihn ohne wesentliche Wirkung geblieben“. J. Schöppler war 1848 Vorsitzender des Demokratischen Vereins in Mainz und Präsident des Bezirksverbandes der demokratischen Vereine von Rheinhessen und Kreuznach gewesen. Er sollte wegen indirekter Aufforderung zum Hochverrat ver-

haftet werden, weil er 1849 eine auf der Pfingstweide zu Mainz beschlossene Eingabe an die Regierung mit unterzeichnet hatte. Er floh nach Belgien und kehrte zurück, als der Steckbrief gegen ihn aufgehoben worden war. Am 23. Juli 1853 wurde er vom Bezirksgericht zu Mainz zu drei Monaten Freiheitsstrafe verurteilt, weil er dem Freischärlerhauptmann Emil Uhler zur Flucht nach Amerika verholfen hatte. Ludwig Seegott, früher Tapetendrucker, war 1854-55 wegen Teilnahme an einem Kommunistenverein und wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Untersuchung gezogen worden; es wurde aber kein Verfahren eröffnet.

Klings und Willms gehören nach dem Bericht des Bürgermeisters von Solingen der unteren Volksklasse an, aller religiösen und sittlichen Grundsätze bar, huldigen sie dem Sozialismus in seiner krassesten Form. Sie haben sich durch Lesen verderblicher Schriften manche verschrobenen und auf den Umsturz der gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung hinauslaufende Ideen angeeignet, vertreten deren Ausführung und sind um so mehr gefährlich zu nennen, als sie durch eine gewisse Beredsamkeit und Dreistigkeit auf ihre Nebenmenschen Einfluß auszuüben verstehen.

Sie sind Anhänger der Lassalleschen Ideen, und ist durch ihr öffentliches Auftreten in jüngster Zeit hinlänglich bekannt, welche Ziele sie verfolgen. Die mir nicht unbekannt gebliebene Tatsache, daß sie schon seit Jahren sozialistische und kommunistische Ideen verfolgen, diesenthalb mit auswärtigen Genossen in Verbindung stehen und dahin streben, sich der Arbeiterfrage zu bemächtigen, um sie im Sinne der Lassalleschen Grundsätze auszubeuten, beweist auch wiederum ihre Wahl in den Vorstand des Arbeitervereins in Leipzig.

Bei Klings fand ich bei einer Haussuchung am 1. Aug. 1857 allerhand verderbliche Schriften als: Der rote Katechismus für das deutsche Volk, Gesänge zur Jahresfeier der Erhebung der Pariser Juni-Insurrektion vom 25. Mai 1849, Erklärung der Menschenrechte, Gesammelte Aufsätze von Karl Marx, Monarchie oder Republik in Deutschland, Versöhnung der Interessen in der Assoziation, Nachmärzliches, Manifest der kommunistischen Partei, Widersprüche oder wie siehts mit der Bibel aus, Republik und Königtum in Italien von Mazzini.

Diese Auskünfte wurden auf Anfragen erteilt, weil nach dem sächsischen Vereinsgesetz Vorstandsmitglieder d i s p o s i t i o n s f ä h i g, das heißt im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte, sein mußten.

Das Polizeipräsidium Berlin kennzeichnete Ferdinand Lassalle also:

Der Schriftsteller Ferdinand Lassalle (eigentlich Lassal) ist in Breslau geboren und mosaischen Glaubens. Er wurde der hiesigen Polizei zuerst im Jahre 1846 dadurch bekannt, daß er, damals 19 Jahre alt und Student der Philosophie, sich hier unter der falschen Bezeichnung eines Kaufmannes Lassal aus Breslau einige Zeit aufhielt und den Diener, wie den Sekretär eines hiesigen Generals und Generaladjutanten S. Majestät des Königs durch Anbieten bedeutender Geldgeschenke zu veranlassen suchte, mittelst Nachschlüssel das Schreibpult seines Herrn zu erbrechen und aus demselben bestimmte, ihnen näher bezeichnete Papiere zu entwenden. Wahrscheinlich sollten diese Schriften als Beweismittel in dem berüchtigten Graf Hagfeldschen Ehescheidungsprozesse dienen, in welchem er notorisch eine sehr wichtige Rolle gespielt hat, indem er der vertraute Ratgeber der Gräfin Hagfeld war und in der gegen ihn eingeleiteten Untersuchung beschuldigt wurde, nicht nur den Versuch, den Grafen von Hagfeld durch Gift aus dem Wege zu räumen, gemacht, sondern auch den viel besprochenen, durch den Assessor Oppenheim und den Dr. Mendelsohn ausgeführten Kassetten- diebstahl angestiftet und geleitet zu haben.

Obgleich er, soviel hier bekannt, lange in Köln in Untersuchung saß, wußte er doch alle gegen ihn sprechenden Beweise soweit zu entkräften, daß er straflos aus der Untersuchung hervorging. Ebenso blieb ein im Jahre 1846 in Düsseldorf gegen ihn eingeleitete Untersuchung wegen Beiseiteschaffung von Akten, sowie eine ähnliche Untersuchung wegen Entwendung eines als Beweismittel zu den Akten gegebenen Briefes vom Jahre 1848 resultatlos, dagegen wurde er im Jahre 1848 wegen Aufreizung der Bürger in einer Versammlung zur Bewaffnung gegen die Staatsgewalt mit 6 Monaten Gefängnis bestraft. Seiner politischen Gesinnung nach entschiedener Republikaner, huldigt er auf sozialem Gebiet dem weitestgehenden Radikalismus. Er ist nicht nur in den Jahren der politischen Bewegung von 1848—1850 und später am Rhein einer der gefährlichsten Agitatoren gewesen, sondern benutzte auch noch jetzt jede Gelegenheit, auf die unteren Massen zu wirken und Einfluß

zu gewinnen. Ein gewandter Redner und Dialektiker, von scharfem Verstande und bedeutenden geistigen Fähigkeiten; von feinen Manieren und einschmeichelndem Wesen, unerschütterlicher Dreistigkeit, völlig rücksichtslos gegen Recht und Sitte, außerdem nicht ohne Vermögen, das er, wie es heißt, der Freigebigkeit der Gräfin Hagfeld verdankt, besitzt er alle Eigenschaften, um als Volksredner auf die Massen zu wirken. Sein Wert über die griechische Philosophie Heraklit hat selbst in wissenschaftlichen Kreisen Anerkennung gefunden. Neuerdings ist er mehrfach wegen Preßvergehen zur Untersuchung gezogen und auch wegen eines vor einer großen Versammlung von Arbeitern gehaltenen aufregenden Vortrags „Ueber den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes“ in erster Instanz zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, dieses Strafkenntnis jedoch noch nicht rechtskräftig geworden. Jedenfalls zählt er zu den beachtenswertesten Persönlichkeiten auf dem Gebiete politischer Agitation.

Berlin, 5. Juni 1863.

Königl. Polizei-Präsidium.

Es war also eine revolutionäre Gesellschaft, die sich da im Vorstand des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zusammengefunden hatte.

Das Statut des Vereins war geschickt den Bestimmungen der Vereinsgesetze angepaßt, nach denen verboten war, daß politische Vereine miteinander in Verbindung treten. Außerdem paßte es sich der Organisationsform des Nationalvereins an, und die Polizei konnte nicht gut den Arbeiterverein ohne weiteres angreifen, wenn sie nicht auch den Nationalverein gefährden wollte. Außerdem wurde durch die Schaffung eines Vereins über ganz Deutschland und die Einsetzung von Bevollmächtigten der Grundstock zu einer Arbeiterpartei Deutschlands gelegt. Das Statut des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins lautet:

§ 1. Unter dem Namen Deutscher Arbeiterverein begründen die Unterzeichneten für die deutschen Bundesstaaten einen Verein, welcher, von der Ueberzeugung ausgehend, daß nur durch das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht eine genügende

Vertretung der sozialen Interessen des deutschen Arbeiterstandes und eine wahrhafte Beseitigung der Klassegegensätze in der Gesellschaft herbeigeführt werden kann, den Zweck verfolgt, auf friedlichem und legalem Wege, insbesondere durch das Gewinnen der öffentlichen Ueberzeugung für die Herstellung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts zu wirken.

§ 2. Jeder deutsche Arbeiter wird durch einfache Beitritts-erklärung Mitglied des Vereins mit vollem gleichem Stimmrecht und kann jederzeit austreten. Ueber die Frage, ob jemand ein Arbeiter im Sinne des Vereins sei, entscheidet der Vorstand. Ebenso ist der Vorstand berechtigt, auch Nichtarbeiter, welche dem Verein beitreten wollen und mit den Grundsätzen und Zwecken desselben einverstanden sind, als Mitglieder aufzunehmen.

§ 3. Der Sitz des Vereins, der keine Zweigvereine haben kann, dem vielmehr alle Mitglieder ohne Rücksicht auf ihren Wohnort unmittelbar angehören, ist Leipzig. Der Sitz kann durch einfachen Majoritätsbeschluß des Vorstandes an jeden anderen Ort des § 1 gedachten Gebietes verlegt werden. Er bleibt unverändert derselbe, wenn der Vorstand es für gut finden sollte, sich ein oder das andere Mal an einem anderen Ort behufs Beratungen zu versammeln.

§ 4. Die Angelegenheiten des Vereins werden verwaltet durch den Vorstand, bestehend aus einem Präsidenten und 24 Mitgliedern, unter welchen ein Kassierer und ein besoldeter Sekretär, welche sämtlich in dem § 1 gedachten Gebiet wohnen müssen. Ihre Wahl erfolgt in der Generalversammlung, für den Präsidenten das erstemal auf fünf Jahre, sonst auf ein Jahr nach absoluter Majorität. Die Vorstandsmitglieder werden durch die Generalversammlung auf ein Jahr gewählt mit der näheren Bestimmung, daß im ersten Jahre ihrer Funktion die Hälfte derselben durchs Los ausscheidet. Am Ende des zweiten Jahres treten die Nichtausgelosten ab. Alle Ausgeschiedenen sind sofort wieder wählbar. Der Präsident ist berechtigt, in Behinderungs-fällen seine sämtlichen Befugnisse auf einen von ihm aus den Vorstandsmitgliedern zu ernennenden Vizepräsidenten zu übertragen.

§ 5. Ueber die innere Organisation, den Geschäftsgang, die Förderungsmittel auf den § 1 gedachten Wegen, Schreib- und Rassenwesen befindet nach einfacher Majorität der Vorstand. Wenn der Präsident es für dringlich hält, so kann er vorbehaltlich der in drei Monaten einzuholenden Genehmigung des Vorstandes alle Anordnungen treffen. Die eventuelle Ver-

antwortlichkeit des Präsidenten in solchen Fällen wird durch die Genehmigung des Vorstandes und, wenn diese nicht erfolgt, durch die Genehmigung der Generalversammlung gedeckt. Der Präsident setzt Generalversammlung und Vorstandsberatungen sowie den Ort derselben an. Jährlich einmal muß Generalversammlung gehalten werden. Der Präsident ist übrigens verpflichtet, jederzeit eine Generalversammlung innerhalb sechs Wochen einzuberufen, wenn unter Angabe des Grundes entweder die Majorität des Vorstandes oder ein Sechstel sämtlicher Vereinsmitglieder schriftlich bei ihm derauf anträgt.

Alle im Namen des Vereins zu erlassenden Veröffentlichungen werden vom Präsidenten unterzeichnet.

§ 6. Beim Eintritt hat jedes Mitglied zwei Neugroschen zu zahlen, von da ab einen halben Neugroschen wöchentlich. Durch die Nichtbezahlung des Beitrags in vier aufeinanderfolgenden Wochen wird die Mitgliedschaft verwirkt. Mitglieder, welche gegen die Vereinszwecke handeln oder die Würde des Arbeiterstandes durch ihre Haltung in sittlicher oder politischer Hinsicht beeinträchtigen, können vom Vorstand ausgestoßen werden. Gegen eine solche Verfügung des Vorstandes kann von dem Betroffenen ein Rekurs an die nächste Generalversammlung eingelegt werden, wenn derselbe von 60 Mitgliedern unterzeichnet ist. Die Dauer des Vereins ist vorläufig auf 30 Jahre bestimmt, kann aber durch Beschluß der Generalversammlung beliebig ausgedehnt werden.

§ 7. Die Generalversammlung kann mit einem Antrag auf Statutenänderung nur befaßt werden, wenn ein solcher Antrag, von 60 Mitgliedern des Vereins unterzeichnet, drei Monate vor der Generalversammlung beim Vorstand eingereicht worden ist, welcher diesen Antrag sofort sämtlichen Mitgliedern bekannt machen muß.

Die Aenderung der Statuten kann in der betreffenden Generalversammlung nur mit wenigstens zwei Drittel der Stimmen beschlossen werden, jedoch kann eine solche Aenderung erst nach dreijährigem Bestehen des Vereins eintreten.

U e b e r g a n g s b e s t i m m u n g e n .

Mit Rücksicht auf die noch nicht vertretenen Städte sollen bei der ersten Vorstandswahl nur siebzehn Mitglieder einschließlich des Präsidenten erwählt und denselben die Befugnis übertragen werden, sich mit einfacher Majorität auf die Zahl von 25 zu ergänzen.

Auf der Gründungsfeier am Abend des 23. Mai gab Lassalle die folgende Erklärung gegen die Presse ab¹⁾.

Daß die liberale Presse uns überhaupt bekämpft, ist an und für sich schlimm genug, es ist aber nicht das Schlimmste an der Sache; das wollen wir ihr verzeihen, da wir alle Meinungen und die Kämpfe derselben zu achten wissen. Aber wahrhaft nichtswürdig ist, wie es auch heute in unserer Sitzung von verschiedenen Arbeitern mit der größten Wärme des Gefühls ausgesprochen wurde, die Weise, in welcher die liberale Presse diesen Kampf durch Lügen, Entstellungen und dadurch geführt hat, daß sie sich unseren Berichtigungen verschloß. Es erschienen Angriffe auf unsere Theorien, so z. B. in der „Süd-deutschen Zeitung“ vom Prof. Rau, und unsere Entgegnungen werden von dieser gewissenlosen Presse zurückgewiesen. Für ein solches Verfahren habe ich keinen Namen. . . . Nachdem Lassalle die Objektivität der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ anerkannt hatte, fuhr er fort:

Wir wollen der liberalen Presse noch eine Frist von vier Wochen geben und ihre Verhaltensweise während dieser Zeit beobachten; ich hoffe, daß sie dieselbe ändern werde, und glaube es, denn alle ihre Anstrengungen haben zu nichts geführt. Wir sind heute bereits eine mächtige Partei, und in diesem Augenblick erwarten 8000 bis 10 000 deutsche Arbeiter ungeduldig den Moment, wo Listen aufgelegt werden, in welche sie sich als Mitglieder einzeichnen können

Wenn sie (die liberale Presse) nach Ablauf der vier Wochen ihre Kampfweise — ich sage, ihre Weise des Kampfes, denn bekämpfen mag sie uns immerhin, aber nicht durch Lügen, Entstellungen, Verdächtigungen, Verleumdungen und Verschließen gegen unsere Berichtigungen —, wenn sie also diese Weise nicht geändert hat, so werde ich denn als gegenwärtiger Präsident des Deutschen Arbeitervereins bei dessen Vorstand beantragen, daß wir uns zu verschiedenen Feinden der liberalen Presse und der liberalen Partei erklären.

L. Sonnemann konnte seine Niederlage in Frankfurt nicht verwinden, er berief die national vereinigten Arbeitervereine, angeblich 54 Vereine, für den 7. und 8. Juni 1863 nach Frankfurt. Diese nahmen gegen den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein Stellung und gründeten den Verband deutscher Arbeitervereine.

¹⁾ „Deutsche Allgemeine Zeitung“, Leipzig.

Vahlreich und Lassalle entfalteten eine lebhaftere Tätigkeit für den Verein, doch fielen die Werbungen auf spröden Boden. Als Organ erwarb der Verein den leicht und schlecht redigierten „Nordstern“ in Hamburg, der als Wochenblatt gegen die Presseleute nicht aufkam. Lassalles Werbung um die Gebildeten und um die 48er „Revolutionäre“ wurde schroff abgewiesen. Von den „48ern“ war auch nur zu sagen: Zum Teufel ist der Spiritus, das Phlegma ist geblieben. Nur Jean Baptist von Schweizer, ein Frankfurter Advokat von 25 Jahren und den Rechtsanwalt Martiny, Kaukehmen in Ostpreußen, gewann er aus den Kreisen der Gebildeten. Lassalle ernannte Martiny zum General-Bevollmächtigten für Ostpreußen. Leider fehlten ihm, wie auch dem für die Schweiz ernannten Bevollmächtigten Herwegh, die Mitglieder. Am 18. und 19. Juli 1863 feierten 36 deutsche Arbeitervereine in Zürich ein Zentralfest, auf dem die deutsche Arbeiterbewegung besprochen werden sollte. Herwegh lehnte es ab, den A. A. auf diesem Feste zu vertreten, und sicherte dadurch L. Sonnemann einen leichten Sieg zum Nachteil Lassalles. Nach halbjährigem Drängen schrieb Herwegh endlich das Bundeslied: „Bet und arbeit! ruft die Welt.“ Von den Kommunisten schlossen sich Moses Heß und Wilhelm Liebknecht Lassalle an. Die agitatorische Unterstützung Lassalles war also gering. Er hatte gehofft, die siebenfache Zahl der Mitglieder des Nationalvereins — dieser zählte 20 000 Mitglieder — zu erreichen. Nach einem Vierteljahr zählte der Verein kaum 1000 Mitglieder, und Vahlreich machte verzagt den Vorschlag, den Verein aufzulösen oder auf andere Grundlage zu stellen. Diese Gleichgültigkeit der Massen war nach Lassalle zum Verzweifeln; doch ließ er den Mut nicht sinken. Am 20. September hielt Lassalle in

Barmen, am 27. in Solingen und am 28. in Düsseldorf Heerschau über die rheinischen Arbeiter. Seine Rede: „Die Feste, die Presse und der Frankfurter Abgeordnetentag, drei Symptome des öffentlichen Geistes“ knüpfte an den politischen Ursprung seiner Agitation an, an die Erhebung gegen die bürgerliche Kopflosigkeit, die in jenen drei Symptomen eine neue Bestätigung erhalten hatte. Er ironisierte das Kölner Abgeordnetentag von 1863, wo man Opposition durch Feste mache, warf der bürgerlichen Presse Korruption, hervorgerufen namentlich durch das Inseratenwesen, vor und empfahl die Verstaatlichung des Annoncenwesens. Das Schwergewicht der Rede lag in der Kritik des Frankfurter Abgeordnetentages. Lassalle kennzeichnete die Reichsverfassung von 1849 als eine reaktionäre Utopie, die niemals zum Banner des Proletariats werden könne. Er fügte hinzu, daß die Fortschrittler und Nationalvereiner, wenn sie einmal dies Banner erwählt hätten, sich nicht lächerlich machen dürften durch die Inkonsequenz, den österreichischen Bundesreformplan „nicht lediglich verneinend“ zu behandeln.

Der Kaiser von Oesterreich berief nach Frankfurt a. M. einen Kongreß deutscher Fürsten, der eine Bundesreform auf Grundlage des Föderativprinzips beraten sollte. Der Plan widersprach den Absichten Bismarcks, er wußte den König Wilhelm zu bestimmen, dem Kongresse fern zu bleiben. Dadurch fiel der österreichische Plan ins Wasser. Dreihundert Abgeordnete der einzelnen Landtage waren in Frankfurt zusammen gekommen, um zu dem österreichischen Plane Stellung zu nehmen. Sie erklärten, daß nur von einer bundesstaatlichen Freiheit, wie sie in der Reichsverfassung von 1849 rechtlichen Ausdruck gefunden habe, die volle Befriedigung der Nation zu hoffen sei. Aber sie fügten hinzu, daß

sie der inneren Krisis und den äußeren Fragen gegenüber nicht in der Lage seien, zu Oesterreichs Entwurf sich lediglich verneinend zu verhalten. Der Widerspruch dieses Entschlusses lag darin, daß sie die Reichseinheit mit preussischer Spitze, also unter Ausschluß Oesterreichs, forderten, aber dem Plane Oesterreichs, wenn auch mit Vorbehalt, zustimmten, der darauf hinauslief, das selbständige Kleinstaatenwesen zu verewigen.

Bismarck wollte die Oppositionspresse schädigen und deren Abonnenten der konservativen Presse zutreiben. Er erließ deshalb die Preßordonnanz vom 1. Juni, die den Verwaltungsbehörden die Befugnis erteilte, das fernere Erscheinen inländischer Zeitungen wegen fortdauernder, die öffentliche Wohlfahrt gefährdender Haltung nach zweimaliger, vorheriger Verwarnung zeitweise oder dauernd zu verbieten. Hiergegen hatte die Fortschrittspresse zwar protestiert, aber auch ihre Loyalität nachzuweisen versucht. Lassalle hielt es für richtig, daß dieser reaktionäre Streich durch Einstellen der Zeitungen pariert werden mußte. Auffällig war, daß Lassalle in seiner Rede das derb agitatorisch in den Vordergrund stellte und Bismarck schmeichelte. Als er die Rede für den Druck niederschrieb, teilte er seinem Freunde Lewy mit: „Was ich da schreibe, schreibe ich bloß für ein paar Leute in Berlin“. Er wollte mit Bismarck Verbindung suchen.

Die rheinischen Arbeiter empfingen den alten Genossen der Revolutions- und den treuen Freund der Reaktionsjahre mit hellem Jubel. Die Versammlungen waren überfüllt. Fortschrittliche Störenfriede wurden an die Luft gesetzt. Als in Solingen die Fortschrittler versuchten, Lassalle zu unterbrechen, ließen sich einige Arbeiter hinreißen, gegen die Störenfriede von ihrem Messer Gebrauch zu machen.

Als Lassalle eine halbe Stunde gesprochen hatte, erschien der Bürgermeister, ein Fortschrittsparteiler, mit einem Duzend Polizisten und löste unter Berufung auf die verwundeten Spektakelmacher die Versammlung auf.

Lassalle beging nun die Taktlosigkeit, den Teufel beim Beelzebub zu verklagen. Er depešierte an Bismarck und verlangte „strengste, schnelligste und gefällige Genugtuung“. Es fiel Bismarck nicht ein, den Bürgermeister zu rüffeln, im Gegenteil, Lassalle wurde wegen der Rede der Prozeß wegen Aufreizung gemacht. Die Fortschrittler erhielten durch die Absendung der Depesche eine Waffe gegen Lassalle. Die Sympathiekundgebungen der rheinischen Arbeiter setzten sich nicht in wesentliche Mitgliederaufnahmen um.

Die Presse versuchte Lassalles Tätigkeit totzuschweigen oder die Sache so darzustellen, als wenn Lassalle durch die Polizei vor den Arbeitern geschützt worden sei, Lassalle also bei den Arbeitern unten durch sei. Am 7. Oktober kam er nach Berlin und suchte nun die Berliner Arbeiter für sich zu gewinnen. „Eine Ansprache an die Berliner Arbeiter, im Namen der Arbeiter des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ ließ er in 16 000 Exemplaren in Berlin verbreiten. Die Arbeiter Berlins hatten sich bisher ablehnend zu Lassalle verhalten. Die Ansprache sollte die Einleitung zu einer großzügigen Agitation in Berlin sein; der Erfolg blieb aber bei der stark fluktuierenden Arbeiterschaft Berlins aus. Nur bei den Schuhmachern und Buchdruckern erhielt Lassalle einige Unterstützung. Aus diesen Kreisen gewann der ADA Mitglieder. Die Polizei beschlagnahmte etwa 3000 Exemplare der Flugschrift, und gegen Lassalle wurde Untersuchung wegen Hochverrat auf Grund des Inhalts der Schrift erhoben. Lassalle wollte im

„Eldorado“ vor einer großen Volksversammlung sprechen. Sein Halsleiden hinderte ihn daran, und die Fortschrittler verbreiteten das Gerücht, Lassalle sei aus Angst ferngeblieben. Am 22. November erschien Lassalle in der Versammlung, die Polizei drang aber in den Saal und verhaftete Lassalle wegen hochverräterischen Unternehmens, und die Versammelten riefen zu diesem Spektakelstück Bravo. Ein Beweis, welch steiniger Boden Berlin noch für Lassalles Ideen war.

Lassalles Beziehungen zu Bismarck. Nach dreitägiger Haft wurde Lassalle gegen Stellung einer Kaution entlassen. Die Zeit zwischen diesem Vorgang und dem Verhandlungstermin benutzte Lassalle, um mit Bismarck Beziehungen anzuknüpfen. Lassalle hatte mehrere längere Unterredungen mit Bismarck, was Bismarck in seiner Reichstagsrede am 17. September 1878 auch zugab. Die Unterhaltung dürfte sich um die Oktroyierung des allgemeinen Wahlrechts und um die Gründung von Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe gedreht haben.

Lassalle und die dänische Frage. Am 15. November 1863 starb der König von Dänemark, und am 18. November wurde die dänische Gesamtverfassung erlassen, die entgegen dem Londoner Protokoll das Herzogtum Schleswig dem Königreich Dänemark einverleibte. Damit war die schleswig-holsteinische Frage auf die Tagesordnung gesetzt, eine nationale Welle überflutete das deutsche Volk. Es erscholl der Ruf, Schleswig-Holstein vom dänischen Joche zu befreien. Ein Dichter schürte diese Idee in dem Liede „Schleswig-Holstein meerrumschlungen“. Auch die Hamburger Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins wurden vom nationalen Taumel erfasst und forderten die Arbeiter auf, Freischaren zu bilden.

Im Jahre 1863 erhoben sich die Polen gegen den Zarismus. Zur polnischen und dänischen Frage empfahl Lassalle eine Resolution, die überall im Verein Annahme fand. Auch die Hamburger Mitglieder beruhigten sich allmählich. Die Resolution lautete:

Die Wiederherstellung eines selbständigen Polens unter Deutschlands Schutz sei Deutschlands legitimste Aufgabe. Der Krieg zu diesem Zwecke sei die Sühne des an Polen begangenen Unrechts. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein stimme mit dem Deutschen Arbeiterverein in London darin überein, daß die schmachvolle stumme Gleichgültigkeit, mit welcher die liberale deutsche Bourgeoisie dem Todeskampf Polens zusehe, ein trauriges Zeichen politischer Verkommenheit sei, es sei daher Pflicht des Arbeiterstandes, den Schein einer Mitschuld an dieser Teilnahmslosigkeit abzuwenden.

Die europäischen Mächte sind nicht berechtigt gewesen, über einen deutschen Volksstamm durch das Londoner Protokoll zu verfügen; die deutschen Fürsten sind verpflichtet, mit allen Mitteln Schleswig-Holstein dem deutschen Vaterlande zu erhalten; dagegen das deutsche Volk abzumahnern sei von Bildung von Freischaren.

Im Januar 1864 richteten Oesterreich und Preußen die Aufforderung an Dänemark, die neue Gesamtverfassung zurückzunehmen, widrigenfalls sie einschreiten müßten; setze Dänemark ihrem Einschreiten bewaffneten Widerstand entgegen, so löse der Krieg alle Verträge und das Londoner Protokoll stehe dann überhaupt zur Diskussion. Dänemark blieb hartnäckig. Es kam zum Kriege. Am 18. April erstürmten preußische Regimenter die Düppeler Schanzen. Der Krieg wurde zuungunsten Dänemarks entschieden, und Schleswig-Holstein kam unter gemeinsame Verwaltung Oesterreichs und Preußens.

* * *

Lassalle hatte dauernd einen harten Kampf mit der Polizei und Justiz zu bestehen. Haussuchungen, Verhaftungen, Beschlagnahmen, Konzessionsentziehungen,

Auflösungen von Versammlungen und Vereinen folgten einander.

Am 25. April 1864 verbreitete die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ in Leipzig die Nachricht: Die Zuchtpolizeikammer zu Düsseldorf verurteilte in ihrer Sitzung vom 22. April Lassalle als Verfasser der in der Schaubschen Buchhandlung erschienenen Broschüre „Die Feste, die Presse und der Frankfurter Abgeordnetentag, drei Symptome des öffentlichen Geistes“ in contumaciam zu einem Jahre Gefängnis.

Sofort recherchierte die Polizei, ob etwa Lassalle dadurch die bürgerlichen Ehrenrechte verloren habe und nach dem sächsischen Vereinsgesetz noch Präsident des Vereins sein könne. Am 10. Mai 1864 wurde Lassalle deshalb vom Polizeiamt Leipzig persönlich vernommen. In einem Schreiben protestierte er nachträglich gegen diese Maßnahme, da nur die preußische Behörde über seine Ehrenrechte zu recherchieren habe.

In der Leipziger Versammlung am 9. Mai im Leipziger Saal gab Lassalle in einem zweistündigen Vortrage einen Rückblick auf das verflossene erste Vereinsjahr, und er hob hervor, daß sich in Böhmen ein Zweigverein gebildet habe, was seit 1848 noch kein Verein erzielt habe. An vielen Orten Deutschlands, so in Augsburg, Duisburg, Bremen usw. hätten sich Vereine gebildet, ohne daß dort vom ADA eine Agitation betrieben worden sei. Ebenso sei es gelungen, in Berlin Eingang zu finden, wo bislang Schulze-Delitzsch dominiere. Die 800 Mitglieder des Berliner Buchdruckervereins hätten sich ganz im Sinne des Programms des ADA ausgesprochen.

In der Lauensteinschen Wagenfabrik zu Hamburg hätten 800 Arbeiter die Arbeit eingestellt und den Arbeitsbeginn statt um 5 Uhr um 6 Uhr gefordert.

Um die Anwerbung von Streikbrechern zu verhindern, hätten sich die Arbeiter an ihn gewendet und er habe die Tatsachen veröffentlicht. Auch die Arbeiterdeputation der Baumwollenwarenfabrik in Wülfegiersdorf in Schlesien, die den Gebr. Reichenheim gehörte, sei nach dem Empfang beim König in Preußen zu ihm und nicht zu Schulze-Delitzsch gekommen, um sich Rat zu holen. Der Bischof Freiherr v. Ketteler zu Mainz habe sich in seiner Schrift: „Die Arbeiterfrage und das Christentum“ vielfach mit ihm, Lassalle, einverstanden erklärt. Wuttke, Rodbertus, Bucher, Dammer, Herwegh, Obrist Belzer, v. Schweitzer, Hess, B. Belzer, Rechtsanwalt Martiny hätten die Grundsätze des Vereins verteidigt.

Auf seine Verfolgungen eingehend, bemerkte er: Er habe das Banner der Bewegung nicht ergriffen, ohne zu wissen, daß er persönlich zugrunde gehen könne. Wenn er zugrunde gehe, so möge irgendein Rächer aus seinen Gebeinen auferstehen.

Trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten gewann der Verein an Boden. Im Februar 1864 war der Vorstand nicht nur vollzählig, sondern es waren auch eine Reihe neuer Bevollmächtigter ernannt worden. Der Vorstand hatte folgende Zusammensetzung:

Lassalle, Ferd., Präsident; Willms, Ed., Sekretär; Dr. Otto Dammer, Leipzig; A. Perl, Hamburg; Gust. Lewy, Düsseldorf; Hugo Hillmann, Elberfeld; Alb. Strauß, Frankfurt a. M.; Rob. Lässig, Dresden; Theod. York, Harburg; Rechtsanwalt Martiny, Rauhemen; Wilh. Niederlen, Leipzig; Jac. Audorf, Hamburg; F. Richniawy, Düsseldorf; Carl Klings, Solingen; Jul. Vahlteich, Dresden; Theo. Meßner, Berlin.

Als Bevollmächtigte fungierten: J. Abr. Willms, Solingen; J. Muschard, Köln; G. Furth-

mann, Allena (Westfalen); A. E. Richter, Hildburghausen, Friedr. Arndt, Berlin; Notgang, Breslau; Georg Herwegh, Zürich; Ludw. Schaum, Großenhain; Aug. Hamblech, Barmen; Wilh. Ettmüller, Neugersdorf; Aug. Elajus, Rostweim; Carl Henning, Ronsdorf; Aug. Stein, Hilden; Ed. Rannft, Dortmund; Simon Martin, Utsch in Böhmen; E. Schütze, Großburgk; Chr. Gottl. Uhlig, Pösendorf; Christ. Hoffmann, Kassel; Carl Jäger, Straße bei Wermelskirchen.

Nach der Leipziger Versammlung unternahm er die Agitationstour über Barmen, Wermelskirchen, die am 22. Mai in Ronsdorf endete. Dort wurde das Stiftungsfest des Vereins gefeiert. Lassalles Rede ist als Ronsdorfer Rede bekannt.

Im Herbst 1864 zählte der Verein 4610 Mitglieder. In Reden hatte Lassalle zwar den Fortschritt des Vereins gefeiert, aber seine hochfliegenden Pläne hatten sich nicht verwirklicht. Am Vorabend seines Todes äußerte er:

„Ohne höchste Macht läßt sich nichts machen, zum Kinderspiele aber bin ich zu alt und zu groß . . . Die Ereignisse werden sich, fürchte ich, langsam, langsam entwickeln, und meine glühende Seele hat an diesen Kinderkrankheiten und chemischen Prozessen keinen Spaß!“

Dieser Pessimismus war nicht nur durch das langsame Fortschreiten des Vereins allein entstanden, sondern auch durch die inneren Schwierigkeiten des Vereins. Vahlteich vertrat als einfacher, demokratisch eingestellter Arbeiter nicht die Allüren eines Diktators; er trat am 1. Februar 1864 als Sekretär zurück, wurde Bevollmächtigter in Dresden und polemisierte gegen Lassalle. Vahlteich bedauerte, daß der Verein finanziell nicht auf eigenen Füßen stehe. An seine Stelle trat der anpassungsfähigere Willms

als Sekretär, dem Lassalle zum Lohne für seine Bravheit testamentarisch eine Jahresrente von 150 Talern aussetzte. Am 27. August 1864 stellte Lassalle als Präsident die Kabinettsfrage und ging krank nach Rigi-Kaltbad (Schweiz). Im Duell um Helene Dönniges von dem Junker von Rakowicz verwundet, starb Lassalle am 31. August 1864 in Genf.

Lassalle hat sich unvergängliches Verdienst um die Arbeiterklasse erworben, sie ehrt ihn und bewahrt sein Andenken. Mary schrieb tröstend an die Gräfin Hahfeld: „Er starb jung — im Triumph — als Achilles.“

Die Internationale Arbeiter-Assoziation.

Aus den gleichen Ursachen wie in Deutschland begann Anfang der sechziger Jahre das europäische Proletariat sich zu organisieren. Zunächst führte es den Befreiungskampf auf nationalem Boden. In den fortgeschrittenen Ländern enthüllte sich schon der internationale Charakter dieses Kampfes. Die Handelskrise von 1857, der amerikanische Bürgerkrieg, die Baumwollkrise, die das englische Industrie-proletariat ins Elend stürzte, der italienische Krieg, der bonapartistische Staatsstreich und der polnische Aufstand hatten das Proletariat aufgerüttelt und ihm gezeigt, daß das gemeinsame Interesse des Proletariats nicht an nationale Schranken gebunden sei. Wie in Deutschland das Unternehmertum die Entsendung von Arbeitern zur Londoner Industrieausstellung 1862 angeregt hatte, so gestattete die französische Regierung den Arbeitern, Delegierte zu wählen, die mit offizieller Unterstützung nach London zur Ausstellung gehen sollten. Die französischen Arbeiter wählten ihre klarsten Köpfe, die sich in London schnell mit den englischen Arbeiterführern befreun-

deten. Am 5. August 1862 fand in London ein „Fest der internationalen Verbrüderung“ statt, auf dem der Austausch der Meinungen den Wunsch nach einer dauernden Verbindung zwischen dem Proletariat diesseits und jenseits des Kanals erweckte. Zunächst stellte sich diese Verbindung ganz zwanglos dadurch her, daß einige französische Delegierte in London blieben, wo sie Arbeit gefunden hatten. Enger geschürzt wurden die angeknüpften Fäden durch den polnischen Aufstand von 1863. Die alten polenfreundlichen Ueberlieferungen der westeuropäischen Kulturvölker erwachten am mächtigsten im westeuropäischen Proletariat. Am 22. Juli 1863 fand in London ein großes Polenmeeting statt, auf dem auch französische Arbeiter erschienen. Ein Ausschuß, in dem die Spitzen der englischen Gewerkschaftsorganisationen vertreten waren, erließ einen Aufruf an die Pariser Arbeiter, der zunächst für ihre Unterstützung in der polnischen Frage dankte, dann aber fortfuhr, daß eine Verbrüderung der Völker für die Sache der Arbeiter höchst notwendig sei; denn jedesmal, wenn die englischen Arbeiter ihre soziale Stellung durch Verkürzung der Arbeitszeit und Steigerung des Arbeitslohnes verbessern wollten, drohten die Kapitalisten mit der Einfuhr französischer, belgischer, deutscher und anderer ausländischer Arbeiter, und eine solche Schmutzkonkurrenz sei nur möglich, weil es an einer systematischen Verbindung zwischen den arbeitenden Klassen aller Völker fehle.

Diese von Professor Beesly ins Französische übersetzte Adresse zündete in den Pariser Werkstätten. Eine rege Agitation für diese Gedanken und eine Geldsammlung ermöglichte es, die Antwort auf diese Adresse durch eine Deputation nach London zu überbringen. Zum Empfange dieser Deputation berief der englische Ausschuß für den 28. September 1864

Arbeiter aller Länder nach St. Martins Hall zu einem großen Meeting, dem Professor Beesly präsiidierte. Tolain verlas die französische Antwortadresse, die vom polnischen Aufstand anhub: „Wiederum ist Polen im Blute seiner Kinder erstickt worden, und wir sind machtlose Zuschauer geblieben“; um dann zu fordern, daß die Stimme des Volkes in allen großen sozialen und politischen Fragen gehört werden müsse. Die despotische Macht des Kapitals müsse gebrochen werden. Durch die Teilung der Arbeit sei der Mensch zum mechanischen Werkzeuge geworden, und der Freihandel ohne Solidarität der Arbeiter müsse eine industrielle Leibeigenschaft herbeiführen, die unbarmherziger und verhängnisvoller sei als die in den Tagen der großen Revolution gebrochene Leibeigenschaft. Die Arbeiter aller Länder müßten sich vereinigen, um einem verhängnisvollen System eine unübersteigliche Schranke entgegenzusetzen, einem System, das die Menschheit in einen Haufen fettbäuchiger Mandarinen und eine Masse hungernder unwissender Wesen scheide.

Es wurde beschlossen, ein Komitee von Arbeitern verschiedener Länder mit dem Auftrage einzusetzen, Programm und Statuten einer internationalen Arbeitergesellschaft zu entwerfen, die provisorisch gelten sollten, bis im nächsten Jahre ein internationaler Kongreß in Brüssel endgültig darüber entscheide. Als das Komitee am 5. Oktober zu seiner ersten Sitzung zusammentrat, bestand es aus 50 Personen, die Hälfte Engländer, zehn Deutsche: Marx, Eccarius, Ferdinand Wolff, Lefner, Lechner usw., die meist schon dem Kommunistenbunde angehört hatten; Frankreich hatte neun, Italien sechs, Polen und die Schweiz je zwei Vertreter. Nachdem sich das Komitee über das zu steckende Ziel klar geworden war, wurde

ein Unterkomitee eingesetzt, um Programm und Statuten zu entwerfen.

In der Sitzung vom 1. November unterbreitete dieses Unterkomitee seine Vorschläge. Es lagen Entwürfe von Mazzini und Karl Marx vor. Einstimmig wurde die von Marx entworfene Inauguraladresse und Statuten angenommen, und der neue Bund wurde Internationale Arbeiter-Assoziation getauft.

Die Einföhlung in den einzelnen Ländern vollzog sich langsamer als gedacht, dazu kam die Schwierigkeit des belgischen Fremdenrechts, so daß man den ersten internationalen Kongreß erst vom 3. bis 9. September 1866 in Genf abhalten konnte.

Von der Inauguraladresse (Einführungsschrift) sagte später Beesly, sie sei wahrscheinlich die gewaltigste und schlagendste Darlegung der Arbeiterfrage gegen die Mittelklasse, die je in einem Duzend kleiner Seiten zusammengepreßt worden sei. Die Adresse stellt die Tatsache fest, daß die Not der Arbeiterklasse in den Jahren 1848 bis 1864 sich nicht geändert habe, obgleich in dieser Zeit die industrielle Entwicklung und die Ausbreitung des Welthandels einen beispiellosen Aufschwung genommen habe. Davon sei der Arbeiterklasse nichts zugute gekommen, im Gegenteil, ihre Lage habe sich verschlechtert, sei unsicherer geworden. Sie untersucht dann die einzelnen Vorschläge zur Besserung der Lage der Arbeiter, insbesondere auch die kooperative Arbeit — Genossenschaftsarbeit —, und kommt zu dem Schluß, daß die gelegentlichen Versuche kooperativer Arbeit das kapitalistische Monopol nicht brechen können. Erst die Entwicklung der Kooperativarbeit zu nationalen Dimensionen könne die Masse retten. Dagegen würden die Herren des Grundbesitzes und des Kapitals stets ihre politischen Vorrechte aufbieten, um ihre ökonomischen Monopole zu verewigen.

Deshalb sei es die große Pflicht der arbeitenden Klassen, politische Macht zu erobern. Sie weist auf das gleichzeitige Wiederaufleben politischer Arbeit der Arbeiterklasse in den einzelnen Ländern hin, auf die Erfolge der englischen Arbeiter, die sie mit der Zehnstundenbill erzielt haben.

„Der Kampf für die gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit war ein direkter Eingriff in den großen Kampf zwischen der blinden Regel der Gesetze über Angebot und Nachfrage, die die politische Dekonomie der Bourgeoisie ausmachen, und der durch soziale Fürsorge geregelten Produktion, die die Arbeiterklasse vertritt.“

Marx folgerte daraus die Notwendigkeit der Zusammenfassung des internationalen Proletariats, und wie im kommunistischen Manifest schließt er die Adresse mit dem Rufe: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“

Die Generalstatuten der Internationalen Arbeiter-Assoziation

lauten in ihrem einführenden Teil:

In Erwägung: Daß die Emanzipation (Befreiung) der Arbeiterklasse durch die Arbeiterklasse selbst erobert werden muß;

Daß der Kampf für die Emanzipation (Befreiung) der Arbeiterklasse kein Kampf für Klassenvorrechte und Monopole ist, sondern für gleiche Rechte und Pflichten und für die Vernichtung aller Klassenherrschaft;

Daß die ökonomische Unterwerfung des Arbeiters unter den Aneigner der Arbeitsmittel, das heißt der Lebensquellen, der Knechtschaft in allen ihren Formen zugrunde liegt — dem gesellschaftlichen Elend, der geistigen Verkümmern und der politischen Abhängigkeit;

Daß die ökonomische Emanzipation (Befreiung) der Arbeiterklasse daher der große Endzweck ist, dem jede politische Bewegung als Mittel unterzuordnen ist;

Daß alle auf dieses Ziel gerichteten Versuche bisher an dem Mangel der Solidarität zwischen den vielfachen Zweigen der Arbeit jedes Landes und an dem Nichtvorhandensein eines

brüderlichen Bandes der Einheit zwischen den arbeitenden Klassen der verschiedenen Länder gescheitert sind;

Daß die Emanzipation (Befreiung) der Arbeiterklasse weder eine lokale, noch eine nationale, sondern eine soziale Aufgabe ist, welche alle Länder umfaßt, in denen die moderne Gesellschaft besteht, und deren Lösung vom praktischen und theoretischen Zusammenwirken der fortgeschrittensten Länder abhängt;

Daß die gegenwärtig sich erneuernde Bewegung der Arbeiterklasse in den industriellsten Ländern Europas, während sie neue Hoffnungen wachruft, zugleich eine feierliche Warnung vor einem Rückfall in die alten Irrtümer enthält und ein unmittelbares Bündnis der noch getrennten Bewegungen erfordert; aus diesen Gründen erklärt der erste internationale Arbeiterkongreß, daß die Internationale Arbeiter-Assoziation und alle ihr angehörigen Gesellschaften und Individuen Wahrheit, Recht und Sitte als die Grundlage ihres Betragens untereinander und gegen alle ihre Mitmenschen, ohne Rücksicht auf Farbe, Bekenntnis oder Nationalität anerkennen.

Die Statuten sahen einen Generalrat und Jahreskongreß vor und überließen die Arbeit den Organisationen der einzelnen Länder nach den dort bestehenden Gesetzen. Auf dem Kongreß stellte sich heraus, daß die geistige Einstellung einzelner Teilnehmer noch stark von manchesterlicher Auffassung, der Freiheit des Arbeitsvertrages, befangen waren und zur Frauenarbeit von der Anschauung beeinflusst waren, daß die Frau ins Haus und nicht in die Erwerbsarbeit gehöre.

Der Kongreß erkannte die Notwendigkeit des Arbeiterschutzes und beschloß: daß eine gesetzliche Arbeitszeit eine unumgängliche Vorbedingung der schließlichen Besserung des sozialen Zustandes ist. In einer Resolution wurde dann ausgeführt:

Wir betrachten die Beschränkung der Arbeitszeit als eine Vorbedingung, ohne die alle weiteren Versuche zur Verbesserung und Befreiung sich fruchtlos erweisen werden. Sie ist nötig, um die körperliche Energie und die Gesundheit der Arbeiterklasse wieder herzustellen und den Arbeitern die Möglichkeit zu geistiger Entwicklung, gesell-

schaftlichen Umgangs, sozialer und politischer Tätigkeit zurückzugeben.

Die weiteren Forderungen waren: Beschränkung der Nachtarbeit für Männer, Verbot der Nachtarbeit und der Beschäftigung in gesundheitschädlichen Betrieben für Frauen, Verbot der Kinderarbeit.

Außerdem nahm der Kongreß zum Streik, zur Kooperationsarbeit, zu den Gewerbevereinen, gegen indirekte Steuern und stehende Heere Stellung und erklärte sich für allgemeine Volksbewaffnung und allgemeinen Unterricht im Waffengebrauch. Eine Resolution gegen den imperialistischen Einfluß Rußlands und für die Schaffung eines sozialdemokratischen Polens wurde angenommen.

Die Entwicklung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins.

Der Tod Lassalles legte die Schwäche des Vereins bloß. Aus den geringen Mitgliederbeiträgen konnte der Verein unmöglich die große Agitation bestreiten, er war auf die materielle Unterstützung Lassalles angewiesen. Hatte doch Lassalle 1037 Taler für den Verein ausgelegt, die nach seinem letzten Willen als gelöst galten. Für den Fortbestand des Vereins hatte er zwar in seinem, vor dem Duell abgefaßten, in Genf hinterlegten Testament Legate ausgesetzt, allein die Mutter Lassalles und sein Schwager Friedland ließen das Testament unbeachtet und beschlagnahmten das Vermögen Lassalles. Die Gräfin Hatzfeld half vorderhand dem Verein mit Geldmitteln aus. Dadurch kam der Präsident Becker in eine gewisse Abhängigkeit; die Gräfin Hatzfeld suchte es durchzusetzen, daß der Verein, unbeschadet der veränderten politischen Verhältnisse, im Sinne Lassalles weitergeführt werde. Sie betrachtete die

politische Auffassung Lassalles geradezu als Evangelium, für das sie Gläubige suchte. Da veränderte politische Situationen aber eine andere Taktik bedingen, so kam die Gräfin sehr bald mit dem Verein in Konflikt.

Die zweite Schwierigkeit lag in der Person des Nachfolgers. Die Arbeit und Agitation des Vereins war der Person Lassalles angepaßt. Seine hervorragenden Eigenschaften konnten schwer ersetzt werden, weil es keinen gleichwertigen Nachfolger gab, der durch seine Persönlichkeit, sein Wissen und seine Beredsamkeit den gleichen Einfluß auf die Mitglieder ausüben konnte wie Lassalle.

Der Vizepräsident Dr. Otto Dammer hatte sein kleines Vermögen verbraucht und mußte sich selbst eine Existenz schaffen. Er gab die „Illustrierte Deutsche Gewerbezeitung“ heraus, in der er auch Artikel von Lassalle und vom Verein abdruckte und deren Sitz er im Oktober 1864 nach Hildburghausen verlegte. Das Amt des Vizepräsidenten behielt Dammer bis zum 3. November, nachdem die Neuwahl des Präsidenten vollzogen war. In seinem Testament hatte Lassalle Bernhard Becker, Frankfurt a. M., als seinen Nachfolger empfohlen. Bis 1. November vollzogen die Mitglieder in örtlichen Abstimmungen die Wahl, Becker wurde einstimmig gewählt.

Becker, ein Gutsbesitzerssohn aus Aue bei Meiningen, hatte am bairischen Aufstand teilgenommen, nachher sich in London als politischer Flüchtling mit Privatstunden kümmerlich ernährt, bis die preussische Amnestie von 1861 ihn nach Deutschland zurückführte, wo er wieder recht ärmlich mit schriftstellerischer Tätigkeit seinen Unterhalt verdiente. Am 6. September 1862 wurde er vom Kreisgericht Saalfeld wegen Aufforderung zum Hochverrat, begangen

in seiner Broschüre: „Hat das Volk das Recht zur Revolution?“ zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Er verbüßte ein Viertel der Strafe, der Rest wurde ihm auf Bitten seiner Mutter im Gnadenwege erlassen. Er ist der Verfasser der Broschüre: „Die deutsche Bewegung 1848“, die 1864 von der Polizei beschlagnahmt wurde. Für den Präsidentenposten scheint er nicht geeignet gewesen zu sein. Wilhelm Bloß bezeichnete ihn als „einen schwer gelehrten, doch professorenhaft ungewandten Mann“. 1879 hat er in einem Buche: „Geschichte und Theorien der revolutionären Pariser Kommune“ die Kommune gemein beschimpft. 1882 erschofß er sich.

War Becker unfähig, so war Schweitzer um so lebendiger. Mit Hoffstetten gab er den „Sozialdemokrat, Organ des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“, in Berlin heraus. Am 15. Dezember erschien die erste Probenummer, vom 4. Januar 1865 an erschien das Blatt dreimal in der Woche. Bernhard Becker, Johann Philipp Becker, Engels, Herwegh, Heß, Liebknecht, Marx, Rüstow und Wuttke wurden als Mitarbeiter genannt. Schweitzer suchte den Verein vorwärts zu treiben und ihn als s o z i a l d e m o k r a t i s c h e n Verein zu erhalten. Er ging von der Annahme aus, daß Bismarck gezwungen werden würde, das allgemeine Wahlrecht und vielleicht auch das Koalitionsrecht durchzudrücken. Er betonte mit aller Schärfe, daß die Arbeiter der Fortschrittspartei die unbedingtste Heeresfolge zu leisten hätten, sobald diese Partei irgendwelche ernsthaften Anstalten mache, die bürgerlichen Freiheiten durchzusetzen. Aber solange die Fortschrittspartei die bürgerlichen Klasseninteressen einfach verriet und in wahnsinniger Verblendung wütender auf das Proletariat losschlug als auf die Regierung, solange vertrat Schweitzer den Standpunkt, daß die Arbeiter-

partei sich in völliger Unabhängigkeit zu halten habe, sowohl gegenüber der Bourgeoisie als auch gegenüber dem Junkertum, daß sie mit wachsamem Auge spähen solle, was sie für sich aus dem Zwiste der unterdrückenden Klassen heraus schlagen könne.

Wilhelm Liebknecht trat in die Redaktion des „Sozialdemokrat“ ein. Er und Schweitzer waren ein ungleiches Gespann. Schweitzer wollte den Verein auf dem Boden deutscher Verhältnisse zu einem sozialdemokratischen umgestalten, während Liebknecht Lassalles Werk über den Haufen rennen und an Stelle des Vereins die Internationale Arbeiterassoziation setzen wollte. Er verwarf auch den Kultus des allgemeinen Wahlrechts, plädierte für die aussichtslose Steuerverweigerung und wollte schließlich an Stelle eines Diktators ein Dreimänner-Direktorium im Verein einsetzen.

Schweitzer suchte sich zwar mit den leitenden Köpfen der Internationale zu verständigen, druckte auch die Inauguraladresse von Marx ab, lehnte aber einen Anschluß an die Internationale A.-A. ab und hielt sich an die konkreten deutschen politischen Verhältnisse.

In der Zeit vom 27. Januar bis 1. März 1865 veröffentlichte Schweitzer im „Sozialdemokrat“ fünf Artikel „Das Ministerium Bismarck“, in denen er Preußen mit den Hohenzollern an der Spitze aufforderte, die Eroberungspolitik Friedrichs II. mit Blut und Eisen wieder aufzunehmen, um die deutsche Einheit herzustellen.

Infolgedessen sagten sich Marx und Engels von Schweitzer los, sie und andere stellten ihre Mitarbeit ein, Liebknecht trat aus der Redaktion aus. Schweitzer kam durch jene Artikel in den Verdacht, im Auftrage Bismarcks gehandelt zu haben.

Becker, der als armer Teufel der Gräfin Haßfeld sehr entgegengekommen war, überwarf sich mit ihr und suchte jetzt eine Stütze an Lassalles Mutter, von der er 200 Taler für den Verein geschenkt erhielt.

Am 27. Dezember 1864 fand die Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Düsseldorf statt. Becker wurde als Präsident auf ein Jahr bestätigt, und Frißche wurde Vizepräsident, Lewy Kassierer. Mit Rücksicht auf den Mangel an Mitteln und auf die Armut Beckers, der als Präsident kein Gehalt bezog, wurde Willms als Sekretär nicht wiedergewählt und Becker mit den Geschäften des Sekretärs beauftragt, für die er 500 Taler Jahresgehalt erhielt. Schweitzer, der bis dahin dem Vorstande angehörte, wurde nicht wiedergewählt.

Gegen den Beschluß, Präsidium und Sekretariat zusammenzulegen, rante Willms an, er bezeichne ihn als statutenwidrig, Klings unterstützte ihn, und die Solinger Mitglieder — Willms hatte seinen Wohnsitz nach Solingen verlegt — traten aus dem Verein aus, nachdem Willms und Klings aus dem Verein ausgeschlossen worden waren. Becker beschuldigte die Gräfin Haßfeld, daß sie den beiden Mittel gewährt hätte, um gegen ihn zu agitieren. Becker hielt am 22. März 1865 in Hamburg eine gehässige Rede gegen die Gräfin Haßfeld, gegen Marx, Engels und Liebknecht, er förderte dadurch die Opposition gegen den Verein.

Der „Sozialdemokrat“ erschien vom 1. Juli 1865 an täglich, er führte einen entschiedenen Kampf gegen die zwiespältige Politik der Fortschrittspartei in der Koalitions- und Wahlrechtsfrage. Die Taktik Schweizers wurde von den Arbeitern gebilligt. Der Rheinisch-westfälische Arbeitertag billigte am 12. Mai ausdrücklich die Haltung des „Sozialdemokrat“,

nach und nach schlossen sich alle Gemeinden diesem Beschlusse an.

In Berlin, Altona, Köln, Solingen, Mainz und anderen Orten bildete die Opposition besondere Gemeinden, der Nordstern stellte sich der Gräfin Haßfeld zur Verfügung. Die Opposition zerfiel sehr bald und kehrte zum Verein zurück.

Die Fortschrittler wollten am 22. und 23. Juli wieder in Köln ein Abgeordnetentag feiern; der Polizeipräsident verbot das Fest. Als die Fortschrittler deshalb die Regierung angriffen, wurden sie vom „Sozialdemokrat“ kräftig unterstützt, und auf Anordnung Beckers fanden am 23. Juli in ganz Deutschland Arbeiterversammlungen statt, in denen die Arbeiter der Fortschrittspartei in der Wahrung des gesetzlich bestehenden Vereinsrechts ihre volle Sympathie und ihre tatkräftige Unterstützung versprachen.

Für diese Agitation verfiel der „Sozialdemokrat“ fast jeden Tag der polizeilichen Beschlagnahme, Bernhard Becker und Liebknecht wurden aus Preußen ausgewiesen und Schweitzer zu sechzehn Monaten Gefängnis verurteilt. Die Fortschrittspartei und ihre Presse benahm sich in dem Kampfe um das Vereinsrecht jämmerlich.

Der Verein machte Fortschritte. Anknüpfend an die Weberdeputation hatte Becker in Schlesien eine Agitationsstour veranstaltet, die dem Verein feste Stützpunkte in Schlesien schaffte. Fortschritte wurden in Sachsen, Thüringen, Braunschweig und Stettin gemacht. Allein für die Festigung der inneren Organisation fehlte es dem Verein an Mitteln. Die persönliche Diktatur Lassalles war in Bernhard Beckers Händen zu einem widrigen Ferraub geworden. Die paar verständigen Anordnungen Beckers waren ihm von Schweitzer vorgeschrieben worden; wo er selbst

ständig zu handeln versuchte, richtete er fast immer Unheil an. Dazu kam sein taktloses Verhalten, das entschieden von den Arbeitern mißbilligt wurde.

Der Gegensatz zwischen dem Präsidenten des Vereins und der Redaktion des Vereinsorgans kam zum öffentlichen Ausbruch, als Becker darauf bestand, die zweite Generalversammlung am 25. November 1865 nach Frankfurt einzuberufen, wo er sich seit seiner Ausweisung aus Preußen aufhielt. War er auch formell hierzu berechtigt, so hieß es doch bei der damaligen politischen Situation weitab vom Zentrum des politischen Lebens tagen und Becker die Herrschaft weiter sichern. Eine Reorganisation des Vereins konnte aber nur eine gut beschickte Generalversammlung im Herzen Deutschlands beschließen, deshalb verlangte v. Schweizer, daß sie in Leipzig tagen solle. Er vertrat, nachdem briefliche Vorstellungen bei Becker fruchtlos waren, seine Auffassung öffentlich im „Sozialdemokrat“ und fand damit Zustimmung bei den Mitgliedern. Becker vertagte die Generalversammlung auf unbestimmte Zeit und legte sein Amt nieder. Der Vizepräsident Frißche, der mit Schweizers Anschauung übereinstimmte, ging nach Frankfurt, um die Vereinsakten zu übernehmen, fand hier aber einige Delegierte, die bereits zu der vertagten Generalversammlung eingetroffen waren, die nunmehr durchsetzten, daß Frißche die Generalversammlung für den 30. November nach Frankfurt berief. Dies Verfahren entbehrte erst recht jeder statutarischen Grundlage, und die Motive hierfür waren recht verschieden. In einer Vorbesprechung drang Frißche mit seiner Auffassung, daß die Statuten geändert werden müßten, nicht durch, als er am 30. November bei der Eröffnung der Generalversammlung mit der Erklärung empfangen

wurde, daß er nicht allseitig das Vertrauen genieße, legte er sein Amt nieder und reiste ab.

Auf der Generalversammlung waren 29 Delegierte, die 58 Orte mit 9421 Mitgliedern vertraten. Die Verhandlungen waren sehr stürmisch, man tadelte das Verhalten Schweizers gegen Becker und wählte T ö l k e, Iserlohn, zum Präsidenten, Hillmann zum Vizepräsidenten. Tölke wurde von den Mitgliederversammlungen bestätigt und sollte sein Amt am 1. Januar antreten, allein es kam nicht dazu. Nach dem sächsischen Vereinsgesetz — der Sitz des Vereins war noch immer Leipzig — wurde bei jedem Vorstandsmitglied nach der Dispositionsfähigkeit geforscht. Tölke war Aktuar in Altena gewesen und wurde am 21. Mai 1850 wegen ermittelter Defekte in der Gerichtskasse zu 225 Taler Geldbuße oder neun Monaten Gefängnis verurteilt. Nach dem alten Landrecht vom 1. Juli 1794 war neben dieser Strafe auf dauernde Aberkennung der Nationalkardede und Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes erkannt worden. Gleichzeitig wurde er zu allen ferneren öffentlichen Ämtern für unfähig erklärt. Das preußische Strafgesetzbuch vom 14. April 1851 begrenzte zwar Ehrenstrafe auf Zeit und auf eine Höchstdauer von zehn Jahren, allein Tölke führte gegen das Urteil einen fruchtlosen Kampf.

Das Polizeiamt Leipzig erkannte ihn als Vereinspräsidenten nicht an, lehnte auch ab, daß Tölke im Namen des Präsidiums, das heißt des Vorstandes, die Geschäfte führe, sondern drohte mit der Auflösung des Vereins, wenn kein anderer Präsident gewählt oder Hillmann behindert sein sollte, die Geschäfte des Vereins zu führen.

Diese Schwierigkeiten des Vereins machte sich die Gräfin Hagfeld zunutze. Am 12. März hatte sie mit Tölke in Bohwinkel bei Elberfeld eine Unterredung,

bei der sie Tölke aufforderte, alle Beschlüsse des Vereins seit der Düsseldorfer Generalversammlung für nichtig zu erklären und Willms als Sekretär des Vereins zu proklamieren. Sie wollte dafür den Widerstand des Leipziger Polizeiamts beseitigen. Tölke lehnte ab.

Der Vizepräsident Schankwirt Hugo Hillmann in Elberfeld war in Konkurs geraten und konnte sich um den Verein nicht sonderlich kümmern.

Um der Gräfin Hagfeld den Vorwand zu entziehen, daß die Verbindung des Präsidentenamtes mit dem des Sekretärs statutenwidrig sei, trennte Tölke durch Anordnung vom 29. März die Aemter und ernannte Hasenclever zum Vereinssekretär. Solange aber das Polizeiamt Leipzig Tölke nicht anerkannte, konnte er keine rechtsgültigen Anordnungen treffen.

In Willms fand die Gräfin einen willigen Helfer. Willms hatte ein materielles Interesse an dem Sekretärposten, denn Lassalle hatte dem Vereinssekretär Willms neben einer persönlichen Jahresrente von 150 Taler „zum Lohne für seine Braupheit“ auf die Dauer von fünf Jahren jährlich 500 Taler vermacht, „damit er sie nach seinem Belieben zur Agitation für den Verein bestens und gewissenhaft verwende“.

Am 4. April 1866 forderte Willms das Polizeiamt Leipzig auf, darauf zu achten, daß die Statuten des Vereins streng eingehalten werden. Es sei die in Düsseldorf abgehaltene Generalversammlung nicht berechtigt gewesen, das Sekretariat mit dem Präsidium zu verschmelzen, die Beschlüsse seien also statutenwidrig. Er verlangte vom Polizeiamt, ihn als Sekretär des Vereins anzuerkennen. „Tölke sei vom Polizeiamt beanstandet worden, Hillmann sei in Konkurs geraten und habe dadurch die Ehrenrechte ver-

loren. Deshalb hätten die am Verein festhaltenden Mitglieder beschlossen, einen neuen Präsidenten zu wählen, diesen möchte das Polizeiamt bestätigen und in der strengen Durchführung des Statuts dadurch unterstützen, daß die nicht unter Leitung des neu zu wählenden Präsidenten stehenden Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins als solche nicht mehr anerkannt werden.“

Auf Anfrage des Polizeiamtes Leipzig teilte der Oberbürgermeister von Elberfeld am 7. April 1866 mit, daß Hillmann sich zwar seit einiger Zeit im Fallitustande befinde, jedoch die bürgerlichen Ehrenrechte nicht verloren habe.

Auf Betreiben Willms wählten — nach Angaben von Willms — Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins von Solingen, Höschscheid, Barmen, Köln, Mühlheim und Duisburg den Gastwirt Klein zum Präsidenten des Vereins. Das Polizeiamt Leipzig erkannte ihn aber als solchen nicht an.

Am 10. Mai 1866 erließ Hillmann ein Zirkular an die Mitglieder, ordnete an, daß die Wahl des Präsidenten am 20. Mai in den Gemeinden vorgenommen werden sollte, und versprach für den 3. Juni eine außerordentliche Generalversammlung nach Barmen zu berufen. Das Zirkular lautete:

„In Erwägung, daß es mir unmöglich ist, die mir obliegenden Geschäfte allein zu besorgen, daß es mir nicht zusteht, aus eigener Machtvollkommenheit einen Vereinssekretär zu bezeichnen, in Erwägung, daß Eduard Willms während Lebzeiten Lassalles das Amt des Sekretärs versehen und sich die Zufriedenheit unseres großen Präsidenten in so hohem Grade verdient, daß er dem Ed. Willms in seinem Testament ein belobendes Zeugnis ausstellte, und in Anbetracht, daß bis jetzt kein Sekretär des Vereins gewählt worden ist, in Erwägung, daß nur schleunige Erlangung des von Ed. Lassalle dem Verein vermachten Legates es notwendig erscheint, um den Einwand der Erbin, welche behauptet, daß Ed. Willms das Legat

nur erhalten könne, wenn er Sekretär des Vereins bleibe, zu begegnen, und ich es mit meinem Gewissen nicht vereinbaren kann, dieses wichtige Agitationsmittel dem Verein zu entziehen, verfüge ich, daß vorbehaltlich der Wahl durch die Generalversammlung, Willms als Sekretär des Vereins fungiert.“

In dem Zirkular heißt es weiter:

„Ich übergebe Euch dieses Zirkular mit der Versicherung, daß ich eingedenk der Schwere meiner Verantwortlichkeit als Leiter des Vereins, wohl in dem kritischsten Moment seit Bestehen desselben, nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt habe.

Es war die höchste Zeit, daß etwas geschah, damit wir nicht den anderen politischen Parteien, deren Schwäche so oft unser großer toter Führer in den schärfsten Ausdrücken gegeißelt hat, zum Gegenstand des Spottes wurden. Halbe Maßregeln konnten in diesem Augenblicke zu nichts führen, deshalb mußte ich, um alle Zwietracht und alle Zerwürfnisse aus dem Verein zu bannen, darauf bedacht sein, den Verein bezüglich seiner Organisation so herzustellen, wie er bei Lebzeiten des großen Bassalle gewesen.

Es wird wohl nicht nötig sein, den Mitgliedern klar zu machen, daß der Verein in letzter Zeit mehr und mehr seinem Verfall entgegen ging; und welches Los hätten alsdann die Arbeiter verdient, wenn sie das Andenken des großen Führers nicht besser zu ehren im Stande waren, als daß sie seine Schöpfung binnen wenigen Jahren und gerade in dem Augenblicke zu Grunde richteten, wo das Bestehen derselben zur eisernen Notwendigkeit geworden ist.

Arbeiter! Bassalle hat für Euch gelebt, gewirkt. Er, der so vieles in sich vereinigte, einer der Glücklichsten zu sein, er hat für Euch unendlich gelitten, mehr, viel mehr, als man glaubt, daß es ein Mensch zu tragen im Stande sei.

Arbeiter! Ehrt das Andenken des großen Toten. Scharf Euch von neuem um das von ihm entrollte Banner, beweist jetzt durch Eure Haltung, daß ihr des großen Meisters würdige Jünger seid. Blickt weder rechts noch links, vorwärts, vorwärts.

Rettet, rettet die Schöpfung Ferdinand Bassalles! Rettet den Ruf des gesamten Arbeiterstandes zu eurer eigenen Ehre, zur Ehre des toten Führers.“

Zweifellos hat Hillmann in der Absicht gehandelt, dem Verein zu dienen; wenn er Kenntnis von

der hinterhältigen Denunziation Willms gehabt hätte, hätte er zweifellos Willms nicht zum Vereinssekretär ernannt.

Die Wahlen wurden nur in einzelnen Gemeinden vorgenommen. Für den 21. Mai berief Tölke eine Vorstandssitzung nach Hamburg ein, erschien aber selbst nicht, weil er die Reisekosten nicht aufbringen konnte. Hillmann war der Einladung nicht gefolgt. Der Vorstand kam überhaupt nicht in beschlußfähiger Zahl zusammen. Außer Perl waren anwesend J. Audorf-Hamburg, Försterling-Dresden, Deckwitz-Barmen, Bracke-Braunschweig, Rickers-Altona, Real-Düsseldorf und Dücking-Köln. Außerdem hatte sich Schweitzer als Redakteur und die Gräfin Hafffeld eingefunden. Sie erbot sich, den Verein aus allen Geldnöten zu befreien, wenn Hillmann zum Präsidenten gewählt würde. Das wurde abgelehnt und, da die Präsidentenwahl am 20. Mai nicht zustande gekommen war, Perl zum Vizepräsidenten ernannt.

Die Organisation des Vereins war nun insofern völlig aufgelöst, als er keinen einzigen Beamten von unangefochtenem Rechtstitel mehr besaß.

Die Außerordentliche Generalversammlung fand am 17. Juni 1866 in Leipzig statt. Es waren anwesend: D ö r f e l für Leipzig. P e r l für Hamburg, Kiel, Solingen, Wald, Bremen, Altona und Augsburg. B o r k für Harburg, Elmshorn und Pinneberg. S e i f e r t für Meidrich und Solingen. S i r s c h aus Erfurt für Barmen und Braunschweig. Florian P a u l aus Wüstegiersdorf für Beuthen-Grund, Peterwaldau, Dreißigubben, Steinseifersdorf, Langenbielau, Stollbergsdorf, Ernsdorf und Wüstegiersdorf. B o t h w e i l e r für Erfurt. N e b e l für Chemnitz. W. R i h a für Dresden. A. L ö w i g für Plauenschen Grund. S i n z e für Thonberg-Neu-

reudniß. W. Hauke, Stötteritz, Liebknecht und Dr. von Schweitzer wurden als Gäste zugelassen. Perl wurde mit 6082 Stimmen zum Präsidenten gewählt, während auf Hillmann 3340 Stimmen entfielen.

Hillmann erklärte, sich den Beschlüssen der Mehrheit zu fügen, und erhielt den Dank der Versammlung. Trotzdem erhob er am 20. Juni 1866 beim Polizeiamt Leipzig im Namen von 23 Gemeinden Einspruch gegen die Wahl, weil die von den einzelnen Gemeinden angegebenen Mitgliederzahlen falsch seien und Schweitzer nicht Mitglied sei, weil ihm die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt worden seien. Die Streiffrage um den Sekretärposten erledigte sich, weil Willms und Hasenclever als Landwehrmänner eingezogen waren. Es wurde J. Levien, Hamburg, zum Sekretär und J. M. Hirsch, Erfurt, zum Kassierer ernannt.

Durch die Treibereien wurde der Verein sehr geschwächt. Der „Sozialdemokrat“ mußte am 1. April das tägliche Erscheinen einstellen und erschien fortan nur dreimal wöchentlich.

Die Wandlung der Bildungsvereine.

Der Gewerbliche Bildungsverein in Leipzig löste sich im Juni 1863 von der Polytechnischen Gesellschaft, er machte sich selbständig. Die Reste des Vereins Vorwärts vereinigten sich mit dem Gewerblichen Bildungsverein, es entstand am 31. Juli 1865 der Arbeiterbildungsverein Leipzig. Bebel war vom Ausschußmitglied zum Festordner, dann zum stellvertretenden Vorsitzenden und nach dem Rücktritt des Vorsitzenden Dr. Reyher zum Vorsitzenden emporgestiegen. Er leitete den Arbeiterbildungsverein, bis er im Jahre 1872 die Festungshaft wegen angeblichen Hochverrats antreten mußte.

Wie bereits erwähnt, hatten sich die Bildungsvereine am 7.—9. Juni 1862 in Frankfurt a. M. unter dem Vorsitz von L. Sonnemann zu einem Verbandszusammenschluss und eine Resolution gegen Lassalle angenommen. Ein Antrag, Lehrkräfte für die Ausbildung in der Volkswirtschaftslehre in den einzelnen Vereinen anzustellen, wurde mit Stimmengleichheit abgelehnt. Dafür wurde eine Entschließung für Gewerbefreiheit, Freizügigkeit, Beseitigung der Erschwernisse für die Eheschließung und Bildung von Genossenschaften angenommen. Die Genossenschaften sollten gemeinsam mit den Arbeitgebern gegründet und verwaltet werden.

Endlich sprach sich der Vereinstag für die Schaffung von Alters- und Invalidenkassen aus und empfahl den Vereinen, sich in Gaue zusammenzuschließen. Die Einladungen zu den Vereinstagen sollten mindestens in der in Koburg erscheinenden „Deutschen Arbeiterzeitung“ und im Frankfurter „Arbeitgeber“ veröffentlicht werden. Da es um die Finanzen des Verbandes schlecht bestellt war, gab der Nationalverein 500 Taler, später auch für den Leipziger Arbeiterbildungsverein 200 Taler her. Der Verband der Arbeiterbildungsvereine stand also ganz unter dem Einfluß der Fortschrittspartei und des Nationalvereins.

Dies änderte sich bald. Hatte man in Frankfurt Lassalle kaum erwähnt, obgleich man gegen ihn entschied, so zwang die umfangreiche Agitation des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und die Tätigkeit Lassalles die Bildungsvereine, den politischen Fragen mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Bebel bekennt in seinem Buche „Aus meinem Leben“, daß er als Gegner Lassalles gezwungen war, seine Schriften zu studieren, und aus einem Saulus ein Paulus wurde. So ähnlich wird es wohl auch

Wilhelm Stolle und Motteler in Crimmitschau ergangen sein, die in den Bildungsvereinen wirkten. Dazu zwang auch die Entwicklung, die das politische Leben nahm.

Als Lassalle verschieden war, schrieb die „Allgemeine Arbeiterzeitung“ in Koburg:

„Ein Teil der liberalen Partei und der liberalen Presse, derselbe Teil, der ihn am bittersten und dennoch mit dem wenigsten Recht angefeindet, eben diejenigen, welche seine Keulenschläge am meisten verdienten, mögen jetzt im stillen seines Todes sich freuen. Wir beklagen den Tod eines Gegners, den nur Ungerechtigkeit oder Beschränktheit sich erlauben mag, mit dem gewöhnlichen Maße zu messen.“

So gern auch die Bildungsvereine sich politisch betätigen wollten, der Bundesbeschluss von 1854 war überall das Hemmnis. In Pössendorf bei Dresden hatten Arbeiter sich für Lassalle entschieden und gründeten mit den Statuten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins einen örtlichen Verein. Gegen diese politische Beunruhigung erhob der Freiherr von Burgk bei der Kreisdirektion Dresden und dem Ministerium des Innern Beschwerde. Er erreichte die Bestrafung des Vereinsgründers, aber auch eine Entscheidung der Kreisdirektion Dresden, die im Einverständnis mit dem Ministerium des Innern am 8. April 1864 folgende Verordnung erließ:

Anlangend das Verfahren gegenüber den Arbeitervereinen im allgemeinen, so erscheint es zweckmäßig, daß der Verordnung vom 24. Februar 1863 auch ferner bis auf weiteres nachgegangen und auf die Arbeitervereine und solche Vereine, deren Zweck sich auf öffentliche Angelegenheiten bezieht, das Vereinsgesetz vom 22. November 1850 angewendet, die Anwendung des Bundesbeschlusses vom 13. Juli 1854, dagegen zurzeit noch beanstanden werde, da derselbe, solange nicht in den benachbarten größeren deutschen Staaten dieser Bundesbeschluss gleichmäßig zur Durchführung gelangt, der Erreichung

des Zweckes mehr schädlich als förderlich sein werde.

Ist demnach für jetzt dem Bestehen der Arbeitervereine, solange die Tätigkeit oder der Zweck derselben mit § 20 des Vereinsgesetzes nicht in Widerspruch tritt, an sich kein besonderes Hindernis entgegenzustellen, so erscheint es andererseits auch demjenigen, was über die in den Arbeiterversammlungen bisher gehaltenen Vorträge bekannt geworden ist, doch geboten, daß die Polizeibehörden die Vereinsversammlungen in gehöriger Weise überwachen, um eintretendenfalls nach § 9 und 23 des Vereinsgesetzes gegen Gesetzwidrigkeiten rechtzeitig einschreiten zu können, und sind demgemäß die betreffenden Gerichtsämter behufs der Einhaltung eines möglichst übereinstimmenden Verfahrens mit den erforderlichen Anweisungen zu versehen.

Aus dieser Erkenntnis zog aber die Behörde nicht die praktische Schlussfolgerung.

Am 4. Dezember 1864 versammelten sich die Vertreter der Arbeiterbildungsvereine Sachsens in Chemnitz, und zwar die Arbeiterbildungsvereine zu Zwickau, Crimmitschau, Altenburg, Thum, Glauchau, Frankenberg, Löbau, Großenhain, Chemnitz, Dresden, Verein Vorwärts, Leipzig, Gewerbeverein Glauchau und Gewerblicher Bildungsverein Leipzig, und beschloffen, eine Vereinigung der Arbeitervereine Sachsens unter dem Namen „Sächsischer Gauverband“ zu gründen. Der Vorsitzende des Gewerblichen Bildungsvereins Leipzig, Dr. Reyher, wurde beauftragt, die Genehmigung hierfür einzuholen.

Die Genehmigung wurde am 7. Januar 1865 verweigert.

Endlich am 30. März 1865 wurde für Sachsen der Bundesbeschluss Verbot von Arbeitervereinen vom 13. Juli 1854 außer Kraft gesetzt. Am 14. Dezember 1865 entschied das Ministerium des Innern in Sachsen:

„daß solche Vereine, welche nur die geistige Bildung der Arbeiter bezwecken und sich nicht mit politischen oder sozialen oder anderen öffentlichen Angelegenheiten befassen,

nicht als solche Vereine anzusehen sind, deren Zweck sich auf öffentliche Angelegenheiten im Sinne des Vereinsgesetzes bezieht."

Demnach wäre die Bildung eines Gauverbandes der Bildungsvereine zulässig.

Jedoch soll die Polizei auch die Tätigkeit solcher Vereine im Auge behalten und, wenn nötig, Beamte in die Versammlungen entsenden und sich davon überzeugen,

„daß die fraglichen Vereine nicht etwa auch politische oder soziale oder andere öffentliche Angelegenheiten in den Kreis ihrer Besprechungen und Verhandlungen ziehen. Sollte letzteres wider Erwarten geschehen, so sind die Bestimmungen des Vereinsgesetzes auf die betreffenden Vereine sofort in Anwendung zu bringen.“

„Die Polizeibehörden sollen die Vereine verständigen, daß es hiernach in der Hand der Arbeiterbildungsvereine selbst liegt, durch angemessene Feststellung ihres Vereinszwecks und sorgfältige Innehaltung des letzteren den Verkehr mit anderen Vereinen gleichen Zwecks sich zu ermöglichen.“

Am 27. Januar 1866 beriefen Bebel und Germa eine Konferenz der Vertreter sächsischer Arbeitervereine nach dem Schwanenschloßchen in Zwickau mit der Tagesordnung:

1. Bericht der Verwaltung und die Antwort des Ministeriums auf unser Gesuch zur Gründung eines Gauverbandes.
2. Beratung und Beschlußfassung über gemeinsame Schritte zur Umänderung resp. Einführung folgender Gesetze in Sachsen:
 - a) volle Freizügigkeit und Gewerbefreiheit;
 - b) ein freisinniges Vereinsgesetz;
 - c) Aufhebung der Arbeits- und Dienstbücher und Beseitigung aller Paßbeschränkungen.

Eventuell sollte noch eine private Besprechung über gemeinsame Schritte zur Erlangung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts abgehalten werden. Bebel, der sich auf dem Stiftungsfest des Gewerblichen Bildungs-

vereins im Jahre 1863 noch gegen das allgemeine Wahlrecht ausgesprochen, hatte sich eines besseren belehren lassen.

Der Meeraner Verein wollte auch über die Verkürzung der Arbeitszeit diskutieren. Die Veranstalter der Konferenz hatten aber die Rechnung ohne den überwachenden Polizeibeamten Wachtmeister Hofmann, gemacht. Dieser erklärte, daß er die Debatte über die Tagesordnung und Anträge außer Punkt 1 nicht zulasse, weil diese auf sozialem Gebiete liegen. Es blieb nichts anderes übrig, als sich zu fügen, und es wurde beschlossen, um das bisherige Freiheit, was die Vereine bisher als politische Vereine besaßen, nicht zu opfern, von der Gründung eines Gauverbandes abzusehen.

Der Wachtmeister Hofmann drohte mit Auflösung der Versammlung, wenn über folgende Resolution abgestimmt würde:

„Zu gleicher Zeit aber sieht sich die Versammlung veranlaßt, zu erklären, daß es Pflicht der Arbeiter wie der liberalen Partei in Sachsen ist, mit allen Mitteln auf die Schaffung eines freisinnigen Vereinsgesetzes hinzuwirken.“

Die Abstimmung unterblieb, das Verfahren beleuchtet die damalige reaktionäre Einstellung der Behörden.

Der Leipziger Arbeiterbildungsverein wurde dem Vereinsgesetz unterstellt, und der Leipziger Polizeidirektor Dr. Rüder rühmte sich später beim Ministerium, daß auf seine Veranlassung dem Verein die städtische Unterstützung von jährlich 200 Taler entzogen worden sei, weil der Verein sich als sozialrevolutionär erwiesen habe. Sachsen war als so reaktionär verschrien, daß selbst die Koburger „Allgemeine Arbeiterzeitung“ mit Rücksicht hierauf

protestierte, daß ein Arbeitertag der Bildungsvereine in Leipzig abgehalten werde.

Der Arbeitertag fand dennoch am 23. und 24. Oktober 1864 in Leipzig statt. Vertreten waren 47 Vereine und 3 Gauverbände (badisches Oberland, Württemberg und Maingau). War schon auf dem vorher abgehaltenen Maingautag die Stimmung für das allgemeine Wahlrecht durchgebrochen, so kam sie hier noch schärfer zum Ausdruck. Als über die Freizügigkeit debattiert wurde, erklärte Frißsche, daß man darüber nicht diskutiere, sondern im Parlament dekretiere, und forderte das allgemeine Wahlrecht. War noch in Frankfurt gefordert worden, daß Konsumvereine von Arbeitern und Arbeitgebern gegründet und verwaltet werden sollten, so trat Albert Lange in seinem Referat über die Konsumvereine dafür ein, daß dieses Gebiet den Arbeitern zu überlassen sei, die Arbeitgeber würden gut tun, sich nicht in Arbeiterangelegenheiten zu mischen, denn darin wüßten die Arbeiter besser Bescheid. Die Folge der Leipziger Tagung war, daß am 27. November 1864 das Maingaukomitee abgesetzt und durch Anhänger von Lassalle ersetzt wurde.

Das Jahr 1865 war ein gutes Geschäftsjahr. Es entstanden eine Reihe Streiks, so in Hamburg, der Tuchmacher in Burg, Buchdrucker, Buchbinder und Schuhmacher in Leipzig. Um den Buchdruckerstreik bemühte sich besonders Bebel. Die Streiks und das brutale Vorgehen der Unternehmer, namentlich der Buchdrucker, verstärkten die Radikalisierung der Arbeiter. Auf dem Vereinstag der Arbeitervereine, 3. bis 5. September 1865, in der Liederhalle in Stuttgart, wurde einstimmig beschlossen, daß die Arbeiter sich für die Eroberung des allgemeinen Wahlrechts mit aller Kraft einsetzen sollten. Professor Eckhardt erklärte aus-

drücklich, daß die soziale Befreiung der Frau auch die Gewährung des Stimmrechts an die Frauen einschließe. Einstimmig wurde die Beseitigung der Schranken für das Koalitionsrecht gefordert, ebenso die Aufhebung der Wanderbücher und des Legitimationszwanges. Diese Beschlüsse bedeuten einen entscheidenden Ruck nach links. Bei Streit in Koburg erschien eine Schrift: „Deutschlands Befreiung aus tiefster Schmach“, in der offen für die deutsche Republik Propaganda gemacht wurde.

In den politischen Forderungen stimmten die Arbeiterbildungsvereine mit denen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins — Wahlrecht, Koalitionsrecht usw. — völlig überein, so entstand der Wunsch nach einer Verständigung. Bereits am 17. Juli 1865 hatte sich eine Versammlung des Maingaus für einen Zusammenschluß ausgesprochen, weil sie im Interesse der guten Sache der Arbeiter die Spaltung der Arbeiterbewegung für schädlich und nachteilig hielt. Ein ähnlicher Vorschlag, der Januar 1866 in Leipzig gemacht wurde, scheiterte. Doch kam es in verschiedenen Städten: Berlin, Dresden, Leipzig zur Berufung gemeinsamer Versammlungen, in denen ein konstituierendes Parlament auf Grund des allgemeinen Wahlrechts und zu dessen Schutz und Unterstützung die Einführung der allgemeinen Volksbewaffnung gefordert wurde.

Der preussisch-österreichische Krieg 1866.

Preußen und Oesterreich stritten sich um die Beute des dänischen Krieges. Oesterreich wollte Schleswig und Holstein als Bundesstaat mit dem Herzog von Augustenburg an der Spitze, Preußen die beiden Staaten annektieren. Am 22. Februar 1865 stellte

Bismarck an Oesterreich die Forderung: Unauflösliches Bündnis des neuen Staates mit Preußen; organische Verbindung seiner Armee und Marine mit der preußischen; Abtretung des zur Verteidigung des Landes nötigen Territoriums, Terrain zum Bau und zur Befestigung eines Nordseekanals; Verschmelzung des Post- und Telegraphenwesens mit dem preußischen; Zutritt des Herzogtumes zum Zollverein usw. Durch Erfüllung dieser Forderungen wäre zwar ein Herzogtum entstanden aber praktisch zu einer preußischen Provinz geworden. Der Deutsche Bundestag erklärte sich für die Einsetzung der Augustenburger. Bismarck erhob Protest gegen diesen Beschluß, bestritt die Zuständigkeit des Bundes und ergriff eine Reihe selbständiger Maßnahmen, die bei Oesterreich, dem Bunde und bei den Parteien Mißstimmung erzeugten. Es kam am 14. August 1865 zur Gasteiner Konvention. Oesterreich erhielt die Verwaltung von Holstein, Preußen von Schleswig übertragen. Oesterreich trat an Preußen Lauenburg gegen 2½ Millionen Taler ab. Preußen erhielt den Hafen von Kiel, das Recht der Mitbesetzung von Rendsburg und die Aufsicht über den zu erbauenden Nordostseekanal. Das ganze war nur ein Provisorium und brachte Oesterreich noch den Vorwurf ein, daß es die Lauenburger Bevölkerung an Preußen verkauft habe. In Schleswig regierte General von Manteuffel, ein verbissener Reaktionär, ganz wie in Feindesland mit militärischer Rücksichtslosigkeit. Noch ehe preußische Truppen Holstein verlassen hatten, ließ er den Redakteur May wegen angeblicher Majestätsbeleidigung verhaften und nach Perleberg in Preußen bringen. Als die liberalen Parteien zugunsten der Augustenburger demonstrierten und in Eckernförde der Herzog als Landesfürst empfangen und gefeiert wurde, verbat sich von

Manteuffel energisch solche politische Demonstrationen und drohte, den Herzog zu verhaften, wenn er wieder ohne Erlaubnis des Königs schleswigschen Boden betrete. Anders verfuhr der österreichische Feldmarschall von Gablenz in Holstein. Er erklärte: „Ich werde die bestehenden Landesgesetze beachten, damit kein Holsteiner bei meinem Wegziehen von hier sagen kann, ich habe rechtlos gehandelt.“ Und mit einem Seitenhieb auf von Manteuffel bemerkte er: „Ich will hier im Lande nicht als türkischer Pascha regieren.“ Als Anfang Januar in Altona eine Massenversammlung gegen Preußen abgehalten wurde, schritt er nicht ein. Eine deswegen an Oesterreich gerichtete Protestnote Preußens vom 26. Januar suchte Oesterreich zwar abzuwehren, allein die Verstimmung zwischen den beiden Regierungen steigerte sich. Am 28. Februar 1866 entschied der preußische Kronrat unter dem Voritze des Königs, daß ein Nachgeben gegen Oesterreich in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit sich mit der Ehre Preußens und den Gefühlen des Volkes nicht vertrage und daß man vorwärts gehen müsse, selbst wenn es deshalb zum Kriege komme. Als Antwort auf diesen aggressiven Entschluß erhielten die österreichischen Truppen Befehl, nach Böhmen zu marschieren. Preußen faßte dies gern als Herausforderung auf und ordnete die Kriegsbereitschaft an.

Durch die schleswig-holsteinische Frage kamen die liberalen Parteien durcheinander, die wenigsten durchschauten den Plan Bismarcks, den Konflikt bewußt herbeizuführen, um die Vorherrschaft Oesterreichs in Deutschland zu beseitigen. Waren sie in dieser Frage geteilter Meinung, so setzten sie in den inneren Fragen den Kampf gegen Bismarck fort. Bismarck ging auch hier brutal vor. Er ließ die Abgeordneten Twisten und Frenzel verfassungswidrig

wegen im Landtage gefaner Aeußerungen verhaftet und vom Obertribunal, das durch zwei willige Hilfsrichter ergänzt wurde, verurteilen. Das Haus trat energisch für das Recht der parlamentarischen Redefreiheit ein; Bismarck antwortete mit dem ungnädigen Schluß des Landtags am 23. Februar 1866 und löste ihn am 9. Mai auf. Nun hatte Bismarck freie Hand, und er gedachte, wie im dänischen Krieg auch den kommenden Krieg gegen den Willen des Parlaments zu führen. Er versicherte sich Italiens, mit dem er ein Bündnis abschloß, gewann Napoleon für Neutralität und ließ die Proteste Englands unbeachtet.

Oesterreich verlangte die Unterstützung des Deutschen Bundes gegen Preußen. Bismarck fragte die Regierungen der Bundesstaaten unter versteckter Drohung der Annexion, wie sie sich verhalten würden. Das Doppelspiel mit den einzelnen Staaten versuchte Bismarck im Innern fortzusetzen. Am 9. April 1866 stellte Preußen beim Bundestag den Antrag, eine aus allgemeinen Wahlen hervorgehende Nationalversammlung einzuberufen, die über eine von den Fürsten zu vereinbarende Bundesreform beschließen sollte. Bismarck fing an dem Ende an, wo in Preußen und im Frankfurter Parlament 1848 das Zustandekommen einer Verfassung gescheitert war, an der Vereinbarung mit den Fürsten.

Oesterreich übergab die Entscheidung der schleswig-holsteinischen Frage dem Bunde und kündete zugleich an, daß es die holsteinischen Stände berufen werde, um die Stimme des Landes zu erfahren. Das Vorgehen erklärte Preußen als Bruch des Gasteiner Vertrags, und als von Gabelnz für den 11. Juni die Stände berief, rückte Manteuffel in Holstein ein, während die österreichischen Truppen sich nach Hannover zurückzogen. Darob Klage Oesterreichs bei

dem Bund und entgegen der Bundesfassung das Verlangen, die Bundesstruppen innerhalb 14 Tagen gegen Preußen zu mobilisieren. Bei Stimmenthaltung Preußens stimmte der Bund am 14. Juni dem Verlangen Oesterreichs zu. Der Bruderkrieg war beschlossen. Der preußische Gesandte verließ unter Protest die Bundesversammlung und erklärte den Bund für aufgelöst. Sachsen, Hannover, Hessen und Bayern standen mit Oesterreich gegen Preußen.

Nun rückte Bismarck mit dem Plane der Schaffung eines Norddeutschen Bundes heraus, und es begann das Doppelspiel. Die Fortschrittler wurden mit dem Schwindel gelockt, die Bundesreform werde durch die einheitliche Zusammenfassung der deutschen Streitkräfte die preußischen Militärlasten auf ganz Deutschland abwälzen und dadurch den Verfassungskstreit beseitigen. Der Bourgeoisie wurde ein leckeres Gericht aufgetischt, in dem als die Grundzüge der Bundesreform eine Reihe ökonomischer Reformen aufgezählt wurden, wie Freizügigkeit, Gewerbefreiheit, einheitliches Münz-, Maß- und Gewichtssystem, Schutz des deutschen Handels im Auslande, Konsulate usw., alles was geeignet war, die hemmenden Schranken der kapitalistischen Produktionsweise abzutragen. Das Proletariat sollte mit dem allgemeinen Stimmrecht geködert werden, wenn die Bourgeoisie versagte.

Der Krieg endete mit der Niederlage Oesterreichs. Die deutsche Frage war im Sinne Preußens entschieden. Preußen erhielt Schleswig-Holstein, Oesterreich erkannte den Staatenbund an, den Preußen unter den nördlich von der Mainlinie liegenden Staaten bilden wollte, wie auch die Einverleibung von Nassau, Frankfurt, Kurhessen und Hannover. Die Wahlen für den konstituierenden norddeutschen Reichstag fanden am 12. Februar 1867 statt. Die

Liberalen fanden sich mit den neuen Zuständen ab, die Bourgeoisie begriff, daß Bismarck als ihr Sachwalter gehandelt hatte. Die Liberalen überschlugen sich förmlich. Hatten sie erst Bismarck verdammt, so wollten sie nach dem Kriege am liebsten alle Kleinstaaten beseitigen. Anfang August beschloßen die sächsischen Liberalen unter Führung des Professors Biedermann auf einer Landesversammlung in Leipzig eine Resolution, in der es hieß: „Wir halten die deutschen und sächsischen Interessen am besten gewahrt durch die Einverleibung Sachsens in Preußen. Und von Treitschke forderte in den „Preußischen Jahrbüchern“, die oppositionellen Staaten — Sachsen, Hannover, Kurhessen — zu vernichten. „Jene drei Dynastien sind reif, überreif für die verdiente Vernichtung; ihre Wiedereinsetzung wäre eine Gefahr für die Sicherheit des neuen deutschen Bundes, eine Versündigung an der Sittlichkeit der Nation . . . Nächst dem Hause Habsburg hat kein anderes Fürstengeschlecht die Jahrhunderte hindurch sich schwerer versündigt an der deutschen Nation als das Haus der Albertiner.“ Bismarck sorgte im Friedensvertrage dafür, daß seinen glühenden Verehrern kein Haar gekrümmt wurde.

Die politischen Krisen hatten die alten gegen die politische Betätigung der Arbeiter gerichteten Bundesbeschlüsse gegenstandslos gemacht. Die Sozialdemokraten sahen eine Lösung des deutschen Konflikts und die Schaffung eines einheitlichen zentralen Staates nur durch eine Revolution für gegeben, fanden sich aber mit dem Norddeutschen Bunde ab und empfahlen den Arbeitern, sich an den Wahlen zu beteiligen.

Die Sächsische Volkspartei.

Der Krieg hatte die engen Schranken für die Arbeiterbildungsvereine niedergerissen. Die Ausichten auf Wahlen zum Norddeutschen Reichstag machten die Schaffung einer festen politischen Organisation und eines Programms notwendig. Ueber die Schwierigkeiten, die dem entgegenstanden, schreibt Bebel: „Daß das Programm offen sozialdemokratisch sein konnte, war angesichts der Stellung, die ein Teil der führenden Elemente, Professor Rofmäzler und andere, einnahm, ausgeschlossen, auch war noch ein Teil der Arbeitervereine politisch so rückständig, als daß wir einen solchen Schritt wagen konnten. Es wäre zu einer Spaltung gekommen, und die mußte in diesem Stadium der Entwicklung vermieden werden.“

Am 19. August 1866 fand in Chemnitz in der „Linde“ die Landesversammlung statt, an der auch Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins (Frische, Försterling, Röthing usw.) teilnahmen, um die neue Demokratische Partei zu gründen. Professor Rofmäzler hatte den Vorsitz.

Nach sechstägiger Beratung wurde folgendes Programm angenommen, das Rofmäzler sozial zu weit ging. Es lautet:

Forderungen der Demokratie.

1. Unbeschränktes Selbstbestimmungsrecht des Volkes. Allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht mit geheimer Abstimmung auf allen Gebieten des staatlichen Lebens (das Parlament, die Kammern der Einzelstaaten, die Gemeinden usw.). Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Ein mit größter Machtvollkommenheit ausgestattetes Parlament, welches namentlich auch über Krieg und Frieden zu entscheiden hat.

2. Einigung Deutschlands in einer demokratischen Staatsform. Keine erbliche Zentralgewalt. — Kein Klein-Deutschland unter preussischer Führung, kein durch Annexion ver-

größtes Preußen, kein Groß-Deutschland unter österreichischer Führung, keine Trias (Dreiheit). Diese und ähnliche dynastisch-partikularistischen Bestrebungen, welche nur zur Unfreiheit, Zersplitterung und Fremdherrschaft führen, sind von der Demokratischen Partei auf das entschiedenste zu bekämpfen.

3. Aufhebung aller Vorrechte des Standes, der Geburt und Konfession.

4. Hebung der leiblichen, geistigen und sittlichen Volksbildung. Trennung der Schule von der Kirche, Trennung der Kirche vom Staat und des Staates von der Kirche, Hebung der Lehrerbildungsanstalten und würdige Stellung der Lehrer, Erhebung der Volksschule zu einer aus der Staatskasse zu erhaltenden Staatsanstalt mit unentgeltlichem Unterricht. Herbeischaffung von Mitteln und Gründung von Anstalten zur Weiterbildung der der Volksschule Entwichenen.

5. Förderung des allgemeinen Wohlstandes zur Befreiung der Arbeit und der Arbeiter von jeglichem Druck und jeglicher Fessel. Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse, Freizügigkeit, Gewerbefreiheit, allgemeines deutsches Heimatrecht, Förderung und Unterstützung des Genossenschaftswesens, namentlich der Produktivgenossenschaften, damit der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ausgeglichen werde.

6. Selbstverwaltung der Gemeinden.

7. Hebung des Rechtsbewußtseins im Volke durch Unabhängigkeit der Gerichte, Geschworenengerichte, namentlich auch in politischen und Preßprozessen; öffentliches und mündliches Gerichtsverfahren.

8. Förderung der politischen und sozialen Bildung des Volkes durch freie Presse, freies Versammlungs- und Vereinsrecht, Koalitionsrecht.

Die neue Partei nannte sich „Sächsische Volkspartei“. Die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins hatten diesem Programm zugestimmt, sie wurden aber durch Schweitzer genötigt, sich von der neuen Parteibildung fernzuhalten. Der „Sozialdemokrat“ empfahl den Mitgliedern Vorsicht gegen die neue Partei: Wer es gut mit den Arbeitern meine, könne sich einfach der Sozialdemokratischen Partei anschließen. Auch könnten beide Organisationen sehr gut nebeneinander bestehen.

Die Sächsische Volkspartei gründete 1867 das „Demokratische Wochenblatt“, das ab 1. Januar 1868 in Leipzig erschien und von Wilhelm Liebknecht im proletarischen und großdeutschen Sinne redigiert wurde. Er verfolgte das Ziel der Schaffung einer proletarischen Arbeiterpartei, die Bildung einer großen deutschen Republik, die die Arbeiterpartei schaffen sollte, bekämpfte die Hegemonie (Vorherrschaft) Preußens und die Lassalleaner.

Das Programm

des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins.

Die bevorstehenden Wahlen zum konstituierenden Norddeutschen Reichstag veranlaßten Schweitzer, von November bis Ende Dezember 1866 in sechs fortlaufenden Artikeln die grundsätzliche Stellung zum Programm darzulegen, ohne daß er selbst einen Programmvorschlag formulierte. Am 19. Dezember 1866 nahm eine von den Lassalleanern nach dem Odeon (Sanssouci) in Leipzig einberufene Arbeiterversammlung zu den Wahlen zum Norddeutschen Reichstag Stellung. In dieser Versammlung wurde Liebknecht, der in Berlin wegen Bannbruchs in Haft saß, als Reichstagskandidat aufgestellt und folgendes Programm als Grundlage für die Wahl vorgeschlagen. Auf Anordnung Schweitzers mußte die Kandidatur Liebknechts zurückgezogen werden; er kandidierte für die Sächsische Volkspartei in Stollberg-Schneeberg.

Das Programm.

„Die Arbeiterpartei, oder die Partei des vierten Standes, bekennt sich zu dem Grundsatz, daß die Unterdrückten aller europäischen Länder ohne Unterschied des Glaubens, des Staates oder der Abstammung auf gegenseitigen Beistand und auf Vereinigung durch ihr Interesse angewiesen sind.

Ihr Ziel besteht in der Beseitigung der Unterdrückung jeglicher Art, namentlich im Wegfall der Ausbeutung der capitallosen Arbeit durch das Capital, und sie ist sich vollständig darüber klar, daß sie dieses Ziel nur durch einen gründlichen Umschwung, welcher zur Herstellung des europäischen socialdemokratischen Staates und zur Eroberung des Weltmarkts führt, erreichen kann.

Das allgemeine gleiche und directe Wahlrecht betrachtet die Arbeiterpartei dabei als den selbstverständlichen Ausgangspunkt und darum ist daselbe in ihren Augen nur dann von Werth, wenn die Unterdrückten und Ausgebeuteten es als freie Gleiche zu gebrauchen und es in ihrem eignen Interesse anzuwenden wissen.

Sie macht keine künstliche Trennung zwischen dem Politischen und Socialen; denn sie weiß, daß eine jede solche Trennung nur Verwirrung erzeugt und schließlich darauf hinausläuft, ihre gerechten Ansprüche auf Selbstherrschast entweder ganz zum Schweigen zu bringen oder doch mit unwesentlichen kleinen Zugeständnissen abzufinden. Sie kann blos siegen als Klasse im großartigen Classenkampfe, indem sie den jetzigen Staat, in welchem die Unterdrückten ja die ungeheure Mehrheit bilden, ihren gerechten Ansprüchen gemäß umgestaltet. Die Einführung von Productiv-Associationen im größtmöglichen Maßstabe vermittelt der Solidarität der Gesamtbevölkerung steht bei ihren Forderungen zunächst obenan.

Unter diesen Forderungen ist natürlich auch inbegriffen vollständige Gewerbefreiheit, Freizügigkeit, allgemeines deutsches Bürgerrecht, unbeschränktes Versammlungsrecht, vollkommene Pressfreiheit, die Erzielung der größtmöglichen Volksbildung, namentlich durch gründliche Verbesserung der Volksschulen, und wie die von der sogenannten „bürgerlichen Demokratie“ gewöhnlich vorgeschlagenen Palliativmittel sonst heißen mögen.

Da die Arbeiterpartei die Festigung, Fortdauer und Erweiterung des norddeutschen Bundes nicht wünschen kann, so benutzt sie einfach das von der preussischen Regierung octroyirte allgemeine directe Wahlrecht und das ebenfalls octroyirte Bundesparlament als eine willkommene Gelegenheit, um durch ihre Deputirten von der Tribüne herab vor ihren Brüdern in ganz Europa vorstehende Grundsätze ungeschminkt und ohne alle Scheu proclamiren zu lassen. Nur Derjenige ist ein ihrer würdiger Vertreter, welcher den Muth besitzt, allein in jeder Beziehung die social-demokratischen Interessen geltend zu machen.

Unter deutscher Einheit versteht die Arbeiterpartei den centralisirten deutschen Volksstaat und erstrebt selbigen einfach als einen Anfang des solidarischen europäischen Staats.

Die Kämpfe zwischen den verschiedenen monarchischen Parteien liegen ihr gleichfern, mögen nun letztere für despotische preussische Einheit arbeiten oder für die Erhaltung der gegenwärtigen Dynastien wirken, oder aber eine österreichische despotische Einheit einzuführen bemüht sein.

Ebenso weist die Arbeiterpartei die Föderalisten zurück, die entweder unter dem Aushängeschilde föderalistischer Gesinnungen ihren monarchischen Particularismus verstecken oder, wenn sie nicht unaufrichtig sind, wirklich eine Bundesrepublik nach schweizerischem oder amerikanischem Muster bezwecken. Sie läßt sich zu keinen fremden Zwecken mißbrauchen: darum agitirt sie auf eigne Rechnung und wirkt blos für ihre eigene Befreiung.

Sie erniedrigt sich zu keinem Compromiß, sondern sie stellt ihre eignen Candidaten auf — unbekümmert darum, ob dieselben siegreich aus dem Wahlkampfe hervorgehen oder nicht. Doch tritt sie sofort zu fester Wahlorganisation zusammen, setzt alle Kräfte in Bewegung und bringt alle ihr möglichen Opfer, um für ihre Candidaten den Triumph zu erringen. Ihr Wahlspruch lautet nach wie vor: „Es lebe die social-demokratische Agitation, es lebe das Recht der freien Gleichen, es lebe der von jeder Unterdrückung gereinigte social-demokratische Staat!“

Der Unterschied in dem Programm der Sächsischen Volkspartei und dem des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins war der, daß aus den angeführten Gründen das sächsische Programm noch nicht die sozialistischen Schlussfolgerungen ziehen konnte, aber in den praktischen politischen Fragen stimmten beide überein. Das veranlaßte den Vorsitzenden des ständigen Ausschusses des Arbeitervereins, Staudinger, den vergeblichen Versuch einer Einigung zu machen.

Der Bruderzwist und seine Auswirkung.

Auf der Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins am 27. Dezember 1866 zu Erfurt kam es zum Bruch mit der Gräfin Hatzfeld. Sie focht die Wahl Perls an, weil er nur in der General-

versammlung gewählt und nicht von den Gemeinden bestätigt worden sei. Sie wollte Försterling als Präsidenten haben, mit dem sie schon im Juni in Dresden Verbindung gefunden hatte. Sie nützte ihre Geldmacht und ihr Ansehen, das sie als Freundin Lassalles bei den Arbeitern genoß, und ließ in Massen ein nationalistisches Wahlprogramm verbreiten.

Schweizer wollte vor den Wahlen zum konstituierenden Norddeutschen Reichstag einen Bruch vermeiden, verhandelte mit der Gräfin Hagfeld und veranlaßte die Generalversammlung, mit einigen Änderungen das Wahlprogramm der Gräfin anzunehmen. Es lautete^{*)}:

1. Gänzliche Beseitigung jeder Föderation, jedes Staatenbundes, unter welcher Form es auch sei. Vereinigung aller deutschen Stämme zu einer innerlich und organisch durchaus verschmolzenen Staatseinheit, durch welche allein das deutsche Volk einer glorreichen nationalen Zukunft fähig werden kann.

Durch Einheit zur Freiheit.

2. Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes mit geheimer Abstimmung und Diätenzahlung für die staatlichen Volksvertretungen im gesamten deutschen Vaterlande. Sicherstellung der freiheitlichen Volksrechte.

3. Forderung, daß dem jetzt zusammenberufenen Parlament das Recht der beschließenden und nicht bloß beratenden Stimme in allen Angelegenheiten zustehe.

4. Anbahnung der Lösung der sozialen Frage durch freie Arbeiterassoziationen mit Staatshilfe nach den Prinzipien Lassalles.

Als die Gräfin sah, daß die Mehrheit der Generalversammlung nicht für ihren Kandidaten zu haben war, gründete sie eine eigene Partei mit Försterling, später Mende an der Spitze. Wie erst Willms, so suchte jetzt die Gräfin die Priorität des Vereins für sich in Anspruch zu nehmen.

^{*)} „Sozialdemokrat“ vom 30. Dezember 1866.

In drei Gruppen gespalten zogen die Arbeiterparteien ohne Geldmittel in den Wahlkampf. Das Entgegenkommen Schweizers kostete ihm noch den letzten Mitarbeiter Moses Hess, allein die Annahme des Programms legte die Agitation der Gräfin Hagfeld bei den Wahlen lahm. Ihrer Wut darüber gab sie den unwürdigsten Ausdruck, daß sie in den beiden Wahlkreisen, in denen Schweizer mit einiger Aussicht auf Erfolg kandidierte, diese Aussicht zu zerstören versuchte. In Elberfeld-Barmen bezog sie Hillmann gegen Schweizer und überschwemmte den Wahlkreis mit einem Schmähflugblatt, das die verlogenen Anschuldigungen gegen den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein richtete, in Reichenbach-Neurode wirkten ihre Agenten gegen Schweizer für den Landrat Olearius. Damit vernichtete die Gräfin ihr Ansehen bei den rheinischen und schlesischen Arbeitern. In Elberfeld-Barmen kämpfte Schweizer mit Bismarck als konservativen und mit Forkenbeck, dem Präsidenten des preussischen Abgeordnetenhauses, als liberalen Gegenkandidaten. Die Gegner hatten in gemeinsamer Weise Schweizer im Wahlkampf beschimpft. Im ersten Wahlgange erhielt Bismarck 6522, Forkenbeck 6122, Schweizer 4674 und Hillmann 52 Stimmen. Mit ihren Kandidaten war die Gräfin bei dem gesunden Sinn der Arbeiter abgefallen, aber Schweizer kam auch nicht in die Stichwahl. Der Wahlkampf hatte in ganz Deutschland Aufsehen erregt. In der Stichwahl wurde Bismarck gewählt. Den verhältnismäßig größten Erfolg hatte die Sozialdemokratie im bergisch-märkischen Industriegebiet, wo sie gegen 18 000 Stimmen musterte. In Altkena-Iserlohn erhielt Hasenclever 1124, der Arzt Reincke in Hagen 1589, Rittinghausen in Köln 1095, Schweizer in Düsseldorf 664, der Schneider Schob in Mülheim

a. Rh. 1059, der Eisenarbeiter Böhm in Duisburg 1686, Martiny in Solingen 1437, Ludorf in Lennep-Meffmann 4034 und Schweizer in Barmen-Elberfeld 4674 Stimmen. In den beiden Kreisen der Stadt Hamburg erhielt Perl zusammen 3223, in Harburg York 3660, in Braunschweig der Schriftsteller Walster 2267 Stimmen. Nach diesen 9000 Stimmen kam Schlessien mit deren 4000, von denen auf Schweizer in Reichenbach-Neurode 3109 und auf den Weber Heinrich Schnabel in Waldenburg 891 fielen. In Leipzig-Stadt hatte Würkert 953, in Leipzig-Land Frißsche etwas weniger Stimmen erhalten. Sonst wurden noch etwa 6500 sächsische Stimmen für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein abgegeben, davon 800 in Dresden, 2586 in Chemnitz und 3081 in Freiberg, aber sie vereinigten sich nahezu ausschließlich auf Anhänger der Gräfin Hagfeld. Von den Kandidaten der Sächsischen Volkspartei siegten Bebel in Glauchau-Neerane in der Stichwahl mit 7922 und Schrapz in Zwickau-Crimmitschau in der Stichwahl mit 8071 Stimmen. Liebknecht, der während der ersten Wochen des Wahlkampfes wegen Vandalismus in Berlin in Haft war und sich deshalb erst in den letzten Tagen am Wahlkampf beteiligen konnte, unterlag in Stollberg-Schneeberg. Glauchau-Neerane und Zwickau-Crimmitschau waren damals schon starke Industriebezirke.

Die Arbeiter hatten sich überall mit Feuereifer an den Wahlarbeiten beteiligt, was ihnen an Mitteln fehlte, suchten sie durch persönliche Anstrengungen weitz zu machen.

Als Bismarck in Barmen-Elberfeld wegen Doppelwahl die Wahl ablehnte, erhielt Schweizer bei der Nachwahl am 14. März 4920, der liberale Dr. Gneist 4292, der Konservative 2550 Stimmen. In der Stichwahl stimmten die Konservativen für

Gneist, und Schweizer unterlag. So hatte der Allgemeine Arbeiterverein mit seinen 40 000 Stimmen nicht einen Kandidaten durchgebracht, während die Sächsische Volkspartei mit etwa 16 000 Stimmen zwei Abgeordnete erlangt hatte.

Verstimmt schrieb Schweizer über den Wahlausfall: „Der lang erwartete, lang ersehnte 12. Februar ist vorüber — und wir sind geschlagen auf allen Punkten.“

Auf der außerordentlichen Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins am 19. Mai 1867 in Braunschweig legte Perl sein Amt nieder. Er klagte, daß die Gemeinden den Präsidenten zu wenig unterstützt und ungenügende Mittel eingesandt hatten. Schweizer wurde mit 2385 gegen 97 Stimmen zum Präsidenten gewählt. Die Hauptarbeit der Generalversammlung war die reinliche Scheidung mit den Hagfeldianern. Es wurde ein von Schweizer entworfenes Programm einstimmig angenommen. Es lautet:

Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein bekämpft jeden bespösischen Druck und jede Bevormundung von oben, wie jede bundesstaatliche Gestaltung; er will das ganze Deutschland zu einem einheitlichen und freien Volksstaate verbunden wissen.

In sozialer Beziehung erklärt er:

Die heutige Gesellschaft ist auf die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, auf die Ausbeutung der Massen zu Gunsten Weniger gegründet. Damit Wenige in schädlichem Ueberfluß schwelgen können, müssen Millionen im Elend verkümmern. Wahre Civilisation ist erst vorhanden, wenn in der Gesellschaft nicht nur gesetzlich, sondern auch den tatsächlichen Bedingungen nach Allen gleiche Rechte zustehen, wenn jedem die Entwicklung seiner Fähigkeiten und die Teilnahme an den Segnungen des Staates und der Gesellschaft gesichert sind. Die Grundlage des körperlichen Wohlsseins und der geistigen Vervollkommnung aber sind die materiellen Verhältnisse.

Aus diesen Gründen ist der A. D. A. bestrebt, an die Stelle der jetzigen Produktionsweise, unter welcher die Masse des

Volktes, die Arbeiter, zu Gunsten des Kapitals mit einem länglichen Lohne abgefunden werden, eine neue Produktionsweise zu setzen, durch welche eine gerechte Verteilung der durch die gemeinsame gesellschaftliche Produktion hergestellten Wertgegenstände verwirklicht wird.

Zur Anbahnung dieses neuen Gesellschaftszustandes verlangt der A.D.A. die Begründung von Produktiv-Assoziationen von Staats wegen nach dem Plane Ferdinand Lassalles.

Da die Lage der Arbeiterklasse in allen modernen Kulturländern der Hauptsache nach dieselbe ist und nachhaltig nicht in einem einzelnen Lande zum Bessern umgewandelt werden kann, so erkennt der A.D.A. die Gemeinsamkeit der Arbeiterinteressen in allen Kulturländern.

Im einzelnen wurde gefordert: Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts mit direkter geheimer Abstimmung und Diätenzahlung zur Beeinflussung der öffentlichen Gewalten.

An Hand dieses Programms sollten die Mitgliederlisten durchgesehen und die Bevollmächtigten überall auf ein Jahr neu ernannt werden. Die Wirkung war, daß etwa ein Sechstel der Mitglieder an die Hahfeldgruppe verloren ging.

Im konstituierenden Norddeutschen Reichstag war die Verfassung ganz im Sinne Bismarcks angenommen worden, das allgemeine Wahlrecht war geblieben. Bismarck setzte es durch, daß den Abgeordneten keine Aufwandsentschädigung gewährt wurde, um zu verhindern, daß mittellose Arbeiter gewählt werden. Die Partei hat, als sie erstarkte, bis 1905 den Abgeordneten eine geringe Aufwandsentschädigung gewährt und dadurch den Plan Bismarcks vereitelt. Es war eine dreijährige Gesetzgebungsperiode vorgeesehen.

Nach wenigen Monaten mußten die Arbeiter wieder in den Wahlkampf, denn die Wahlen für den Norddeutschen Reichstag wurden auf den 31. August 1867 angesetzt. Der Erfolg blieb hinter den Februarwahlen zurück. Neuland wurde nur in

Essen und Hannover mit je 1100 Stimmen gewonnen. Für die Stichwahlen hatte Schweizer die Parole der Wahlbeteiligung gegeben. Für die Frage, welche der streitenden Parteien die Arbeiter unterstützen sollten, sei in erster Reihe maßgebend, wie sich diese Parteien, besonders während der Hauptwahl, gegen die Arbeiter verhalten hätten. Damit wollte man namentlich den Liberalen die schäbige Kampfweise abgewöhnen. Gewählt wurde Schweizer in Barmen-Elberfeld in der Stichwahl. Schweizer kam auch in Reichenbach-Neurode in Stichwahl, unterlag aber. Gewählt wurde der Arzt Dr. Reincke in Lennep-Mettmann.

Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein hatte somit zwei Sitze im Norddeutschen Reichstage erobert. Die Sächsische Volkspartei behauptete nicht nur die Wahlkreise Glauchau-Meerane und Zwickau-Crimmitschau, sondern gewann noch zwei neue Sitze dazu; Liebknecht siegte in Stollberg-Schneeberg und der Arzt Göß, damals Revolutionär, später Nationalliberaler und Führer des Deutschen Turnerbundes, im Leipziger Landkreise. Im Wahlkreise Chemnitz wurde der Hahfeldianer Försterling in der Stichwahl mit 5512 Stimmen gewählt.

Försterling machte sich durch das Hersagen einzelner Brocken aus Lassalles Schriften im Reichstag unmöglich. Reincke verleugnete bei der ersten Gelegenheit den Klassenkampf. Der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein lehnte die Verantwortung für seine parlamentarische Tätigkeit ab, und am 19. Juni 1868 legte Reincke sein Mandat nieder. Schrapz und Göß waren bürgerliche Demokraten, so daß praktisch als Vertreter der Sozialdemokratie nur Schweizer, Liebknecht und Bebel in Betracht kamen. Zwischen Schweizer und Liebknecht flammte sofort der alte Streit über die richtige Taktik auf.

Liebknecht sah in dem Norddeutschen Bunde ein reaktionäres Werk der Gewalt und des Unrechts, das unter allen Umständen zertrümmert werden müsse; um es nicht noch zu stärken, verwarf er jede praktische Mitarbeit an den gesetzgeberischen Aufgaben des Reichstags; die parlamentarische Tribüne war ihm nur eine Stätte, von der er seinen Protest gegen die neue Gestaltung der deutschen Dinge in die Massen schleudern konnte. Schweizer dagegen faßte den Norddeutschen Bund als eine sehr unerfreuliche und sehr unwillkommene, aber dennoch unwiderrufliche Tatsache auf, mit der sich die Sozialdemokratie abzufinden, auf deren Boden sie sich als äußerste Opposition einzurichten habe, wenn sie eine politische Partei bleiben wolle.

Im obigen Sinne sprach Liebknecht am 17. Oktober im Reichstag, er protestierte gegen die stehenden Heere als die Werkzeuge der Gewaltpolitik Bismarcks und brachte eine Resolution auf Einrichtung einer Volkswehr nach schweizerischem Muster ein.

Bei der Beratung über die Aufhebung der Wuchergesetze redete Schweizer und entwickelte zum ersten Male in einem deutschen Parlament einige Hauptgesichtspunkte des wissenschaftlichen Sozialismus. Er beantragte, daß der Wucher bei Darlehen unter 100 Taler verboten bleiben solle. Er verteidigte einen fortschrittlichen Antrag auf Beseitigung der Koalitionsverbote, brachte einen Gesetzentwurf zum Schutze der Arbeit gegen das Kapital ein und forderte in ihm das Verbot der Kinderarbeit und des Trucksystems (der Zwang, Waren statt Lohn zu nehmen), den Zehnstundentag für alle erwachsenen Arbeiter, die Einsetzung von Fabrikinspektoren mit ausgiebig bemessenen Befugnissen und eine Parlamentskommission zur Erhebung und Feststellung der im Gebiete des Norddeutschen

Bundes vorhandenen städtischen und ländlichen Arbeitsverhältnisse. Er fand für den Gesetzentwurf nicht die genügenden 15 Unterschriften. Selbst die von Arbeitern gewählten Abgeordneten wie Försterling, Reincke, Liebknecht lehnten die Unterschrift ab. Letzterer gab die Unterschrift nicht, weil er den Norddeutschen Bund durch wichtige Einrichtungen nicht stützen wolle. Der Genfer Kongreß der Internationale hatte aber sich dahin entschieden, daß Arbeiterschutzesetze nicht die regierende Macht stärken, sondern sie vielmehr in ein Werkzeug der Arbeiterklasse verwandeln.

Von der Demokratie zum Sozialismus.

Das Kriegsjahr 1866 mit der Wirtschaftskrise hatte eine verheerende Wirkung auf die Arbeitervereine ausgeübt. Die Kassen waren leer, das Organ des Verbandes, die „Allgemeine Arbeiterzeitung“ in Coburg, war eingegangen. Eine von Dr. Pfeiffer, Stuttgart, herausgegebene Monatschrift „Die Arbeit“ hatte nur kurze Lebensdauer. Auf Beschluß des Ausschusses erschien vom 1. Juni 1867 bis 4. Dezember 1868 als Organ des Verbandes die „Arbeiterhalle“, redigiert von Eichelsdörfer-Mannheim. Die Schrift erschien alle 14 Tage und ging zugunsten des „Demokratischen Wochenblattes“ ein. Das „Demokratische Wochenblatt“ hatte 1200 Abonnenten.

Bebel drängte den Vorsitzenden des Ausschusses, Staudinger, die Arbeitervereine nicht mehr von der Politik fernzuhalten. Auf einem Arbeitertag, Pfingsten 1867 in Frankenberg in Sachsen, wurde eine Petition mit sozialen Forderungen an den Landtag beschlossen, und der Referent Vahlteich empfahl, die von Schulze-Delitzsch zur Lösung der sozialen Lage vorgeschlagenen Mittel als un-

zureichend zu verwerfen, und zu erklären, daß diese Frage nur in einem demokratischen Staat unter Intervention der Gesamtheit gelöst werden könne. Die Resolution wurde angenommen.

Auf dem Verbandstag in Gera am 6. und 7. Oktober 1867 gelang es Bebel, dem Verbands eine andere organisatorische Grundlage zu schaffen. An Stelle des Ausschusses wurde ein Vorstand von sieben Personen gestellt, dessen Präsident auf dem Verbandstag gewählt und die übrigen von den Mitgliedern des Vororts gewählt werden sollten. Bebel wurde Präsident des Vereins und Leipzig Vorort. Nun war die Bahn für die politische Umstellung frei.

Neben sozialen Forderungen zugunsten der Bergarbeiter forderte dieser Verbandstag zum erstenmal die Schaffung eines Haftpflichtgesetzes. Eine Forderung, die 1872, wenn auch unzureichend, erfüllt wurde.

Bebel hatte schon im Mai 1867 Staudinger empfohlen, den Anschluß an die Internationale Arbeiter-Assoziation zu suchen, und an Joh. Phil. Becker in Genf schrieb Bebel nach dem Geraer Verbandstag, daß er seinem Wunsche, Gründung einer Sektion der Internationalen, erst später nachkommen könne, da sein Brief ihn auf dem Verbandstage nicht erreicht habe.

Der Vorortsvorstand beauftragte Robert Schweichel und Wilh. Liebknecht, auf Grund des Programms der Internationalen Arbeiter-Assoziation einen Programmwurf auszuarbeiten. Als diese Absicht bekannt wurde, machten die Liberalen im Verein und die liberale Presse hiergegen mobil. Auf der anderen Seite waren Bebel, Liebknecht, Wahlreich sehr rege für die Durchführung dieser Absicht tätig. In einem Briefe an Friedrich Albert Lange schrieb Bebel: „In

Sachsen haben wir die Bewegung im besten Gange. Arbeiter-, Volksvereine schießen wie Pilze aus der Erde, in unseren Wahlkreisen ist kein größerer Ort, an dem nicht ein Arbeiter- oder Volksverein besteht.“

Am 5., 6. und 7. September 1868 fand der Verbandstag im Rathhause zu Nürnberg statt. Vertreten waren 93 Vereine durch 115 Delegierte. Die dem Verbands angeschlossenen Vereine zählten 13 000 Mitglieder. Neben Eccarius-London vom Generalrat der Internationale waren Vertreter der deutschen Arbeitervereine aus Oesterreich und der Schweiz als Gäste erschienen. Die politische Richtung wurde schon bei der Wahl des Präsidiums entschieden, denn Bebel wurde mit Zweidrittelmehrheit zum Vorsitzenden gewählt. Schweichel referierte über den Programmwurf. Er wies darauf hin, daß die soziale Frage nicht eine Frage des guten oder bösen Menschen sei, sondern zwangsläufig aus der kapitalistischen Produktion erstehe; daß der Arbeiter mit der individuellen Freiheit nichts anfangen könne, sondern dies nur der Deckmantel für die Unantastbarkeit der Kapitalherrschaft sei; daß die Arbeiter sich politisch betätigen, sich national und international organisieren müssen und daß die Internationale mit 60 000 Mitgliedern schon eine Macht darstelle, der man sich anschließen müsse. Liebknecht wies auf das 1867 erschienene Werk von Marx, „Das Kapital“ 1. Bd., hin, in welchem Marx den wissenschaftlichen Sozialismus begründet und die Notwendigkeit der Organisation der Arbeiterklasse auf internationaler Grundlage nachgewiesen habe. Das vom Vorort vorgeschlagene Programm wurde mit 69 gegen 46 Stimmen angenommen. Ein Teil der Delegierten, die etwa 3000 Stimmen vertraten, verließen unter Protest den Verbandstag. Die reinliche Scheidung zwischen liberalisierender Bourgeoisie

und sozialistischer Arbeiterklasse war vollzogen. Der Versuch der Minderheit, sich in einem Deutschen Arbeiterbund zu sammeln, versagte. Das beschlossene Programm lautete:

Der zu Nürnberg versammelte fünfte deutsche Arbeitervereinstag erklärt in nachstehenden Punkten seine Übereinstimmung mit dem Programm der Internationalen Arbeiter-Assoziation.

1. Die Emanzipation (Befreiung) der arbeitenden Klassen muß durch die arbeitenden Klassen selbst erkämpft werden. Der Kampf für die Emanzipation der arbeitenden Klassen ist nicht ein Kampf für Klassenprivilegien und Monopole, sondern für gleiche Rechte und gleiche Pflichten und für Abschaffung aller Klassenherrschaft.

2. Die ökonomische Abhängigkeit des Mannes der Arbeit von dem Monopolisten (dem ausschließlichen Besitzer) der Arbeitswerkzeuge bildet die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form, des sozialen Elends, der geistigen Herabwürdigung und der politischen Abhängigkeit.

3. Die politische Freiheit ist die unentbehrliche Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat.

Ferner in Erwägung:

daß alle auf die ökonomische Emanzipation gerichteten Anstrengungen bisher in dem Mangel der Solidarität (Vereinigung) zwischen den vielfachen Zweigen der Arbeit jeden Landes und dem Nichtvorhandensein eines brüderlichen Bandes der Einheit zwischen den arbeitenden Klassen der verschiedenen Länder gescheitert sind; daß die Emanzipation der Arbeit weder ein lokales, noch ein nationales, sondern ein soziales Problem (Aufgabe) ist, welches alle Länder umfaßt, in denen es moderne Gesellschaft gibt, und dessen Lösung von der praktischen und theoretischen Mitwirkung der vorgeschrittensten Länder abhängt, beschließt der fünfte deutsche Arbeitervereinstag seinen Anschluß an die Bestrebungen der Internationalen Arbeiterassoziation.

Bebel wurde auf dem Verbandstag gegen 2 Stimmen wieder zum Präsidenten gewählt, der Vorort blieb Leipzig. Um der Deutschen Volkspartei die Arbeitervereine zu erhalten, erklärte sich auf Betreiben L. Sonnemanns die Generalversammlung der Volkspartei vom 19. und 20. September 1867 in Stuttgart mit Mehrheit mit den Nürnberger Beschlüssen einverstanden. Es half der Volkspartei nichts, die Arbeitervereine folgten der sozialistischen Fahne. Schweitzer hatte die Bewegung bisher als „kleinbürgerliche Bourgeoispartei“ denunziert und bekämpft. Durch den Nürnberger Beschluß ward ihm dies Argument aus der Hand geschlagen; theoretisch stand der Vereinigung beider Arbeiterparteien nichts mehr im Wege.

Die Gewerkschaften.

Die Wirtschaftskrise im Jahre 1866 brachte eine allgemeine Stöckung des Verkehrs, Einschränkung der Produktion, Zunahme der Arbeitslosigkeit, Senkung der Löhne und durch die schlechten Ernten von 1866 und 1867 eine Steigerung der Lebensmittelpreise. Die Not zwang die Arbeiter zu Streiks, die aber nur vereinzelt Erfolg hatten, weil es an einer geschlossenen, leistungsfähigen Organisation der Arbeiter der einzelnen Berufe fehlte. So entstand der Gedanke, Gewerkschaften zu gründen. In Deutschland stand dem das Verbot der Arbeitervereine und das Koalitionsverbot entgegen, deshalb half man sich mit Bildungsvereinen.

Am 28. Februar 1862 fand im Schützenhaus (jetzt Kristallpalast) in Leipzig eine von 700 Personen besuchte Versammlung der Buchdrucker und Schriftgießer statt, in der beschlossen wurde, den Fortbildungsverein für Buchdrucker zu gründen. Vorsitzender wurde Frauendorf. Im folgen-

den Jahre wurde der „Correspondent“ als Organ der Buchdrucker gegründet, der zum geistigen Bindeglied der Buchdrucker Deutschlands und zu ihrer wichtigsten Waffe wurde. Redakteur war Heinke. Am 31. März 1865 traten in Leipzig von 800 Buchdruckern 545 in den Ausstand, sie verlangten höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit. Eine Organisation fehlte, der Bildungsverein für Buchdrucker durfte wegen der Gefahr der polizeilichen Auflösung den Streik nicht führen, Streikunterstützungen fehlten, den Arbeitern stand ein schroff ablehnendes, wohl organisiertes Unternehmertum gegenüber. Die Vermittlungsangebote des Professors v. Wächter und Bebelz wurden von dem Vorsitzenden der Unternehmerorganisation Härtel, i. Fa. Breithopf & Härtel, abgelehnt, der Streik endete mit einem Mißerfolg. Das gab den Anstoß zur Gründung des Buchdruckerverbandes. Polizeiamt und Kreisdirektion Leipzig untersagten den beabsichtigten Buchdruckerkongreß. Erst auf Anordnung des Ministeriums des Innern konnte der Buchdruckerkongreß vom 20. bis 22. Mai 1866 im Schützenhaus in Leipzig zusammentreten. Es waren 100 deutsche Städte durch 34 Delegierte vertreten. Die Tagesordnung lautete: Begründung einer Organisation der deutschen Buchdrucker, Gründung von Vereinen zur Wahrung der materiellen Interessen, Gründung eines Vereins zur Errichtung von Produktivgenossenschaften, Anträge, Unterstützungskassen betr., die Regelung der Verhältnisse der Schriftgießer zu den Buchdruckern. Der Vorsitzende Härtel wies auf die sozialen und materiellen Verhältnisse der Buchdrucker hin und empfahl, Buchdruckervereine zur Wahrung und Förderung der materiellen Interessen zu gründen und sich der Organisation „des Buchdruckertages“

anzuschließen. Preßorgan sollte der „Correspondent“ sein. Beschlossen wurde, unter sämtlichen Buchdruckerunterstützungskassen Freizügigkeit und Gegenseitigkeit einzuführen. Mit Rücksicht auf die bestehenden lokalen Kassen wurde die Errichtung einer zentralen Alters- und Invalidenkasse abgelehnt. Beschlossen wurde, von den Regierungen das freie Koalitionsrecht zu verlangen.

Den Buchdruckern folgten die Zigarrenarbeiter. Am 27. Juli 1863 gründeten sie in Leipzig einen Fortbildungsverein. Zu Weihnachten 1865 fand in Leipzig ein Allgemeiner Deutscher Zigarrenarbeiterkongreß statt, auf dem die Gründung eines Verbandes für Deutschland, Sitz Berlin, beschossen wurde. Frißsche wurde Vorsitzender. Organ des Verbandes wurde „Der Botschafter“.

Buchdrucker und Zigarrenarbeiter waren die ersten, die an die 1848 gebildeten und vom Staat zerstörten Zentralorganisationen anknüpften. Ihnen folgten die Schuhmacher in Leipzig und Dresden, und in Berlin garte es unter den Konfektionsarbeitern.

Von verschiedenen Seiten kam die Anregung, Gewerkschaften zu gründen. Die Internationale Arbeiter-Assoziation hatte schon auf dem Genfer Kongreß 1866 die Gründung von Gewerkschaften empfohlen. Die Gründung der Verbände der Buchdrucker und Zigarrenarbeiter zwang auch den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, zu der Gewerkschaftsfrage Stellung zu nehmen. Die Generalversammlung vom 22. bis 26. August 1868 in Hamburg lehnte es ab, von sich aus Gewerkschaften zu gründen. Maßgebend hierfür dürfte die programmatische Einstellung gewesen sein. Im „Offenen Antwortschreiben“ hatte Lassalle das eherne Lohngesetz begründet. Er hatte dieses Gesetz so formuliert:

„Das eiserne ökonomische Gesetz, welches unter den heutigen Verhältnissen, unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage nach Arbeit, den Arbeitslohn bestimmt, ist dieses: daß der durchschnittliche Arbeitslohn immer auf den notwendigen Lebensunterhalt reduziert bleibt, der in einem Volke gewohnheitsmäßig zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderlich ist.“

War dieser Satz richtig, war die Lohnfrage einem unabänderlichen Gesetz unterworfen, so war es zwecklos, durch Organisationen dagegen anzukämpfen, war es ein Prinzipienverrat an Lassalles Grundsätzen. Die prinzipientreue Mehrheit war aber nicht sehr groß, und erst als Schweitzer mit seinem Rücktritt als Präsident drohte, wurde schließlich gebilligt, daß Frißche und Schweitzer als Reichstagsabgeordnete einen Arbeiterkongress beriefen.

Der Nürnberger Arbeitervereinstag 5. bis 7. September 1868 hatte dem Vorortsvorstand aufgegeben, für Vereinigung der Arbeiter in zentralisierten Gewerksgenossenschaften tatkräftig zu wirken.

Der Kongress der Internationale zu Lausanne (2. bis 8. September 1867) und von Brüssel (6. bis 13. September 1868) ermunterte die Arbeiter, zur besseren Durchführung der Lohnkämpfe Gewerkschaften und Streikunterstützungskassen zu bilden.

So konnte das „Demokratische Wochenblatt“ am 12. Dezember 1868 mit Recht schreiben: „In Hamburg, Nürnberg und Brüssel dieselben Bestrebungen, dieselben Ziele: Befreiung der Arbeit von den Fesseln des Kapitals, Beseitigung der Klassenherrschaft und

der Lohnsklaverei, Schaffung eines auf Freiheit und Gleichberechtigung gegründeten Staates.“

Bereits am 26. September 1868 fand der von Schweitzer und Frißche berufene Arbeiterkongress in Berlin statt. Erschienen waren 206 Delegierte, die 142 008 Arbeiter in 110 Orten vertraten, und zwar Arbeiter der verschiedensten Gewerke. Die Nürnberger Vereine beschickten den Kongress nicht, angeblich weil die Einberufung überstürzt war und Schweitzer aus vereinsgesetzlichen Gründen die Teilnahme von Vereinen abgelehnt hatte. Die Fortschrittler suchten zu retten, was zu retten war. Sie ließen in einer Maschinenbauerversammlung 12 Delegierte wählen, die unter Führung von Max Hirsch auf dem Kongress „gegen die Organisation des sozialen Krieges“ protestieren sollten. Als sie dies versuchten, wurden sie an die Luft gesetzt. Die Folge war, daß Max Hirsch und F. Duncker Weihnachten 1868 den ersten Gewerkverein und Pfingsten 1869 den Bund der deutschen Gewerkvereine gründeten, die unter dem Namen „Hirsch-Dunckersche“ bekannt sind, aber niemals entscheidenden Einfluß erlangt haben.

Der Kongress beschloß die Gründung eines Arbeiterschäftsverbandes und von zehn „Arbeiterschäften“: für die Schuhmacher, Schneider, Maurer, Bäcker, Metallarbeiter, Holzarbeiter, Hand- und Fabrikarbeiter, Buchbinder, Sattler und Riemer, Berg-, Hütten- und Salinenarbeiter, für Färber, Weber und Manufakturarbeiter. Der Kongress entwarf Musterstatuten für die einzelnen Gewerke.

Der Verband war nach dem Muster des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins organisiert als eine Kampfgenossenschaft für die siegreiche Durch-

führung von Arbeitseinstellungen. Das Präsidium aus drei Mitgliedern und zwei Erfahrmännern wurde durch Stimmrecht aller Mitglieder gewählt, die Generalversammlung von Delegierten besetzt, deren jeder so viel Stimmen führte, als die Arbeiterschaft in dem von ihm vertretenen Orte Mitglieder zählte; im Ausschuss wurde jede Arbeiterschaft durch je einen Bevollmächtigten vertreten, der für jede volle Anzahl von fünfhundert Mitgliedern seiner Arbeiterschaft je eine Stimme zu führen hatte.

Die Schneider traten provisorisch dem Verband bei, die Zigarrenarbeiter und Zimmerer waren bereit, ihrer Generalversammlung den Anschluß zu empfehlen, und die Buchdrucker lehnten ab, weil sie auf föderalistischem Boden ständen.

Das Präsidium des Arbeiterverbandes wurde aus Schweizer, Frißche und Klein-Eberfeld gebildet.

Der Kongress war schnell berufen worden, um anderen Arbeitergruppen zuvorzukommen, und stellte den Versuch dar, eine Spitze zu schaffen, ehe der Unterbau vorhanden war. Als Schweizer das Gutachten von Marx über diese Gründung einholte, schrieb Marx:

„Was den Berliner Kongress betrifft, so war zunächst die Zeit nicht dringend, da das Koalitionsgesetz (gemeint ist der Entwurf der Gewerbeordnung, in der das Koalitionsrecht mit geregelt werden sollte) noch nicht votiert ist. Sie mußten sich also mit den Führern außerhalb des Lassalle'schen Kreises verständigen, gemeinsam mit ihnen den Plan ausarbeiten und den Kongress berufen. Statt dessen ließen Sie nur die Alternative, sich Ihnen anzuschließen oder Front gegen Sie zu machen. Der Kongress selbst erschien nur als erweiterte Auflage des Hamburger Kongresses (der Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins). Was den Statutenentwurf betrifft, so halte ich ihn für prinzipiell verfehlt, und ich glaube soviel Erfahrung als irgendein Zeitgenosse auf dem Gebiet der Trade Unions (englische Gewerkschaften) zu haben. Ohne hier weiter auf Details einzugehen, bemerke ich nur, daß die Organisation, so sehr sie für geheime Gesellschaften

und Settenbewegungen taugt, dem Wesen der Trades Unions widerspricht. Wäre sie möglich — ich erkläre sie aufrichtig gestanden für unmöglich —, so wäre sie nicht wünschenswert, am wenigsten in Deutschland. Hier, wo der Arbeiter von Kindesbeinen an gemahregelt wird und an die Autorität, an die vorgesezte Behörde glaubt, gilt es vor vor allem, ihn selbständig gehen zu lehren.

Ihr Plan ist auch sonst unpraktisch. Im Verband drei unabhängige Mächte verschiedenen Ursprungs: 1. der Ausschuss, gewählt von den Gewerkschaften; 2. der Präsident — eine ganz überflüssige Person, gewählt durch allgemeines Stimmrecht; 3. Kongress, gewählt durch die Lokalitäten. Also überall Kollisionen, und das soll rasche Aktion befördern. Lassalle beging großen Mißgriff, als er den Gewählten des allgemeinen Stimmrechts der französischen Konstitution von 1852 entlehnte. Nun gar in einer Trades-Unions-Bewegung! Diese dreht sich größtenteils um Geldfragen, und Sie werden bald entdecken, daß hier alles Diktatorientum aufhört.

Indes, welches immer die Fehler der Organisation, sie können vielleicht durch rationelle Praxis mehr oder minder ausgemerzt werden. Ich bin bereit, als Sekretär der Internationale der Vermittler zwischen Ihnen und der Nürnberger Majorität, die sich direkt der Internationale angeschlossen hat, zu spielen — auf rationaler Grundlage versteht sich. Ich habe deshalb nach Leipzig geschrieben. Ich verkenne die Schwierigkeiten Ihrer Stellung nicht und vergesse nie, daß jeder von uns mehr von den Umständen als seinem Willen abhängt.

Ich verspreche Ihnen unter allen Umständen die Unparteilichkeit, die meine Pflicht ist. Andererseits kann ich aber nicht versprechen, daß ich eines Tages als Privatschriftsteller — sobald ich es für absolut durch das Interesse der Arbeiterbewegung diktiert halte — offene Kritik an dem Lassalle'schen Aberglauben üben werde, wie ich es seinerzeit an dem Proudhon'schen getan habe.“

In den „Arbeiterchaften“ machten sich bald Selbständigkeitsbestrebungen geltend. Schweizer wandte sich dagegen und machte den Vorschlag, die verschiedenen Gewerkschaften in eine einzige allgemeine Gewerkschaft zu verschmelzen. Schon zuvor hatte Frißche sich vom Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein losgesagt und sein Amt als Vizepräsident niedergelegt. Es sagten sich weiter von Schweizer los: Schumann, Präsident

des Allgemeinen Deutschen Schuhmachervereins, York, Präsident des Allgemeinen Deutschen Holzarbeiterverbandes, und Schob, Präsident des Allgemeinen Deutschen Schneidervereins.

Die Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, Januar 1870 in Berlin, beschloß, daß die Gewerkschaften sich bis zum 1. Juli zu verschmelzen hätten, den gleichen Beschluß faßte der Allgemeine Deutsche Arbeiterchaftverband, der kurz hinter der Generalversammlung tagte, mit 12 500 gegen 9000 Stimmen, er hatte aber keine Macht, den Beschluß durchzusetzen. Die Gewerkschaften gingen ihre eigenen Wege. Die Arbeiterchaften waren nach eigenem Eingeständnis nur gegründet worden, um die Macht des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu stärken.

Bebel als Vorsitzender des Arbeitervereinsverbandes entwarf Normalstatuten für „Gewerkschaften“. Es entstanden die Internationale Gewerkschaften der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter, der Maurer und Zimmerer, der Metallarbeiter, der Holzarbeiter, der Schneider, Kürschner und Kappenmacher, der Schuhmacher, der Buchbinder, der Berg- und Hüttenarbeiter.

Die Zersplitterung der Gewerkschaften und die Parteikämpfe drängten zu einer Einigung. Durch eine gemeinsame Versammlung in Leipzig, Oktober 1868, in der Liebknecht über die Gewerkschaften referierte, beschloß man, Gewerkschaften nach dem Vorbilde der Trades Unions zu gründen, und setzte hierfür ein Komitee ein. Dieses Komitee lud Angehörige aller Gewerke zu einer Besprechung ein. Es wurde beschlossen:

„Die von der Mehrheit des Nürnberger Arbeitervereinstags und der Mehrheit des Berliner Arbeiterkongresses gegründeten respektive zu gründenden Gewerkschaften haben darauf hinzuwirken:

1. daß von beiden Seiten nach gegenseitiger Verabredung eine gemeinschaftliche Generalversammlung zum Behuf der Einigung und Verschmelzung berufen werde;

2. daß, bis eine Einigung und Verschmelzung zustande kommt, die beiderseitigen Gewerkschaften in ein Vertragsverhältnis zueinander treten, sich namentlich mit ihren Klassen gegenseitig unterstützen und womöglich einen gemeinsamen provisorischen Ausschuß wählen;

3. daß beide Teile unter allen Umständen jede Gemeinschaft mit den Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaften zurückweisen, die, von den Feinden der Arbeiter gestiftet, keinen andern Zweck haben, als die Organisation der Arbeiter zu hintertreiben und die Arbeiter zu Werkzeugen der Bourgeoisie herabzuwürdigen.“

Das Präsidium und der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins lehnten nicht nur jede Verständigung ab, sondern forderten auf, jeder Verständigung mit Nachdruck entgegenzutreten.

War hier kein Verständigungswille, so stand der Satzfeldsche „Lassalle'sche Allgemeine Deutsche Arbeiterverein“ den Gewerkschaften direkt feindlich gegenüber. Hier sah man die Gründung von Gewerkschaften als eine Verletzung Lassalle'scher Grundsätze und der Lassalle'schen Organisation an.

Der Schweizer'sche „Allgemeine Deutsche Arbeiterunterstützungsverband“ erwies sich nicht als lebensfähig. 1871 waren nur noch 4273 Mitglieder auf der Generalversammlung vertreten. Verschiedene Verständigungsversuche führten 1872 zu dem Gewerkschaftskongreß zu Erfurt. Dort wurde die Gewerkschaftsunion und als Gewerkschaftsorgan „Die Union“ gegründet, die York bis zu seinem Tode, Neujahr 1875, redigierte.

In den Schlingen der Vereinsgesetze.

Lassalle hatte unter Berücksichtigung der Vereinsgesetze der einzelnen Bundesstaaten, die ein Inverbinduntreten der Vereine untersagten, den Ver-

ein zentral aufgezogen und nur von ihm ernannte Bevollmächtigte für die einzelnen Orte zugelassen. Diesen Grundsatz lockerten die Generalversammlungen in Braunschweig und Hamburg. Es wurde den Gemeinden gestattet, die Hälfte der Mitgliederbeiträge am Orte zu behalten, um lokale Ausgaben bestreiten zu können und durch einen Ortskassierer verwalten zu lassen. Darin erblickten die preussischen Polizeibehörden selbständige örtliche politische Vereine, die nicht miteinander in Verbindung treten durften, und lösten einzelne Gemeinden wegen Verstosses gegen das Vereinsgesetz auf, und die Gerichte verurteilten die Leiter der Gemeinden.

Am 7. Juli 1868 bestätigte das Kammergericht die ergangenen Urteile. Auf Requisition des preussischen Staatsanwalts zu Naumburg stellte das Polizeiamt Leipzig Ermittlungen an und löste auf Grund der Feststellungen am 16. September 1868 den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein wegen Verstosses gegen § 24 des Sächs. Vereinsgesetzes (Inverbindung-treten) auf. Inzwischen war das Urteil des Kammergerichts von dem Obertribunal bestätigt worden. Am 19. September teilte Schweitzer im „Sozialdemokrat“ mit, daß er auch seinerseits den Verein für aufgelöst erklärt habe. Schweitzer entwarf ein neues Statut und verlegte den Sitz des Vereins von Leipzig nach Berlin. Sachlich wäre es richtiger gewesen, den Sitz nach Hamburg zu verlegen, weil die letzte Generalversammlung den auf Deutschland verstreuten Vorstand nach Hamburg verlegt hatte, der Vorstand aus den dort wohnenden Mitgliedern zu wählen war und, im Gegensatz zu Preußen, das Hamburger Vereinsgesetz ein Verbot des Inverbindungtretens von Vereinen nicht kannte. Außerdem bestand dort nicht wie in Preußen die Verpflichtung, die Mitgliedschaften aus dem ganzen Reiche der Polizeibehörde einzu-

reichen. Doch konnte man auch die Sache so auffassen, daß der Sitz des Vereins am Wohnsitz des Präsidenten sein mußte, zumal von Anfang an praktisch der Sitz des Vereins — Präsident und Sekretär — auch zu Lassalles Zeiten Berlin war. Das erste Statut behielt sich vor, jederzeit den Verein von Leipzig zu verlegen. Dies sei hervorgehoben, weil aus der Verlegung des Sitzes nach Berlin Schweitzer besonders schwere politische Vorwürfe gemacht wurden.

Das neue Statut paßte sich zwar in der Abgrenzung der Vollmachten für den Präsidenten dem alten Statut an — Einholung der Zustimmung des Vorstandes für seine Anordnungen innerhalb drei Monaten, Statutenänderung —, allein über die alten Bestimmungen hinaus sah es vor, daß der Präsident nicht in der Generalversammlung, sondern sechs Wochen vor der Generalversammlung, also vor der möglichen Prüfung seiner Tätigkeit, durch Abstimmung der Mitglieder gewählt werden sollte. Dadurch wurde die Generalversammlung zur leeren Form. Das Ganze war aufgezogen, um die Diktatur Schweitzers zu festigen, damit ihm der Verein als Werkzeug diene.

Anlagen gegen Schweitzers Staatsstreich.

Hatte das „Demokratische Wochenblatt“ Schweitzer wegen seiner Politik angegriffen, so setzte es seit Januar 1869 die Angriffe verschärft fort. Dies geschah wohl auch, weil Schweitzer anordnete, die Agitation für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein in Sachsen zu steigern, und damit in das Gebiet der Sächsischen Volkspartei einbrach. Es wurde Schweitzer zum Vorwurf gemacht, daß er ein unehrliches Doppelspiel treibe, bald für ein Großdeutschland mit Oesterreich, bald für ein Kleindeutschland

mit preussischer Spitze eintrete, wie er auch in seinem übrigen Verhalten doppelzünftig sei und mit den Arbeitern zur Befriedigung seines Ehrgeizes ein frivoles Spiel treibe. Dies wurde damit begründet, daß er, statt die Liberalen im Kampfe gegen Bismarck zu unterstützen, sie angriff und die Politik Bismarcks und die der Konservativen nicht nur billigte, sondern Bismarck zu Annektionen, zu einer Gewaltpolitik mit Blut und Eisen aufstachelte; daß diese Politik nicht umsonst betrieben werde, sondern daß er dafür von Bismarck über Mittelspersonen und von den Konservativen bezahlt wurde, mit der Polizei Beziehungen unterhalte und in ihrem Einverständnis handle; daß er die Organisation seinen persönlichen Zwecken dienstbar mache, die Vereinsgelder widerrechtlich verwende und eine unehrliche Diktatur treibe.

Um diese Angriffe zu entkräften, wurden Bebel und Liebknecht zu der für den 28. März 1869 nach Barmen-Elberfeld berufene Generalversammlung eingeladen und zugelassen. Liebknecht und Bebel begründeten dort die Angriffe gegen Schweitzer. Dieser verlangte ein Vertrauensvotum, das ihm mit 7400 Stimmen erteilt wurde, doch hatten sich Delegierte mit 4635 Stimmen der Abstimmung enthalten. Die Delegierten, die sich der Stimme enthielten, waren: Bracke, Bräuer, Rudolph-Hannover, v. Daake, Geib, Hirsch, Perl, Raspe-Essen, Schrader, Louis Schumann-Berlin, Spier, Heinrich Vogel und York.

Die Angriffe hatten den Erfolg, daß die Diktatur Schweitzers beseitigt wurde. Es wurde beschlossen, daß die Leitung des Vereins aus einem Vorstand von 15 Personen statt 25 bestehen solle. Außer dem Präsidenten, Kassierer und Sekretär mußten die übrigen zwölf Mitglieder an einem Orte wohnen, damit sie in ständiger Fühlung bleiben und schnell zu einer Sitzung zusammentreten konnten. Die Sitzungen

des Vorstandes sollte der Vorsitzende, statt wie bisher der Präsident, berufen. Der Präsident sollte nicht vor, sondern nach der Generalversammlung durch Urabstimmung erst dann gewählt werden, nachdem das Protokoll der Generalversammlung veröffentlicht worden sei. Die Befugnis des Präsidenten, für von ihm getroffene Anordnungen erst binnen drei Monaten die Genehmigung des Vorstandes einzuholen, wurde auf acht Tage beschränkt, machte also die Befugnis gegenstandslos. Der Vorstand erhielt das Recht, in Fällen politischer Unehrlichkeit oder grober Rassenvergehen den Präsidenten vom Amte zu entheben und die endgültige Entscheidung durch eine sofort zu berufende Generalversammlung oder durch Urabstimmung herbeizuführen. Außerdem wurde eine Ueberwachungs- und Beschwerdekommision von drei Berliner Mitgliedern eingesetzt, die alle Beschwerden gegen die Redaktion entgegennehmen und darüber entscheiden sollte. Kurz, der Verein wurde auf demokratische Grundlage gestellt.

Zwischen den Reichstagsabgeordneten beider Richtungen und damit auch wirksam für die Presse und Organisationen, wurde auf Anregung von Schweitzer eine Art Burgfrieden geschlossen, einer Verständigung wurde der Weg geebnet.

Die Beseitigung der Diktatur paßte aber Schweitzer nicht. Am 18. Juni überraschte er die Mitglieder mit einem Artikel im „Sozialdemokrat“: „Wiederherstellung der Einheit der Lassalleschen Partei“, in dem er und Mende, der Präsident der Haßfeldschen Gruppe, die sich bisher heftig befehdet hatten, die Vereinigung beider Vereine ankündeten, die Beschlüsse von Barmen-Elberfeld aufhoben und das alte Statut des Vereins von 1863 wieder in Kraft setzten. Ein Staatsstreich übelster Art, der die Diktatur wieder einführte. Die Mitglieder sollten in vier

Tagen durch Urabstimmung dem zustimmen, und am 24. Juni sollten dann beide Vereine aufgelöst werden. Das war eine unehrliche Ueberrumpelung der Mitglieder, denn viele Gemeinden hatten bis dahin nicht einmal den „Sozialdemokrat“ in Händen, geschweige denn, daß sie eine Urabstimmung vornehmen konnten. Das Abstimmungsergebnis ist nie veröffentlicht worden. Mit dem Staatsstreich fiel auch der Burgfriedenspakt.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei.

Der Staatsstreich hatte auch den Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins gezeigt, daß mit Schweitzer nicht auszukommen sei. Auf Anregung von Bracke fand in Magdeburg eine Aussprache statt, an der Bracke, Bremer, Spier-Wolfenbüttel, York-Harburg, Liebknecht und Bebel teilnahmen. Man einigte sich dahin, einen Kongreß nach Thüringen zu berufen, entwarf einen Aufruf, in dem aufgefordert wurde, dem unehrlichen Spiele Schweitzers ein Ende zu machen und die Klassenfront der Arbeiter herzustellen. Der Aufruf fand starken Widerhall, eine Reihe angesehenen Mitglieder trat aus dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein aus, und am 7.—9. August fand in Eisenach der Kongreß statt. Schweitzer kündigte das Erscheinen von Vertretern des Vereins an, veröffentlichte auch eine Reihe Anträge, zog sich aber selbst ins Gefängnis zurück, aus dem er für einige Wochen beurlaubt worden war.

Die Tagesordnung des Allgemeinen deutschen sozialdemokratischen Arbeiterkongresses lautete: 1. Die Organisation der Partei. 2. Das Parteiprogramm. 3. Das Verhältnis zur Internationalen Arbeiterassoziation. 4. Das Parteiorgan. 5. Die Vereinigung der Gewerkschaften.

Anschließend an diesen Kongreß sollte ein Vereinstag der deutschen Arbeitervereine in Eisenach tagen. Zum Kongreß waren erschienen von den Arbeitervereinen, den Internationalen Gewerkschaften und den ausgetretenen Mitgliedern des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins 262 Delegierte, die 140 000 Arbeiter von 193 Orten vertraten. Unter ihnen waren Johann Philipp Becker-Genß, Grellich und Dr. Ladendorf-Zürich, Oberwinder und Andreas Scheu-Wien, Hoffstetten-Berlin und Sonnemann-Frankfurt. Die Schweizerianer und der Arbeiterschaftsverband waren unter Führung Tölkes mit 110 Delegierten erschienen, die 102 000⁹⁾ Arbeiter vertraten. Sie versammelten sich im „Schiff“ und hatten die Absicht, den Kongreß zu sprengen, sie fanden aber im „Goldenen Bären“ die anderen vorbereitet und zogen es vor, ihre Delegiertenkarten abzugeben. Bei der Bureauwahl ging es stürmisch zu, so daß Geib es vorzog, den Kongreß zu schließen und einen neuen Kongreß nach dem „Mohren“ zu berufen. Zu diesem wurden die Schweizerianer nicht zugelassen, und er verlief ruhig. Es wurde die Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei beschlossen. Das angenommene Programm lautet:

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei erstrebt die Errichtung des freien Volksstaates.

Jedes Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei verpflichtet sich, mit ganzer Kraft einzutreten für folgende Grundsätze:

Die heutigen politischen und sozialen Zustände sind im höchsten Grade ungerecht und daher mit der größten Energie zu bekämpfen.

Der Kampf für die Befreiung der arbeitenden Klassen ist nicht ein Kampf für Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für

⁹⁾ Da die Delegierten meist in öffentlichen Versammlungen gewählt wurden, stellen die Zahlen nicht den Mitgliederbestand dar.

gleiche Rechte und gleiche Pflichten und für die Abschaffung aller Klassenherrschaft.

Die ökonomische Abhängigkeit des Arbeiters von dem Kapitalisten bildet die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form, und es erstrebt deshalb die Sozialdemokratische Partei unter Abschaffung der jetzigen Produktionsweise (Lohnsystem) durch genossenschaftliche Arbeit den vollen Arbeitsvertrag für jeden Arbeiter.

Die politische Freiheit ist die unentbehrliche Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat.

In Erwägung, daß die politische und ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse nur möglich ist, wenn diese gemeinsam und einheitlich den Kampf führt, gibt sich die sozialdemokratische Arbeiterpartei eine einheitliche Organisation, welche es aber auch jedem einzelnen ermöglicht, seinen Einfluß für das Wohl der Gesamtheit geltend zu machen.

In Erwägung, daß die Befreiung der Arbeiter weder eine lokale noch eine nationale, sondern eine soziale Aufgabe ist, welche alle Länder, in denen es moderne Gesellschaft gibt, umfaßt, betrachtet sich die Sozialdemokratische Arbeiterpartei, soweit es die Vereinsgesetze gestatten, als Zweig der internationalen Arbeiterassoziation, sich deren Bestrebungen anschließend.

Als die nächsten Forderungen in der Agitation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei sind geltend zu machen:

Erteilung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts an alle Männer vom 20. Lebensjahr an zur Wahl für das Parlament, die Landtage der Einzelstaaten, die Provinzial- und Gemeindevertretungen wie alle übrigen Vertretungsrörper. Den gewählten Vertretern sind genügend Diäten zu gewähren.

Einführung der direkten Gesetzgebung (das heißt Vorschlags- und Verwerfungsrecht) durch das Volk.

Aufhebung aller Vorrechte des Standes, des Besitzes, der Geburt und Konfession.

Errichtung der Volkswehr an Stelle des stehenden Heeres.

Trennung der Kirche vom Staat und Trennung der Schule von der Kirche.

Obligatorischer Unterricht in Volksschulen und unentgeltlicher Unterricht in allen öffentlichen Bildungsanstalten.

Unabhängigkeit der Gerichte, Einführung der Geschworenen- und Fachgewerbegerichte, Einführung des öffentlichen und mündlichen Gerichtsverfahrens und unentgeltliche Rechtspflege.

Abschaffung aller Preß-, Vereins- und Koalitions Gesetze; Einführung des Normalarbeitstages; Einschränkung der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit.

Abschaffung aller indirekten Steuern und Einführung einer einzigen direkten progressiven Einkommensteuer und Erbschaftssteuer.

Staatliche Förderung des Genossenschaftswesens und Staatscredit für freie Produktiogenossenschaften unter demokratischen Garantien.

Es ist müßig zu streiten, ob dies alte oder neue Forderungen waren. Das Entscheidende des Kongresses war, daß die von den Fortschrittlern bisher gegängelten Arbeiter sich zur Sozialdemokratie, also zum Klassenkampf, bekannten.

Zum Organ der Partei wurde das „Demokratische Wochenblatt“ bestimmt, das vom 1. Oktober an als „Volksstaat“ wöchentlich zweimal erschien und der Partei gehören sollte.

Mitglied der Partei wurde, wer monatlich einen Groschen für Parteizwecke zahlte oder Abonnent des Parteiblattes war. Die Parteimitglieder wurden verpflichtet, überall sozialdemokratische Arbeitervereine zu gründen. Der Partei stand ein Ausschuß von fünf Personen vor, die von den Mitgliedern des Wortorts gewählt wurden, und eine Kontrollkommission von elf Personen, die am Sitz der Kommission gewählt wurde. Im Gegensatz zur Schweizerischen Diktatur sollte die Aufgabe dieser Kommission sein, Eigenmächtigkeiten des Ausschusses möglichst zu vermeiden. Der Sitz des Ausschusses wurde nach Braunschweig-Wolfenbüttel, der der Kontrollkommission nach Wien, später nach Hamburg verlegt. Mindestens einmal im Jahr sollte ein Parteikongreß stattfinden, zu dem die Parteimitglieder eines Ortes nicht mehr als fünf stimmberechtigte Abgeordnete entsenden durften.

Das Ganze war eine lose, aber demokratisch aufgebaute Organisation, die den Mitgliedern am Orte Gelegenheit gab, wie Marx sich ausdrückte, selbst gehen zu lernen.

Der Verband der Arbeitervereine löste sich auf und schloß sich der neuen Partei an. Dem Verbande gehörten 109 Vereine mit rund 10 000 Mitgliedern an.

Die Schweizerianer, die im „Schiff“ einen Demonstrationkongreß abhielten, beschlossen unter anderem, daß die Herren Liebknecht und Bebel unwürdig sind, daß der Kongreß sich weiter mit ihnen befaßt“.

Da Bebel und Liebknecht die Ehrlichkeit Schweizers wiederholt angezweifelt hatten, wurden die Anhänger der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei von den Lassalleanern „Die Ehrlichen“ genannt.

Der deutsch-französische Krieg 1870–71.

Der Krieg von 1866 hatte Oesterreich aus dem Deutschen Bund gedrängt. Der Norddeutsche Bund schnitt mit der Mainlinie ab und isolierte die süddeutschen Staaten. Oesterreich suchte dies zu nützen und ein Bündnis mit diesen Staaten herbeizuführen. Bayern lehnte ab, weil seine wirtschaftlich-militärischen Interessen mehr in einer Anlehnung an Preußen durchgesetzt werden könnten, sah aber die Zeit noch nicht für gegeben, den Anschluß zu suchen. Bismarck erstrebte den Anschluß der süddeutschen Staaten, um das deutsche Wirtschaftsgebiet zu konsolidieren, wollte aber aus diesem Grunde Frankreich keinen Kriegsvorwand geben und lehnte das Angebot Badens, in den Norddeutschen Bund einzutreten, ab. Mit den süddeutschen Staaten Bayern, Baden und Württemberg schloß er aber ein geheimes militärisches Schutz- und Trutzbündnis. Bismarck wollte den Anschluß der süddeutschen Staaten zu gegebener

Zeit, Vorarbeit leisteten die Zollparlamentswahlen und das Zollparlament 1868, an dem die süddeutschen Staaten sich beteiligten.

Vor dem österreichischen Kriege hatte Bismarck um die Neutralität Frankreichs gebuhlt, doch hatte Frankreich Gebietsabtretungen am Rhein gefordert, die damals wie auch nach dem Kriege abgelehnt wurden. In den Waffenerfolgen Preußens von 1864 und 1866, der Gebietsverweiterung Preußens und der Schaffung des Norddeutschen Bundes sah Bonaparte eine Gefahr für Frankreich und eine ungünstige Verschiebung des europäischen Gleichgewichts. Schwierigkeiten bestanden auch im Innern Frankreichs, die Bonapartes Stellung und die Monarchie gefährden konnten.

Allein eine unmittelbare Kriegsgefahr bestand für Deutschland nicht. Schon 1867 hatte Frankreich bei der Luxemburger Frage einen Rückzug angetreten, als Bismarck zu verstehen gab, daß er einem Kriege nicht ausweichen würde. Die französische Deputiertenkammer setzte Anfang Juli 1870 das jährliche Rekrutenkontingent von 100 000 auf 90 000 Mann herab. Das sah nicht nach Kriegsbereitschaft aus. Bismarck arbeitete auf eine Auseinandersetzung mit Frankreich hin, allein er wollte einen volkstümlichen Krieg, der die Geister nationalistisch entflammte und den Anschluß der süddeutschen Staaten unter der Spitze Preußens brachte. Um dieses Ziel zu erreichen, fädelte er eine diplomatische Intrigue ein. Durch eine Revolution war 1868 der spanische Königsthron erledigt worden. Als Anwärter wurde Prinz Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen aus einer hohenzollernschen Nebenlinie vorgeschlagen. Diese Kandidatur soll Bismarck heimlich betrieben haben, um Napoleon eine Falle zu stellen, in die er hineintappte. Die französische Regierung beachtete den Vorgang zu-

nächst nicht, als aber die Presse Lärm schlug und die Kandidatur als eine Beleidigung Frankreichs hinstellte, erklärte der Minister Herzog von Grammont in der französischen Deputiertenkammer: „Frankreich werde nicht dulden, daß eine fremde Macht einen ihrer Prinzen auf den Thron Karls V. setze.“ Die französische Regierung forderte von Deutschland die Zurückziehung der Kandidatur, die der König Wilhelm, der von der Kandidatur erst später erfahren hatte, auch veranlaßte. Bismarck nutzte die Situation. Durch die Fälschung der Emscher Depesche und die Veröffentlichung des gefälschten Textes zwang er Frankreich zu der Kriegserklärung, die am 19. Juli erfolgte, und wußte diese geschickt in einen ruchlosen Ueberfall auf Deutschland umzumünzen. Jetzt hatte Bismarck die nationalistische Stimmung, die er zur Volkserhebung für einen siegreichen Krieg brauchte.

Der Krieg stellte die Sozialisten vor die Frage: Angriffs- oder Verteidigungskrieg? Wer ist Angreifer, wer der Angegriffene? Muß das Proletariat das angegriffene Vaterland verteidigen? Darüber schien Klarheit zu bestehen, daß es den Verteidigungskrieg unterstützen müsse. Bei der undurchsichtigen Geheimdiplomatie, dem Ränkespiel der Presse diesseits und jenseits der Grenze war die Frage schwer zu beantworten. In den sozialistischen Gruppen waren die Meinungen geteilt.

Vor der Kriegserklärung am 12. Juli erließen die französischen Mitglieder der Internationale einen Aufruf an die Arbeiter aller Nationen, worin es hieß: „Krieg wegen einer Frage des Uebergewichts oder wegen einer Dynastie kann in den Augen aller Arbeiter nichts sein als eine verbrecherische Torheit.“ Dieser Aufruf fand starken Widerhall bei den französischen und deutschen Arbeitern. Eine Reihe von Massenversammlungen fanden in vielen deutschen

Städten statt, die dem Aufruf zustimmten. Nach der Kriegserklärung war Schweizer der Auffassung, daß die Schuld auf Seiten Frankreichs liege und daß Deutschland den Verteidigungskrieg als ein unvermeidliches Uebel hinnehmen müsse. Auch der Generalrat der Internationale in London erklärte am 23. Juli, daß bei aller Verurteilung der bonapartistischen wie hohenzollernschen Politik der Krieg auf deutscher Seite ein Verteidigungskrieg sei, dem die deutschen Arbeiter nur nicht erlauben dürften, seinen streng defensiven Charakter abzustreifen. Bebel und Liebknecht aber dachten wie Donna Clara in Heines Disputation zwischen Rabbi und Mönch und enthielten sich am 21. Juli im Norddeutschen Reichstag bei der Bewilligung der Kriegsanleihe der Abstimmung, weil beide Teile am Kriege schuld seien und sie für keinen Teil Partei ergreifen wollten. Bebel gab eine dahingehende Erklärung ab¹⁰⁾. Schweizer und Hasenclever sowie auch Frißche, der sich den Eisenachern angeschlossen hatte, stimmten für die Kredite. Mit der Haltung Bebels und Liebknechts war der Braunschweiger Parteiauschuß im höchsten Grade unzufrieden, namentlich auch deshalb, weil Liebknecht vorher im „Volksstaat“ eine widerspruchsvolle, schwankende Haltung eingenommen hatte. In einem Manifest vom 24. Juli erklärte der Auschuß, daß der Krieg, weil und solange er ein Verteidigungskrieg sei, von den deutschen Arbeitern unterstützt werden müsse.

Dieser Streit fand schnell ein Ende. Am 2. September wurden die Franzosen bei Sedan geschlagen, Napoleon gefangen genommen und in Paris die Republik ausgerufen. Nun mußte es sich entscheiden. Der „Verteidigungskrieg“ war mit der Vernichtung Napoleons zu Ende. Wurde er gegen das franzö-

¹⁰⁾ Wortlaut in Bebel, Aus meinem Leben. 2. Bd. S. 179.

fische Volk weitergeführt, dann konnte er nur Eroberungszwecken dienen.

Wiederholt hatte der Preußenkönig erklärt, daß er nicht gegen die französische Nation, sondern gegen den französischen Kaiser Krieg führe, der unschädlich gemacht werden müsse. Aber die Bourgeoisie trieb zur Eroberungspolitik und traf sich darin mit den Absichten Bismarcks. Am 3. August traten angesehenere fortschrittliche und nationalliberale Führer in Berlin zusammen, um in einer Adresse an den preussischen König und in einem Aufruf an das deutsche Volk die Annexion von Elsaß-Lothringen zu fordern; es müsse gutgemacht werden, was 1815 versäumt worden sei. Dieser Ruf wurde in der Presse mit Jubel aufgenommen und Terror gegen jeden geübt, der anderer Auffassung war.

Der Braunschweiger Ausschuß und der „Volksstaat“ waren sich schnell über den Charakter des Krieges einig, auch die Lassalleaner schwenkten in die Front gegen die eroberungslüsterne Bourgeoisie ein. Am 5. September erließ der Braunschweiger Ausschuß ein Manifest an die deutschen Arbeiter, in dem sie aufgefordert wurden, in Massenversammlungen Kundgebungen gegen eine Annexion von Elsaß-Lothringen und für einen ehrenvollen Frieden mit der französischen Republik zu veranstalten. In dem Aufruf war auch ein Brief von Marx zitiert, in dem er nachwies, was später eintraf, daß die Annexion von Elsaß-Lothringen zu einer tödlichen Feindschaft zwischen Frankreich und Deutschland und zu einer Vorherrschaft Rußlands in Europa führen werde. Noch schärfer geißelte eine Adresse des Generalrates der Internationale vom 9. September den historischen Widersinn von Annexionen.

Nun zeigte sich, daß die Arbeiter es gar nicht mehr in der Hand hatten, den Krieg in Abwehrgrenzen zu

halten, wie es ihnen der Generalrat der Internationale im Juli anempfohlen hatte. Die nationalistischen Wellen verschlangen jeden Widerspruch.

Nationalliberale Seelen denunzierten den Braunschweiger Ausschuß. Auf Befehl des Generals Vogel von Falkenstein, der als Gouverneur der Küstenlande in Hannover schaltete, wurden die Mitglieder des Braunschweiger Ausschusses, Bracke, Bonhorst, Spier, der Schneider Kühn und der Zimmermann Gralle, widerrechtlich verhaftet und in Ketten gefesselt nach der Feste Boyen bei Löben an der russischen Grenze geschleppt. Dasselbe Schicksal teilte auch der Gelbgießer Ehlers, ein früheres Mitglied des Ausschusses, und der Buchdruckereibesitzer Sievers, ein halb gelähmter Greis von 60 Jahren, in dessen Druckerei ohne sein Wissen das Manifest gedruckt worden war. Auf dem dreitägigen Transport hatte der Janhagel die Genossen bald als Leichenräuber und Marodeure, bald als erste französische Gefangene beschimpft.

Eine Reihe anderer Verhaftungen, wie die von York in Harburg, folgten, doch wurde diesen Genossen der schmähliche Transport erspart. Dagegen wurde Geib in Dresden, das Falkenstein nicht unterstand, ebenfalls verhaftet und nach Löben geschleppt. Versammlungen wurden unterdrückt, der „Volksstaat“ für das Küstengebiet verboten. Erst als am 14. September auch Johann Jacoby in Königsberg verhaftet und nach Löben geschleppt wurde, erhob sich der erste fortschrittliche Widerspruch. Die Maßnahmen waren widerrechtlich, Bismarck verteidigte sie mit dem Kriegrecht, der Macht des Stärkeren. Doch benutzte er die Landtagswahlen, die im November stattfanden, um durch königlichen Befehl vom 24. Oktober die „preussischen Untertanen“ unter den Löbener Gefan-

genen, „soweit nicht inzwischen die gerichtliche Haft gegen sie beschlossen sei, und vorbehaltslich des etwa gegen sie einzuleitenden gerichtlichen Verfahrens“ in Freiheit zu setzen. Unter den Braunschweigern war nur Bonhorst, der einzige annektierte Nassauer, Preuße; die anderen mußten bis zum 14. November ausharren, worauf sie, da das Braunschweiger Kreisgericht inzwischen ihre gerichtliche Untersuchungshaft „wegen Verdachts des Hochverrats“ angeordnet hatte, mit Stricken gefesselt, in das Braunschweiger Gefängnis abgeliefert wurden. Anfang Dezember reklamierte der Hamburger Senat Geib, und in Lützen blieb bloß Sievers. Ihm konnte nichts nachgewiesen werden, aber durch seine Haft bis Weihnachten war er geschäftlich ruiniert worden. Der Kassationshof verurteilte später Falkenstein zur Leistung einer Entschädigung.

Der Krieg endete mit der Proklamation Wilhelms I. zum Deutschen Kaiser. Der Bayernkönig wurde gezwungen, „hochherzig“ das von Bismarck entworfene Schreiben zu unterzeichnen, durch das dem preussischen König die deutsche Kaiserkrone angeboten wurde. Das Deutsche Reich mit preussischer Spitze, das der Nationalverein ersehnte, war entstanden. Die Verfassung des Norddeutschen Bundes wurde die Reichsverfassung. Elsaß-Lothringen wurde annektiert, und Frankreich mußte an Deutschland vier Milliarden Mark Kriegsentschädigung zahlen.

Die liberale Bourgeoisie, die bis dahin Bismarcks Gewaltpolitik bekämpft hatte, bejubelte ihn jetzt als ihren Heroen. Hatte er ihr doch den Weg zur kapitalistischen Entwicklung, zur kapitalistischen Ausbeutung und zur unendlichen Bereicherung freigemacht, die letzten Schranken in Deutschland niedergelegt. Ein Spekulation- und Gründungsfieber ergriff sie, fortan

standen sie mit Bismarck in geschlossener Front gegen die Arbeiterklasse. Prinzen, Fürsten und Generale erhielten aus dem reichen Milliardenfüllhorn ihre Provisionen für das glänzende Kriegsgeschäft.

Die Arbeiter aber erhielten einen anschaulichen Unterricht über Angriffs- und Verteidigungskrieg. Die Geschichte lehrte sie, daß der Charakter eines Krieges stark durch die Regie bestimmt wird und daß die Arbeiter jeden Krieg bekämpfen müssen, denn er wirkt sich immer zum Nachteil der Arbeiterklasse aus.

Nach der Verhaftung des Braunschweiger Ausschusses und der Hamburger Kontrollkommission leiteten Bebel und Liebknecht als Abgeordnete die Partei. An ihnen übte Bismarck Rache. Am 17. Dezember 1870 hatte er beide verhaften lassen. Endlich hatten sich im Jahre 1872 willige Richter gefunden, die ein sinnloses Hochverratsverfahren gegen sie durchführten. Die strafbare Handlung sollte durch Versammlungsreden, Broschüren und Briefe an den Parteiausschuß in Braunschweig begangen worden sein. Selbst das kommunistische Manifest mußte herhalten. Auch die Schrift eines Republikaners Heinzen, „Der europäische Soldat an seine Kameraden“, die in Braunschweig gefunden worden war und von deren Existenz sie nichts wußten, mußte gegen sie als Belastungsmaterial dienen. Die bürgerliche Presse suchte die Geschworenen durch zugesandte Heftartikel zu beeinflussen.

So vorbereitet, wurde der Leipziger Hochverratsprozeß vor dem Schwurgericht vierzehn Tage lang vom 11. März 1870 an geführt. Präsident des Schwurgerichts war ein Herr v. Mücke, Bezirksgerichtsdirektor in Bauzen, den man offenbar für diesen Zweck aus dem Osten Sachsens nach Leipzig geholt hatte. Verteidiger waren die Rechtsanwälte Otto und Bernhard Freitag. Der Prozeß

machte großes Aufsehen. Er gab den Angeklagten Gelegenheit, ihre politischen Grundsätze gründlich auseinanderzusetzen und zu vertreten; er endete mit der Verurteilung von Bebel und Liebknecht wegen Vorbereitung zum Hochverrat unter Anrechnung von je zwei Monaten Untersuchungshaft zu je zwei Jahren Festungshaft. Der mitangeklagte Zeitungserpedient Hepner wurde freigesprochen. Die Strafe mußten beide in Hubertusburg, später auf der Festung Königstein verbüßen.

Am Tage der Urteilszustellung erließen beide eine Ansprache an die Parteigenossen, in der sie aufforderten, tapfer zur Sache zu stehen und für die Verbreitung des „Volksstaates“ zu sorgen, der es auf 5500 Abonnenten gebracht hatte. In einer Erklärung zum Urteil heißt es:

„Durch Ihren Wahrspruch, meine Herren Geschworenen, haben Sie im Namen der besitzenden Klasse die Gewalttat von Löhnen sanktioniert und der Reaktion einen Freibrief in blanco ausgestellt. Uns persönlich ist das Resultat gleichgültig. Dieser Prozeß hat so unendlich viel für die Verbreitung unserer Prinzipien gewirkt, daß wir gern die paar Jahre Gefängnis hinnehmen, die — falls Rechtskraft eintritt — über uns verhängt werden können. Die Sozialdemokratie steht über dem Bereich eines Schwurgerichts. Unsere Partei wird leben, wachsen und siegen. Wohl aber haben Sie, meine Herren Geschworenen, durch Ihr Verdikt das Todesurteil gefällt über das Institut der heutigen Schwurgerichte, die, ausschließlich aus der besitzenden Klasse gebildet, nichts sind als Mittel der Klassenherrschaft und Klassenunterdrückung.“

Autarchismus oder sozialistischer Klassenkampf.

Der Zusammenbruch der Revolution von 1848 und der Sieg der Reaktion zertrümmerte auch den Kommunistenbund, denn über die Frage: Romantische Revolutionspielerei oder bewußte sozialistische Führung der Arbeiterklasse zur Erringung der politischen Macht? kam es zwischen Willich-Schapper und Marx-Engels im Kommunistenbund zum Bruch und zur Auflösung des Bundes. Der deutsch-französische Krieg trieb die Internationale Arbeiter-Assoziation aus den Fugen. Die Internationale war viel zu schwach, um dem Nationalismus ein Gegengewicht zu sein oder entscheidenden Einfluß auf den Verlauf und Ausgang des Krieges zu gewinnen. Nach dem Kriege entstand für die Internationale erneut die Frage der Taktik, ob anarchistische oder sozialistische Methoden dem politischen Fortschritt der Arbeiterklasse dienen.

Der Russe Michael Bakunin hatte die absolutistischen Unterdrückungsmethoden Rußlands und die dagegen wirkenden geheimen Organisationen Rußlands kennengelernt, war wiederholt das Opfer des zaristischen Despotismus und war überall in Europa zu finden, wo es zu revolutionieren gab. Im Jahre 1868 wohnte er in Genf und wirkte in der Friedensliga. Auf deren Kongreß in Bern beantragte er mit einer Gruppe von Gesinnungsgenossen die Annahme eines anarchistischen Programms, das die Zerstörung aller Staaten erstrebte, um auf ihren Ruinen eine Föderation freier produktiver Assoziationen aller Länder zu errichten. Als er hierfür keine Gegenliebe fand, trat er am 1. Juni 1868 in die Internationale Arbeiter-Assoziation ein und empfahl seinen Gesinnungsgenossen, ebenfalls einzutreten, dabei aber den engen Zusammenhang beizubehalten und ihre geheime Allianz sozialer Revolutionäre zu propagieren.

Es wurde aber beschlossen, einen offenen internationalen Verein sozialer Revolutionäre zu gründen und ihn als solchen ganz an die Internationale anzuschließen, deren Programm für die Mitglieder des neuen Vereins obligatorisch anerkannt wurde.

Sein Ziel war also, die anarchistischen Tendenzen seines Bundes in die Internationale hineinzutragen, das heißt, die Internationale für die Anarchie zu gewinnen. Ueber diesen Versuch kam es auf dem Kongreß der Internationalen Arbeiter-Assoziation vom 2. bis 7. September 1872 in Haag in Holland zur Auseinandersetzung und Entscheidung. Es war der erste Kongreß der Internationale, auf dem Marx persönlich erschien, um seine Anschauungen zu vertreten. Bakunin war nicht erschienen. Worin bestanden die Gegensätze?

Hegel stellte den Satz auf: „Mit dem Begriff des Seins ist auch der Begriff des Nichts gegeben, und aus dem Kampfe beider entsteht der höhere Begriff des Werdens. Alles ist und ist zugleich nicht, denn alles fließt, ist in steter Veränderung, in stetem Werden und Vergehen begriffen.“

So war nach Hegel die Geschichte ein in ewiger Umwälzung begriffener, von niederem zu höherem aufsteigender Entwicklungsprozeß.

Daraus gewann Marx die Grundlage für seine materialistische Geschichtsauffassung, die in den Sätzen wurzelt, daß die ökonomische Produktion und die aus ihr mit Notwendigkeit folgende gesellschaftliche Gliederung einer jeden Geschichtsperiode die Grundlage bilde für die politische und individuelle Geschichte dieser Periode; daß demgemäß die ganze Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen gewesen sei, Kämpfen zwischen ausgebeuteten und aus-

beutenden, beherrschten und beherrschenden Klassen auf verschiedenen Stufen der gesellschaftlichen Entwicklung; daß dieser Kampf aber jetzt eine Stufe erreicht habe, wo die ausgebeutete und unterdrückte Klasse, das Proletariat, sich nicht mehr von der sie ausbeutenden und unterdrückenden Klasse, der Bourgeoisie, befreien könne, ohne zugleich die ganze Gesellschaft für immer von Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien.

Da aber das Privateigentum an den Produktionsmitteln die Macht der Bourgeoisie und die Möglichkeit der Ausbeutung und Knechtschaft der Unterdrückten begründet, so kam Marx folgerichtig zu der Forderung: Aufhebung des Privateigentums und Vergesellschaftung der Produktionsmittel, weil nur dadurch die Befreiung des Proletariats und der ganzen Menschheit erreicht werden könne. Er packte also das Uebel bei der Wurzel an und wies den Arbeitern das zu erstrebende Ziel. Und als Mittel zur Erreichung dieses Zieles empfahl er der Arbeiterklasse, sich zu organisieren, die politische Macht zu erobern, den Kampf je nach den ökonomischen Verhältnissen bewußt, gewollt und einheitlich zu führen, um durch diesen rastlosen, folgerichtigen Kampf die ökonomische Umstellung der Gesellschaft herbeizuführen.

Während Marx von der ökonomischen Struktur auf die politische Gestaltung der Gesellschaft folgte, ging Bakunin den umgekehrten Weg. Sein Wirken fiel in die Zeit, in der alles wie das Brechen des Eises im Frühling aus den Fugen gewesen war. Darum hielt er den Uebergang der vorbürgerlichen zur bürgerlichen Gesellschaft für das Ende der bürgerlichen Gesellschaft und den Anfang der sozialen Revolution. Nach Herzen —

einem russischen Revolutionär — nahm er den zweiten Monat der Schwangerschaft für den neunten. Demgemäß war auch seine politische Einstellung. Statt des organischen Kampfes erstrebte er die Anarchie und als Mittel dazu die Insurrektion, den Putsch und die Herrschaft der Minderheit. Dennoch verkannte er nicht, daß Mary als Denker den richtigen Weg gehe.

Mary sah den Staat nur als den Ueberbau der ökonomischen Gesellschaft, als Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie an, dessen Form sie nach ihren Interessen wandle. Das Proletariat brauche einen anderen Staat und dieser werde überflüssig in einer sozialistischen Gesellschaft. Auch hier wird das Entwicklungsprinzip anerkannt und die Beseitigung des Staates als das Ende einer Entwicklungsperiode angesehen.

Bakunin verleugnete das Prinzip des gegenwärtigen Staates und verneinte die Möglichkeit und Zulässigkeit des politischen Kampfes. Er lehnte Wahlrechtskämpfe und Wahlbeteiligung ab, weil jeder Staat der Unterdrückung diene. Das Proletariat habe sich nicht in den politischen Kampf und in die Konflikte der bürgerlichen Gesellschaft einzumischen, sondern müsse die politische Zentralisation der Gesellschaft durch die wirtschaftliche Zentralisation, die politische Welt durch eine Föderation der Gewerkschaften ersetzen. Er empfahl den Putschismus, denn die Lust zu zerstören sei zugleich eine schaffende Lust. „Der heutige Satan — der unbändige Rebell — ist das revolutionäre Proletariat, das nach jeder Niederlage mit unbesiegbarer Kraft wieder aufsteht.“ Für die Revolution sei die Armut der Massen notwendig, ihre Verzweiflung und der Glaube ihres Rechts werde immer im Bewußtsein des Volkes vorhanden sein.

Jeder Aufruhr ist immer nützlich; erstens lehrt er das Volk, an seine Kraft zu glauben, und entwickelt seine Energie, und zweitens, weil bei einer allgemeinen revolutionären Stimmung des Volkes jeder einzelne Aufruhr unter gewissen günstigen Umständen in einen allgemeinen Volksaufstand, eine Revolution übergehen kann.

Das waren die Gegensätze, die im Haag ausgetragen wurden. Das Ziel der Sozialisten ist das Streben nach der Eroberung der politischen Macht und dem Besitzergreifen des Staates zur sozialen Umgestaltung mit Hilfe der organisierten Macht der Gesellschaft. Dies erfordert eine zentralisierte, disziplinierte Organisation. Putsche, Teilaufstände, Handstreich zur Auflösung des sozialen Elends bedingen eine Dezentralisation und Zersplitterung der Arbeiterklasse.

Die Erfahrung lehrt, daß das Proletariat aus den Putschen keine neue Kraft sammelt, sondern verdrossen dem Kampfe, der Organisation den Rücken kehrt und indifferent Helfer der Bourgeoisie, ihrer Feinde, wird, ja ihr in die Arme läuft.

Der Kongreß nahm mit 38 gegen 13 Stimmen folgende Resolution an:

„In ihren Befreiungskämpfen kann die arbeitende Klasse nur dadurch als Klasse handeln, daß sie sich zu einer politischen Partei konstituiert, die von allen alten Parteien, die die bestehenden Klassen gebildet haben, abgegrenzt ist und ihnen feindlich gegenübersteht. Diese Konstituierung der arbeitenden Klasse zu einer politischen Partei ist unerlässlich, um den Triumph der sozialen Revolution und deren letztes Ende, die Abschaffung aller Klassen, herbeizuführen. Die Zusammenfassung der Kräfte, die die arbeitende Klasse bei ihren wirtschaftlichen Kämpfen schon durchgeführt hat, muß zugleich als Hebel in ihren Kämpfen gegen die politische Macht der Grundbesitzer und Kapitalisten dienen. Da die Herren des Grundbesitzes und des Kapitals sich ihrer politischen Privilegien (Vorrechte) immer bedienen werden, um

ihre ökonomischen Monopole zu verteidigen und sie zu verewigen, wird die Eroberung der politischen Gewalt die große Pflicht des Proletariats.“

Mary hatte gesiegt, und dennoch ging die Internationale auseinander. Der durch den Krieg erzeugte und gesteigerte Nationalismus gab der Reaktion neue Kraft zum Kampfe gegen das Proletariat. Regierung und Bourgeoisie hatten sich im Kriege zum gemeinsamen Kampfe gegen das Proletariat gefunden. Das Bewußtsein der Ohnmacht im Proletariat hatte mit zu den verzweifeltsten Kampfsparolen Bakunins geführt. Es splitterten sich Teile von der Internationale ab, weil sie nicht der Hebel der Revolution geworden sei. Die Verlegung des Sitzes des Zentralrates nach New York, den politischen Kämpfen Europas entrückt, war nur die Befestigung der Ohnmacht. Am 15. Juli 1876 erfolgte die formelle Auflösung der Internationalen Arbeiterassoziation.

Der Gothaer Vereinigungskongreß.

Die Programme der Eisenacher und Lassalleaner standen mit Abweichungen auf dem Boden sozialistischer Erkenntnis. Was sie trennte, waren nicht die Grundsätze, sondern die Organisationsformen. Die Eisenacher Partei war demokratisch aufgebaut, bei den Lassalleanern herrschte noch die Diktatur, und Schweitzer suchte sie zu verstärken. Die Diktatur mußte erst fallen, ehe es zur Vereinigung kam, und sie fiel, weil die Voraussetzungen für sie fielen.

Nach der Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Eisenach wurden die Bruderkämpfe mit Heftigkeit fortgesetzt, jede taktische Ungeschicklichkeit wurde vom anderen Flügel ausgenutzt. In den Versammlungen wurde man gegeneinander täflich, Versammlungen wurden gesprengt. Als die „Sächs. Volkspartei“ am 6. und 7. März 1869 in Hohenstein-

Ernsttal ihre Landesversammlung abhalten wollte, ließ die Haszfeldgruppe hundert Arbeiter, ruhig wie sie waren, aus den Fabriken in Chemnitz kommen und sprengte die Versammlung. Mit Messern, Tisch- und Stuhlbeinen betätigten sie die „Bruderliebe“.

Die bayerischen Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins gaben ein Wochenblatt, „Der Proletarier“, heraus. Als Schweitzer nach Augsburg kam, verlangte er das Eingehen des Blattes, da im Verein nur ein Blatt bestehen dürfe. Die Folge war der Austritt der süddeutschen Mitglieder und später ihr Uebertritt zur Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Die Bewegung in Bayern wurde auf Jahre hinaus zurückgeworfen. Ähnlich erging es Schweitzer mit dem Verlangen, die Gewerkschaften in einem Verband zu vereinigen. Die Gewerkschaften sagten sich von Schweitzer los. Sie knüpften an die früheren Gesellenverbände der Zünfte an, während Schweitzer von oben nach unten organisieren wollte.

Die Freundschaft mit Mende-Haszfeld dauerte nicht lange. Nach dem Bruch machte Mende Schweitzer den Vorwurf, daß er das der Gräfin Haszfeld gegebene Versprechen, die Gewerkschaften hintanzuhalten, nicht gehalten habe. Schon auf der Generalversammlung des ADA am 5. Januar 1870 kam es wegen seiner Eigenmächtigkeit zu Differenzen. Die Uebernahme des „Sozialdemokrat“ auf die Partei wurde abgelehnt, einmal wegen der schweren Finanzlast, die dadurch für den Verein erstehet, und dann, weil befürchtet wurde, Schweitzer werde ein neues Blatt herausgeben. Man verlangte die Wahl des Präsidenten wie früher durch die Generalversammlung, wahrheitsgemäße Berichte über die Generalversammlungen und die Einsetzung einer Kommission zur Erledigung der Beschwerden. Das Mißtrauen war da.

Unter dem 3. Juli 1870 veröffentlichte der Braunschweiger Ausschuß (Eisenacher) zu den damals bevorstehenden Reichstagswahlen eine Erklärung, in der er empfahl, bei den bevorstehenden Reichstagswahlen dort, wo die Sozialdemokratische Partei keine eigenen Kandidaten aufstelle, für den Arbeiterkandidaten (Lassalleaner) zu stimmen. Am Tage zuvor hatte aber Schweizer in einer Vorstandssitzung durchgesehen, daß die Mitglieder des ADA bei der Hauptwahl nicht für die Eisenacher Kandidaten stimmen dürften und bei der Stichwahl zwischen einem Eisenacher und einem Reaktionär Stimmhaltung geübt werden müsse. Das war glatte Preisgabe der Arbeiterinteressen. Am 11. Juli erließ der Braunschweiger Ausschuß einen Aufruf, in dem es hieß: „Daß ungeachtet jenes Beschlusses unsere Parteigenossen, wo dies im Interesse der Arbeitersache liege, den Kandidaten des ADA zu unterstützen haben.“

Am 13. Juli 1870 mußte der „Sozialdemokrat“ bekanntmachen, daß er das Format verkleinern müsse, weil der erhoffte Abonnentenzuwachs ausgeblieben war. Bei der Reichstagswahl 1871 unterlag Schweizer. Ende April ließ er den „Sozialdemokrat“ eingehen. Die Generalversammlung des ADA vom 19. Mai 1871 beschloß, ein eigenes Vereinsorgan herauszugeben, das ab 1. Juli als „Neuer Sozialdemokrat“ erschien. Schweizer wurde einstimmig eine Rüge wegen seiner Kassensführung erteilt und an seiner Stelle Hasenclever zum Vereinspräsidenten gewählt. Ferner wurde eine Verwaltungs- und Beschwerdekommision von drei Mitgliedern gewählt. Die Diktatur Schweizers war erledigt, die Demokratie hatte im Verein Boden gewonnen, unter Hasenclevers Leitung festigte sich der Verein wieder.

Am 30. April 1871 hatte ein Teil des Lassalleschen Allgemeinen Arbeitervereins (Hatzfeld) seine Auflösung und seinen Uebertritt zu den Eisenachern beschlossen. August Kühn, damals in Bremen, gestorben in Langenbielau, trat in einem „Offenen Brief“ für eine Einigung der verschiedenen Fraktionen ein, die namentlich für die Gewerkschaften notwendig sei.

Die Eisenacher hatten sich ganz den Vereinsgesetzen angepaßt und bereits auf dem Stuttgarter Parteitag das Vertrauensmännersystem eingeführt, um der polizeilichen Auflösung infolge „Inverbindungtretens von Vereinen“ zu entgehen.

Neben dem „Volksstaat“ erschienen seit 1871 als Lokalblätter der „Bürger- und Bauernfreund“ in Crimmitschau, der „Volksbote“ in Dresden, die „Freie Presse“ in Chemnitz, der „Volksfreund“ in Braunschweig und seit 1873 das „Demokratische Wochenblatt“ in Nürnberg-Fürth. Neue Lokalblätter entstanden in Eisenach, Gera, Hof, Mainz und München. In Leipzig war die Genossenschaftsdruckerei entstanden. Dieses Unternehmen und der „Volksfreund“ in Braunschweig gaben eine Reihe Broschüren heraus, die die Agitation förderten.

Die Reichstagswahlen vom 10. Januar 1874 ergaben für die Sozialdemokratie 351 670 Stimmen gleich 6 Proz. der abgegebenen Stimmen, und zwar erhielten die Lassalleaner 180 139, die Eisenacher 171 351 Stimmen. Beide Parteien hatten also fast die gleiche Stimmenzahl erhalten. Im ersten Wahlgang wurden gewählt: Lassalleaner: Hasenclever - Altona, Reimer - Plön - Segeberg; Eisenacher: Geib - Freiberg, Wahlreich - Wittweida, Most - Chemnitz, Bebel - Glauchau-Meerane, Mostler - Crimmitschau-Zwickau und Liebknecht - Stollberg-Schneeberg. In Stichwahl standen elf sozialdemokratische Kandidaten.

Gewählt wurden *Saffelmann* (Cassalleaner) in Elberfeld-Barmen und *Johann Jacoby* (Eisenacher) in Leipzig-Land. *Jacoby* lehnte die Wahl ab, und in der Nachwahl ging das Mandat verloren. In den Reichstag zogen also neun Sozialdemokraten (drei Cassalleaner und sechs Eisenacher) ein.

Die Wahlen zeigten die gleiche Stärke beider Parteien und kühlten dadurch die gegenseitige Befehdung etwas ab. Den Wahlkampf hatten beide Parteien einwandfrei geführt und bei den Stichwahlen sich gegenseitig unterstützt. Der Reichstag lehnte es ab, *Bebel* und *Liebknecht* aus der Haft zu beurlauben; sie mußten die Strafe restlos verbüßen. So waren im Reichstag nur sieben Sozialdemokraten tätig; sie waren aufeinander angewiesen und kamen sich dadurch persönlich näher.

Die Pariser Kommune hatte in den regierenden Kreisen große Besorgnisse vor der sozialdemokratischen Bewegung hervorgerufen. Die Sympathien, die die Kommune in allen Ländern mit sozialistischer Bewegung beiden Arbeitern fand, wurden auf das unangenehmste vermerkt und steigerten das Unbehagen. Dazu kamen die übertriebenen Vorstellungen, die sich Bourgeoisie und Regierung von der Macht der Internationalen machten und ihr eine Macht zusprachen, die sie nicht besaß. *Bismarck* regte bei *Beust* eine Konferenz der Kaiser mit den Reichskanzlern an, um über die Internationale zu beraten. Die Konferenz des deutschen mit dem österreichischen Kaiser und deren Kanzler fand in *Gastein* statt. Sie bahnte das Bündnis mit Oesterreich an; beschlossen wurde, die soziale Frage zu „studieren“.

Die Reichstagswahlen zeigten, daß sich trotz der nationalistischen Hochflut die sozialistischen Stimmen mehrten. Sie wurden für die Bourgeoisie eine Gefahr. *Treitschke* und *Schäffle* schmiedeten der Bour-

geoisie die Waffen wider die Sozialdemokratie. *Bismarck* bedurfte der Arbeiterbewegung nicht mehr als Einschüchterungsmittel gegen die Liberalen; sie flüchteten gern unter seine Fittiche. Dafür nahm *Bismarck* die brutale Verfolgung der Arbeiterbewegung auf. Bereits 1873 hatte er im Reichstag die Gesetzentwürfe über den Kontraktbruch und die Verschärfung des Preßgesetzes eingebracht. Nach dem neuen Paragraphen 20 des Preßgesetzes sollte mit Gefängnis oder Festungshaft bis zwei Jahren bestraft werden, „wer in einer Druckschrift die Familie, das Eigentum, die allgemeine Wehrpflicht oder sonstige Grundlagen der staatlichen Ordnung in einer die Sittlichkeit, den Rechtsinn oder die Vaterlandsliebe untergrabenden Weise angreife, oder Handlungen, welche das Gesetz als strafbar bezeichne, als nachahmenswert, verdienstlich oder pflichtmäßig darstelle, oder Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise angreift“.

Der Reichstag lehnte den § 20 des Preßgesetzentwurfs in dieser und der nächsten Session ab, der Gesetzentwurf über den Kontraktbruch blieb in der Kommission liegen, aber die Kautschukbestimmungen fanden sich in späteren Gesetzentwürfen und im Sozialistengesetz wieder. Ging es nicht auf parlamentarischem Wege, so versuchte *Bismarck* es mit der Polizei und Justiz, wo er willige Werkzeuge fand. In Magdeburg hatte sich der Staatsanwalt *Tessendorf* als wütender Verfolger sozialdemokratischer Agitation bemerkbar gemacht. Er wurde nach Berlin berufen und fand in der siebenten Deputation des Berliner Stadtgerichts (Vorsitzender Reich und Beisitzer v. *Ossowsky* und *Gierich*) würdige und willige Helfer.

Wegen Nichtigkeiten wurde gegen Sozialdemokraten auf hohe Freiheitsstrafen erkannt. Im Jahre 1874 wurde der Berliner Vertrauensmann der Eisenacher, Schriftseher Heinsch, wegen Verbreitung eines bisher nicht angefochtenen Arbeiterliedes zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Wegen einer Rede, die Most über die Pariser Kommune gehalten hatte und in der er bemerkt hatte, daß eine Revolution unvermeidlich sei, wenn die herrschenden Klassen sich nicht zu rechtzeitigen Reformen entschließen, wurde er nach Schluß der Reichstagsession in Mainz verhaftet, nach Berlin transportiert, mit Dieben und Gaunern zusammengesteckt und wegen „Aufreizung“ zu eineinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. In den ersten sieben Monaten des Jahres 1874 wurden in Preußen, ungeachtet der Geldstrafen, gegen 87 Lassaalleaner in 104 Prozessen auf insgesamt 211 Monate und 3 Wochen Gefängnis erkannt. Verurteilt wurden u. a. A. Kapell und Frohme zu je neun Monaten Gefängnis. Die Strafanträge Lessendorfs waren fast immer auf die doppelte Höhe der Strafe gestellt. Das Kammergericht setzte die Strafe bei Kapell auf drei, bei Frohme auf sechs Monate herab. Bayern und Sachsen wollten nicht hinter der preußischen Justiz zurückbleiben. Bismarck hatte sich gleich Strafantragsformulare lithographieren lassen, um seine Angreifer in Masse Lessendorf zuzutreiben. Der Lohn blieb für den Streber nicht aus: er wurde Reichsanwalt.

Mit den gerichtlichen Verurteilungen gingen die polizeilichen Maßregelungen und Auflösungen Hand in Hand. Dem Berliner Polizeipräsidenten v. Madai empfahl Lessendorf, Sprengversuche von Versammlungen als schweren Landfriedensbruch zu qualifizieren. Das preußische Justizministerium gab Anweisung, in allen Fällen, wo der Aufreizungspara-

graph in Frage käme, die Versammlungsredner festzunehmen und der Staatsanwaltschaft zu übergeben. Lessendorf verfuhr nach dem Grundsatz: Zerstören wir die sozialdemokratische Organisation, und die sozialdemokratische Partei ist nicht mehr.

Am 10. Juni 1874 veranlaßte Lessendorf beim Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein eine Haus-suchung und erwirkte am 25. Juni 1875 einen Gerichtsbeschluß auf vorläufige Schließung des Vereins. Vorwand war das Inverbindungtreten der Zweigvereine. Als Hasenclever dann als Präsident des Vereins dessen Sitz nach Bremen verlegte, wurde er wegen Verletzung des Vereinsgesetzes zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Weiter verfielen in Berlin der Auflösung die Mitgliedschaft der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, der Arbeitermädchen- und Frauenverein, der Allgemeine Deutsche Schuhmacherverein, der Allgemeine Deutsche Tischlerverein und der Allgemeine Deutsche Maurerverein. In Frankfurt a. M. löste die Polizei die meisten dort bestehenden Arbeiterorganisationen auf. Auch in Hannover, Königsberg i. Pr. und anderen Orten wurden Mitgliedschaften beider sozialistischen Parteien aufgelöst. Es verfielen die Arbeiterorganisation in München, Nürnberg und Erlangen der Auflösung. In München wurden gleichzeitig der Allgemeine Deutsche Schneiderverband, die Gewerkschaft der Maler, Lackierer und Vergolder, der Allgemeine Deutsche Metallarbeiter- und der Allgemeine Deutsche Holzarbeiterverein aufgelöst. In Sachsen ging die Polizei ähnlich vor.

Die Verfolgungen auf der ganzen Linie mußten auch den widerstrebendsten Elementen klarmachen, daß ihnen nur durch gemeinsamen Widerstand begegnet werden könne. Noch auf der Hannoverischen

Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (Pfingsten 1874) wurden Einigungsversuche der Eisenacher abgewiesen. Die Lassalleaner beriefen sich auf ihre bessere Organisation und größere Mitgliederzahl und empfahlen den Eisenachern, dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein beizutreten, das heißt, ihre Organisation aufzugeben. Die Auswirkung der Reichstagswahl und der Verfolgungen wendeten auch hier die Dinge zum Besseren. Am 10. Oktober 1874 nahm Tölke mit Liebknecht wegen Vereinigungsverhandlungen Rücksprache und fand sofort dafür Verständnis. Am 11. Dezember 1874 teilte Hasenclever im „Neuen Sozialdemokrat“ den Mitgliedern mit, daß Vereinigungsverhandlungen im Gange seien. Der „Volksstaat“ druckte die Erklärung nach, es sollte eine einheitliche straffe Organisation geschaffen werden. Eine Massenkundgebung für die Vereinigung fand in Berlin statt, an der alle sieben auf freiem Fuß befindlichen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten teilnahmen und eine Einigungsresolution einstimmig angenommen wurde. Das Begräbnis von York in Hamburg wurde die zweite eindrucksvolle Einigungsdemonstration.

Von jeder Fraktion wurden nun acht Mitglieder in eine Kommission entsandt, die die Vorarbeiten für die Vereinigung erledigen sollte. In ihr entsandten: die Lassalleaner Hasenclever, Hasselmann, R. und O. Kapell, Wode, Reinders, Hartmann und Waltherr; die Eisenacher Auer, Bernstein, Bock-Gotha, Geib, Liebknecht, Motteler, Ramm und Wahlreich. Am 15. Februar 1875 trat die Kommission in Gotha zusammen, um aus den beiden abweichenden Programmen ein einheitliches zu formen. Am 7. März erschien der Aufruf dieser Kommission, und vom 22. bis 27. Mai tagte der Einigungskongreß in Gotha. Ihm folgte

am 28. und 29. Mai der gemeinsame Gewerkschaftskongreß, der auch hier die Einigung vollzog.

Die Verhandlungen wurden vom Genossen Wilhelm Bock-Gotha eröffnet, der auch bis zur Wahl des Präsidiums die Verhandlungen leitete. Auf dem Kongreß waren vertreten: die Eisenacher aus 144 Orten durch 56 Delegierte mit 150 Mandaten und 9121 Parteigenossen, die Lassalleaner aus 148 Orten durch 73 Delegierte mit 172 Mandaten und 15 322 Stimmen. Zu gleichberechtigten Vorsitzenden wurden Hasenclever und Geib gewählt. Nachdem der Kongreß sich grundsätzlich für die Vereinigung entschieden hatte, referierte Liebknecht über den Programmentwurf und Hasenclever über den Statutenentwurf. Nach Annahme der beiden Entwürfe entstand die

„Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands“.

Beschlossen wurde das folgende Programm:

I. Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur, und da allgemein nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft, das heißt allen ihren Gliedern, das gesamte Arbeitsprodukt, bei allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Recht, jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen.

In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopole der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen.

Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Verteilung des Arbeitsertrages.

Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse sind.

II. Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen gesetzlichen Mitteln

den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Zerschlagung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit.

Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, ist sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt und entschlossen, alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen, um die Verbrüderung aller Menschen zur Wahrheit zu machen.

Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von sozialistischen Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes. Die Produktivgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfange ins Leben zu rufen, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesamtarbeit entsteht.

Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert als Grundlagen des Staates:

1. Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht, mit geheimer und obligatorischer Stimmabgabe aller Staatsangehörigen vom zwanzigsten Lebensjahre an für alle Wahlen und Abstimmungen in Staat und Gemeinde. Der Wahl- oder Abstimmungstag muß ein Sonntag oder Feiertag sein.

2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk. Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk.

3. Allgemeine Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.

4. Abschaffung aller Ausnahmegeetze, namentlich der Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze, überhaupt aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung, das freie Denken und Forschen beschränken.

5. Rechtsprechung durch das Volk. Unentgeltliche Rechtspflege.

6. Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat. Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlicher Unterricht in allen Bildungsanstalten. Erklärung der Religion zur Privat Sache.

Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert innerhalb der heutigen Gesellschaft:

1. Möglichste Ausdehnung der politischen Rechte und Freiheiten im Sinne der obigen Forderungen.

2. Eine einzige progressive Einkommensteuer für Staat und Gemeinde, anstatt aller bestehenden, insbesondere der das Volk belastenden indirekten Steuern.

3. Unbeschränktes Koalitionsrecht.

4. Einen den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechenden Normalarbeitstag. Verbot der Sonntagsarbeit.

5. Verbot der Kinderarbeit und aller die Gesundheit und Sittlichkeit schädigenden Frauenarbeit.

6. Schutzgesetze für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Sanitätliche Kontrolle der Arbeiterwohnungen. Ueberwachung der Bergwerke, der Fabriken, Werkstätten und Hausindustrie durch von den Arbeitern gewählte Beamte. Ein wirksames Haftpflichtgesetz.

7. Regelung der Gefängnisarbeit.

8. Volle Selbstverwaltung für alle Arbeiterhilfe- und Unterstützungskassen.

Das neue Programm hielt, gemessen am wissenschaftlichen Sozialismus, einer Kritik nicht stand. Marx hat dies auch in einem Briefe, abgedruckt in der „Neuen Zeit“, Jahrgang 1890 Seite 561, ausgesprochen. Insbesondere kritisierten Marx und Engels, daß den Lassalleschen Gedankengängen zu weit entgegengekommen sei, daß es einen Rückschritt gegenüber dem Eisenacher Programm bedeute. Anstoß nahmen sie an der Verleugnung der Internationalität, an dem schwammigen Begriff „freier Staat“, an der Kollektivbezeichnung des Bürgertums als „einer reaktionären Masse“, die der materialistischen Geschichtsauffassung widerspreche; an dem „ehernen Lohngesetz“, das der Malthusischen Theorie entlehnt sei, während Marx im „Kapital“ nachgewiesen habe, daß das Lohngesetz nicht ehern, sondern elastisch, wandelbar sei; an den Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe, die doch nur eine einzige Maßregel unter vielen sei; dann, daß die Gewerkschaften als Klassenorganisation nicht erwähnt, dafür aber schwammige bürgerliche Begriffe in das Programm aufgenommen worden seien.

Aber sie erkannten doch an, daß es weniger auf das offizielle Programm ankomme als darauf, was die Partei tut. „Über ein neues Programm ist doch immer eine öffentlich aufgepflanzte Fahne, und die Außenwelt beurteilt danach die Partei“, so schrieb Engels an Bebel.

Das Programm war ein Kompromiß, und der Gothaer Kongreß stellte die Einigung der Parteien zunächst höher als unanfechtbare sozialistische Programmsätze. Die Praxis hat ihm Recht gegeben. Die Befürchtung, daß die Lassalleaner moralisch gekräftigt sich wieder loslösen würden, wurde überholt durch das Sozialistengesetz, das die Partei zusammenzwang.

Nach dem Organisationsstatut stand an der Spitze der Partei ein Vorstand aus fünf Personen, die der Kongreß wählte. Für die Kontrolle der Geschäftsführung des Vorstandes wurde eine Kontrollkommission aus sieben Personen eingesetzt, deren Sitz der Kongreß bestimmte und deren Wahl durch die Mitglieder der Partei an dem Sitz der Kontrollkommission vorgenommen wurde. Außerdem wurde ein Ausschuß von achtzehn Personen, über Deutschland verteilt wohnend, gewählt, der als vorläufig richtende Instanz über den Parteivorstand zu entscheiden hatte und bei besonders wichtigen Vorgängen zur Beratung vom Vorstand eingeladen werden sollte. Die Leitung der örtlichen Geschäfte wurde einem Agenten übertragen, den auf Vorschlag der Mitglieder eines Ortes der Parteivorstand einsetzte. Man hoffte, damit einer Anklage wegen gesetzwidriger Verbindung von Vereinen aus dem Wege zu gehen. Wie sich bald ergab, vergeblich.

Als Sitz des Parteivorstandes wurde Hamburg bestimmt. Der geschäftsführende Vorsitzende erhielt 65 Taler, sein Stellvertreter 15, die beiden Schrift-

führer je 50 Taler und der Kassierer 35 Taler monatlich Gehalt. In dem Vorstand sollten zunächst drei Lassalleaner und zwei Eisenacher sitzen. Es wurden gewählt: Hasenclever als erster, Hartmann-Hamburg als zweiter Vorsitzender, Auer und Derossi als Schriftführer und Seib als Kassierer.

Offizielles Organ der Partei wurden „Der neue Sozialdemokrat“ in Berlin und „Der Volksstaat“ in Leipzig. Beide Blätter gingen in Parteieigentum über.

Die Partei war geeint, nun konnte sie kämpfen und den Feind schlagen.

Literatur-Nachweis.

Die Schriftenfolge entspricht der zeitlichen Geschichtsfolge des Buches.

Vor 1848.

- Adam Smith, Eine Untersuchung über Natur und Wesen des Volkswohlfandes.
 Dr. Bruno Schönlanke, Soziale Kämpfe vor 300 Jahren.
 Friedr. Engels, Die Lage der arbeitenden Klassen in England.
 Beer, Allgemeine Geschichte des Sozialismus.
 Kawerau, Synoptische Tabellen.
 Kampffmeyer, Die Geschichte der Gesellschaftsklassen in Deutschland.
 Stegemann und Hugo, Handbuch des Sozialismus.
 Mehring, Karl Marx, Geschichte seines Lebens.
 Mehring, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie.
 Corpus juris Confederationis Germaniae oder Beschlüsse des Deutschen Bundestages.
 Preussische Gesetzesammlung.

Von 1848 bis 1875.

- Dr. Georg Adler, Die Geschichte der ersten sozialpolitischen Arbeiterbewegung in Deutschland.
 Dr. Max Quark, Die Arbeiterverbrüderung von 1848/49.
 Stephan Born, Erinnerungen eines Achtundvierzigers.
 Dr. Curt Geyer, Politische Parteien und Verfassungskämpfe in Sachsen.
 Bebel, Aus meinem Leben.
 Bernstein, Lassalles Reden und Schriften.
 Gustav Meyer, Ferdinand Lassalles nachgelassene Briefe und Schriften.
 Die ersten deutschen Sozialistkongresse. „Volksstimme“, Frankfurt a. M.
 Skellow, Michael Bakunin.
 Hänsch, Lassalle als Mensch und Politiker.

Wir empfehlen:

- Max Adler, Engels als Denker Leinen M. 4,20
 Pappband M. 5,50
 Max Adler, Marx als Denker Leinen M. 4,50
 Pappband M. 5,75
 Eduard Bernstein, Ferdinand Lassalle. Eine Würdigung des Lehrers und Kämpfers ... Halbleder M. 10,—
 Eduard Bernstein, Lassalle und der Sozialismus . M. 0,75
 Wilhelm Bloss, Die deutsche Revolution. Geschichte der deutschen Bewegung von 1848—1849. Illustr. Gebunden M. 5,50
 Briefe und Auszüge aus Briefen von Becker, Dietzgen, Engels, Marx an Sorge M. 5,—
 Willy Cohn, Ferdinand Lassalle. Ein Lebensbild Lassalles. Der Jugend erzählt Brosch. M. 0,50
 Franz Diederich, Lassalle-Brevier Brosch. M. 0,60
 Franz Diederich, Marx-Brevier Kartoniert M. 2,20
 Friedrich Engels, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. Mit einem Vorwort von Karl Kautsky Brosch. M. 0,40
 Fischer und Paul Kampffmeyer, Volkstümliche Einführung in das Marx-Studium Brosch. M. 0,50
 Paul Kampffmeyer, Deutsches Staatsleben vor 1789. Zum Verständnis deutscher Gegenwartspolitik. Leinen M. 5,50
 Paul Kampffmeyer, Geschichte der modernen Gesellschaftsklassen in Deutschland. Ein politisch-wirtschaftliches und sozial-kulturelles Bild deutscher Entwicklung Brosch. M. 1,20
 Paul Kampffmeyer, Die erste deutsche Revolution M. 0,80
 Paul Kampffmeyer, Lassalle. Ein Erwecker der Arbeiterkulturbewegung Leinen M. 2,—
 Kartoniert M. 0,70
 Paul Kampffmeyer, Vom Zunftgesellen zum freien Arbeiter Leinen M. 1,95
 Franz Klühs, August Bebel. Der Mann und sein Werk Leinen M. 6,—
 Halbleinen M. 4,50
 Das Kommunistische Manifest. Mit Vorrede von Karl Marx und Friedrich Engels und einem Vorwort von Karl Kautsky Brosch. M. 0,60
 Karl Marx, Das Kapital. Originalausgabe. Herausgegeben von Friedrich Engels. 3 Bände Halbleinen 22,—

<i>Karl Marx</i> , Zur Kritik der politischen Oekonomie. Leinen M.	4,50
<i>Karl Marx</i> und <i>Friedrich Engels</i> literarischer Nachlaß. 3 Bände. 1841—1850. Herausgegeben von Franz Mehring	Gebunden M. 12,—
<i>Gustav Mayer</i> , Lassalles Weg zum Sozialismus. Festrede zu seinem 100. Geburtstage; gehalten vor der Arbeiterschaft seiner Geburtsstätte am 13. April 1925	Brosch. M. 0,50
<i>Morgenroth</i> , Fourier und der Sozialismus. Aus Fouriers Schriften	Brosch. M. 1,—
<i>Karl Renner</i> , Ferdinand Lassalle. Auswahl von Reden und Schriften nebst kurzer Biographie und geschichtlicher Einführung	Leinen M. 8,—
<i>Salomon</i> , Proudhon und der Sozialismus. Kart. M.	0,75
<i>Salomon</i> , Saint-Simon und der Sozialismus. Kart. M.	0,75
<i>Simon</i> , Robert Owen und der Sozialismus. Kart. M.	1,—
<i>Joh. Baptist Schweitzer</i> , Politische Aufsätze und Reden. Mit Einleitungen und Anmerkungen. Herausgegeben von Fr. Mehring	M. 3,—
<i>K. Vorländer</i> , Marx-Engels und Lassalle als Philosophen	Kartonierte M. 3,20
<i>K. Vorländer</i> , Volkstümliche Geschichte der Philosophie	Gebunden M. 2,40
<i>Hermann Wendel</i> , Heinrich Heine. Ein Lebens- und Zeitbild. Mit einem Bildnis des Dichters nach einer Zeichnung von S. Friedrich Diez und der Wiedergabe eines Briefes Heines an Marx. Leinen M.	6,50

Die Gesellschaft

INTERNATIONALE REVUE FÜR
SOZIALISMUS UND POLITIK

ist die führende wissenschaftliche Zeitschrift der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die Nachfolgerin der „Neuen Zeit“, das geistige Fundament der politischen Arbeit. Herausgegeben von Dr. Rudolf Hilferding.
Monatlich 100 Seiten stark M. 1,50

Vorwärts Buchdruckerei, Berlin